Europa

und der

deutsch-französische Krieg

1870 und 1871.

Von

W. F. Carl Schmeidler.

Erster Band.

Bis zur Capitulation von Sedan und Proclamation der Republik in Paris.

Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1871.

Inhalt des ersten Bandes.

I. Abtheilung.

Uebersicht über die Situation in den europäischen Staaten im ersten Halbjahr 1870.

II. Abtheilung.

Die spanische Thron=Candidatur. Diplomatische Verhandlungen.

III. Abtheilung.

Die Erhebung Deutschlands. Stimmung in Europa.

IV. Abtheilung.

Der Krieg. Die Schlachten an der Grenze, 4—6. August.

V. Abtheilung.

Schlachten um Metz.

Verzeichniß der Beilagen.

I. Abtheilung.

Uebersicht über die Situation in den europäischen Staaten im ersten Halbjahr 1870.

---

1. England, Schweden, Dänemark, Rußland, Balkanhalbinsel, Italien, Schweiz, Spanien und Portugal.

Alle Länder Europas waren beim Beginne des Jahres 1870 im tiefsten Frieden, die Völker mit den Angelegenheiten im Innern vollauf beschäftigt, und nur das Mißtrauen gegen das unruhige, wechselsüchtige und ruhmbegierige Volk Frankreichs und dessen wenig aufrichtige Regierung und Regierer erhielten nicht blos die Börsen in fortwährendem Schwanken, wobei die Speculation für die eigenen Interessen nicht ohne Einfluß war, sondern sie ließen die Sorge für die Erhöhung der militärischen Streitkräfte anderer Staaten nicht ruhen, obwohl von allen Seiten das Zugeständniß offen oder schweigend gemacht werden mußte, daß diese vermehrten Ausgaben die Interessen der Länder schädigten und deren materieller Wohlfahrt in den Weg traten. Die heftigsten parlamentarischen Kämpfe waren dadurch in mehreren Ländern hervorgerufen worden, da die Vertreter des Volkes dem vermeintlichen Pessimismus der Regierungen entgegentraten, diese aber durch ihre Vertreter im Auslande zwar selbst vollständig in Kenntniß gesetzt waren, wessen sie sich versehen sollten, dagegen nicht öffentlich mit einer Darlegung der wahrgenommenen Verhältnisse hervortreten konnten. So wuchsen die Armeebudgets zu einer immer drückenderen Höhe heran und verschlangen Summen, welche den friedlichen Zwecken der Culturstaaten entzogen werden mußten.

Das einzige Reich, in dem eine fortdauernde Gährung herrschte und von dem man seit langer Zeit gewöhnt war zu erfahren, daß es eine Ableitung innerer Gefahren durch Kriegszüge in Nähe und Ferne suchte, war Frankreich. Der Unterschied wird sich durch Vergleichung mit den Zuständen der übrigen europäischen Länder im gegenwärtigen Jahre deutlich herausstellen. In einigen zwar finden ebenfalls innere Kämpfe statt, seien sie parlamentarischer, materieller oder sprachlicher Natur. Aber überall sind sie auch auf Ausgleichung der inneren Differenzen, auf Ebnung der Verhältnisse, auf friedliche Einigung gerichtet. Nirgends traten die Absichten bisher so oft und so herausfordernd hervor, die inneren Mängel auszugleicheu durch feindliche Stellung zu den Nachbarn, wie in Frankreich. Kein Staat zeigt durch die Erfahrung so sehr und so oft das Bestreben, seine unzufriedenen Elemente außer Landes zu beschäftigen oder für immer unterzubringen, wie jener. Man schließt daraus, daß in keinem Staate die Veranlassungen zur Unzufriedenheit und Unruhe so dringend waren, als dort.

Wenn England bei vielen Gelegenheiten über die Mißgriffe anderer Nationen sich zu überheben pflegte, so hat es doch selbst nicht immer über allen Fehlern gestanden. Aber es hat nicht ganz vergessen, im eigenen Lande Reformen anzustreben, und nachdem die Parlamentsreform und die Abschaffung der irischen Hochkirche erfolgt war, kündigte die Thronrede bei Eröffnung des Parlaments im Februar d. J. weitere Verbesserungen an. Das Ministerium Gladstone hat einen Entwurf für ein Unterrichtsgesetz vorgelegt, welches den Schulzwang einführt, eine irische Landbill, wonach der Staat in Irland Ländereien ankaufen soll, um sie in Parcellen den Bauern zu verkaufen und auf diese Weise wieder kleine Grundbesitzer zu schaffen. Zudem wurde eine Verminderung der Steuern in Aussicht gestellt, die Entwürfe zu einer Modificirung der Naturalisationsgesetze, des Appellationsgerichts, der Communalbesteuerung, der Erwerbung von Grund und Boden, der Gewerkvereine und der Schifffahrtsgesetze. Die irische Landbill war der zweite Schritt auf dem Wege zur Besserung der traurigen Verhältnisse in Irland, dem die Abschaffung der Hochkirche vorangegangen war. Die Hindernisse, welche sie den Ureinwohnern der grünen Insel entgegengestellt hatte, Grundbesitz zu haben, hatten dieselben massenweise zur Auswanderung

getrieben oder zu Verbrechen der verschiedensten Art, und endlich das Feniertthum geschaffen, welches in Amerika unterstützt und organisirt, der englischen Regierung außerordentliche Sorgen und Unbehaglichkeiten verursachte.

Was die äußere Politik Englands in der Gegenwart betrifft, so hat dieselbe einen großen Verlust durch den Tod des Lord Clarendon (27. Juni d. J.) erlitten. Wenn derselbe früher das Bündniß Englands mit Frankreich, Sardinien und der Türkei gegen Rußland abschloß, wodurch diesem Reiche die Uebermacht über Europa entzogen werden sollte, so hat er doch in neuester Zeit ein Erkalten des Verhältnisses zwischen England und Frankreich zu verhindern, deren Intimität sogar wieder herbeizuführen verstanden und seinen Einfluß in Paris stets zu benutzen gewußt, um das Ausbrechen eines Krieges gegen Deutschland, besonders Preußen, um geringer Ursachen zu verhüten. Drei Wochen nach seinem Ableben bricht der Krieg aus, nachdem er sowohl in der luxemburger als in der belgischen Eisenbahnfrage einem ernstlichen Conflicte vorzubeugen mit bestem Erfolge versucht hatte.

Schweden und Norwegen waren mit Eisenbahnbauten und anderen inneren Angelegenheiten beschäftigt, so daß ihre Thätigkeit sich überhaupt nicht über ihre Grenzen hinaus erstreckt. Die Thronrede, der Spiegel des politischen und materiellen Lebens eines constitutionellen Volkes, constatirte die günstigere Lage des Landes in Folge der reichen Erndte des vergangenen Jahres. Sie kündigte als die wesentlichsten Vorlagen an: Eine Staatsanleihe behufs Weiterentwickelung des Eisenbahnnetzes und eine dadurch erforderliche Steuererhöhung, die Verbesserung der Löhnung der Indelta-Armee, eine Vorlage, betreffend die Ueberführung der überzähligen seewehrpflichtigen Mannschaften in die Landarmee. Beim Schlusse des Reichstags sagte der König u. A.: „Das Budget ist von Euch bestimmt worden ohne Erhöhung irgend einer der Staatsausgaben. Dies hat nicht geschehen können ohne Einschränkungen in den von Mir geforderten Anschlägen nebst der Anweisung gesammelter Ersparungen. Ob die Einkünfte des Staates in der Wirklichkeit zu den von Euch berechneten Beträgen steigen werden, kann nur die Zukunft darthun. In diesem Augenblick können wir mit guten Hoffnungen den kommenden Tagen entgegenschauen. Der Unternehmungs-

geist in den bürgerlichen Gewerben hat begonnen, wiederum seine Federkraft zu gewinnen, und vor dem Landmanne steht das jetzige Jahr ebenso reich an erfreulichen Versprechungen da, als das letztverflossene von dem Geber aller guten Gaben gesegnet war. Mit der Vertröstung, daß es uns vergönnt sein wird, bei der nächsten Zusammenkunft unter günstigen Umständen und mit einträchtiger Zusammenwirkung die Sicherheit und Entwickelung des geliebten Vaterlandes zu fördern, entlasse Ich Euch jetzt, und verbleibe Euch, Ihr guten Herren und schwedischen Männer, Allen mit einander und einem Jeden insonderheit, mit aller königlichen Gnade und Gunst stets gewogen."

Die neuliberale Partei ist aber nicht befriedigt und hat einen Aufruf an das schwedische Volk erlassen, worin die Fortsetzung der Volksversammlungen, welche voriges Jahr überall im ganzen Lande abgehalten wurden, um die Wünsche desselben an den Tag treten zu lassen, dringend anempfohlen wird. „Eine besondere Veranlassung zur Berathung über die Stellung des Vaterlandes," heißt es in dem Aufrufe, „liegt in dem Umstande, daß der diesjährige Reichstag keine besseren Resultate geliefert hat, als seine Vorgänger." Wenn man aus dem Auswanderungsverhältniß auf die Lage eines Landes schließen soll, so wäre sie hier nicht als besonders günstig anzusehen. Aus einzelnen Theilen Schwedens und Norwegens, namentlich aus letzterem, nimmt die Auswanderung von Jahr zu Jahr zu. Von Bergen sind im Mai an einem Tage 300 Auswanderer nach Montreal, 285 nach Quebeck abgegangen, in den nächsten Tagen von Stavanger 160, von Drontheim 162 und 267 von Christiania; alle diese binnen 14 Tagen.

In Dänemark hatte die Reichstagssession vom Ende November v. J. bis zum Juli d. J. gedauert und waren von bedeutenden Gesetzen außer dem Finanzgesetze diejenigen über Gehalts- und Lebensversicherungsverhältnisse der Beamten, außerordentliche Steuern und Einkommensteuer-Regulative, über Branntweinhandel, Bau von Eisenbahnen in Jütland und Nordwestseeland, Feuerversicherungswesen, Feldzulagen u. a. festgestellt worden. In Betreff der nordschleswigschen Frage, welche dort immer wieder besprochen und mit einer gewissen Verbissenheit Seitens der dänischen Bevölkerung behandelt wurde, konnte keine Vereinbarung mit der preußischen

Regierung auf Grund des Prager Friedens erzielt werden, da die dänische Regierung, gedrängt vom Volke, das den Verlust Schleswigs nicht verschmerzen kann, in ihren Forderungen viel zu weit ging. Daß Preußen in eine Abtretung von Alsen und Sundewitt niemals willigen wird, sondern daß die Grenze außerhalb dieser Bezirke liegen müsse, das dürfte den Dänen wohl klar geworden sein, nachdem die Unterhandlungen auf dieser Basis im März 1868 bald abgebrochen wurden. So lange Dänemark nicht auf die gestellten Bedingungen eingeht, in der Organisation seines Vertheidigungswesens Alles zu vermeiden, was Preußens Mißtrauen erwecken kann, auf Abtretung jener Bezirke völlig zu verzichten und endlich Garantien zu geben wegen der in den abzutretenden Bezirken wohnenden Deutschen, so lange ist eine Unterhandlung nicht statthaft. Die dänische Regierung scheint aber auf diese Bedingungen nicht eingehen zu wollen und so wird eine Abtretung überhaupt nicht sobald in Aussicht stehen. Das Auftreten der Abgeordneten jener Bezirke im Landtage hat dort seine gebührende Abfertigung erfahren.

Rußland ist nicht ganz freizusprechen von der Absicht, sich fremde Gebietstheile aneignen zu wollen, ohne durch die Verhältnisse dazu gezwungen zu sein, insoweit die durch den General Fadiejef (der jetzt im Ministerium angestellt ist) in seinen Schriften ausgesprochenen Angriffsideen in Betreff der slawischen Gebiete Oesterreichs und der Türkei von seiner Regierung gebilligt werden sollten. Daß mit Oesterreich ein freundliches Einvernehmen nicht bestehen kann, ist leicht begreiflich, da die große Rücksichtnahme der österreichischen Regierung auf die Polen, ja eine gewisse Protection ihrer Absichten, in Rußland ein Gefühl der Bitterkeit erregen muß, dessen unmittelbare Folge der Wunsch ist, den Boden der polnischen Aufregung anzugreifen und zu unterwerfen.

Wenn sich Rußland nach Südosten in Asien weiter ausdehnt, so hat es die Absicht im Auge, seinen Producten einen Handelsweg zu eröffnen, und wird von dem einzig betheiligten England vorläufig daran in keiner Weise verhindert. Man wunderte sich in der Presse vielfach darüber, daß England das Vorrücken Rußlands gegen Indien so ruhig mit ansieht. Nach Andeutungen zu schließen, welche bei der Neutralitätsfrage zur Sprache kamen, kann man annehmen, daß ein geheimer Vertrag existire, wonach England unter gewissen Bedingun-

gen (natürlich Vortheilen) Rußlands Streben begünstigt. Auch in Constantinopel wirkt auf's Eifrigste seit mehreren Jahren dessen Gesandter Ignatief für eine allein im Einverständniß mit Rußland zu fördernde Lösung der orientalischen Frage, und es werden diese Bestrebungen mit pecuniären und militärischen Kräften unterstützt. Den französischen Bündnißideen gegenüber hat sich Rußland sehr kalt verhalten; wenn auch die Folgen des Falles von Sebastopol ausgeglichen sind, vergessen ist er Frankreich gewiß nicht.

Im Innern, das muß man Rußland zugestehen, ist die Regierung Alexander's II. bemüht, das Volk auf eine höhere Stufe der Kultur zu bringen, indem daselbst für niedere und höhere Schulen, für Reorganisation der Gerichte, für Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, für geeignete Militärreformen, Herabsetzung der Dienstzeit, für die Interessen des Handels und der Industrie Sorge getragen wird. (Wir verweisen in dieser Beziehung auf einen Aufsatz, den wir im Juli in den Grenzboten veröffentlichten.) Desto schlimmer steht es in den Ostseeprovinzen und in Polen, wo noch immer eine humanere Auffassung des Regierungssystems zu wünschen übrig bleibt, namentlich in den ersteren. Die Ostseeprovinzen bildeten bisher, so lange man ihnen den deutschen Charakter gelassen hatte, für das ganze Reich einen Uebergangspunkt der europäischen Kultur in das umfangreiche übrige Land, sie gaben demselben einen guten Theil der besten höheren Civilbeamten; und mit deutscher Sprache und Sitte geht dort auch die deutsche Wirksamkeit, die Kraft und Betriebsfähigkeit zu Grunde.

Rußlands nächster Nachbarstaat, die Türkei, geht seiner allmäligen Auflösung entgegen, da seine Absichten nicht zur Ausführung gelangen, dem Reiche die der europäischen Cultur entsprechenden Reformen wirklich zu geben, und seine Vasallen, die nichts versäumen, um nicht hinter dem Jahrhundert zurückzubleiben, mächtiger werden, als der Suzerän ist. So Aegypten, so Rumänien. Ebenso würde Griechenland ein gefährlicher Nachbar für die Türkei sein, da es beschützt ist von dem religions- und blutsverwandten Rußland, wenn seine Bewohner es sich mehr angelegen sein ließen, das von der Natur begünstigte Land auf die Höhe zu bringen, die es durch ihren Fleiß und ihre Hülfsquellen erreichen könnte. Aber das Räuberwesen, bei dem ein faules Leben die Hauptrolle spielt, von Hohen und Niedrigen betrieben oder befördert, konnte fast ungehindert be-

stehen, bis, durch den Mord bei Oropos veranlaßt, die Mächte auf eine kräftigere Niederwerfung, Bestrafung und endliche Ausrottung der Banden ernstlich drangen. Schwer genug wird es der Regierung werden, denn die Aktenstücke über den Marathonischen Räuberanfall haben recht merkwürdige Aufschlüsse über die Betheiligten und ihre Hintermänner abgegeben.

In dieser Rundschau kommt nun Italien an die Reihe, jenes Land, dem einerseits durch Frankreichs Hülfe zu seiner weiteren Ausdehnung verholfen, deren Vollendung jedoch gerade durch den Helfer stets in weite Ferne gerückt wurde, und welches andererseits durch merkwürdige, für das gegenwärtige Jahrhundert fast unglaubliche Ereignisse den gesammten Erdkreis in Aufregung versetzt. Die italienische Regierung hat fortwährend mit der Unzufriedenheit eines großen Theils der Bewohner, mit Aufständen und revolutionären Agitationen, mit Finanznoth und Deficits zu kämpfen und ist dadurch in ein Schwanken hinüber und herüber gerathen, das die Wohlfahrt und das Gedeihen des jungen Staates hinauszieht und schließlich keine Partei befriedigt. Sie macht dabei allerhand politische Fehler. Nicht wenig von ihrer und Victor Emanuel's Popularität hat sie eingebüßt durch die Behandlung Garibaldi's, dem sie allen Dank schuldig war. In eben so schlimme Verlegenheiten bringt sie die Verhaftung Mazzini's, gegen den sie mit einem öffentlichen Processe vorzugehen kaum wagen kann. Daß diesem auch nicht Alles zur Last gelegt werden kann, was angeblich in seinem Namen geschieht und gedruckt wird, beweist ein in der „Unità italiana" veröffentlichtes Schreiben Mazzini's, welches in einer bisher bei ihm nicht vorgekommenen Weise die Ausschreitungen der republikanischen Sudelblätter rügt und große Sensation gemacht hat. Er verdammt offen und entschieden den rohen und beleidigenden Ton, welchen diese Blätter bei der Bekämpfung ihrer politischen Gegner gebrauchen, und tadelt es scharf, daß sich dieselben zu Persönlichkeiten hinreißen lassen und sich dabei einer Sprache bedienen, welche nicht jene gebildeter und verständiger Leute sei. „Unsere Mission," sagt Mazzini, „ist, zu bilden und zu belehren, nicht aber unsere Gegner mit Koth zu bewerfen, und wenn Vernunftargumente nicht ausreichen, zum Stocke unsere Zuflucht zu nehmen. Leute, welche sich solcher Waffen bedienen, weisen wir zurück und können sie nicht als die unsrigen anerkennen, denn wir achten die Freiheit auch bei

unseren Gegnern und halten Freiheit mit Gemeinheit nicht für gleichbedeutend."

Die Regierung war in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältniß zu Frankreich getreten und nicht viel fehlte, so hätte sie gegen den Willen des italienischen Volkes eine Allianz zur Bekriegung des früheren Bundesgenossen abgeschlossen, mit dem sie kürzlich erst einen Vertrag zur Begründung der dereinstigen intimsten Handelsverbindungen unterzeichnet, den des Baues der Gotthardeisenbahn. Dazu kommen die Mißverhältnisse in einzelnen Landestheilen, wie die Entstehung der Schwindelbanken in Neapel, durch welche Tausende um ihr Eigenthum betrogen wurden, ohne daß die Regierung, welcher doch das Verfahren der Bankinhaber verdächtig werden mußte, zu rechter Zeit eingeschritten wäre. Nachdem sie an 60 Verhaftungen vorgenommen, war die Bevölkerung wieder unzufrieden damit, daß die Untersuchung zu langsam fortschritt.

Die Insel Sardinien, welche Frankreich auch gern schon annectirt hätte, wie Savoyen und Nizza, wird ganz vernachläßigt; die in Aussicht gestellten Eisenbahnen werden nicht gebaut, Schulen werden nicht errichtet, wenn nicht die Einwohner allein mit deren Errichtung vorgehen. (Zum Bau einer Töchterschule z. B. hat dort Garibaldi die Anregung und eine englische Gesellschaft das Geld gegeben.) Die Verwaltung der Kirchengüter ist ebenso verwahrlost, nicht einmal die jährlichen Rechnungsberichte werden von der seit 1867 eingesetzten Centralcommission geliefert. Hierzu kommt noch die Erhöhung der Steuern, die sich mit 12 Procent auch auf die Rente, sowie auf die Prämienanleihen und Lotterien ausdehnt. Der Minister Sella gab zu, daß dieselbe eine Entwerthung dieser Papiere herbeiführen würde, aber dieselben würden später schon wieder in die Höhe gehen.

Sind hier die Finanzverhältnisse schon klägliche, so steht es in Rom fast noch schlimmer damit. Flossen bisher die Einnahmen aus allen Theilen der Erde zusammen, so dürfte diese Quelle in manchen Ländern bald versiegen, wo die Absichten, den mittelalterlichen Glaubenszwang wieder herzustellen, und die Feststellung von Ideen, welche manches frühere Jahrhundert nicht gewagt hätte, von dem in der Bildung höher stehenden Theile der Bevölkerung nicht gutgeheißen werden. Die Folgen dieses Verfahrens werden nicht lange auf sich warten lassen, wenn sie im Augenblicke des Krieges, der die ganze

Welt fesselt, noch nicht zur Geltung und Wahrnehmung gelangen. Wo die Zinsen der Schulden die Einnahmen eines Staates überschreiten, da ist nichts zu hoffen.

Eine Opposition ist aber bereits hervorgetreten außer in Bayern, wovon später gesprochen wird, in der Schweiz. Schon im März wurde der päpstliche Geschäftsträger Agnozzi veranlaßt, eine Reclamation an den Bundesrath zu richten wegen gehässiger Kundgebungen bei der Carnevalsfeier in Basel. Bedeutungsvoller ist ein Aufruf aus dem Canton Aargau an die Katholiken der Schweiz zur Gründung eines katholischen Reformvereins. In diesem Aufruf heißt es u. A.: „Tausende von Katholiken der Schweiz warten nur auf ein Zeichen, einen Anlaß und Anstoß, um sich gegen das pfäffische Treiben, die geistliche Alleinherrschaft und wider mancherlei Unordnungen auszusprechen. Sie begehren eine kirchliche Reform. Bereits haben die Behörden für das Volk in der Wahlart der Geistlichen, in der Feiertagsfrage, bezüglich der gemischten Ehen und der Verwaltung der Pfründgüter, sowie der Ablösung von Collaturrechten Erfolge errungen"... „Wir Katholiken der Schweiz sind mit dem Vorgehen des Concils in Rom nicht einverstanden. Wir schließen uns vollständig der würdigen Opposition der einsichtigen Kirchenhäupter Deutschlands, Frankreichs und Ungarns an und sehen mit tiefem Bedauern die meisten der vaterländischen Bischöfe im Lager der Jesuiten und Römlinge"... „Wir erklären unumwunden, daß es unserer Einsicht, unserem Gewissen und religiösen Gefühl widerstrebt, ferner einem Katholicismus anzugehören, der sich mit der Wissenschaft, mit der Aufklärung, der Vernunft und der geläuterten religiösen Anschauung von Millionen Menschen und Christen im Widerspruch befindet und durch Aufstellung neuer krasser Glaubenssätze sich der gebildeten Welt zum Gespött preisgiebt, ja durch die Selbstvergötterung seines Oberpriesters die Rückkehr zum blinden Heidenthum proclamirt." Auch in Bern hat man sich mit Enthusiasmus diesen Bestrebungen angeschlossen. Gegen den Canton Freiburg ist der Bundesrath, da jener den Artikel 58 der Bundesverfassung verletzt hatte, welcher den Jesuiten den Aufenthalt verbietet, mit der Erklärung vorgegangen, er hege die bestimmte Erwartung, daß die Regierung von Freiburg nicht nur ihre eigene Stellung und die dem Bundesrathe für die Zukunft angewiesene bestimmte Haltung in der Jesuiten-

Angelegenheit zu würdigen wissen, sondern auch dem guten Einvernehmen mit der großen Mehrheit des Schweizervolkes, das in der Thätigkeit von Angehörigen des Jesuiten-Ordens eine Störung des confessionellen Friedens unter den Eidgenossen erblicke, gern ein Opfer und jene Schlußnahme zur vollen Anwendung bringen werde, welche auch den einzelnen Mitgliedern des Ordens jene Lehrthätigkeit in Kirche und Schule untersage.

Im Juli wurden vom Bundesrathe eine Reihe von wichtigen Anträgen zur Revision der Bundesverfassung vorgelegt, welche sich auf das Militärwesen beziehen, den Schutz der Waldungen betreffen, sowie den freien Verkehr in Handel, Gewerben, Beruf, ferner über die freie Niederlassung und die Rechtsstellung der Niedergelassenen, über den Erwerb des Schweizerbürgerrechts (wahrscheinlich veranlaßt durch die Frankfurter Angelegenheit), über das Recht zur Ehe, über religiöse Verhältnisse, Rechtseinheit, Organisation und Competenz des Bundesgerichts. Bei dem Abschnitte über den Erwerb des Schweizerbürgerrechts heißt es im Artikel 43: „Ausländer, welche Aufnahme in das Bürgerrecht verlangen, haben zuerst die Ermächtigung des Bundesraths nachzusuchen. Die Prüfung dieser Behörde beschränkt sich auf das Verhältniß des Gesuchstellers zu seinem bisherigen Staatsverbande, und es soll die Ermächtigung ertheilt werden auf den Nachweis, daß dieser Verband mit der Ertheilung des Bürgerrechts gelöst ist. Ohne Nachweis dieser Ermächtigung darf kein Canton einen Ausländer in's Cantonsbürgerrecht aufnehmen." In dem Antrage über die religiösen Verhältnisse sind besonders folgende Punkte genannt: „Art. 44. Die Gewissensfreiheit wird gewährleistet. In der Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte darf Niemand um des Glaubensbekenntnisses willen beschränkt oder zur Vornahme einer religiösen Handlung verhalten werden. Niemand ist gehalten, für eigentliche Cultuszwecke einer Confession oder Religionsgenossenschaft, welcher er angehört, Steuern zu bezahlen."

Der Vorwurf, den in früheren Jahrzehnten der Absolutismus so gern der Schweiz machte, sie sei der Heerd der Revolution, scheint jetzt auf Spanien übergehen zu sollen. Und doch hieße es das Volk verkennen, wollte man einen solchen gegen das unglückliche Land für gerecht halten. Nach mehr als dreißigjähriger Mißregierung und den erbittertsten Bürgerkriegen, nach öfters mißlungenen Militärauf-

standsversuchen gelangt das Volk endlich durch eine gelungene Revolution zur Vertreibung seiner liederlichen Königsfamilie, zur Selbstbestimmung über seine ferneren Schicksale. Da ist es kein Wunder, daß die Ordnung und staatliche Regierung nicht auch sofort in das geeignete Geleise kommt, und die Führer, Generale, unter dem Absolutismus und der Weiberherrschaft groß gezogen, weder den Uebergang zu geordneten Zuständen zu finden vermögen, noch die Zerrissenheit der Parteien zu beseitigen im Stande sind. Wenn es ihnen gelungen ist, mit der Majorität der Cortes eine Verfassung herzustellen, die bereits manchen Fortschritt in sich aufgenommen hat, so haben sie außer der Wahl eines Regenten, Serrano's, doch die Regierungsfrage nicht zur Entscheidung bringen können. Sie haben zwar beschlossen, daß beide Linien der Bourbonen ausgeschlossen sein sollen, aber zu einem Entschluß über die Person des Monarchen ist es noch nicht gekommen. Es waren der Candidaten mehrere in Vorschlag; doch der Premierminister Prim sah sich in einer Cortessitzung im Juni genöthigt, Aufklärungen über die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen vorzutragen, einen König für den verwaisten Thron zu finden, welche selbst bei der allgemeinen Abspannung und Gleichgültigkeit, die in den politischen Kreisen längst Platz gegriffen, einen peinlichen und niederschlagenden Eindruck gemacht haben. Der Marschall schloß mit der Bemerkung: „Ich habe jetzt nichts mehr von Wichtigkeit beizufügen, die Regierung hat Ihnen für heute keinen Candidaten vorzuschlagen, und es ist nicht gewiß, ob sie morgen einen haben wird.“ Die kleinste Partei nur würde sich für den Prinzen von Asturien, den Sohn Isabellens, finden, nachdem diese Ende Juni in einer langen Proclamation an die Spanier*) für ihre Person auf den Thron förmlich Verzicht geleistet, ihre Handlungsweise vertheidigt und zuletzt die Krone auf ihren Sohn Alfons übertragen hatte. Die Majorität würde aber auch nicht dem Herzoge von Montpensier zufallen, der sich schon durch das Duell, in dem er Heinrich von Bourbon, den Bruder des Titularkönigs Franz, erschoß, unmöglich gemacht hat. Den jungen italienischen Prinzen Thomas würde eine andere Partei angenommen haben, doch zeigten hier der Familienrath und die Herzogin von Genua ihre entschiedene Abneigung gegen diese Wahl.

*) Actenstücke. Beilage 1.

Der alte König Ferdinand von Portugal, Vater des regierenden Königs, wurde in's Auge gefaßt und damit die Hoffnung verbunden, daß daraus dereinst eine iberische Union hervorgehen könne. Doch auch dieser weigerte sich, die Krone anzunehmen, weil man in Portugal nichts davon wissen will und schon darum der Union abgeneigt ist, um nicht die spanische Schuldenlast später mit übernehmen zu müssen. Eine weitere Idee ließ den alten Herzog von Vittoria, Espartero, in Vorschlag bringen. Dieser antwortete auf die Anfrage Prim's: „Excellenz! Herr Madoz hat mir Ihren Brief überreicht, worin Sie mich fragen, ob ich die spanische Krone annehmen würde, falls die Cortes mich erwählen sollten. Ich fühle in der Tiefe meines Herzens alle Dankbarkeit, die ich der Regierung schulde, deren Leitung Sie in so würdiger Weise führen, und ich antworte, daß ich stets bereit bin, mein Leben für die Freiheit und die Wohlfahrt meines Vaterlandes zu opfern. Aber eine Gewissenspflicht zwingt mich, ehrerbietigst zu erklären, daß ich ein so hohes Amt unmöglich annehmen kann, weil mein Gesundheitszustand und mein Alter mir nicht gestatten würden, die Obliegenheiten desselben zu erfüllen. Herzog de la Vittoria."

Es würde diese Wahl viel für sich gehabt haben, insofern die Nation eine einheimische Größe, einen um das Vaterland verdienten Mann an ihre Spitze erhoben hätte. Aber Espartero steht nicht mehr in der Fülle der Kraft, welche für einen König Spaniens gegenwärtig erforderlich gewesen wäre, um das Staatsschiff von den hochgehenden Wogen in den Hafen zurückzuführen.

Einen geheimnißvollen Candidaten hatte Prim noch für den Thron reservirt; man vermuthete einen Hohenzollern, und es traten unbestimmte Gerüchte auf, welche zuerst den Prinzen Friedrich Karl von Preußen, dann Friedrich Eugen, den dritten Sohn des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, nannten, welchen letzteren man in Paris (die Kaiserin) gern mit einer Verwandten Eugeniens, einer Prinzessin Alba, verheirathet hätte. Im Juni jedoch lichtete sich das Dunkel, und man sprach in Madrid bereits ganz offen davon, daß Prim dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern die Krone angeboten habe, die dieser jedoch in einem, wie er sagte, für die spanische Nation respectvollen Briefe zunächst ablehnte. Die Unterhandlungen mit demselben wurden fortgesetzt; es wird darüber später die Rede sein.

Inzwischen ist auch die republikanische Partei nicht unthätig geblieben, hat sich gehörig organisirt und constituirt, und wendet sich in einem Manifest, welches in einer föderal-republikanischen Versammlung festgestellt, auch von je zwei oder drei Delegirten der 49 Provinzen unterschrieben wurde, an das Volk Spaniens. Es heißt darin: „Zwei föderale Republiken bestehen heute; sie zeichnen sich nicht nur durch die Integrität ihrer Freiheiten aus, sondern auch durch ihre Stabilität, innere Ruhe und durch ihre schnellen Fortschritte. Die Zeit der unitarischen Republiken ist für Europa vorbei; sie haben alle in einer Soldaten-Dictatur ihr Ende gefunden, während weder in der Schweiz noch in den Vereinigten Staaten eine Dictatur möglich war, selbst nicht nach blutigen Bürgerkriegen. Was Wunder demnach, daß unsere Versammlung jede Transaction mit dem Unitarismus für immer beseitigt wissen will. Die Befürchtung endlich, daß bei dem Uebergange von der Monarchie zur föderalen Republik das Land die Einheit einbüßen könnte, wie sie unter dem Scepter der Gothen bestand und nach dem Tode Ferdinand's V. zurückerobert wurde, wird von der Regierung durchaus nicht getheilt, da es sich um eine Nation fester Gestaltung handelt, die den Uebergang zweifellos ohne Stürme und Blutvergießen vollziehen wird." — Es wird dann die Ernennung eines Fünfer-Directoriums vorgeschlagen, welches von einer Delegirten-Versammlung aus den Provinzen gewählt, ebenso aber auch ganz oder theilweise geändert und abgesetzt werden kann. Zur Gewalt greifen soll die republikanische Partei nur im äußersten Falle, wenn die anderen Parteien den Rechtsboden verlassen, da sie nur eine Partei der Ordnung sein soll und kein gesetzliches Mittel versäumen darf, die Ordnung zu erhalten.

Wie sehr es für die spanische Nation wünschenswerth gewesen wäre, bald eine Hand zu finden, die die Zügel der Regierung aufnähme und muthig fortführte, zeigen die Mittheilungen, wie sehr Handel und Industrie darniederliegen. In der Stadt Madrid sollen seit der September-Revolution mehr als 4000 Fabriken, Werkstätten und Geschäfte geschlossen worden sein. Es läßt sich daraus schließen, wieviele Familien zu Grunde gerichtet sein müssen und wie schwach es mit der Steuerkraft des Landes bestellt sein mag. Auch aus Cordova wird von großem Elend berichtet, einer Stadt, welche ohnehin von ihrer einstigen Höhe in erschreckendem Maße herabgesunken ist und

in deren weitem Umfange sich kaum mehr Leben und Verkehr entfaltet, als in einem kleinen Landstädtchen. Als eines von den Zeichen der in diesem Jahre mit schnelleren Schritten eintretenden Verarmung meldet man, daß die jungen Frauenzimmer sich zu den Haarkräuslerläden drängen, um durch den Verkauf ihrer Locken die Mittel zum nothdürftigsten Lebensunterhalt zu erschwingen.

In welcher Art die Verwaltung beschaffen ist, ersieht man aus einem Vorfalle im Februar, der die Leitung des Marine-Ministeriums charakterisirt. Bei der Berathung über das Flottenbudget machte der republikanische Abgeordnete Benot aus Cadiz den Admiral Topete darauf aufmerksam, daß in dem Verzeichniß und den Kostenanschlägen das aus zwei Fregatten bestehende Südseegeschwader durch seine Abwesenheit auffalle. Der Minister wies den Einwurf mit der Bemerkung zurück, daß die Vorlage richtig sei. Nach wenigen Tagen sah er sich genöthigt, seine Worte zurückzunehmen und, nachdem das Budget genehmigt war, die Cortes noch um Ausdehnung des Credits auf die beiden Schiffe zu bitten. Das Gesuch wurde ohne Anstand genehmigt und es wurden noch ein paar Millionen Realen dazu bewilligt. Krongüter und Domänen werden verkauft, Anleihen gemacht, Renten mit Steuern belegt, aber es will nicht gelingen, zu einem geordneten Staats- und Finanzwesen zu gelangen.

Auch im Nachbar- oder Zwillingsstaate Portugal gehen merkwürdige Dinge vor, deren Erscheinung eine Gährung bezeichnet, welche nichts weniger als gesunde Zustände verräth. Nach öfterem Regierungswechsel gelingt es einem Marschall, der schon mehrmals mit Gewalt versucht hat, sich an die Spitze der Regierung zu stellen, dem früheren Gesandten in Paris, Herzog von Saldanha, diese zu stürzen. In einem diese Verhältnisse charakterisirenden Berichte aus Lissabon wird Folgendes darüber mitgetheilt: „In der Nacht vom 18. auf den 19. Mai etwas nach 1 Uhr vernahmen die Bewohner des ältesten Stadtviertels drei Flintenschüsse, die im Castell S. Jorge abgefeuert wurden, und einige verspätete Spaziergänger sahen ein Dutzend Raketen aufsteigen. Das Signal wurde von der Kaserne des 7. Regiments erwidert. Fünf- bis sechshundert Mann Gesindel, die aus allen Ecken hervorkamen, erstiegen die kleine Anhöhe, auf der das Fort liegt, drangen ungestört in die schlecht bewachte Festung und wurden dort vom Militär mit offenen Armen empfangen. Von hier ging

es zur Wohnung des Herzogs von Saldanha, wo das 7. Regiment auch ankam und wo mehrere Günstlinge mit ihm auf die Ankunft warteten. Der Zug setzte sich nach dem vor der Stadt auf einer Anhöhe liegenden königlichen Palast Ajuda in Bewegung.

Während dieser Zeit waren die Minister bereits in Kenntniß gesetzt und versammelt, hatten auch den König telegraphisch benachrichtigt, da die Aufständischen vergessen hatten, den Telegraphen zu zerstören. Der König war verzagt, die Minister munterten ihn zum Widerstande auf. Aber als die vor dem Schlosse stehende Kanone auf die Anrückenden abgeschossen werden sollte, ging sie absichtlich oder zufällig nicht los, sonst wäre die ganze Bande zerstreut worden. Denn als die Artilleristen ihre kurzen Flinten abfeuerten, lief sie davon und sammelte sich nachher erst wieder, feuerte jetzt auch, aber so ungeschickt, daß sie ihre eigenen Kameraden in der Dunkelheit traf. Ein weiteres Feuer wurde auf Befehl des Königs eingestellt. Saldanha trat beim König ein. Nach kurzer Unterredung wurde nach dem Minister-Präsidenten Loulé geschickt. Als derselbe ankam, umarmte ihn der König Dom Luiz und bat ihn flehentlich, nachzugeben und die Krisis ohne Blutvergießen einem friedlichen Ende entgegenzuführen. Der Minister versicherte zwar dem Könige, daß die Regierung über weit beträchtlichere Mittel verfüge, als der Marschall, und in kurzer Zeit des Aufstandes Herr werden würde. Als aber der König bei seinen Bitten blieb, erklärte er, daß das Ministerium seine Entlassung nicht einreiche, auch kein Decret zu diesem Zwecke unterzeichnen werde, und verließ Ajuda. Saldanha setzte die Absetzung durch und wurde zum Minister-Präsidenten ernannt. Abgeordnete der Kammer, die sich dort versammelten und protestirten, ließ Saldanha militärisch auseinandersprengen, die Anderen wurden nicht eingelassen."

Der Fall des Ministeriums Loulé wurde nicht betrauert; es hatte alle Sympathien im Lande verloren, weil es den Reformwünschen nicht gerecht geworden war und die Wahlen durch einen allzu großen Druck der Administration gefälscht hatte. Aber die Mittel zu seinem Falle erregten noch weniger Beifall. Die Handlungsweise des Königs ist nach der portugiesischen Verfassung über jede Discussion erhaben. Aber im Nachbarlande erheben sich Stimmen gegen seine Schwäche, die einige als geheimes Einverständniß mit

dem Marschall, andere als eine Folge zu reichlicher Tafelfreuden auslegen. Dieselben bösen Zungen sagten von dem Marschall, er habe auf diese Weise seine zerrütteten Vermögensverhältnisse aufbessern wollen, aber er werde sich täuschen. —

2. Frankreich.

Charakter. Ministerium Ollivier. Plebiscit. Gramont. Contingentsgesetz.

Frankreich hat sich nicht blos seit Napoleon I., sondern seit fast zwei Jahrhunderten für ausersehen gehalten, mit seinem Einflusse die Geschicke der übrigen Völker Europas und wo möglich auch anderer Erdtheile zu bestimmen. Wer es von seinen Herrschern am besten verstand, dieses Princip zu verfolgen und zur Geltung zu bringen, dem jauchzte das Volk zu, selbst wenn er seine Eide gebrochen, seine Vertreter in's Gefängniß geworfen und seine Brüder und Söhne niederkartätscht hatte. So wurde Frankreichs Volk als die anmaßendste Nation, der viele ihrer Unternehmungen glückten und den Hochmuth steigerten, und Frankreich als der Boden der Agitation gegen das Ausland, der Unsicherheit, der Unbeständigkeit und Ruhestörung gegen andere Völker angesehen und von diesen wegen seiner Schlagfertigkeit gefürchtet. Seiner Herrscher Hauptsorge blieb es, die Neigungen des Volkes zu beschäftigen, und da dasselbe wegen Mangel an Lernbegier und wegen Ueberfluß an Scandalsucht nicht für inneres stilles Streben nach Kenntnissen und höherer Kultur zu gewinnen war, andererseits jede Einmischung in die innere Politik und die Regierungs- und Finanzangelegenheiten vermieden werden sollte, um die höchste Gewalt in keiner Weise zu beschränken, so mußten allerhand Experimente versucht werden, um das Volk anderweit zu unterhalten. Bei mehreren derselben konnte der Herrscher zwar die Lehre annehmen, daß er auf diesem Wege nicht fortfahren dürfe; wenn er aber in andere Bahnen einzulenken suchte, schlug er doch bald wieder zur vorherigen Praxis um, die ihn mehr blendete.

Mit Klugheit und Entschiedenheit hatte sich Napoleon III., um sein Sprichwort: „Das Kaiserthum ist der Friede," zu bewähren, im Innern des Landes den Frieden zu schaffen gewußt. Der Armee verhalf er in der Krim, in Mexiko, in Algier, in China, in Italien zur Gloire, dem Clerus überließ er den niedern Unterricht in der Volksschule und gewann ihn durch seine italienische Politik, durch

den Schutz des Papstes und durch Ernennung seiner Würdenträger zu Senatoren, und bei den Massen machte er sich durch Fürsorge um ihr Wohl, durch großartige Bauten, durch unerhörten Luxus, bei dem sie Verdienst hatten, beliebt. So glaubte er seine Stellung und seinen Erben zu befestigen. Außerdem lenkte er die Aufmerksamkeit des Volkes auf alle etwa streitigen Punkte im Auslande durch die ihm ergebenen Zeitungen, und gab es keine solchen, so wurden sie hervorgerufen, wie ja die Frage um das linke Rheinufer eine stets beliebte war und immer wieder auf's Tapet gebracht wurde. In alle Angelegenheiten fremder Völker mischte er sich ein, so in die italienischen, in den deutsch-dänischen und dann in den preußisch-österreichischen Krieg, in das deutsche Einigungswerk oder die Mainfrage; er schuf die luxemburger und die belgische Eisenbahnfrage, bei allen war das Princip der Einmischungs-, Vergrößerungs- oder Beeinflussungspolitik vorherrschend. Das Volk stieg dabei keineswegs auf eine höhere Stufe, denn die Literatur wurde immer flacher und obscöner, die Kunst gefiel sich in Darstellung kunstloser Nacktheiten. In Gewerben und in der Technologie waren es größtentheils nur Deutsche, welche die Industrie hoben und die in aller Welt ausposaunten Pariser Waaren anfertigten.

Was die Communalverwaltung betraf, so wurde diese fast vollständig durch die Präfecten unterdrückt, die einzigen Herren in den Provinzen. Wie sehr die Wahlen zu Deputirten sowie zu städtischen und Provinzialämtern corrumpirt waren, ist genugsam bekannt. Wenigstens der unbegrenzten Verschwendung im Pariser Stadthaushalt war in neuester Zeit durch Hausmann's Entlassung endlich ein Ziel gesetzt worden. In welcher Art die kaiserlichen Gerichtshöfe zusammengesetzt waren und auf welcher Stufe der Selbstständigkeit die Richter standen, davon hat der Proceß gegen den Prinzen Peter Bonaparte (den schwarzen Peter) und dessen Freisprechung wegen Ermordung des Literaten Noir ein klares Bild gegeben. In neuester Zeit gesellte sich auch die Enthüllung über die Thätigkeit des Präsidenten Devienne bei kaiserlichen Liebeshändeln und dessen Entlassung als ein würdiges Seitenstück von Augendienerei zu jenem Processe.

Moralisch stand also Frankreich wie sein Kaiser bereits vor dem Kriege auf einer niedrigen Stufe; im Kriege sollte es noch mehr sinken. Politisch hatte es nach Benutzung aller vorhandenen Gele-

genheiten zu Einmischungen alles Material abgenutzt und aufgebraucht, neuen Stoff wollte Deutschland, auf das er bereits lauerte, durch eine Verbindung mit den süddeutschen Staaten noch immer nicht darbieten. Am Ende seiner Hülfsquellen angekommen, dazu kränklich, alternd, schwach, besorgt um die Sicherstellung der Thronfolge seines Sohnes, mit Verdruß das intimer werdende Verhältniß Rußlands zu Preußen beobachtend, faßte der Kaiser den Entschluß, sich das Volk durch ein neues Experiment für immer anhänglich und verbindlich zu machen. Er machte den Anfang zu einer constitutionellen Regierung und wählte ein liberales Ministerium, welches die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers für sich hatte. Am 2. Januar 1870 trat das Ministerium Ollivier sein neues Amt an. Man kann nach dem bisher Gesagten nicht anders als behaupten, daß auch das nur ein Experiment war, und daß Napoleon kaum aus voller innerer Ueberzeugung und gern so handelte. Aber vielleicht mochte er hoffen, dann mit einem neuen Kriegszuge hervortreten zu können, nachdem er sich überzeugt hatte, daß mit den halben Concessionen im Juli des vorigen Jahres nichts gewonnen worden sei.

Emile Ollivier, vom Kaiser zum Justizminister ernannt und mit der Bildung des Ministeriums beauftragt, vorher der Führer des rechten Centrums der Kammer, früher jedoch der demokratischen Partei angehörig, nach seinem eigenen Bekenntniß ein Bewunderer Cavour's, ahmt diesen sofort bei der Bildung des Cabinets darin nach, daß er sich mit dem Führer des linken Centrums verbindet, und diesen, den Grafen Darü, nach Ueberwindung der Abneigung des Kaisers, zum Minister des Auswärtigen wählt. Zur Charakteristik Ollivier's diene in Anbetracht späterer Ereignisse Folgendes. Während des Schwebens der luxemburger Affaire richtete einer der angesehensten Männer Nassaus, Generalconsul Ladé in Geisenheim, einen Brief an ihn, in welchem er ihn bittet, seine Stimme für Erhaltung des Friedens zu erheben. Er gab ihm die feierliche Versicherung, daß man in Deutschland den drohenden Krieg als eine unwürdige, die Geschichte Europas besudelnde, den übrigen Völkern ein trübseliges Beispiel von Barbarei bietende Handlung verabscheue und mit Frankreich in Frieden leben möchte u. s. w. Ollivier antwortete: „Geehrter Herr! Ihre Mittheilungen habe ich mit der größten Genugthuung gelesen. Die Noblesse und Moralität der Gesinnungen, welche darin

ausgesprochen sind, haben mir bewiesen, daß ich mich nicht irrte, als ich meinen Landsleuten gegenüber die deutsche Sache vertheidigte. Sie haben wohl Recht, zu sagen, daß unsere beiden Nationen dazu geschaffen sind, zusammen zu gehen Hand in Hand auf dem Wege der Eroberung der Civilisation und des Fortschritts. Mißverständnisse allein trennen sie. Es ist aufgeklärter Geister würdig, dahin zu wirken, diese zu beseitigen. Sie werden anerkennen, daß Frankreich viel gethan hat. Es hat in nichts Ihr Werk von 1866 genirt. Es ist nun an Deutschland, in der luxemburger Sache seinerseits friedliche und versöhnliche Gesinnungen an den Tag zu legen. Was mich betrifft, so werde ich mit allen meinen Kräften an der Verbindung unserer beiden Nationen arbeiten. Ich danke Ihnen für die Gesinnungen, welche Sie für mein geliebtes Vaterland hegen. Glauben Sie mich stets mit herzlicher Anhänglichkeit Ihren Emile Ollivier." (Paris 4. Mai 1867.)

Ein zweites Mitglied aus dem linken Centrum ist der Finanzminister Büffet, die Uebrigen gehören jedoch der Partei Ollivier's an, nämlich Ségris Unterricht, Louvet Handel, Richard für öffentliche Arbeiten und schöne Künste, Leboeuf Krieg, Rigault de Genouilly Marine, Chevandier de Valdome Inneres. Die Kaiserin empfing und begrüßte dieselben mit der Versicherung, daß die Minister, welche das Vertrauen des Kaisers besitzen, auch ihr willkommen sein würden. So weit schien Alles einig. Der Friede dauert in diesem Cabinet nicht lange, denn schon nach wenigen Wochen entstehen Differenzen mit den beiden schutzzöllnerisch gesinnten Mitgliedern Darü und Louvet; dieselben werden jedoch noch beigelegt, nachdem Laguerronière's, des Gesandten in Brüssel, Hetzereien gegen Preußen wegen des Ueberganges des Ministeriums des Aeußern auf den norddeutschen Bund nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Die höchste Sehnsucht desselben nach einem Ministersitze wird nicht befriedigt, ja man entledigt sich seiner später durch die Versetzung nach Constantinopel. Von unverkennbarem Einfluß zeigt sich die Wirksamkeit Darü's, des Freundes von Thiers, auf Besetzung wichtiger Stellen mit Orleanisten. Nachdem Odilon Barrot und Guizot an die Spitze der Commissionen für Decentralisation und Unterricht getreten sind, wird auch Prevost-Paradol, ein junger Akademiker, zum Gesandten in Washington designirt. (Derselbe hat sich später bald nach seiner Ankunft in Amerika selbst entleibt.)

Bei jeder Gelegenheit stellte sich jetzt heraus, daß es dem Kaiser-

thum an brauchbaren Kräften für den liberalen Staat fehlte, da der Cäsarismus und das Präfectenthum nirgends solche hat gedeihen lassen und Alles niedergehalten, was eine eigene Meinung hätte aussprechen wollen. Fast allein noch unter den Advocaten fanden sich brauchbare Leute, aber gerade diese wollten entweder ihre lohnende Thätigkeit für eine precäre Stellung nicht im Stich lassen, oder sie waren wegen persönlicher Verhältnisse unmöglich. In der Kammer ist von Erfolgen der Berathungen fast nichts zu merken, den größten Theil mehrerer Monate haben die Interpellationen eingenommen; aber die Regierung hat auch nichts Erhebliches vorgelegt. Als es sich um den Antrag handelt, Rochefort, den Redacteur der Marseillaise (früher der Laterne), obwohl er Deputirter von Paris ist, zu verhaften, erklären sich auch Darü und Büffet dafür; so haben sie sich dem Kaiser genähert. Es wird sich bald zeigen, daß auch Ollivier sein liberales Programm in der römischen und kirchlichen Frage geopfert hat. Er verpflichtete sich auf folgende vier Punkte: 1) Aufrechterhaltung der Convention vom 15. Septbr.; 2) Fortsetzung der Besetzung des Kirchenstaates, bis Italien die bündigsten Bürgschaften gegeben, daß es diese Convention achten wird; 3) Zurückziehung der Truppen nur auf Grund einer gemeinschaftlich von Regierung und Kammer getroffenen Entscheidung; 4) Suspension aller Verhandlungen mit Italien während der Dauer des Concils. Bei Gelegenheit einer Interpellation Jules Favre's über die innere Politik erhielten die Minister dennoch ein vollständiges Vertrauensvotum von Seiten der Legislative, herbeigeführt durch das Auftreten Darü's. Derselbe hatte besonders betont, daß ein Volk frei zu nennen, wenn das Staatsoberhaupt nicht ohne Zustimmung der Nation über das Vermögen, das Blut, die Freiheit eines einzigen Bürgers verfügen kann, wenn die Gesetze der Ausdruck des allgemeinen Willens und nicht blos des Willens des oder der Regierenden sind, wenn die Regierung in ihren Acten beschränkt, überwacht und so organisirt ist, daß sie nöthigenfalls im Zaum gehalten werden kann. Dazu gehört, daß von der Nation gewählte Versammlungen die Gesetze beschließen, die Interessen erörtern und durch aus ihrer Mitte berufene Männer im Rathe der Regierung vertreten sind. Das sei die praktische Form des Princips der Volkssouveränetät, und eben diese Form hat das Senatsconsult von 1869 eingeführt, eben sie ist die gegenwärtige Regierungsform.

Die französischen Politiker sind nun für den Augenblick befriedigt, wenden sich daher wieder zu den äußeren Angelegenheiten und ziehen in der alten Weise über Preußen her. Da ist es die Thronrede zur Eröffnung des norddeutschen Reichstages, die ihnen nicht gefallen hat, und die Minister werden herausgefordert, ihren Standpunkt in der Frage über das Verhältniß des Nordbundes zu den Süddeutschen kund zu geben. Das Siècle findet es sogar selbstverständlich, daß diese ihre Verträge zu brechen die Befugniß hätten. Aber weder das Ministerium, noch die Linke halten den Zeitpunkt für geeignet, die Sache auf's Tapet zu bringen. Ersteres beschäftigt sich mit anderen Gegenständen. Graf Darü hatte, obwohl vollständig klerikal gesinnt (er hatte lange gegen Renan's Wiedereinsetzung in die Professur für hebräische Sprache protestirt), am 20. Februar eine Note nach Rom geschickt mit der Forderung, Antonelli solle einen besondern Gesandten Frankreichs zum Concil zulassen. Die übrigen Minister waren damit nicht einverstanden, namentlich Büffet und Ollivier, sie wollten ihm jedoch den Rückzug erleichtern und zugestehen, daß der gewöhnliche Vertreter vor dem versammelten Concil in Rom eine Erklärung über die Stellung der französischen Regierung zu demselben abgeben sollte. Ferner wollte Darü eine Vermehrung der Abgeordneten zur vollständigen Besetzung der Commissionen, in denen dringliche Arbeiten verzögert würden, wenn die Mitglieder mehreren Commissionen angehörten. Man hielt diese Forderung nicht für ausführbar. Auch diese Differenzen wurden wieder ausgeglichen. Was die diplomatische Thätigkeit anlangt, so sind hier einige Zeichen der Zeit zu finden. General Fleury hatte in Petersburg Unterhandlungen angeknüpft zur Erlangung eines russisch-französischen Einverständnisses in Bezug auf Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedens wegen Nordschleswig. Darü befahl die Unterbrechung dieser Unterhandlungen, jedoch durchaus nicht aus Sympathie für Deutschland, sondern, wie er selbst äußert, weil Preußen selbst das größte Interesse hätte, den Prager Tractat durch genaue Erfüllung aller seiner Bestimmungen perfect zu machen, statt ihn durch Nichterfüllung eines Artikels in seiner Totalität hinfällig werden zu lassen. Auch Ollivier, damit einverstanden, sprach sich dahin aus, daß dies ein Gegenstand von zu geringer Tragweite sei, um die guten Beziehungen zu Preußen zu stören. Sein Programm gegen Deutschland, wie es in der Kölnischen

Zeitung (man sagt aus seiner Feder) mitgetheilt wurde, lautet dann wörtlich weiter: „Wenn wir von unseren freundnachbarlichen Beziehungen zu Preußen und Deutschland zu keiner Zeit ein Hehl gemacht, so ist es doch von Wichtigkeit, daß man jenseit des Rheins und namentlich Seitens der nationalen Partei uns die Arbeit nicht erschwere, und daß man in Deutschland wisse, wie wir uns zum ferneren Verlaufe der Einheitsfrage stellen. Darum gerade hat die letzte Rede des Grafen Bismarck über den eventuellen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund einen so überaus günstigen Eindruck auf uns Alle gemacht, weil wir darin seinen festen Willen erkannten, in keiner Weise die Entwickelung dieser heiklen Frage brüskiren zu wollen. Alles, was wir zu wünschen übrig haben, ist, man möge in Berlin fest bleiben in dieser Gesinnung und sich durch keine Einzelbedenken von dieser würdigen Gesammthaltung abwendig machen lassen. Denn man soll und darf es in den Reihen der nationalen Partei Deutschlands nicht vergessen: Wir Alle wären, trotz unserer Gesinnungen, außer Stande, und ich selbst bei allen meinen Sympathien vermöchte nicht, gegen den Strom der patriotischen Bewegung in Frankreich anzukämpfen, falls Preußen etwa durch irgend eine in die Augen fallende Pression, durch irgend ein Manöver die Südstaaten gegen den Willen ihrer Bevölkerungen zum Eintritt in, oder zum Anschluß an den norddeutschen Bund zwingen wollte. Für diesen Fall, wie gesagt, wäre es uns unmöglich, die politischen Leidenschaften dieses Landes (Frankreichs) darnieder zu halten, und unabsehbares Elend könnte daraus entspringen. Etwas Anderes wäre es, wenn mit der Zeit im ganzen Süden eine so einhellig drängende Volksbewegung für die Vereinigung mit dem Norden in die Schranke träte, daß jeder Widerstand kindisch und ungerechtfertigt erschiene. Aber Niemand wird behaupten wollen, daß eine solche drängende Volksbewegung jetzt schon vorhanden. Ist sie aber einmal da und wurde sie nicht künstlich hervorgerufen durch allerlei Mittelchen, da könnten wir eher in der Lage sein, obwohl auch dies nicht ohne gewisse Schwierigkeiten bleiben würde, unserm Volke zu sagen: „Halt da! Das geht dich nichts an! Das ist eine häusliche Angelegenheit des deutschen Volkes, in die sich einzumischen vollkommen widersinnig sein würde!“

Daß eine solche Erklärung, welche das Aeußerste von Ueber-

hebung leistete und die Einigung Deutschlands vollständig von dem Gutbefinden der französischen Regierung abhängig zeigen sollte, den Beifall der Franzosen und des Kaisers fand, ist natürlich. Sobald der Kaiser sah, daß, nach den Vertrauensvoten zu urtheilen, das Ministerium sich befestigt hatte, glaubte er mit seinen Absichten weiter vorrücken zu können. Er giebt dieselben in einem Schreiben an Ollivier zu erkennen und sagt am Schluß: „Ich bitte Sie daher, sich mit Ihren Collegen in Einvernehmen zu setzen, um mir einen Entwurf zu einem Senatsbeschlusse vorzulegen, welcher die aus der Volksabstimmung von 1852 erfließenden Fundamentsbestimmungen unabänderlich feststelle, die gesetzgebende Gewalt zwischen beiden Kammern theile und der Nation den Theil der constituirenden Gewalt zurückgebe, den sie mir übertragen hatte." Auffallend genug ist es, daß sich jetzt Ollivier zu dem Senatspräsidenten Rouher, früher des Kaisers rechte Hand, begiebt, mit ihm darüber beräth und dann erst Ministerrath abhält. Nachdem hier und mit dem Kaiser der Entwurf des Senatsconsults festgestellt ist, Einige behaupten, Rouher habe ihn nach mehrtägigem Widerstreben endlich selbst abgefaßt, wird derselbe von Ollivier mit einem ausführlichen Promemoria dem Senate vorgelegt. 28. März. Verschiedene Artikel der Verfassung, namentlich 33 und 57, werden aufgehoben; die Senatoren werden von dem Souverain ernannt, die Anzahl derselben kann vermehrt werden. Das Recht der Budgetbewilligung verbleibt dem gesetzgebenden Körper. — Die Hoffnungen, mit denen man dem Senatsconsult entgegensah, sanken mit jedem tieferen Einblick in die den Meisten wenig geläufige Verfassung, und die öffentliche Meinung überzeugte sich bald von ihrer Illusion, daß der Kaiser die Rolle eines constitutionellen Monarchen aufnehmen wollte. In der Kammer hatte Ollivier bereits eine von der Linken geforderte Wahlreform zurückgewiesen; er bestreitet ihr jetzt auch das Recht einer Debatte über eine dem Senat erst übergebene Vorlage. Er wird heftig interpellirt, daß er überhaupt auf des Kaisers durch Rouher herbeigeführten Wunsch eingehe, den Senatsconsult einem Plebiscit zu unterwerfen, um der Uneinigkeit angeblich vorzubeugen. Er findet in der Linken den heftigsten Widerspruch, und Jules Favre sagt dem Minister geradezu, das Plebiscit sei die Wiederherstellung der despotischen Gewalt. Auch Thiers bedauert die Auferstehung der Plebiscite und nennt sie einen cäsarischen Act; mindestens müsse in

dieser Frage auch den Abgeordneten das Wort verstattet werden, das ihnen der Minister entziehen wolle. Die Majorität verzichtet aber selbst durch Tagesordnung auf die Discussion des Plebiscits, wobei sich Thiers und Büffet in der Abstimmung vom linken Centrum trennen und dagegen stimmen. Letzerer will im Ministerrath wenigstens die Sanction des Plebiscits durch die Legislative durchsetzen, der Kaiser giebt aber nicht nach. Natürlich tritt nun Büffet aus dem Ministerium, Favre äußert, sein Rücktritt beweise, wie das Ministerium nur das des persönlichen Regimes sei. An Büffet's Stelle tritt Ségris, während Richard, Minister der schönen Künste, auch Unterrichtsminister wird. (Siècle begrüßt diesen in Bezug auf sein Verhältniß zu den Tänzerinnen der großen Oper mit einer sehr wenig schmeichelhaften Bemerkung.)

Darü fügte sich zunächst bereitwillig dem Kaiser, sieht sich aber gegenüber Büffet's Rücktritt in eine schiefe Stellung zur Partei gebracht und folgt nach kurzen Unterhandlungen wegen Beschränkungen des Plebiscits, in denen seine Anträge fallen, demselben nach wenig Tagen. Ollivier übernimmt das Ministerium des Aeußern interimistisch selbst, und charakteristisch ist sein erster Schritt, die Zurücknahme der Note Darü's an Antonelli. Rouher's Einfluß wächst, und schon erheben die imperialistischen Eulen ihr Geschrei: Girardin, der Napoleonische Schildträger, verkündet in der Liberté, daß bald nach dem Plebiscit der Kaiser ein europäisches Schiedsgericht veranlassen werde, durch welches alle seit 1866 in der Schwebe gebliebenen Fragen gelöst werden sollten.

Das Plebiscit wird nun, nachdem der Senat es genehmigt und nachdem Ollivier erklärt hat: „Ich habe dem Kaiser geschworen, ihm ein glückliches Alter zu sichern, und ich werde meinen Eid halten,“ auf den 8. Mai festgesetzt. In einer Proclamation wendet sich der Kaiser darauf an die Franzosen; er erwartet von ihnen als Beweis ihres Vertrauens auf seine Frage eine bejahende Antwort, daß sie mit den in den letzten zehn Jahren vollzogenen liberalen Reformen einverstanden seien.*) Von einem parlamentarischen Regiment ist darin mit keinem Worte die Rede, aber von dem kaiserlichen Frankreich; auch ist sie von keinem Minister unterzeichnet; er hält es für

---

*) Actenstücke. Beilage 2.

sein persönliches Recht, jederzeit an das Volk zu appelliren. Gleichzeitig wird das von den Ministern mitunterzeichnete Ausführungsdecret für das Plebiscit veröffentlicht; der Anfang desselben lautet:

Napoleon, durch die Gnade Gottes und den nationalen Willen Kaiser der Franzosen,

Allen Lebenden und Kommenden unsern Gruß!

Angesichts des Senatsconsults vom 20. April haben wir beschlossen und decretiren wie folgt:

Art. 1. Das französische Volk wird in seinen Wahlbezirken auf den 8. Mai zusammenberufen, um folgenden Plebiscit-Entwurf anzunehmen oder zu verwerfen: Das französische Volk billigt die in der Verfassung seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewirkten liberalen Reformen und bestätigt den Senatsbeschluß vom 20. April 1870.*) Hierauf folgen Bestimmungen über die Stimmabgabe. Dann kommt der Wortlaut des Senatsbeschlusses.**)

Die Situation war bedenklich, denn man war nicht so überzeugt, daß die Abstimmung günstig ausfallen würde oder müßte. Es wird kein Mittel zur Herbeiführung des Erfolgs unversucht gelassen, sogar der Kaiser läßt einen eigenhändigen Brief drucken und an die Wähler versenden. Da gelingt es der spionirenden Polizei, in den letzten Apriltagen ein Complot auf das Leben des Kaisers zu entdecken, Briefe, Bomben, Revolver und Verschworene werden gefunden, unter denen Bourie und Flourens (welcher durch Noir den Peter Bonaparte fordern ließ) als Hauptschuldige verhaftet sind, während noch viele andere Complicen genannt werden. Zugleich wird ein kürzlich erst constituirter internationaler Arbeiter-Verein, der eben beschlossen hatte, mit „Nein" zu stimmen, als geheime Gesellschaft aufgehoben und es werden die Wortführer verhaftet. Die Oppositionsblätter erklären unumwunden, die Attentatsgeschichte sei ein bloßes Wahlmanöver; es habe im Herbst 1852, als dem Kaiser auf der Reise nach Lyon nicht eben der gewünschte Empfang zu Theil wurde, die Höllenmaschine auch zum Erfolge verholfen; nach seiner Wahl zum

---

*) Le peuple approuve les réformes libérales opérées dans la constitution depuis 1860 par l'empereur avec le concours des grands corps de l'état, et ratifie le sénatus-consulte du 20. avril 1870.

**) Actenstücke. Beilage 3.

Kaiser seien Höllenmaschine, Verschwörer und Mitschuldige verschwunden. Das Plebiscit hat den gewünschten Ausgang, da 7,330,142 Stimmen mit „Ja" gegen 1,538,825 Nein und 112,975 ungültige Zettel abgegeben sind. In der Armee war mit über 46,000 Nein gestimmt worden, und man sprach ganz offen die Meinung aus, die Regierung müsse ihren Sieg um ein Bedeutendes niedriger schätzen, wenn sie die Mittel in Anschlag bringe, durch die er errungen sei.

Bei der am 21. Mai erfolgten feierlichen Ueberreichung des Plebiscits-Ergebnisses an den Kaiser hob der Präsident Schneider hervor, das Volk habe sich mit einer Uebereinstimmung für das Kaiserreich ausgesprochen, deren Wucht Niemand herabmindern könne. Frankreich stelle hierdurch die Sache der Freiheit unter den Schutz der kaiserlichen Dynastie und der großen Staatskörper. Der Kaiser sprach zunächst den Dank für den eclatanten Beweis des Vertrauens aus, er hob hervor: „das Kaiserreich befinde sich jetzt auf einer neubefestigten Grundlage, es werde seine Stärke durch Mäßigung zeigen und nicht von der vorgezeichneten liberalen Linie abweichen. Er werde dem so energisch kundgegebenen nationalen Willen Achtung zu verschaffen wissen; sein Hauptziel sei, um die neu sanctionirte Verfassung alle ehrlichen Leute zu schaaren und durch Sicherung der Ruhe, durch Besänftigung der Leidenschaften die Größe und Wohlfahrt Frankreichs zu vermehren. Verbreitung des Unterrichts, Vereinfachung und Decentralisation der Verwaltung, Hebung der Production und des Wohlstandes sei das zu befolgende Programm; so werde das Volk durch freien Gebrauch der Kräfte den Fortschritt der Civilisation erhöhen. Mehr als je müsse man heute der Zukunft in's Auge blicken, ohne Furcht zu zeigen, welche nur die Entwickelung der vom Volke aufgezeichneten Regierungsformen aufhalten könne."

Inzwischen ist auch das Ministerium vervollständigt worden, und zwar ist der Herzog von Gramont, bisher Gesandter in Wien, als Minister des Aeußern berufen, Mège, ein Landsmann Rouher's, Ultramontaner, für Unterricht, Plichon für öffentliche Arbeiten, Louvet für Ackerbau und Parieu als Minister-Präsident des Staatsraths, während Ollivier zum Justizministerium das des Cultus hinzugenommen hat. G r a m o n t, Legitimist und Spielgenosse Heinrich's (V.), Herzogs von Bordeaux (Graf Chambord), galt in Wien, wo er seit neun Jahren, nachdem er Gesandter in Kassel, Stuttgart, Turin, Botschafter

in Rom gewesen war, als Botschafter fungirte, für einen warmen Freund Oesterreichs und hat sich im Jahre 1866 bemüht, Napoleon zu einem kräftigen Auftreten zu dessen Gunsten zu bestimmen. Oesterreichische Blätter sprachen geradezu aus, Gramont habe sich die Aufreizung zu einem Kriege gegen Preußen zur Lebensaufgabe gestellt, er sei nie ein Freund Preußens gewesen, wahrscheinlich auch nicht von Ollivier vorgeschlagen worden. Die französischen Blätter eiferten sehr gegen diese Bemerkungen; wie sehr sie Unrecht hatten, hat sich herausgestellt. Selbst Graf von der Goltz, der frühere preußische Botschafter in Paris, hat vor einigen Jahren gesagt: „Uns könnte eigentlich nichts erwünschter sein, als wenn Gramont in Paris und Metternich in Wien Minister würden; dadurch würde unsere Politik erleichtert.“

Sobald Gramont sein Amt angetreten, und die Besprechungen über das Plebiscit beendigt sind, beginnen die französischen chauvinistischen Journale ihre Angriffe gegen das Ausland und natürlich vor Allem gegen Preußen. Die inneren Zustände würden zwar Stoff genug liefern, wie den Nothständen im ganzen Lande abzuhelfen wäre. Mehl und Getreide mangeln, da die Ernten des vorigen Jahres schlecht und die diesjährigen nicht bessere Aussichten haben; an Kohlen hat Frankreich ebenfalls Mangel, der Bedarf wird lange nicht gedeckt und Saarbrücken befriedigt einen großen Theil des Consums. Bei einem siegreichen Kriege Seitens Deutschlands wird diese Quelle verstopft. Die Arbeiternoth in Paris allein ist so groß, daß dem Ministerium ein Credit von vorläufig über 6 Millionen Francs eröffnet werden muß zur Einlösung der fälligen Schuldscheine der städtischen Baukasse, zur Bestreitung der Baukosten für das neue Hotel Dieu, für das Napoleonspital und andere Krankenhäuser, für Kasernen, Schulhäuser 2c. Dieser Stoffe bemächtigen sich die Journale weniger als derjenigen, die sie kaum verstehen, wie die Thronrede des Königs von Preußen beim Schlusse des Reichstages, den Abschluß der Convention wegen der Gotthardeisenbahn. Wenn sie sich aber einmal innerer Zustände bemächtigen, ist es in einer so giftigen Art gegen die Regierung, damit die daran angeschlossenen Hetzereien um so mehr auf diese wirken sollen. So das Siècle, welches sich im Juni folgendermaßen ausläßt: das Kaiserreich habe bis jetzt für Frankreich nichts Anderes gethan, als Alles in Verwirrung gesetzt. Ein

Mann bemächtigt sich am 2. December 1851 der Dictatur, zuerst denkt er an sich selbst, das ist sehr einfach, er ist Präsident einer Scheinrepublik, er will mehr oder weniger sein, er wird Kaiser mit einem Hofe, mit Kammerherren, Stallmeistern. Sehr gut! An 20 Jahre vergehen, dieser Mann, der Alles konnte, hat Nichts gethan. Alle geistigen und materiellen Interessen liegen darnieder, das Elend ist groß, die Unwissenheit noch größer; 1869 erwacht Frankreich, es sagt sich, daß man mit der Hälfte der Millionen, die thöricht durch die Expedition nach Mexico verschlungen wurden, in jeder Gemeinde eine Schule hätte gründen können, es fordert die ihm entrissenen Freiheiten zurück, es protestirt gegen ein persönliches Regiment, das sein Werk ist... Diese Ausfälle gehen so fort, sind aber nur die Einleitung zu der weiteren Anklage: „Das Einverständniß Preußens und Italiens für den Bau der Gotthardbahn schafft Schwierigkeiten, die unsere Nationalehre und unsere Handelsinteressen auf's Spiel setzen. Ueber diesen Gegenstand interpellirt, hätte das Ministerium unverzüglich Aufschlüsse geben können, und der Minister verlangt 10 Tage Bedenkzeit der Ungeduld Frankreichs gegenüber! Ollivier überliefert im Orient in der Frage der Capitulationen die französischen Unterthanen mit gebundenen Händen und Füßen der muselmännischen Justiz, während seine Eigenschaft als ehemaliger Beamter des Khedive mit 300,000 Fr. Jahrgehalt ihm eine größere Reserve auferlegte." Dann kommt Rom an die Reihe. „Kurz, wohin sich die Blicke wenden, im Innern und im Auslande, Alles ist düster, und die Regierung zieht uns ohne Compaß, ohne Idee, ohne ein anderes System als das der Unterdrückung und der Furcht auf einem stürmischen Meere hinter sich her."

Endlich wird nun in der Kammer die Interpellation wegen der Gotthardbahn von Gramont beantwortet. „Sie müssen es," sagt der Minister, „für gut erachten, daß Andere bei sich Das thun, was Sie gewiß zu thun nicht zögern würden, wenn unsere Interessen es erheischen." Er entwickelt nun, daß die Neutralität der Schweiz hinlänglich gesichert bleiben müsse, und fährt dann fort: „Wenn, was aber kaum anzunehmen ist, die Schweiz bedroht sein sollte, sind **wir** denn nicht da, um sie zu vertheidigen? Aber ich halte mich nicht bei Hypothesen auf, welche mir wirklich unmöglich erscheinen, und ich zolle meine ganze Achtung dem klaren Auftreten, welches die Bundes-

regierung in dieser ganzen Angelegenheit befolgt hat. Ich füge hinzu, daß sie den Beweis von großer Geschicklichkeit abgelegt hat, indem sie die Capitalien aller ihrer Nachbarn an sich gezogen hat, ohne ihre Neutralität in Gefahr zu bringen." Diese Probe scheint zu genügen, um die ganze Frivolität in der Ausdrucksweise des Herzogs zu kennzeichnen. Nach ihm erhält der Orleanist Estancelin das Wort, welcher die commerzielle Frage allein beleuchten, großmüthig sein und nicht von der Regierung Rechenschaft verlangen will, daß sie die italienische und die deutsche Einheit habe zu Stande kommen lassen. Derselbe nimmt auch das Wort, als in den ersten Julitagen das Gesuch der Prinzen von Orleans, nach Frankreich zurückkehren zu dürfen, zur Debatte in der Legislativen kommt, und befürwortet dasselbe warm, dringt aber nicht durch. Ueber dasselbe wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem Ollivier u. A. geäußert, wenn die Prinzen sich direct an die Gnade des Kaisers wenden wollten mit einem vollständigen Verzicht auf jegliche Prätensionen, dann könne die Regierung mit jener Theilnahme dem Gesuche näher treten, die dasselbe einflößen müsse.

Von großer Bedeutung ist die Debatte in der Legislativen über das Contingentsgesetz für 1870 am 30. Juni, insofern den Ministern Gelegenheit darin gegeben ist, sich über die große Politik auszusprechen, und alle Theile dieselbe benutzen, um den Rhein, Preußen, Norddeutschland und die Süddeutschen in die Besprechung zu ziehen, um den gehässigen Gefühlen über deren Entwickelung und Emporsteigen Luft zu machen. Da diese Debatte der Vorläufer ist der diplomatischen Verwickelungen, welche unmittelbar zum Kriege führen und den Nahrungsstoff für denselben erhöht haben, so ist eine allgemeine Uebersicht über dieselbe nothwendig. Es handelt sich zunächst um die geforderte Jahresaushebung von 90,000 Mann, deren Verminderung von mehreren Seiten verlangt wird. Graf Latour d'Auvergne spricht für Festhaltung des Bestandes und giebt ein Bild von der Organisation des preußischen Heeres, dessen Kriegsherr über alle übrigen deutschen Armeen verfüge, mit Ausnahme von „Rheinsachsen" (!) und Braunschweig. Er giebt noch mehrmals Gelegenheit, seine eigenthümlichen Kenntnisse deutscher Geographie und Verhältnisse zu bewundern. Als Garnier-Pagès für die Ersparnisse im Heere spricht, ruft Granier aus Cassagnac dazwischen: Frankreich solle das linke

Rheinufer erobern, dann könne es seine Armee um 200,000 Mann verringern! Garnier antwortet, ihm seien solche Gelüste fremd; Frankreich solle sich auf seine natürlichen Verbündeten und auf Bayern stützen, dann würden die Deutschen von selbst kommen, denn Bismarck habe Preußen so viele Feinde gemacht, als es Deutsche gebe. Frankreich brauche keine Feinde zu fürchten, wenn seine Politik Niemand bedroht. Der Kriegsminister Leboeuf antwortet in einer langen Rede zunächst mit der Behauptung, daß eine längere Dienstzeit den Soldaten erst tüchtig mache, und er in dieser Zeit Vielerlei lerne, wie Lesen, Schreiben, Rechnen, dann Algebra, Geometrie, Militärgeschichte, Geographie (!) und Zeichnen. Der Minister erklärt: „Ein Effectivbestand, wie er für eine neutrale Macht ausreicht, genügt nicht für Frankreich, da dieses in Europa eine politische Mission zu erfüllen habe. Deshalb müsse die Regierung den gegenwärtigen Effectivbestand der activen Armee aufrecht erhalten. Die Entwaffnungsfrage anlangend, sei die Herabminderung des Contingents um 10,000 Mann ein Beispiel, das Frankreich gegeben, das aber bisher Niemand befolgt habe. Die Contingente der auswärtigen Mächte seien nicht vermindert worden, Preußen werde wie im vorigen Jahre 95,000 Mann einstellen. Ich würde nichts dagegen haben, wenn man der Armee ihr Contingent von 100,000 Mann wiedergäbe. Aber ich mußte mich den Ideen des Cabinets anschließen, mich eben so friedfertig zeigen wie das Ministerium! (Gelächter.) Ich wiederhole zum Schluß, die Einladung zur Entwaffnung scheint auswärts nicht verstanden worden zu sein." Thiers sagt: „Verkennen Sie nicht die durch die Ereignisse von 1866 bewirkten Veränderungen. Ehemals hatte Preußen 19 Millionen Menschen, heute bei seinen Offensiv- und Defensiv-Allianzen mit Süddeutschland disponirt es über 40 Millionen. Anstatt eines föderalen, für den Frieden organisirten, zur Vertheidigung allmächtigen, zum Angriff unmächtigen Deutschlands haben Sie nun eine fürchterliche Militärmacht; an deren Spitze steht ein überlegener Mann (homme supérieur), der heute für den Frieden ist und in diesem Augenblicke keine Ruhestörung bezweckt, allein der 40 Millionen Menschen zur Verfügung hat. Angesichts dieser Macht bedarf es einer neuen, beträchtlicheren Militärorganisation. Auf allen Bänken dieser Kammer herrscht gleicher Patriotismus, aber der Patriotismus genügt nicht.

In solcher Sache sich täuschen, wäre noch unheilvoller, als an Patriotismus es fehlen lassen." Als warnendes Beispiel dafür führt sodann der Redner Oesterreich an, welches bei Sadowa nur besiegt worden sei, weil es unvorsichtigerweise an seinem Armeebudget gespart habe. „Vor ähnlichen Irrthümern müssen wir uns hüten. Wir würden einen Fehler begehen, wenn wir den Bedingungen der Lage nicht Rechnung trügen, wenn wir dächten, daß es von uns abhinge, die Mächte zur Entwaffnung zu bewegen. Damit Preußen wirklich entwaffnete, wäre es nöthig, nicht daß es seine Armee reducirte, sondern daß es den Nordbund und die Verträge mit den Südstaaten auflöste. Dieser Bund, diese Verträge, das sind seine Rüstung: es wird dieselbe nicht aufgeben. Von Entwaffnung also reden, heißt mit einer Chimäre liebäugeln. Alle Welt ist auf den Friedensstand, nur für Preußen ist dieser Friedensstand ein — verdoppelter. Ich bin für den Frieden; aber um den Frieden zu haben, ist es nöthig, daß wir stark sind." —

Jules Favre fragte, wo die Bedrohung, die Gefahr sei, welche die Erhaltung des Kriegsfußes erheischen, und sagt den Ministern, daß ihr Schwanken, ihre Unsicherheit, ihre zweideutige Politik beweisen, daß über ihnen ein Wille stehe, der den ihrigen annullirt. „Ihre Politik," meint er, „ist nicht klar; hierdurch erklären sich die Besorgnisse, welche Sie dem Anscheine nach ein Interesse haben aufrecht zu erhalten und welche wir im Gegentheil zerstreuen wollen."

Ollivier besteigt die Tribüne und erwidert, die Regierung sei durchaus nicht beunruhigt; die Erhaltung des Friedens sei niemals gesicherter gewesen, als jetzt; es schwebe keine aufregende Frage, die Cabinette seien einig, daß die Verträge aufrecht erhalten werden müßten, so der Pariser von 1856 wie der Prager Frieden. Die Regierung habe die Freiheit entwickelt zur Erhaltung des Friedens und habe die zwischen der Nation und dem Souverän bestehende Einigkeit zum äußeren Ausdruck gebracht. Die Regierung habe ein französisches Sadowa, nämlich das Plebiscit, gewonnen. Durch dieses habe die französische Politik dieselbe Stärke gewonnen, wie Preußen durch den Sieg bei Sadowa. Diplomatische Actenstücke habe die Regierung nicht vorzulegen, da seit dem 2. Januar keine diplomatische Angelegenheit vorgekommen sei, von der bereits Schriftstücke veröffentlicht werden

könnten. Es könne sich hierbei nur um das Concil handeln; hier wäre aber eine Publikation verfrüht. Schließlich wendet sich Ollivier gegen die von Favre gemachte Unterstellung, als ob der Kaiser den Willen des Ministeriums annullire, indem er versichert, daß kein Souverän loyaler und aufrichtiger das parlamentarische System handhabe.

Diese Friedensversicherungen gab der Minister Ollivier am 30. Juni; am 2. Juli wurde in der Gazette de France eine Nachricht mitgetheilt, welche dem Ministerium bereits bekannt sein mußte und deren Bekanntwerden jene Versicherungen eigenthümlich beleuchten sollte; nämlich die Mittheilung, daß eine Deputation aus Madrid im Auftrage des Marschalls Prim nach Sigmaringen abgegangen sei, um die spanische Krone dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern anzubieten, welcher mit einer portugiesischen Prinzessin verheirathet sei. Vor der weiteren Entwickelung müssen noch die Verhältnisse der übrigen europäischen Staaten, der nächsten und nächstbetheiligten Nachbarn Frankreichs, betrachtet werden.

3. Belgien, Holland, Norddeutschland, Süddeutsche Staaten, Oesterreich.

Ueberall, wo sich für Frankreich irgend eine Gelegenheit darbot, in die Interessen seiner Nachbarländer einzugreifen, um seinen Einfluß zu erweitern oder Verbindlichkeiten zu veranlassen, wurde dieselbe wahrgenommen, um darauf später Ansprüche zu begründen und sich festzusetzen. So hatte die französische Ostbahn-Gesellschaft, hinter der die Regierung stand, den Besitz der Grand-Luxembourg und Limburg-Lütticher Eisenbahn erlangt, wozu die belgische Regierung ihre Genehmigung nicht ertheilen wollte. Frankreichs Regierung, welche schon längst auf eine gute Veranlassung gepaßt hatte, mit jener anzubinden, war sogleich aufgeregt, und man befürchtete da schon die bedenklichsten Verwickelungen. Die Diplomatie bewirkte die Beilegung, der Verkauf wurde nicht durchgeführt, nur gewisse Rechte in Bezug auf Beförderung durchgehender Züge wurden zugestanden und an einigen Stationen französische Beamte zum Bahnhofsdienst angestellt. Wäre Frankreichs Absicht gelungen, so hätte es Truppen durch Belgien und Holland befördern können, um sie gegen Preußen zu brauchen, vorausgesetzt, daß Belgien sich mit zum

Kriege verbündet hätte. Das erfolgte Abkommen ist nicht von großer Bedeutung, und die französische Regierung hat dadurch nur ihre politische Niederlage verschleiern wollen.

Das Land Belgien selbst ist durch seinen Reichthum an Producten und seine Fabrikthätigkeit in den blühendsten Verhältnissen, wohl geeignet, die habgierigen Blicke des Nachbars zu fesseln. Der Bericht über die Lage des Staatsschatzes am 1. Januar d. J., welchen der Finanzminister den Kammern vorgelegt, besagt, daß die finanziellen Maßregeln, die im vorigen Jahre votirt wurden, zusammen mit dem Zuwachs der öffentlichen Einnahmen die früheren Ueberschüsse wieder hergestellt haben und die Regierung in den Stand setzen, alle bis heute votirten außerordentlichen Credite zu decken bis auf etwa 2 Millionen. Der Minister erkennt die Lage des Staatsschatzes als eine sehr günstige an, wünscht aber sie für die Zukunft noch mehr gesichert zu sehen, um den mit jedem Jahre neu auftretenden Bedürfnissen begegnen zu können; zu diesen rechnet er zunächst die Entwickelung des Schulwesens und die Pensionirung der ausgedienten Soldaten.

So große Fortschritte die Bewohner in materieller Hinsicht gemacht haben, so weit die constitutionelle Regierung ausgebildet und so sehr dieselbe unter dem Königthum der Koburger gefördert worden ist, so viel bleibt in anderer Beziehung zu wünschen übrig. Gewisse aus den meisten übrigen civilisirten Ländern Europas ausgeschlossene dunkele Gestalten sind hier noch vollständig in Thätigkeit und treiben ihr Wesen namentlich unter den weniger Gebildeten. Wie wäre es sonst möglich, die 500jährige Feier der öffentlichen Verbrennung von Juden wegen Diebstahls heiliger Hostien auch nur zu projectiren und ein Comité sich bilden zu sehen, welches auf möglichst pomphafte Gestaltung der Feier durch Processionen außerhalb der Kirche, die allerdings dann unterblieben, weil sich die Kritik gar zu kräftig über dieselben erging, hinwirken sollte. Der Bürgermeister hatte auf eine Protestation erklärt, die stricteste Neutralität halten zu wollen. — Bei alledem wird andrerseits öffentlich in Zeitungen vor der Annahme päpstlicher Münzen gewarnt, deren eine Menge in Folge ihrer Verweisung aus Frankreich (weil sie nicht vollwichtig seien) nach Belgien kommen würden. Ein weiteres charakteristisches Zeichen in dieser Richtung ist der Fall des Grafen Langrand-

Dümonceau, der trotz des Segens des heiligen Vaters, der Gnade des Kaisers von Oesterreich und der persönlichen Freundschaft des Grafen Beust einen so großartigen Schwindel in Scene setzen konnte, wie er seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Dieser Langrand gründete vor vier Jahren in Belgien mehrere großartige Actiengesellschaften, gebot über Millionen und war Administrations-Delegirter derselben, ohne einer Controle unterworfen zu sein. In diese Geschäfte verwickelte er Personen aus den hohen Ständen, wie den Fürsten von Thurn u. a. Als die Actien das Agio der Börse verlieren zu wollen schienen, ließ Langrand durch eine oder die andere seiner Gesellschaften gegenseitig die Actien der andern zu riesigen Preisen an der Börse erstehen. Sein Credit sank dennoch, die Actien fielen von 200 auf 30, bis das Falliment ausgesprochen werden mußte. Die Theilnehmer verloren ihr Geld, der Graf suchte das Weite. Der Redacteur einer Zeitung hatte nun diese Sache besprochen und namentlich die Klerikalen als Langrand's Genossen bezeichnet. Durch den Minister zum Proceß gegen Langrand gezwungen, hatte der Generalprocurator, selbst Klerikaler, unterlassen, die einfachsten Regeln bei einer gerichtlichen Untersuchung zu befolgen, obwohl jener schon flüchtig war. Demzufolge wurden Generalprocurator, Procurator und Instructionsrichter auf Antrag des Justizministers abgesetzt. Inzwischen war das Ministerium zurückgetreten, bei den Kammerwahlen siegten die Klerikalen in Folge Spaltung unter den Liberalen aus persönlichen Rücksichten, es kam ein klerikales Ministerium an's Ruder. Wie weit die Langrand'sche Angelegenheit ferner an die Oeffentlichkeit gelangen wird, muß man abwarten. Es wurde vermuthet, daß sich das neue Ministerium nicht lange würde halten können, da es nicht die Mehrzahl der Gebildeten auf seiner Seite hat.

Holland beschäftigt sich mit inneren Angelegenheiten und nimmt an den Weltereignissen weniger Antheil; besonders Reformen für die Colonien, die ihm seine Haupteinnahmen schaffen, sind es, welche den Gegenstand seiner Fürsorge ausmachen. Seine Handelsflotte hat daher bedeutende Ausdehnung, und die Regierung weiß auch nöthigenfalls ihre Bürger in fernen Landen zu schützen und sich Achtung zu verschaffen, wie eine Expedition nach der Küste von Guinea beweist, wo die Eingeborenen im vorigen Jahre den Schiffs-

lieutenant Beekens und mehrere Matrosen gefangen genommen und den Einen der letzteren getödtet hatten. Das Dorf wurde erstürmt und verbrannt, woher die Aschantis in das Gebiet der holländischen Colonie eingebrochen waren, obgleich ihr König mit den Holländern ein Freundschaftsbündniß abgeschlossen hatte und jährlich ein Geschenk von 2000 Fl. erhält. —

Es kommt nun Deutschland an die Reihe, das in der größeren Hälfte des Jahres noch in seinen zwei Theilen als Nord- und Süddeutschland betrachtet werden muß.

Nachdem Preußen gegen Ende des Jahres 1869 durch Reisen seiner Prinzen, des Kronprinzen nach Wien und nachher zur Eröffnung des Suez-Kanals, des Prinzen Albrecht nach Petersburg zur Feier des 100jährigen Jubiläums des Georgsordens, die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich wieder angeknüpft, zu Rußland gefördert oder befestigt hatte, wurde auch im Innern die Veranlassung zu Besorgniß und Unzufriedenheit, so weit sie sich auf die Finanzverwaltung beziehen konnte, durch die Vorlage des Gesetzes über die consolidirte Anleihe behoben, welche noch im December der Landtag genehmigte. Nicht ein Gleiches konnte der Landtag und das Land über die Verwaltung des Cultus und des Innern behaupten. Die Kreisordnung wurde zwar durchberathen, gelangte aber wegen des Schlusses des Landtags nicht zur Erledigung und würde auch dann in der vorgelegten Form kaum die volle Befriedigung bei der Bevölkerung gefunden haben, da sie nicht auf den freisinnigen Principien beruhte, wie sie die Zeit und die Aussicht auf moralische Eroberungen im Süden erheischte. Die seit Existenz der preußischen Verfassung vorgesehene Vorlage eines Unterrichtsgesetzes erfolgte in derselben Session des Landtags durch den Cultusminister, fand aber das wohlverdiente Schicksal, aus der Commission des Abgeordnetenhauses nicht zur Verhandlung in demselben gebracht zu werden, da es unmöglich gewesen ist, von den 170 Paragraphen mehr als 20 zu berathen — als ein „total verfehltes, unhaltbares Werk, als eine vollkommene Fehlgeburt", wie sie der Abgeordnete Professor Röpell nannte.

Wenn von allen Seiten der Fleiß und die Ausdauer und der Patriotismus der Abgeordneten gerühmt werden, so treten dagegen in recht grellen Widerspruch Erscheinungen in dem andern Hause. Man darf nur an die Worte des durch seine Productionslosigkeit

und einiges Andere bekannten ehemaligen Justizministers Grafen zur Lippe erinnern, der jetzt den Führer der Junkerpartei abgiebt, so sind dieselben charakteristisch. „Haben wir," sagte er (nach der Kreuzzeitung), „eine Garantie, daß die Interessen des preußischen Staates im norddeutschen Bunde gewahrt werden? Liegt eine Garantie für uns in einer Repräsentation, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, oder darin, daß einer solchen Versammlung gegenüber keine zweite Körperschaft, keine erste Kammer besteht? Das ist der Stein des Anstoßes, daß wir in dem Reichstage noch nicht unsere Interessen in zuverlässiger Weise gewahrt finden. Wir würden uns mit den Institutionen eher einverstanden erklären, wenn wir das Gegengewicht gegen den Reichstag in einer andern Corporation vorfänden. Was ist das allgemeine Stimmrecht? Es ist die Negation aller Unterschiede, welche die Natur und der Verkehr, oder, wie Herr von Kleist mit Recht sagen würde, die göttliche Ordnung unter den Menschen hergestellt und aufgerichtet hat. Es ist die Negation aller Unterschiede — und darauf haben wir die Repräsentation einer ganzen Nation gegründet." Es darf nur beigefügt werden, daß der Name des Grafen in der Gesetzsammlung neben denen der übrigen Minister unter diesem Wahlgesetze für den Reichstag des norddeutschen Bundes (vom 15. October 1866) steht.

Bei der Abstimmung ging der Antrag durch, die Vertagung des Landtages (um den Reichstag einberufen zu können) abzulehnen, und es blieb Graf Bismarck mit drei Ministern und etwa sechs Herrenhausmitgliedern in der Minorität. Daß die Geschichte über dieses Haus noch nicht zur Tagesordnung gegangen ist, wird fast allgemein bedauert.

Der Landtag wurde also geschlossen, um dem Reichstage Platz zu machen. Dieser bot nächst der Berathung und dem Abschluß des Strafgesetzbuches, welches beinahe dem Zwiespalt über Abschaffung der Todesstrafe erlegen wäre, die nun wieder vertagt ist, sowie außer dem Nachdrucksgesetz, der Aufhebung des Elbzolles, der Subvention für den Bau der Gotthardbahn, besonderes Interesse noch in der Discussion über die Lasker'sche Resolution vom 24. Februar wegen des Anschlusses Badens an den Bund. Der Antrag kam dem Bundeskanzler überraschend und im höchsten Grade unerwünscht, wie er selbst erklärte. Die weitere Auseinandersetzung des Grafen be-

friedigte damals keine der liberalen Parteien und konnte sie um so weniger angenehm berühren, als eine gewisse Gereiztheit in der Antwort lag, über die man sich nicht wohl Rechenschaft zu geben wußte. Nach den Bemerkungen Ollivier's in der Legislative kurze Zeit darauf, daß man den festen Willen Bismarck's anerkenne, in keiner Weise die Entwickelung der heiklen Frage brüskiren zu wollen u. s. w., fand sich eine Ahnung über seine Beweggründe, und heute, nach dem Beginne des Krieges wegen einer weit geringeren Ursache, die überhaupt keine ist, haben wir die Erkenntniß gewonnen, daß er mit Ablehnung des Antrages Recht hatte und den früheren Ausbruch des Krieges mit einem tückischen, eifersüchtigen und anmaßenden Feinde vermeiden wollte. Hinfort wird es den Deutschen vergönnt sein, ihr Nationalgefühl wieder öffentlich zu zeigen und darauf stolz zu sein. Auch die in großem Maßstabe bereits wieder zur Besprechung gekommenen abweichenden Meinungen über das Militärbudget werden sich von selbst erledigen, und die Parteien werden sich in dieser Beziehung wohl anders gruppiren.

Das Zollparlament, das in seiner letzten Sessionsperiode noch mannigfache Handelsverträge und Zolltarifbestimmungen beschlossen, wird wahrscheinlich in dieser Form nicht mehr zusammentreten, sondern als deutsches Parlament. Nach dem Schlusse der parlamentarischen Versammlungen war eine politische Stille wie vor einem Gewittersturm eingetreten, die nur durch einzelne Ereignisse von allgemeiner Wichtigkeit unterbrochen wird. Die Vorbereitungen zu den Wahlen werden erst durch die Programme der verschiedenen Parteien eingeleitet, zu denen sich diesmal noch eine besondere katholische, obwohl eine derartige im Augenblick am wenigsten opportun erschien, gesellen sollte. Die Wahlbewegung trat jedoch bald ganz in den Hintergrund. Dazwischen kommt die Badereise des Kaisers Alexander von Rußland nach Ems und seine Besuche in Berlin und an verschiedenen deutschen Höfen, welche, sowie der Gegenbesuch des Königs Wilhelm in Begleitung Bismarck's, auf einige Wochen den Zeitungen reichlichen Stoff zu Combinationen gaben. Die etwa in Aussicht stehenden politischen Constellationen mögen wohl auch Gegenstand der Besprechungen gewesen sein, und man kann überzeugt sein, daß die polnischen Verhältnisse in Galizien und Oesterreichs gegen Rußland etwas herausforderndes Verfahren dazu gehörten. Der Bundeskanzler

muß jedenfalls mit dem Resultate zufrieden gewesen sein. Die eigentlichen Beweggründe, wegen deren sich derselbe auch nachher wieder auf sein Buen-Retiro begeben, werden vielleicht erst mit der Zeit (oder auch gar nicht) bekannt werden.

Nicht ohne Interesse war ferner die Uebungsfahrt des deutschen Panzergeschwaders nach England; glücklicherweise war die junge und einer älteren großen noch nicht gewachsene Flotte nicht so weit darüber hinausgekommen, um nicht zu rechter Zeit wieder zurückkehren zu können. Am dritten August sollte die Feier des 100jährigen Geburtstages des Königs Friedrich Wilhelm III. in Berlin großartig begangen werden, und es wurden vielerlei Vorbereitungen dazu bereits vorgenommen. Unter den später eingetretenen Verhältnissen ist diese Feier aufgeschoben worden. — Ein deutsches Institut, das Bundesoberhandelsgericht, ist anfangs Juli in Leipzig noch in's Leben getreten, kurz bevor alles Interesse von dem ausbrechenden Kriege absorbirt wurde.

In Sachsen stellt sich ein recht gutes, freundliches Einvernehmen mit Preußen her; der Hof zeigt in jeder Weise seine Bundestreue und läßt sich darin auch nicht durch die Hetzereien einzelner particularistischer Parteien und Parteiblätter davon abwendig machen. Dasselbe gilt von den übrigen zum norddeutschen Bunde gehörigen kleinen Staaten bis auf unbedeutende Nebensachen. Auch in den annectirten Provinzen nehmen die Sonderbestrebungen nach und nach ab, nur in Hessen tritt ein Theil der Geistlichkeit in eigenthümlicher Weise den getroffenen Anordnungen entgegen. Die entthronten Fürsten von Hannover und Hessen agitiren weiter gegen Preußen und gehen immer mehr der Hoffnung verlustig, in den Genuß der ihnen entzogenen Dotationen wieder einzutreten.

Von den süddeutschen Staaten stand Baden dem norddeutschen Bunde am nächsten, und die Karlsruher Zeitung erklärte nach der Discussion über den Lasker'schen Antrag officiös unter Anderem: „Die Regierung verfolgt die von ihr gewählte politische Richtung, weil sie der Ueberzeugung ist, daß diese am besten den Interessen unseres Landes Baden entspricht. Das Großherzogthum kann kein vollkommen selbstständiges Staatsleben führen; seine Sicherheit nach außen und selbst eine dauernd gedeihliche Entwickelung im Innern sind durch die nationale Verbindung mit dem übrigen Deutschland

bedingt. Die Regierung und die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung finden es der Würde und den Interessen des Landes angemessener, diese Verbindung in vollgiltiger Form herzustellen, als den gegenwärtigen unsichern und unklaren Zustand zu erhalten." Auch der Minister des Aeußern, von Freydorf, sprach sich nach dem Bericht über den Staatsvertrag zwischen Baden und dem norddeutschen Bunde über wechselseitige Gewährungen von Rechtshülfe in ähnlichem Sinne aus und bemerkte, daß die Verhandlungen des Reichstages über den Lasker'schen Resolutionsantrag der nationalen Sache eher förderlich als nachtheilig gewesen seien. Es sei hier stets die Ansicht vertheidigt worden, daß es zum Vollzug der Einigung Deutschlands keines Durchgangs durch einen süddeutschen Verein oder Bund bedürfe, daß es jedem einzelnen süddeutschen Staate freistehe, seinen Anschluß an den norddeutschen Bund für sich zu suchen.

In keinem der süddeutschen Staaten herrschte ein solches Gefühl der Uebereinstimmung des Volkes mit der Regierung, als in Baden, wenn es auch Parteien gab, welche dem Vorwärtsschreiten entgegenzuwirken suchten, wie überall. Das drückte die Rede des greisen Kammerpräsidenten Geheimraths von Mohl an den Großherzog nach dem Schlusse des Landtags aufrichtig aus. Er sprach den Dank der Ständemitglieder dafür aus, daß es ihnen vergönnt sei, sich nochmals um ihn zu versammeln. Sie seien stolz auf die Anerkennung, welche ihre Arbeiten vom Throne aus gefunden, und stolz darauf, daß sie sich während eines so langen Landtags, welcher so viele und so wichtige Aufgaben zu lösen gehabt, in solcher Einigkeit mit der Regierung und unter sich hätten befinden können, daß Alles in der Regel fast mit Einstimmigkeit zu Stande gekommen sei. Eine solche Harmonie sei selten in der parlamentarischen Geschichte zu verzeichnen.

Weniger günstig, ja mitunter sogar sehr ungünstig standen die Aussichten auf eine baldige Annäherung der beiden süddeutschen Königreiche an den Norden. In Bayern war durch den Klerus und die größtentheils von diesem fanatisirte Landbevölkerung und sogenannte Volkspartei eine gewaltige Gährung in alle Schichten gekommen, so daß bei den letzten Wahlen der Sieg der Klerikalen gesichert war, indem die Parteien sich in der Kammer zu gleichen Theilen gegenüberstanden. Der der Annäherung an den Norden zugethane Ministerpräsident Fürst Hohenlohe mußte, obwohl der

König lange gezögert hatte, auf seine Entlassung dringen, da er auf's Heftigste von der klerikalen Partei und ihren Journalen angegriffen wurde. Die Angriffe derselben, mit denen sich oft die widerwärtigsten Schimpfreden gegen Preußen verbanden, gingen soweit, daß sie ihm vorwarfen, Bayern zur preußischen Provinz machen zu wollen. Lange schwankte der König, der mit diesem Treiben sehr unzufrieden war, lange vertheidigte sich Hohenlohe und erklärte, daß sich die Regierung nie mit der klerikalen Partei verständigen könne, welche darauf ausgehe, die Entwickelung des modernen Rechtsstaates zu hemmen. Bei einem Festmahl in München sprach Fürst Hohenlohe in einem Toaste: „Ich weiß wohl, daß in dieser Versammlung freigesinnter Männer mannigfache Schattirungen existiren; aber in dem einen Gedanken sind wir Alle einig, den ich in die Worte fassen möchte: Deutschland über Alles!" Diese deutsche Gesinnung sprach sich auch in seinem Danke aus, als er im letzten Zollparlament wieder zum Vicepräsidenten gewählt worden war. Am Schlusse dieser Anrede sagte er: „Wenn jüngst ein Mitglied dieses Hauses bei seinem Ausscheiden dem Zollparlament den Vorwurf gemacht hat, es beruhe auf Täuschung und schmücke sich mit dem erborgten Nimbus des deutschen Parlaments, so antworte ich darauf: in dieser Thatsache der gemeinsamen Arbeit deutscher Abgeordneten liegt keine Täuschung, sie ist ein Gewinn, an dem wir festhalten wollen; sie ist der feste Grund, auf dem die Anker nationaler Ordnung ruhen!"

Ein Systemwechsel trat auch mit seinem Rücktritt nicht ein, und die Feinde des norddeutschen Bundes und Preußens mußten nun sehen, daß sein Nachfolger Graf Bray war, früher Gesandter in Wien, der Mitunterzeichner des Waffenstillstandsvertrages von Nikolsburg, des Friedensvertrages von Berlin und des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Bayern. Nachdem einige scheinbare Concessionen an die Ultramontanen gemacht sind, richtet sich jetzt die Opposition gegen das Militärbudget und es werden bedeutende Absetzungen und Einschränkungen versucht, nur die Militärmusik findet Gnade im Finanzausschuß, sie allein erfährt keine Ermäßigung.

Nicht minder oppositionell gegen den Norden finden sich einige Parteien in Württemberg. Hier sind die sogenannten Patrioten, d. h. die Particularisten, der Meinung, die süddeutschen Staaten

hätten jederzeit das Recht, zu prüfen, ob der casus foederis in Betreff des Schutz- und Trutzbündnisses eingetreten sei. Auch sie wenden sich gegen den Militarismus, und die Majorität der Kammer brachte dahin zielende Anträge ein, nach denen sie in den militärischen Einrichtungen solche Aenderungen geboten erachtet, welche die volkswirthschaftlichen und politischen Nachtheile zu mildern geeignet sind, und die Ausgaben in der bisherigen Höhe nicht bewilligen mag. Dazu kam, daß württembergische Offiziere persönlich Gelegenheit gefunden hatten, die preußischen Einrichtungen kennen zu lernen, und eine lebhafte Sympathie dafür empfanden, was jener Partei ein Dorn im Auge war. Volksversammlungen, eine nach der andern in Stadt und Dorf, ein Lärm, eine Aufregung, von denen man sich in anderen Ländern kaum einen Begriff machen konnte, waren an der Tagesordnung zum Sturmlauf gegen das „Fluchgesetz,“ das „Blutgesetz,“ das „Preußengesetz,“ wie sie das Militärgesetz nannten. Diese Agitation fand noch vollends Nahrung, als bei der Veröffentlichung des Finanzetats sich ein Deficit (eine Unzulänglichkeit) herausstellte, welches durch Steuerzuschläge gedeckt werden sollte. Es war zwar klar, daß dasselbe durch bedeutende Eisenbahnbauten entstanden war, aber die Volkspartei, durch Frese und Consorten gehetzt, schrie trotz dessen: das Jammergesetz, das Thränengesetz ist Schuld daran! Auch bei den Wahlprüfungen trat diese Partei mit den merkwürdigsten Mitteln auf, um die Gegenpartei zu schwächen. Da sollten die kolossalsten Bestechungen bei liberalen Wahlen vorgekommen sein, und als man Beweise verlangte, waren keine beizubringen; namentlich gegen Hölder, den Führer der deutschen Partei, hatte man die größten Anstrengungen gemacht. Die Ausbreitung der Partei hat darunter nicht gelitten, sondern davon nur Gewinn gehabt; es bestanden im Juni bereits in 37 Städten organisirte, zum Theil sehr zahlreiche deutsche Vereine. Nur in 3 von 64 Oberämtern des Landes war die deutsche Partei gar nicht vertreten, und hat die Organisation keinen Boden gefunden. Daher kam es auch, daß das in der Allgemeinen Zeitung mitgetheilte Südbundsprojekt hier ebenso wenig Anhänger und Beifall fand, wie es in Bayern gefunden hatte; auch die Könige beider Länder waren diesen Ideen nicht zugänglich gewesen.

In Hessen wurde einige Aufregung in der Kammer erzeugt

durch eine nachträgliche Anforderung der Regierung für Ausrüstung der Landwehr, für Sanitätsanstalten und dergl., welche die Abgeordneten nur zum Theil bewilligten. Diese Forderung hatte ihren Grund in Folgendem. Die Ausleerung des Zeughauses in Darmstadt durch die Preußen im Jahre 1866 hat Neuanschaffungen im Werthe von fast einer halben Million Gulden nöthig gemacht. Die Ursache davon war, daß nicht rechtzeitig die Beamten die Vorräthe bargen, die sie auf der noch im Betriebe befindlichen Eisenbahn nach Mainz schaffen konnten. Sie sollen jedoch vom Kriegsminister avertirt gewesen sein, daß an einen Erfolg der Preußen nicht zu denken, also eine Gefahr nicht vorhanden sei. Als sie eintrat, war es zu spät.

Alle diese Zustände in den süddeutschen Staaten wurden natürlich von den französischen Zeitungen in's rechte Licht gesetzt, um Capital für den Chauvinismus zu machen, und man wird später sehen, wie sie dazu beitrugen, Napoleon über die Erwartungen vollständig zu täuschen, die er sich von der Hülfe jener Staaten gemacht hatte.

Hierzu kamen noch die Lage und die Verhältnisse in Oesterreich, das ungeachtet des von Preußen (durch des Kronprinzen Besuch) wieder angebahnten freundlichen Verhältnisses nicht seine Niederlage von 1866 und seine Ausdrängung aus Deutschland durch den Friedensvertrag vergessen kann. Außerdem hatte schon im vergangenen Jahre bei Gelegenheit des Depeschenstreites zwischen Berlin und Wien die französische Presse beide Länder gegen einander zu hetzen versucht, einen Krieg als die nothwendige Folge der fortgesetzten Polemik in Aussicht gestellt und auf die Rüstungen Oesterreichs hingewiesen. Was dazu die Hietzinger Gesellschaft des Exkönigs Georg noch thun konnte, das geschah; aber der Erfolg entsprach den Bemühungen nicht. Zudem lagen die Verhältnisse im Innern des Landes wahrlich nicht der Art, daß in finanzieller oder politischer oder militärischer Hinsicht Oesterreich schon jetzt daran denken konnte, für 1866 Rache an Preußen zu nehmen. Der durch den Mangel an Geschick und Einsicht in die eigenthümlichen Verhältnisse, die Geschichte und natürliche Lage von Dalmatien veranlaßte und nur mit Mühe und unverhältnißmäßigen Opfern beendete Kampf war eben vorüber. Die Polen in Galizien hatte sich die Regierung durch allerhand Concessionen zu gewinnen gesucht. Die

Ungarn waren bis zu einem gewissen Grade befriedigt; selbst gegen die Czechen wollte man nicht schroff auftreten. Aber die Verbindung der verschiedenen slavischen Länder Oesterreichs mit den deutschen Provinzen zu einem mehr oder weniger föderalistischen Staate brachte Oesterreich in nicht enden wollende Differenzen, und die verschiedensten Versuche und Experimente wurden gemacht. Alle verliefen ohne das günstige Resultat und der Kampf zwischen den verschiedenen Elementen wurde immer hitziger, so daß im Januar sogar der kaum jemals dagewesene Fall eintrat, daß die im Ministerium in Differenzen gekommenen beiden Parteien ihre Promemoria's zu gleicher Zeit an den Kaiser richteten und in den Zeitungen veröffentlichten. Sonst entzogen sich derartige Streitigkeiten der Oeffentlichkeit so lange wenigstens gänzlich, als die Minister noch im Amte waren. Die Majorität der Minister will keine weitere Ausdehnung des föderalistischen Systems, während die Minorität nicht ohne größere Concessionen an den Föderalismus glaubt fortregieren zu können. Nach langen Adreßdebatten der Abgeordneten, die sich zu Gunsten der Majorität aussprechen, wofür aber bereits das Publikum alles Interesse verloren hat, vollzieht sich der Ministerwechsel, der bald fast permanent wird und sich durch ein fortwährendes Schwanken zwischen den entgegenstehenden Ansichten charakterisirt. Von der einen Seite, welche die bereits aus dem Reichsrath ausgetretenen Mitglieder wieder versöhnen möchte, werden Verfassungsänderungen angestrebt, diesen tritt aber die andere entschieden entgegen, und das ist ein Streit, der bei der Aufgeregtheit der nichtdeutschen Nationen kaum zum Austrage zu bringen ist. Der Reichskanzler möchte, um sich selbst unentbehrlich zu machen und zu halten, keiner zu nahe treten; ob er dem Reiche damit große Dienste leistet, ist mehr als zweifelhaft. Für die Hebung des Credits wird nichts gethan, die Schuldenlast ist eine außerordentliche, die Productionsfähigkeit wird nicht erhöht und die Freiheiten sind nur scheinbare, papierne. Hätte Oesterreich nicht stets das Princip bewahrt, auf Trennung der Nationalitäten hinzuwirken, so würde es dort anders und besser stehen. Das germanische Element, welches durch Bildung sein Uebergewicht erlangt, mußte in die anderen Länder übergeführt werden durch Colonisation, durch Vermischung, während gegenwärtig z. B. die Ungarn womöglich die Suprematie über das ganze Reich an-

streben, eine Nation, welche zwar einige gebildete Männer besitzt, zum größten Theil aber aus Roß-, Kuh- und Schweinehirten besteht, wie ein hochgestellter Mann gesagt hat.

Das Abgeordnetenhaus hatte in seiner vom Baron Tinti entworfenen Adresse an den Kaiser u. A. gesagt: „Ein Lichtpunkt in dieser bewegten Zeit ist die Versicherung Eurer Majestät, daß die europäische Lage gegenwärtig keine Störung des Friedens besorgen lasse. Nicht Oesterreich allein bedarf des Friedens, allüberall leiden die Völker unter den Folgen vergangener blutiger Kämpfe und auch im Frieden fortdauernder Rüstungen, und sie gelangen allmälig zur Erkenntniß, daß nur der Wettkampf auf dem Gebiete der Cultur, der Humanität, des geistigen und materiellen Fortschrittes unsers Jahrhunderts würdig ist und die Wunden zu heilen vermag, die auch unter dem Lorbeer des Sieges schmerzlich bluten."

„Der Erhaltung und Befestigung des Friedens sei daher die unabläſſigste Sorgfalt der kaiserlichen Regierung gewidmet; denn auf diesem Wege wird es endlich auch ermöglicht werden, die drückenden Kosten der Erhaltung großer Heere auch im Frieden aller Orten ausgiebig zu vermindern." Und am Schlusse der Adresse hieß es: „Ew. Maj. haben bei der Gründung der constitutionellen Staatsform in Oesterreich, in erhabener Großmuth und Weisheit, der Welt das leuchtendste Beispiel patriotischer Selbstverleugnung und Opferwilligkeit und richtiger Erkenntniß der Verhältnisse der neuen Zeit gegeben. Möge dieses erhabene Beispiel bei allen Ihren Völkern Nachahmung finden. Nicht auf dem schwankenden Grunde des Ideals, noch auf dem Staube längst vermoderter Gebilde, sondern nur auf dem realen Boden der durch den Gang der Weltgeschichte veränderten Zustände der Gegenwart können neue Staatsformen fest und dauernd begründet werden. Oesterreichs Verfassung ruht auf dieser Grundlage, in ihr selbst liegt die Möglichkeit, durch legale Verständigung zur befriedigenden Entwickelung zu glangen. Möge diese Bahn von Jenen, welche heute noch der Verfassung fernstehen, betreten werden, und das Haus der Abgeordneten wird das hoch ehrende Vertrauen Ew. Maj. in seinem patriotischen Geiste rechtfertigen."

Aber der Eintritt der fernstehenden Czechen (die wohl eigentlich selber noch nicht wissen, was sie wollen), der ausgetretenen Mitglieder fand nicht nur nicht statt, sondern ein neues Ministerium

hatte denselben neue Concessionen zu machen gesucht und wollte die Widersprüche versöhnen. Das Ministerium Hasner kam und ging wie seine Vorgänger, und auch das Ministerium Potocki kann die Zwecke der Einigung nicht erreichen und sich schwer das Vertrauen erwerben, um so weniger, als im Anfange die Erbitterung allgemein war über ein Mitglied dieses Ministeriums, welches früher durch eine Säbelaffaire berüchtigt geworden war. Es treten bald auch hier Personenwechsel ein, bis das Interesse auf die Wahlen abgelenkt und zuletzt auch noch ein Hochverrathsprozeß in Scene gesetzt wird gegen Arbeiter, welche angeklagt sind, auf Umgestaltung aller socialen und staatlichen Einrichtungen hingewirkt zu haben.

Da entbrennt der deutsch-französische Krieg, plötzlich, Allen mit Ausnahme der französischen Regierung fast unerwartet, lenkt ganz Europas Blicke auf sich und läßt das Interesse für alle inneren Verhältnisse der Staaten desselben im Nu verschwinden. Ja selbst die an demselben Tage wirklich zu Stande gebrachte Abstimmung und Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas, der man namentlich in katholischen Staaten mit Aufregung entgegensah, geht fast spurlos und unbeachtet für den Augenblick vorüber.

II. Abtheilung.

Die spanische Thron-Candidatur. Diplomatische Verhandlungen.

4. Erbprinz Leopold's Candidatur.

Der König Wilhelm von Preußen war am 20. Juni in Ems angekommen, hatte die stärkende Cur begonnen und konnte, da der tiefste Friede in Europa herrschte, alle Staaten mit den eigenen Interessen beschäftigt waren, nicht im mindesten darauf vorbereitet sein, daß diplomatische Verwickelungen irgend welcher ernsten Art eintreten könnten. Demnach weilte auch Graf Bismarck auf seinem Besitz-

thum in Pommern. Auch mit Frankreichs Kaiser herrschte, wie mit allen übrigen Fürsten, das möglichst beste Einvernehmen; noch im Mai hatte der König den Kaiser Napoleon durch den Botschafter Freiherrn von Werther in Paris beglückwünschen lassen zur glücklichen Abwendung des Attentates gegen seine Person und zur Krönung seiner Politik durch die immense Mehrheit der französischen Nation. Möglich, daß von jener Seite das gute Einvernehmen nur ein erheucheltes, conventionelles war, denn man hatte sich längst im Stillen gewundert und gefragt, wie kommt es, daß Napoleon den Besuch des Königs in Paris noch nicht in Berlin erwidert hat. Später hat man freilich ersehen, wie noch dargelegt werden wird, daß Preußen die Ausführung gewisser Annexionsgelüste, erst in Betreff Belgiens, dann Luxemburgs, verhindert und directe Vorschläge dieser Art zwar nicht immer geradezu abgelehnt, aber auch eine bestimmte Zusage oder Antwort hingezogen. Es war dies in der Absicht geschehen, Frankreich in der Annahme, man könne sich doch noch dazu entschließen, möglichst lange zu lassen, bis die Entwickelung des norddeutschen Bundes und dessen Militärwesen weiter vorgeschritten und sichergestellt, und die Annäherung des Südens von Deutschland einigermaßen angebahnt wäre. Befremden muß es freilich, daß man nicht durch freisinnigere Action im Innern Preußens, namentlich auf protestantisch-religiösem Gebiete, dieser Annäherung Anziehungskraft geben wollte und freisinnige Reformen auch auf anderen Gebieten der Verwaltung ablehnte und verhinderte. Mit großer Theilnahme sah die Bevölkerung in Preußen auf derartige Fortschritte in Baden und bedauerte stets, daß es hier nicht möglich war, in gleicher Weise die moralischen Eroberungen zu machen. Schlimmer konnte die Eifersucht Frankreichs und die Tücke gegen uns auch nicht werden, als sie sich gezeigt haben, da sie zum Ausbruch kamen.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die am 2. Juli durch die Gazette de France in Paris mitgetheilte Neuigkeit, daß eine Deputation aus Madrid nach Sigmaringen abgegangen sei, um dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern im Auftrage Prim's die Krone von Spanien anzubieten, und daß der Herzog von Gramont von dem spanischen Botschafter Olozaga und dem Freiherrn von Werther Aufklärungen verlangt habe. Am 4. Juli wird aus Paris gemeldet, daß Gramont nach einer Conferenz mit dem Kaiser einen Courier

mit Depeschen nach Berlin gesendet habe. An demselben Tage bringen bereits Liberté (Girardin) und Presse sehr gereizte Artikel gegen Preußen, nur der Leitartikel der halbamtlichen Patrie empfiehlt noch dringend die Nichteinmischung in die spanische Thronangelegenheit, wogegen der Constitutionel meint, der Name Mürat, mit dem der Prinz verwandt sei, müsse bei den Spaniern peinliche Erinnerungen wachrufen an den blutigen Aufstand vom Jahre 1808, zu dessen Andenken noch alljährlich am 2. Mai die Bevölkerung Madrids Verwünschungen Mürat's ausspreche.

An demselben Tage ist auch schon Graf Benedetti, der französische Botschafter, aus Berlin in Coblenz, angeblich auf der Durchreise nach Wildbad, eingetroffen, macht der Königin die Aufwartung und wird zur Tafel geladen. Wohl mochte er hier das Terrain recognosciren und erfahren wollen, wie weit man bei Hofe in der Angelegenheit des Throncandidaten etwa engagirt sei.

Am 5. Juli wird in der Legislative in Paris von Cochery und Genossen eine Interpellation in der Angelegenheit eingebracht. Auch erfährt man an diesem Tage aus Berlin, daß nicht nur der Legationsrath Bucher in Varzin sei, sondern daß auch der Geheime Legationsrath von Keudell dorthin abreise. Aus Wien meldet man, daß die dortigen diplomatischen Kreise durch die Throncandidatur beunruhigt seien, das Cabinet habe aber bisher eine passive Haltung beobachtet und sich nach keiner Richtung hin darüber ausgesprochen.

Der König Wilhelm beabsichtigte noch 14 Tage in Ems zu bleiben, sich dann nach Wiesbaden und Homburg zu begeben und gegen Ende Juli nach Berlin zur Feier des 3. August zurückzukehren. Ein leichtes Unwohlsein in Folge des rauhen Wetters und der Cur war bald vorübergegangen, so daß der König am 6. Juli Herrn von Werther, der aus Paris angekommen war, eine Audienz ertheilen konnte.

In Wien herrscht bereits große Beunruhigung in Folge der Nachricht aus Paris, daß Napoleon die Annahme des spanischen Thrones Seitens des Erbprinzen Leopold als Kriegsfall betrachten werde. Und in der That, der Herzog von Gramont hat auf die Interpellation in der Legislative erklärt: (6. Juli) „Meine Herren, ich bin gekommen, um auf die gestern von Herrn Cochery an mich gerichtete Interpellation zu antworten. Es ist durchaus richtig, daß Marschall Prim dem Prinzen Leopold die Krone Spaniens angeboten

und Letzterer sie angenommen hat. Aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen, und wir kennen auch noch nicht die Einzelheiten einer Unterhandlung, die vor uns geheim gehalten worden ist. Eine Discussion würde jetzt kein praktisches Resultat haben. Wir bitten Sie, dieselbe zu vertagen. Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und Alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränetät ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronprätendenten sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgetreten und haben für keinen derselben jemals Vorliebe oder Abneigung bezeigt. Wir werden diese Haltung auch ferner beobachten, aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas derangiren (stürmischer Beifall) und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könne. (Neuer Beifallssturm.) Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird, wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes. (Granier de Cassagnac ruft: und auf unsere Entschlossenheit.) Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben." Gegenüber Cremieux und Picard, welche die Vorlage der auf die spanische Angelegenheit bezüglichen Documente fordern, erwidert Ollivier, daß er dies Verlangen zurückweise. Die Erklärung Gramont's enthalte keine Ungewißheit über das Verhältniß der Regierung zur Kriegs- und Friedensfrage. Die Regierung wünsche leidenschaftlich den Frieden, aber mit Ehren. Sie sei überzeugt, daß die Erklärung Gramont's eine friedliche Lösung herbeiführen werde, denn sobald Europa wisse, daß Frankreich fest sei in der legitimen Pflichterfüllung, widerstehe es den Wünschen Frankreichs nicht. Es handle sich nicht um ein geheimes Ziel, und wenn der Krieg nothwendig würde, werde die Regierung ihn nicht ohne Zustimmung der Kammer führen; denn „wir leben unter einer parlamentarischen Regierung." „Ich versichere auf Ehre, daß kein Hintergedanke existirt,

wenn wir sagen, daß wir den Frieden wünschen, und wenn wir die Ueberzeugung ausdrücken, daß, wenn alle Parteiunterschiede schwinden, der Frieden auch bestehen wird." Ollivier erklärt wiederholt, die Regierung wisse nichts Näheres über die schwebenden Verhandlungen. Alles ist aber von der Sache so in Anspruch genommen, daß die zu gleicher Zeit aus Peking eingehende Nachricht von einem Aufruhr des Volkes gegen die Franzosen, bei welchem die französischen Priester, Missionäre und barmherzigen Schwestern, der Consul, der Chargé d'affaires ermordet und die katholische Kirche niedergebrannt worden sei, fast ganz der Beachtung entgeht.

Trotz Ollivier's vorerwähnter Behauptung wußten die Mitglieder der Regierung dennoch Näheres über die schwebenden Verhandlungen. Es fragt sich, wie kamen diese zu der Kenntniß. Von der Throncandidatur war schon längst die Rede und von Verhandlungen zwischen Madrid und Düsseldorf; woher die plötzliche Aufregung ohne besondere Angabe der Gründe? Es handelte sich um die Zusage des Prinzen. Ueber Paris gingen die Telegramme von Madrid nach Düsseldorf, der Telegraph spielte sehr anhaltend, und der Herzog von Gramont ist kein Anfänger in der Chiffernsprache. Was aus dieser nicht hervorging, ergänzte ein directes Telegramm, und man wollte wissen, es sei auch von Rouher, dem Intimus des Kaisers, ein Vertrauensmann nach Düsseldorf gesandt worden, um dort zu erforschen, wie es mit der Sache stehe, da man wohl wußte, daß der Fürst von seinen politischen Angelegenheiten mit Offenherzigkeit spreche. Bei alledem schien man in Paris gar nicht zu wissen, daß der Throncandidat katholisch ist und daß seine Familie erst seit zwanzig Jahren Preußen ihr Adoptivvaterland nennt. Von seiner Person aber wußte man gar nichts, oder nicht das Richtige, nur daß er mit dem Throne Portugals verschwägert sei. Eine Mittheilung seiner Familien- und persönlichen Verhältnisse wird daher schon hier um so mehr geeignet sein, als dadurch später das Gemachte des Streites mit Preußen mit den mannigfachsten Lügen der französischen Regierung und ihrer Leiter und Helfershelfer desto klarer an's Licht treten wird.

Graf Friedrich III. von Zollern erlangte durch Heirath mit der einzigen Tochter Sophie des Grafen Conrad von Rätz nach dessen Tode um 1192 das Amt eines Burggrafen von Nürnberg, d. h. das Amt eines Reichsvogts zur Ausübung der kaiserlichen Gewalt über

die im Herzogthum Franken zerstreut liegenden unmittelbaren Reichsgüter. Als Burggraf nannte er sich Friedrich I. und führte neben dem Titel als Graf von Zollern auch den eines Burggrafen von Nürnberg. Von zweien seiner Söhne (oder Enkel) setzte der ältere die schwäbische Grafenlinie fort, welche sich 1576 in die beiden Linien Hechingen und Sigmaringen spaltete, während der jüngere, Conrad III. (gest. 1260), sich seit 1230 auf den Titel Burggraf von Nürnberg beschränkte und als der Stifter der fränkischen Linie angesehen wird. Diese erhielt die burggräfliche Würde erblich, erlangte unter Karl IV. den Reichsfürstenstand und hatte viele Besitzungen erworben. Der Burggraf Friedrich VI. übernahm 1411 die Mark Brandenburg, und aus dieser Linie stammen die Kurfürsten und Könige. Dagegen kam das Grafenhaus zu Zollern, die schwäbische Linie, erst am Ende des 15. Jahrhunderts zu größerm Ansehen, als Graf Friedrich IV. die Reichskämmererwürde erhielt; erst 1623 wurde den Grafen von Sigmaringen die Reichsfürstenwürde ertheilt. Eine Verwandtschaft zwischen der fränkischen und schwäbischen Linie existirt also nur im 13. Jahrhundert, und auch diese ist noch nicht so sicher nachgewiesen; Jahrhunderte vergehen erst, bis unter dem großen Kurfürsten zwischen den beiden Linien Verbindungen angeknüpft werden, um das dereinstige Recht der Nachfolge zu erlangen. Der Kurfürst nimmt dabei mit Genehmigung des Kaisers den Titel Reichsgraf von Hohenzollern an. Im gegenwärtigen Jahrhundert (24. Januar 1821) ordneten die Fürsten von Hechingen und Sigmaringen ihr Verhältniß zu einander und anerkannten das Erbfolgerecht des preußischen Königshauses, und im April 1850 erfolgte die laut Vertrag vom 7. December 1849 abgeschlossene Abtretung der beiden Fürstenthümer an die Krone Preußen.

Das Urkundenbuch über diese Verhältnisse hat Napoleon gekannt, er soll es auch in seiner Bibliothek besessen haben. Wenn irgend Jemand außerhalb Deutschlands das Verhältniß kennen zu lernen Gelegenheit hatte, so war es Louis Napoleon. Er stand mit den Höfen in Hechingen und Sigmaringen in freundschaftlichem (auch verwandtschaftlichem) Verkehr und hat oft genug auf hohenzollernschem Boden gejagt.

Der Erbprinz Leopold ist der präsumtive Erbe der Apanagen und mediatisirten Besitzungen der Familie. (Für Abtretung des

Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen erhält der Fürst und das jedesmalige Haupt des Hauses eine jährliche Geldrente von 25,000 Thalern.) Er ist am 22. September 1835 geboren, Oberst à la suite des 1. Garde-Regiments und seit 12. September 1861 mit der Prinzessin Antonie von Portugal, Schwester des regierenden Königs, vermählt. Er hat drei Söhne. Seine Mutter, Prinzessin Josephine von Baden, war die Tochter der Prinzessin Stephanie von Beauharnais, Adoptivtochter Napoleon's I., und sein Vater ist der Sohn der Prinzessin Antoinette Mürat. Diese verwandtschaftlichen Bande wurden für die Thronbesteigung seines jüngeren Bruders Karl mit Erfolg geltend gemacht. Die Persönlichkeit des Prinzen ist einnehmend; er ist ein feingebildeter, liebenswürdiger Mann. Er lebt mit seiner Gemahlin gewöhnlich getrennt von der übrigen Familie auf Schloß Benrath bei Düsseldorf. Auf allen Feldern der Literatur ist er zu Hause, eine etwa begonnene Unterhaltung über Politik sucht er stets möglichst abzukürzen. Als er sich entschloß, sein stilles, zurückgezogenes Leben mit einem bewegteren zu vertauschen, war es nicht Ehrgeiz, sondern der Wunsch, daß ihm gestattet sei, seine Fähigkeiten mehr zu entfalten.

Im Anfange des Lärmes, der sich in Frankreich erhob, glaubte man es nur mit einer neuen Aufregung des Chauvinismus zu thun zu haben, welcher bei jeder Gelegenheit das Kriegsgeschrei gegen Deutschland oder Preußen erhob, und man hatte sich an das Wesen so gewöhnt, daß dasselbe auch diesmal für blinden Lärm gehalten wurde. Auch war es so natürlich, daß man Spanien, wie bisher, Seitens Frankreichs in seinem Thun nicht beschränken und es nicht hindern würde, sich einen König zu wählen, der ihm geeignet schiene, oder doch nur dessen Regierung Gegenvorstellungen machen würde, wenn man mit dessen Wahl nicht einverstanden war. Aber man täuschte sich hierin und sollte bald von dem Ernste überzeugt werden, mit dem ein Conflict mit Preußen herbeigeführt werden sollte. Zunächst wollte man in Paris es so erscheinen lassen, und die französischen Blätter stellten es so dar, als sei von Preußen eine Intrigue gespielt worden, welches, nachdem sein Einfluß in Italien bereits gewachsen war, nun auch in Spanien politischen Einfluß gewinnen wolle. Freiherr von Werther erklärte, daß ihm erst aus den Zeitungen etwas davon bekannt geworden sei, und daß seines Wissens die

preußische Politik mit dieser Candidatur, die nur eine rein prinzlich hohenzollernsche Hausangelegenheit sei, nicht das Mindeste zu thun habe. Schon ihm gegenüber wurden sehr merkwürdige Anforderungen an den König und eventuelle Drohungen ausgesprochen, die nicht gehörig sofort zurückgewiesen zu haben, Herrn von Werther zum Vorwurf gemacht wurde. Der spanische Gesandte Olozaga versicherte, daß ihn Prim nicht in's Vertrauen gezogen, und man habe ihm wohl darum nichts davon mitgetheilt, um ihn vor der französischen Diplomatie nicht mit einer Sache zu beschweren, die vorläufig noch in das tiefste Geheimniß gehüllt bleiben sollte. Das mußte bei der französischen Anmaßung und Eitelkeit noch Oel in's Feuer gießen, daß man ohne jegliches Vorwissen Frankreichs ein Project eingeleitet, welches dem Kaiser, der sich für den Prinzen von Asturien interessirte, ungelegen kommen mußte. Auch war die französische Regierung erbittert, daß ihre Gesandten Benedetti und Mercier (Madrid) nichts davon erfahren und berichtet hatten, und man wollte bereits wissen, daß Benedetti abberufen sei.

Die officiöse Zeitung in Berlin (Norddeutsche Allgemeine Z.) ist zuerst wortkarg und meint dann, sie habe erst durch die Cochery'sche Interpellation erfahren, um was es sich handle, sie verstehe aber nicht, wie Ollivier zu der Andeutung eines Krieges komme. Außer dem Journal des Debats, welches zur Friedfertigkeit mahnte, sagte keins der Pariser Journale dem Volke die Wahrheit, daß der preußische Staat, wenn auch die Krone dem Hause Hohenzollern bei Abtretung seiner Besitzungen die Ehrenrechte der Prinzen von Geblüt beilegte, und wenn dieses demzufolge an dem äußeren Glanze des Königshauses Theil nimmt, — als solcher mit den Schicksalen des Fürsten und seiner Kinder nichts zu schaffen habe. Möchten die neu aufgefrischten verwandtschaftlichen Beziehungen zum Königshause den Seinen glänzende Heirathen, Fürstenstühle und Königsthrone eintragen, Preußen würde darüber patriotische Freude empfinden, aber es müßte sich gegen die Meinung verwahren, als ob es irgend welchen Einfluß darauf zu üben suchte. Aber so wollte keins der Blätter in Paris die Wahrheit mittheilen, allen war es gelegen, wieder in die Kriegstrompete zu blasen und ihrer Galle gegen das wachsende Preußen Luft zu machen. Wie die Herren, so die Diener! Sie wußten, wem sie mit dem Geschrei große Freude bereiteten, und

hatten volle Freiheit dabei. Ja der vertraute Correspondent Ollivier's in der Kölnischen Zeitung hatte bereits die Frechheit, es auszusprechen, man könne das Ernsteste befürchten, wenn es nicht gelänge, glaubhaft nachzuweisen, daß Preußen nicht nur nichts gewußt, sondern daß die Annahmeerklärung ohne seine Erlaubniß erfolgt sei. Der Constitutionel (Gramont's halbofficielles Blatt) fügt noch hinzu, es genüge nicht zu sagen, Preußen stehe der Candidatur fern. Wie Louis Philipp dem Herzoge von Nemours die Annahme der belgischen Krone, England dem Prinzen Alfred, Rußland dem Herzog von Leuchtenberg die Annahme der griechischen Krone nicht gestattet habe, so müsse Preußen dem Prinzen von Hohenzollern untersagen, die spanische Krone anzunehmen. Das Durcheinander der Meinungen in den Blättern der verschiedenen Länder, die Auseinandersetzung des Für und Wider ist zwar recht interessant, es muß jedoch auf dessen Mittheilung verzichtet werden, obwohl manches richtige, schlagende Wort zur Charakteristik der Napoleonischen Marionetten und seiner selbst dort zu finden wäre. Die französische Presse mit wenigen Ausnahmen bearbeitete auf die mannigfaltigste Weise die eine große Lüge als Schlagwort, Preußen habe gegen Frankreich intriguirt, Preußen habe Spanien einen König octroyiren wollen, und wäre es selbst durch einen Staatsstreich. Ollivier war gegen eine Anzahl von Deputirten aufrichtiger, er sagte: „Wir warteten auf einen Vorwand oder auf eine Gelegenheit; diese gab uns die hohenzollernsche Candidatur." Nachdem am 7. Juli die Debatte in der Legislativen durch Picard's Verlangen nach Vorlegung der Mittheilungen, welche seit gestern von den Cabinetten von Berlin und Paris gewechselt worden seien, fortgesetzt worden, beantragt Ollivier Vertagung und bemerkt, daß die Regierung selbst die Wiederaufnahme der Interpellation beantragen werde. Favre warnt davor, daß nicht auch in diesem Falle, wie bei der mexikanischen Krisis geschehen sei, Kammer und Land hinter den Ereignissen zurückbleiben.

5. Diplomatische Thätigkeit.

Die eigenthümliche Sprache Gramont's erschien den Diplomaten sehr auffallend; der englische Gesandte Lord Lyons fand seine Rede in der Legislativen sehr sonderbar. Derselbe empfängt am 8. Juli von Earl Granville eine Depesche, in welcher ihm dieser eine Unter-

redung mit dem preußischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff, mittheilt. Der Letztere bemerkte bei dieser Gelegenheit: „Die Norddeutsche Regierung wünsche sich nicht in die Angelegenheit der Throncandidatur zu mischen, sondern überlasse es der französischen Regierung, den von ihr passend befundenen Weg einzuschlagen, und der preußische Vertreter in Paris sei angewiesen worden, sich aller Einmischung zu enthalten. Die Regierung habe kein Verlangen nach einem Thronfolgekriege; wenn aber Frankreich gegen sie Krieg führen wolle, auf Grund einer von Spanien getroffenen Königswahl, so werde dies ein Verlangen nach einem Kriege ohne jede gerechte Ursache zeigen. Wenn Frankreich durchaus Norddeutschland angreifen wolle, so werde dieses bereit sein, sich zu vertheidigen."

An demselben Tage hat Lyons eine Depesche nach London gesandt, worin er dem Minister aus einer Unterredung mit Gramont die Mittheilung macht, daß dieser bemerkt, Preußen habe noch keine Antwort auf die Forderung Frankreichs gegeben, letzteres dürfe mit seinen militärischen Vorbereitungen nicht länger zögern. Einige Schritte in dieser Richtung seien bereits geschehen, und morgen müßten die Behörden alles Ernstes beginnen. Als ich dann mein Bedauern und Erstaunen über die Schnelligkeit ausdrückte, mit welcher die Regierung vorzugehen scheine, bestand Herr von Gramont darauf, daß ein längerer Aufschub nicht möglich sei. Man könne nicht sagen, daß Frankreich den Streit suche; von der Schlacht bei Sadowa bis zu dieser Throncandidatur habe die französische Regierung eine Geduld, eine Mäßigung, einen versöhnlichen Geist entwickelt, der nach der Meinung vieler Franzosen zu weit gegangen sei. Es stehe zu hoffen, daß der König von Preußen dem Prinzen offen verbieten werde, nach Spanien zu gehen. Es gebe indeß noch eine andere Lösung, auf welche er (Gramont) die englische Regierung besonders aufmerksam machen wolle: der Prinz könne seine Prätensionen auf den spanischen Thron aus eigenem Antriebe aufgeben. Ein freiwilliger Rücktritt würde eine höchst glückliche Lösung schwieriger und verwickelter Fragen sein, und er bitte die englische Regierung, all' ihren Einfluß aufzubieten, um eine solche zuwege zu bringen.

Die englische Regierung that dies, ließ aber die französische zur Mäßigung auffordern; diese wollte aber ihre militärischen Rüstungen nicht aufgeben, und Lyons schreibt an Granville (am 10.): „Gramont

bemerkte, daß einfache Vorsicht gebiete, mit den militärischen Vorbereitungen nicht zurück zu sein, wenigstens müßte Frankreich eben so weit sein als Preußen. Auf 24 Stunden allenfalls wolle die Regierung die großen ostensiblen Kriegsvorbereitungen verschieben, wie Einberufung der Reserven, welche die öffentliche Stimmung in Frankreich in Brand stecken würden. Alle wesentlichen Vorbereitungen müßten unverzögert ausgeführt werden. Die französischen Minister würden unweise sein, wenn sie es darauf ankommen ließen, Preußen durch ausweichende Vorwände einen Zeitgewinn zu gestatten. Wenn der Prinz jetzt auf den Rath des Königs seine Candidatur zurückzöge, so würde die ganze Angelegenheit erledigt sein. Wenn derselbe aber darauf beharre, als Candidat für den spanischen Thron aufzutreten, dann werde Frankreich gegen Preußen sofort den Krieg erklären."

Graf Benedetti, welcher nach der Audienz und dem Diner bei der Königin am 5. Juli von Coblenz nach Wildbad abgereist war, erhält durch einen Attaché die Weisung, seine Cur sofort zu unterbrechen und sich nach Ems zu begeben, war am 8. bereits in Ems, wurde am nächsten Tage vom Könige empfangen und mit Freiherrn von Werther, der unterdeß in Ems angekommen war und mit dem König täglich unter Theilnahme des Geheimenraths Abeken Conferenzen hatte, zur Tafel gezogen. Auch der preußische Militärbevollmächtigte Graf Waldersee war einige Tage aus Paris dort anwesend. Wie sehr der Telegraph in diesen Tagen in Anspruch genommen ist, beweist, daß verschiedene Depeschen aus Paris in den Zeitungen als verspätet oder verzögert angegeben werden; Graf Bismarck hat einen zweiten Telegraphisten nach Varzin kommen lassen für Nachtarbeiten.

Napoleon und seine ganze Umgebung war sehr kriegerisch gestimmt, so daß Gramont über den Gesandten in London, von Lavalette, welcher die ganze Sache für nicht so wichtig erklärte und gewissermaßen Gramont's Sprache und Action gemißbilligt hatte, durch die officiösen Journale verbreiten ließ, derselbe habe seine Entlassung gegeben. Den Gesandten der fremden Mächte gegenüber nahmen die Actionsminister folgende Sprache an: „Wir haben von Preußen Alles ertragen, was sich nur erdenken läßt. Wir haben die Schlacht von Sadowa über uns ergehen lassen, ohne auch nur die Miene zu

verziehen. Wir haben, ohne uns über die Gebühr zu erhitzen, die Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten sich vollziehen und dadurch den Prager Frieden durchlöchern lassen; wir haben selbst die Nichtausführung des Artikels 5 des Prager Friedens zu keinem Gegenstande unserer Beschwerden gemacht; ruhig ließen wir Preußen und den Norddeutschen Bund sich entwickeln, so große Gefahr dadurch auch unsere eigene Machtstellung lief, selbst der Versuch, uns die italienische Allianz vermittelst der Gotthardbahn zu entwinden, hat uns kaum in Harnisch gebracht. Aber auch unsere Geduld hat ihre Grenzen. Wir waren geneigt, Preußen für aufrichtig friedliebend zu halten; da auf einmal taucht die Candidatur eines preußischen (!) Prinzen in Spanien auf, und das mußte den uns zugemutheteten Demüthigungen die Krone aufsetzen. Einen Preußen auf dem spanischen Thron, das macht das Maß voll und bringt es zum Ueberlaufen!"

So gut wie dem Bundespräsidenten in Bern, mußte auch Napoleon und dem französischen Ministerium die Depesche der spanischen Regierung bekannt sein, welche wörtlich lautete: „Der am 6. d. M. unter dem Vorsitze des Regenten in La Granja abgehaltene Ministerrath hat einstimmig beschlossen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Throncandidaten vorzuschlagen. Die Cortes werden am 20. d. M. zusammentreten, um zur Wahl zu schreiten. Die öffentliche Meinung und alle Fractionen der großen liberalen Partei haben diese Candidatur günstig aufgenommen, und die Regierung hofft, daß sich eine große Mehrheit für dieselbe aussprechen werde. Diese Candidatur hat keine anderen Ziele als die Erfüllung der souveränen Wünsche des Landes, und die Regierung zweifelt nicht, daß auch alle befreundeten Nationen diese Entschließung freundlich begrüßen und mit Vergnügen den Augenblick werden eintreten sehen, wo Spanien sich mit einer monarchischen Regierung und einem der Krone Spaniens in jeder Hinsicht würdigen Fürsten wieder fest constituiren wird."

Die französische Regierung wollte auch mit Spanien keine Differenz halten, sondern suchte sie mit Preußen, denn sie glaubte Alles gehörig vorbereitet zu haben, um gegen Preußen einen Schlag zu führen. Sie täuschte sich über Oesterreichs Kräfte, über die Gesinnungen der Regierungen Süddeutschlands. Die französische Gesandtschaft in Stutt-

gart — und dasselbe wird wohl auch bei den französischen Gesandtschaften an anderen deutschen Höfen der Fall gewesen sein — hatte von ihrer Regierung einen Fragebogen mit 41 Fragen zur Beantwortung zugeschickt erhalten, welche sich auf alle möglichen Verhältnisse beziehen und folgender Art sind:

1) Wie war die Lage der Parteien in Württemberg vor dem Kriege des Jahres 1866? 2) Welche Aenderungen haben die Ereignisse des Jahres 1866 in diesen Parteien hervorgebracht? 3) Wie stark ist die demokratische Partei? die katholische Partei? die preußische oder Einheitspartei? die conservative Partei? 4) Auf welche Weise suchen die Parteien zu wirken? Welches sind ihre Zeitungen, ihre Führer und ihre bedeutendsten Männer? 5) Welche Partei ist am meisten vorwärts gekommen und hat für die Zukunft die meiste Aussicht auf Erfolg? 6) Was ist die Ansicht der verschiedenen Klassen der Gesellschaft? 7) Ist die Dynastie populär? Hat sie eine Partei? Würde man große Anstrengungen machen, um sie zu vertheidigen? 8) Welche hauptsächlichen politischen Ereignisse haben sich in Württemberg seit dem Kriege zugetragen? 9) Welches sind die hauptsächlichsten Gesetze, die von den Kammern vereinbart wurden? 10) Wie stehen sich seit dem Kriege die Parteien gegenüber in der ersten Kammer? in der zweiten Kammer? 11) Welchen Eindruck haben im Lande hervorgerufen: die Armee-Organisation? die Tabaksteuer? die Salzsteuer? das Anlehen? 12) Was hält man vom neuen Wahlgesetz und vom allgemeinen Wahlrecht? 13) Welchen Einfluß wird es auf die Zukunft des Landes ausüben? 14) Was denkt man über die Armee-Organisation und welchen Erfolg hat sie gehabt? 15) Welches ist die Lage Württembergs bezüglich seiner Industrie und seines Handels? 16) Welchen Einfluß haben die letzten Ereignisse auf Handel und Industrie geübt? 17) Ist seitdem der allgemeine Wohlstand gestiegen? 18) Wie hoch beziffert sich gegenwärtig in Württemberg der Export? der Import? 19) Wie haben sich die Ereignisse von 1866 auf den Geldmarkt geäußert? 20) Das Zollparlament ist das wichtigste Ereigniß dieser zwei Jahre. Was denkt man darüber? Was ist seine Zukunft? 21) Was ist die Ursache der Niederlage der preußischen Partei bei den Zollparlamentswahlen? 22) Warum konnte der Südbund nicht gebildet werden? 23) Woher kommt die Eifersucht, welche die Südstaaten spaltet (divise)? 24) Stehen die materiellen

Interessen im Süden der Gründung eines Südbundes entgegen? 25) Sind die Interessen des Südens mit denen des Nordens verknüpft? Können sie davon getrennt werden? Welches sind dieselben? 26) Giebt es nicht auch Bande gemeinschaftlichen Interesses zwischen den Südstaaten und Oesterreich? 27) Könnte nicht eine große Handelsbewegung hergestellt werden zwischen dem Osten und Westen, zwischen Süddeutschland und dem Adriatischen Meere? 28) Welche Politik verfolgt Preußen gegenüber den Südstaaten? 29) Hat es auf die Einigung Deutschlands verzichtet? 30) Warum sucht Oesterreich seinen alten Einfluß im Süden Deutschlands nicht wiederzugewinnen? 31) Welches ist die jetzige Politik der württembergischen Regierung? Ihre Haltung den verschiedenen Parteien gegenüber? Preußen gegenüber? Oesterreich gegenüber? 32) Bedauert sie das mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß? 33) Würde sie im Kriegsfall mit Preußen gehen? 34) Im Fall eines Krieges mit Preußen würde Frankreich Bundesgenossen im Süden finden? 35) Wie ist der Geist der württembergischen Armee? 36) Warum sucht die württembergische Regierung ihre Armee immer mehr zu verpreußen (prussianiser!)? 37) Will die Regierung den Eintritt in den Nordbund? 38) Welches sind die politischen Ansichten und die Tendenzen der hauptsächlichsten Mitglieder des Cabinets? 39) Welchen Einfluß hat die Königin Olga auf die Politik? 40) Unterstützt Rußland Württemberg? 41) Kann die gegenwärtige Lage von Dauer sein, und welche Vermuthungen kann man für die Zukunft anstellen?

Nachdem die Agenten der französischen Regierung über diese Fragen die genauesten Berichte eingereicht zu haben glaubten, nachdem auch der Militärbevollmächtigte Baron Stoffel in Berlin seine mangelhaften Mittheilungen über den Stand der Dinge in Preußen und über eine eben erst in Angriff genommene Verbesserung der Zündnadelgewehre abgegeben hatte, auch der Gesandte in Petersburg hinreichenden Einfluß dort gewonnen zu haben meinte, endlich auch Italien so weit beeinflußt worden war, daß man seiner sicher war, schien der Zeitpunkt geeignet, mit Preußen anzubinden. Ollivier's Organ, der Moniteur, ging bereits am 9. Juli im Widerspruch gegen Gramont's Erklärung an Lyons so weit, zu erklären, die Frage müsse erweitert werden, und heute sei eine Entsagung des Prinzen nicht mehr ausreichend. Als daher am 10. die erste Meinungsäußerung

der preußischen Regierung einging, welche absolut jedes Interesse in Betreff der Candidatur des Prinzen ablehnte, war man natürlich nicht befriedigt. Man verlangte, da diese Erklärung nicht genüge, der König solle dem Prinzen jede Autorisation der Annahme der Krone verweigern. Zugleich wurde veröffentlicht, daß an demselben Nachmittage der französische Bevollmächtigte die entscheidende Audienz beim Könige in Ems haben werde. Benedetti verlangte, der König solle den Prinzen veranlassen, die spanische Krone abzulehnen. Er war, wie der Constitutionel sagt, angewiesen, auf Beschleunigung zu bringen, da man nur eine kurze Frist gewähren könne. In einem Telegramm Gramont's an Benedetti sollen sich die Worte gefunden haben: „Brusquez le roi!“ (Ueberrumpeln Sie den König!) Hier fing die alles Maß überschreitende Impertinenz und bisher im diplomatischen Verkehr, bis auf Menschikoff's Auftreten im Paletot in Constantinopel, noch nicht dagewesene Ueberschreitung alles Anstandes bereits an. Man muß dieselbe ebenso dem Botschafter, wie der französischen Regierung und deren Oberhaupte anrechnen, denn über seine Instruction würde der Diplomat nicht in solcher Weise sich hinweggesetzt haben; aber auch nicht jeder Diplomat hätte sich zu solchem Dienste brauchen lassen. Hier mochte die Ueberzeugung schon mitwirken, es würden alle seine Schritte und Anträge zum Länder- und Menschenschacher vielleicht recht bald an die Oeffentlichkeit bringen. Man kann nicht anders glauben, als seine Instruction mußte dahin lauten, die Sache auf jede Weise zum Conflict zu bringen. Man hoffte eben mit Preußen bei dieser Gelegenheit allein zu thun zu bekommen. Wurden doch schon die französischen Eisenbahn-Verwaltungen in Kenntniß gesetzt, daß am 10. die Truppenbewegung begonnen werden sollte, mit der Einziehung von Pferden war angefangen und den Transportschiffen Ordre gegeben, sich zur Einschiffung der Truppen nach Algier zu begeben.

Nach seiner ersten Audienz hatte Benedetti nach Paris telegraphirt, daß ihn König Wilhelm sehr gnädig empfangen, ihn zur Tafel gezogen, aber sehr wenig geneigt scheine, was den Fonds der Sache betrifft, aus der neutralen, abwartenden Haltung herauszugehen, die er wie das Berliner Cabinet in seiner Gesammtheit bisher den französischen Reclamationen und Drohungen gegenüber innegehalten habe. Die Pariser officiösen Blätter setzen hinzu, der

König habe zugestanden, daß er, nichts Uebles darin findend, dem Erbprinzen die Erlaubniß nicht versagt habe, als ihm dieser seine Entschließung kund gegeben, daß er die ihm neuerdings wieder angebotene Krone anzunehmen gesonnen sei. Es ist das nicht wahrscheinlich, da nach den hausgesetzlichen Bestimmungen der Fürst Karl Anton nach wie vor der Chef seiner Familie ist, und der König demnach dem Prinzen weder eine Erlaubniß zu ertheilen noch zu versagen haben würde. Wenn das aber auch der Fall wäre, so dürfte Frankreich zu allerletzt verlangen können, daß nach seinem Gutdünken eine solche Erlaubniß ertheilt oder versagt werde, da der König als Souverän einer Großmacht seine Würde aufrecht zu erhalten jederzeit verstanden hat. Man erfährt weiter aus den Pariser Blättern, daß Benedetti die Aufforderung an die Regierung gewagt habe, man solle den Prinzen interniren, ihn an einer Abreise nach Spanien verhindern. Mit gerechter Entrüstung kann man nur ein solches Verlangen wiederholen, um die französische Anmaßung und Frechheit zu kennzeichnen.

Eine längere Audienz hat Benedetti am 11. Juli und ebenso, nachdem Freiherr von Werther wieder nach Paris abgereist ist, am 12; er wird an beiden Tagen zur Tafel gezogen und setzt selbst auf der Brunnenpromenade seine Besprechungen fort. Am 12. kommt aus Sigmaringen die Depesche, daß Prinz Leopold der Candidatur für den spanischen Thron entsagt, um der spanischen Regierung die Freiheit zur Initiative zurückzugeben. Er sei fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zum Vorwande für den Krieg heranreifen zu lassen. Die Depesche wird auch dem Herzog von Gramont Mittags mitgetheilt, und Ollivier erklärt jetzt in der Legislativen am Abend, die Regierung hätte nie etwas Anderes als die Verzichtleistung gefordert, der Incidenzfall sei dadurch erledigt. Er sagt damit eine Unwahrheit, denn Lord Lyons, der dem Earl Granville meldet, daß laut einer Mittheilung des Herzogs der Fürst von Hohenzollern die Candidatur seines Sohnes in aller Form zurückgezogen habe, fährt in seinem Schreiben fort: „Herr von Gramont sagte, daß dieser Zustand der Dinge die französische Regierung sehr in Verlegenheit setze. Auf der einen Seite sei die öffentliche Meinung in Frankreich so aufgeregt, daß es zweifelhaft sei, ob das Ministerium nicht morgen gestürzt werde, wenn es der Kammer die Angelegenheit als erledigt ankündigte, ohne eine vollständige

Genugthuung von Preußen erlangt zu haben. Andererseits mache der Rücktritt des Prinzen der ursprünglichen Ursache des Streites ein Ende. Spanien sei jedenfalls aus der Streitfrage heraus, und wenn es noch eine gebe, so beschränke sie sich auf Frankreich und Preußen. Ich verhehlte," setzt der Botschafter hinzu, „dem Herrn von Gramont mein Erstaunen und Bedauern nicht, daß seine Regierung einen Augenblick zögern könne, den Rücktritt des Prinzen als Beilegung der Angelegenheit anzunehmen. So dringend, wie ich konnte, hob ich alle Gründe hervor, welche ein Zurückgehen seinerseits von der früher der englischen Regierung gemachten Versicherung dieser peinlich und beunruhigend sein würden Ueberdies wies ich darauf hin, daß sich jetzt die ganze Sachlage und Situation Frankreichs geändert habe. Wenn jetzt ein Krieg ausbreche, werde ganz Europa sagen, Frankreich trage die Schuld, Frankreich habe sich ohne substantielle Ursache hineingestürzt, blos aus Stolz und Empfindlichkeit. Preußen dürfe dann wohl den Beistand von ganz Deutschland erwarten, um einem Angriffe Widerstand zu leisten, dem man keinen andern Beweggrund unterschieben könne, als die Eifersucht Frankreichs und eine leidenschaftliche Begierde, seinen Nachbar zu demüthigen. Ich sagte geradezu, Frankreich würde die öffentliche Meinung in der ganzen Welt gegen sich haben, und sein Gegner all' den Vortheil Jemandes, der augenscheinlich zur Selbstvertheidigung, um einen Angriff abzuwehren, zum Kriege gezwungen wird. Nach einiger Erörterung sagte Gramont, ein Endentschluß hänge von einem Ministerrath ab, welcher morgen in Gegenwart des Kaisers abgehalten werden solle, und dessen Resultat unmittelbar darauf der Kammer mitgetheilt werden müsse. Gegen drei Uhr morgen werde die Welt wissen, welchen Weg Frankreich einzuschlagen gedenke."

In Erwiderung auf diese Depesche drückt auch Lord Granville sein Bedauern aus, daß der Rücktritt des Prinzen nicht als Erledigung angenommen sei, und stellt in Abrede, daß die englische Regierung — wie Gramont dies im gesetzgebenden Körper angedeutet habe — die Forderungen Frankreichs für berechtigt anerkannt habe.

Unterdeß hatte auch der Freiherr von Werther eine Unterredung mit dem Herzog von Gramont gehabt, über die er (nach dem Staatsanzeiger) an den König berichtete: „Der Herzog meinte, er sehe die Entsagung des Prinzen auf den spanischen Thron als Nebensache

an; denn die französische Regierung hätte doch niemals seine Thronbesteigung zugelassen; aber er fürchte, daß aus unserm Verfahren eine bleibende Verstimmung zwischen unseren beiden Ländern fortdauern würde. Der Keim dazu müsse vertilgt werden. Er möchte, aufrichtig gesagt, keinen Krieg, sondern freundliche und gute Beziehungen mit Preußen, und von mir wisse er, daß ich nach demselben Ziele trachte; wir müßten daher zusammen überlegen, ob es ein Mittel gebe, hierin eine befriedigende Einwirkung auszuüben, er stelle meiner Erwägung anheim, ob dazu nicht ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. Er appellire dabei an das ritterliche Herz Ew. Majestät, welches dabei gewiß die richtige Eingebung verleihen würde. Es könnte darin nur gesagt werden, daß Ew. Königl. Majestät, indem Sie den Prinzen Leopold zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätten glauben können, weder den Interessen noch der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen an und zwar mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen unseren beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im Allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; doch möchte er bevorworten, daß von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser nicht die Rede sei. Dieses Argument verletze hier eigenthümlicher Weise.

„Ich habe dem Herzog bemerkt, daß ein solcher Schritt ungemein durch seine am 6. d. M. in der Deputirtenkammer gegebene Erklärung erschwert würde; es kämen da Andeutungen vor, die Ew. Majestät tief hätten beleidigen müssen. Er wollte das bestreiten, hob hervor, daß Preußen gar nicht darin genannt und seine Rede zur Beruhigung der aufgeregten Kammer damals dringend nothwendig gewesen wäre. Unterdeß kam der Justizminister Herr Ollivier zu unserer Unterredung, über die ihn der Herzog in Kenntniß setzte. Herr Ollivier hob dringend die heilsame und im Interesse des Friedens nothwendige Wirkung hervor und bat mich inständigst, den Gedanken eines solchen Briefes Ew. Majestät gegenüber auszusprechen. Beide sagten, wenn ich es nicht glaubte übernehmen zu können, so würden sie sich genöthigt sehen, mit der Anregung dieser Frage den

Grafen Benedetti zu beauftragen. Indem die beiden Minister hervorhoben, daß sie einen solchen Ausgleich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther für ihre ministerielle Stellung bedürften, fügten sie hinzu, daß ein solcher Brief sie berechtigen würde, bei nicht ausbleibenden Angriffen gegen Ew. Majestät als Vertheidiger aufzutreten. Beide bemerkten mir schließlich, sie könnten mir nicht verhehlen, daß unser Verfahren in der hohenzollern-spanischen Angelegenheit vielmehr die französische Nation aufgeregt, als den Kaiser beschäftigt habe. In unserm Gespräch ließ der Herzog die Bemerkung fallen, wie er glaube, daß der Prinz auf Ew. Majestät Veranlassung entsagt habe; doch bestritt ich das und bezeichnete die Renunciation als gewiß nur auf eigener Initiative des Prinzen beruhend."

Man wunderte sich übrigens, daß der Botschafter nicht schon die Zumuthungen sofort zurückgewiesen habe. Der Botschafter in England, Graf Bernstorff, hatte eine ähnliche Zumuthung abgewiesen. Gramont hatte nämlich durch Lyons den englischen Minister ersuchen lassen, zur Erlangung eines Verbotes des Königs mitzuwirken, welches der König von Preußen an den Prinzen richten sollte, daß dieser seinen Entschluß bezüglich des Rücktritts von der Candidatur nicht ändern dürfe. Granville meldet über seinen Versuch an Lord Lyons: „Graf Bernstorff drückte mir sein Bedauern aus, daß die englische Regierung einen Vorschlag gemacht habe, den er dem König unmöglich zur Annahme empfehlen könne. Preußen habe unter einer öffentlichen Drohung von Frankreich eine Ruhe und Mäßigung gezeigt, welche jede weitere Concession als eine Demüthigung erscheinen lassen müsse, und die öffentliche Meinung in Deutschland beweise, daß ein Krieg selbst unter den schwierigsten Verhältnissen einem Nachgeben Seitens des Königs vor den ungerechtfertigten Forderungen Frankreichs vorzuziehen sei."

Die Sache steht jetzt auf dem Höhepunkte der Verwickelung. Graf Bismarck ist am 12., von Moltke am 13. in Berlin angekommen. Der augenblickliche Schein einer Erledigung durch den Verzicht des Prinzen schwindet nach wenigen Stunden. Man ersieht das aus einer Unterredung des englischen Gesandten in Berlin, Lord Loftus, mit dem Grafen Bismarck, worüber der Erstere nach London an Granville am 13. etwa Folgendes (nach dem Blaubuche) berichtet: „Ich hatte heute eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck und gratulirte Sr. Excellenz zu der bevor-

stehenden Lösung der schwebenden Krise durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern. Se. Excellenz schien etwas in Zweifel darüber zu sein, ob sich diese Lösung als Beilegung der Differenz mit Frankreich ausweisen werde. Er sagte mir, daß die vom König von Preußen bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung in Preußen allgemeine Entrüstung hervorgerufen habe. Graf Bismarck drückte dann den Wunsch aus, die englische Regierung sollte eine Gelegenheit ergreifen, möglicherweise durch eine Erklärung im Parlament, ihre Zufriedenstellung mit der Lösung der spanischen Schwierigkeit durch den Rücktritt des Prinzen Leopold auszudrücken und öffentlich Zeugniß abzulegen über die ruhige und weise Mäßigung des Königs von Preußen, der Regierung und der Presse. Graf Bismarck bemerkt dann, von Paris sei — wiewohl nicht officiell von Werther — die Nachricht eingetroffen, daß diese Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die französische Regierung zufrieden zu stellen, und daß diese neue Ansprüche geltend machen wolle. Sei dies der Fall, dann liege es klar zu Tage, daß die spanische Thronfolgefrage ein bloßer Vorwand gewesen und es der wirkliche Zweck Frankreichs sei, für Königgrätz Rache zu nehmen. Die deutsche Nation fühle, daß sie vollständig im Stande sein würde, es mit Frankreich aufzunehmen, und sie vertraue so sehr auf militärischen Erfolg, wie die französische nur könne. Aber — sagte Se. Excellenz — wir wünschen den Krieg nicht, und wir haben unsere friedliche Gesinnung bewiesen, werden auch fortfahren sie zu beweisen, doch können wir den Franzosen, was Rüstungen angeht, nicht erlauben, einen Vorsprung vor uns zu haben. Ich habe — setzte Se. Excellenz fort — positive Information, daß in Frankreich Kriegsrüstungen betrieben worden sind und noch betrieben werden. Wenn diese fortgesetzt werden, werden wir uns genöthigt sehen, die französische Regierung um Aufklärung über deren Zweck und Bedeutung anzugehen. Es scheint mir (Lord A. Loftus) gewiß, daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium die Haltung des Königs dem Grafen Benedetti gegenüber (nämlich seine Mäßigung, denn die endliche Abweisung Benedetti's wurde erst am Abende dieses Tages bekannt) bedauern und daß sie angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entschiedene Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für nothwendig erachten."

Benedetti weilte noch immer in Ems, da man in Paris in der von Werther abgegebenen Erklärung nicht die Lösung der Schwierigkeiten erblicken wollte, zu deren Erwartung sich Frankreich berechtigt meinte. Die preußische Regierung hatte ihren Standpunkt, wie er durch Werther dem Kaiser gegenüber angegeben, inzwischen auch ihren Vertretern in Deutschland dargelegt und daran festgehalten, daß sie der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben sei. Sie hat ihnen erklärt, daß auch Se. Majestät nach den Hausgesetzen nicht in der Lage sei, den Mitgliedern des fürstlich hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubniß zu ertheilen oder zu versagen. Das französische Ministerium suchte sich nun den Rücken zu decken, indem es den Abgeordneten Clement Düvernois (der zu diesem etwa stand, wie der Abgeordnete Wagner-Neustettin zum preußischen) veranlaßte, eine Interpellation an die Regierung zu richten, und zwar zuerst, um Zeit zu gewinnen, in Abwesenheit Gramont's, über die Garantien, welche sie stipulirt habe und zu stipuliren gedenke, um die Wiederkehr späterer Verwickelungen mit Preußen zu vermeiden. Man verlangt also Bürgschaften von Preußen, Garantien, und während die vorerwähnte Unterredung mit Lord Lyons stattfand und dessen Bericht zu dem Versuche der merkwürdigen Beihülfe des englischen Ministers am nächsten Tage beim Grafen Bernstorff Veranlassung gab, fand in Ems bereits der erste Act der Katastrophe statt.

6. Ems. Nach Berlin.

Am 13. Juli, an demselben Tage, an welchem in Rom das Infallibilitäts-Dogma votirt wurde, war der französische Botschafter Graf Benedetti am Ende seiner diplomatischen Kunst und Kenntnisse angelangt. Nachdem es ihm auf eine anständige, wenn auch schon zudringliche Weise nicht geglückt war, von König Wilhelm ein Zugeständniß zu erlangen, durch welches die frechen Forderungen der französischen Regierung befriedigt würden, sprach er den König auf der Promenade an, um an ihn die Forderung zu stellen, Garantien gegen die Wiederkehr ähnlicher Complicationen wie die gegenwärtigen zu bieten, und speciell an ihn das Ansinnen zu stellen, an den Kaiser Napoleon einen entschuldigenden Brief zu schreiben. Der König begnügte sich damit, den Botschafter darauf aufmerksam

zu machen, daß dies nicht der Ort sei, wo man über derartige Dinge spreche. Se. Majestät kehrte aber sofort in seine Wohnung zurück, wohin ihm der Botschafter unmittelbar folgte. Als derselbe sich hatte anmelden lassen, entsendete der König seinen Flügeladjutanten, um dem Grafen sagen zu lassen, daß er über diesen Gegenstand nicht mehr zu sprechen habe und ihn deshalb nicht empfangen werde.

Ganz Europa war verwundert über eine solche Ueberschreitung der gewöhnlichsten diplomatischen Rücksichten, ganz Deutschland war entrüstet, erbittert über eine solche dem greisen König angethane Beleidigung.

Benedetti wurde nachher, während er sich auffallend herandrängte, als der König, von der Menge auf dem Bahnhof jubelnd begrüßt, nach Coblenz abfuhr, von diesem nur wenig beachtet und flüchtig gegrüßt. Er reiste erst am 14. ab, nachdem er eine lange chiffrirte Depesche nach Paris abgesandt hatte. Sogar dort fand der vernünftige Theil das Benehmen gegen allen diplomatischen Gebrauch verstoßend. Graf Darü, der frühere Minister, sprach gegen den Kaiser das offen aus, erhielt aber zur Antwort: es handle sich Preußen gegenüber nicht um eine einzelnstehende Frage. Man habe seit 1866 die kaiserliche Regierung getadelt, daß sie das nationale Prestige dem Auslande gegenüber compromittire. Eine solche Lage könne nicht fortdauern.

Der König besuchte am 14. noch das Concert in den Rheinanlagen und wurde enthusiastisch empfangen. Er reiste am nächsten Tage früh per Extrazug nach Berlin und ließ zum darauffolgenden Tage den Bundesrath des norddeutschen Bundes einberufen, dann folgte die Einberufung des Reichstages für den 19. Juli.

Die Fahrt nach Berlin zeigte dem König überall die Theilnahme und den Enthusiasmus; da blieb kein Ort aus, den der Zug berührte, Stadt und Land wetteiferten mit einander, namentlich auch in den neuen Provinzen. Als der König in Berlin eintraf, war auch bereits die Kriegserklärung Frankreichs da, welche mehrere Tage nachher officiell abgegeben wurde. Mit unbeschreiblichem Enthusiasmus wurde der König in Berlin vom Volke empfangen, das sich schon mehrere Stunden vor seiner Ankunft am Bahnhofe versammelt hatte. Ein Triumphzug war es, als er durch die Straßen nach seinem Palaste fuhr, auf die nicht enden wollenden Hochs und

Hurrahs freundlich, wenn auch ernst grüßend. Und im ganzen Lande fand das Gefühl Wiederhall, überall war die Freude groß, daß der wälsche Uebermuth seinen Mann gefunden hatte.

In grellem und merkwürdigem Gegensatz dazu erschien die Börse, welche dem ruhigen Beobachter ein Schauspiel bot, wie es in dieser Art nach den Börsenberichten selbst in den erregtesten Zeiten des Krimkrieges, des italienischen und des preußisch-österreichischen Krieges nicht stattgefunden hat. Die Schaulustigen, welche schon das Vestibüle füllten, werden, heißt es darin, schwerlich ein vollständiges Bild vom bloßen Augenschein bekommen haben von der tief einschneidenden Wirkung der neuesten Vorgänge, von den Verlusten und den Schrecken. Es war als ob die Börse ihr Testament machte. Die Speculationspapiere erfuhren einen Rückgang von zwanzig bis dreißig Procent; und doch herrschte auch hier nur eine Stimme der Anerkennung über das ruhige und besonnene Auftreten des Königs und der Regierung gegenüber der frechen Provocation. Daher traten auch bald die Kaufmannschaften aller größeren Orte mit patriotischen Anerbietungen und geeigneten Anträgen zur Ueberwindung der Handelskrisis hervor.

Nachdem die Kriegserklärung bekannt geworden war, hatte man nur die eine Besorgniß, daß es den Franzosen möglich sein könnte, durch Besetzung des linken Rheinufers dem deutschen Heere zuvor zu kommen. Die Mobilmachung der ganzen norddeutschen Armee wurde sofort angeordnet; auch in Sachsen und den kleineren Staaten des Bundes nahm man sie mit gleichem Enthusiasmus gegen den Erbfeind auf. An die süddeutschen Staaten hatte Preußen unter Darlegung der Sachlage die Aufforderung gerichtet, den Verpflichtungen, welche sie durch die Bündniß-Verträge eingegangen sind, nachzukommen. Dieselben waren gleichzeitig mit den Friedensverträgen von 1866 abgeschlossen worden, und zwar der zwischen Preußen und Württemberg am 13. August, mit Baden am 17. und mit Bayern am 22. August 1866. Sie sind identisch und lauten wie folgt:

„Se. Maj. der König von Preußen und Se. Maj. der König von Württemberg (Se. K. H. der Großherzog von Baden, Se. Maj. der König von Bayern), beseelt von dem Wunsche, das künftige Verhältniß der Souveräne und ihrer Staaten möglichst innig zu gestalten, haben zur Bekräftigung des zwischen ihnen abgeschlossenen Frie-

densvertrages vom 13. (17., 22.) August beschlossen, weitere Verhandlungen zu pflegen, und haben mit diesen beauftragt (Namen der Bevollmächtigten). Dieselben haben ihre Vollmachten ausgetauscht und haben sich, nachdem diese in guter Ordnung befunden worden waren, über nachfolgende Vertragsbestimmungen geeinigt:

Art. 1. Zwischen Sr. Maj. dem Könige von Preußen und Sr. Maj. dem Könige von Württemberg (Sr. K. H. ...) wird hiermit ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen. Es garantiren Sich die Hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes Ihrer bezüglichen Länder und verpflichten Sich im Falle eines Krieges, Ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen.

Art. 2. Se. Maj. der König von Württemberg (Se. K. H. der Großherzog von Baden, Se. Maj. der König von Bayern) überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über Seine Truppen Sr. Majestät dem Könige von Preußen."

In München genehmigte am 15. Juli der König den Vorschlag des Ministeriums, den casus foederis für gegeben zu erachten, und ebenso die Mobilmachungsordre. Ein Gleiches erfolgte in Stuttgart, wo das Ministerium schon zwei Tage vorher dem französischen Gesandten erklärt hatte, daß die letzten Gramont'schen Forderungen das nationale Gefühl in Württemberg tief verletzen und gegen Frankreich aufregen müßten. Natürlich war Baden ebenfalls bereit, mit Preußen und dem Nordbunde gemeinschaftliche Sache zu machen. Das ganze Deutschland trat vereint auf gegen die Uebergriffe des anmaßenden Franzosen-Kaisers und Volkes, die lange herbeigesehnte Einigung, die Ueberbrückung des Mains war auf einmal Thatsache geworden.

7. Die Kriegsfrage. Gramont'sches Lügensystem vor der Kammer. Actenstücke.

Von England wurden noch im letzten Augenblicke Vermittelungsversuche gemacht. Lord Granville machte die englischen Botschafter in Berlin und Paris in einer identischen Note vom 15. Juli auf das 23. Protokoll der Pariser Conferenz von 1856 aufmerksam. Die englische Regierung macht auf Grund dessen den Vorschlag, daß sich die beiden Mächte der Vermittelung einer freundlichen Macht oder

freundlicher Mächte, welche beiden annehmbar sind, bedienen, „und wollen Ew. Excellenz bemerken, daß die englische Regierung bereit ist, irgend einen Antheil an der Angelegenheit zu nehmen, der etwa gewünscht werden sollte.“ Aber schon an dem Tage, da diese Depesche das auswärtige Amt verließ, gab Ollivier in der Legislative eine Erklärung ab, welche mit der Kriegserklärung identisch war.

Kurz darauf hatte Lord Lyons eine Unterredung mit dem Herzog von Gramont, worüber er dem Minister in London sofort Mittheilung machte. „Gramont beauftragte mich, der englischen Regierung den Dank der französischen für die freundlichen Bemühungen um eine friedliche Lösung der Frage mit Preußen zu übermitteln. Die freundliche Vermittelung sei aber durch die letzten Schritte der preußischen Regierung unmöglich geworden. Diese habe Frankreich insultirt, indem sie dem Publikum erklärte, der König habe den französischen Botschafter beleidigt. Der König habe Herrn Benedetti in der That nicht einmal mit der Unhöflichkeit behandelt, mit welcher die preußische Regierung prahle. Aber diese habe es jetzt für gut befunden, Deutschland und Europa zu erklären, daß Frankreich in der Person seines Botschafters beleidigt worden sei. Gerade dieses sich Brüsten mache die Beleidigung aus... Ich (Lyons) sagte, ich könnte nicht leugnen, daß die englische Regierung Grund habe, sich enttäuscht, um nicht zu sagen, verletzt zu fühlen. Man habe sie zu dem Glauben gebracht, daß der Rücktritt des Prinzen Leopold von allen Ansprüchen auf den spanischen Thron Alles sei, was Frankreich verlange. Sie habe sich auf's Aeußerste angestrengt, um dies zu erlangen, und jetzt sage man ihr, Frankreich verlange mehr. Wie dem auch sein möge, sagte ich zum Schluß, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebniß eines langjährigen herzlichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen und den beiden Nationen sei, habe keine Schmälerung erlitten.“ Der Schluß dieser Depesche, die nur im Auszuge mitgetheilt ist, würde fast unglaublich sein, wenn sie nicht im englischen Blaubuche gestanden hätte. Es wird sich nachher zeigen, daß dieselben Gesinnungen die einseitige Auffassung der Neutralität Englands wie dessen Friedensvermittelung charakterisiren. Gramont's Auslassung in Betreff einer Erklärung Preußens an Europa, daß Frank-

reich beleidigt worden sei, wird von ihm in der Legislativen in ähnlicher Form wiederholt. Deren Unwahrheit wird bald nachgewiesen werden.

Nachdem Rouher im Senat am 14. Juli angekündigt hatte, daß man heute von der Regierung keine Mittheilung zu erwarten habe, sondern daß diese wegen einer langen Depesche Benedetti's erst morgen stattfände, erfolgte am nächsten Tage Mittags um ein Uhr gleichzeitig im Senat und in der Legislativen die Mittheilung der Regierung über die Lage. Im gesetzgebenden Körper verlas Ollivier ein im Ministerrathe vorher beschlossenes Exposé: „Die Art und Weise, in welcher Sie die Erklärungen vom 6. Juli aufgenommen haben, gab uns die Gewißheit, daß Sie unsere Politik billigten und daß wir auf Ihre Unterstützung rechnen konnten. Wir begannen hierauf Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten, um ihre Vermittelung in Anspruch zu nehmen, damit Preußen die Rechtmäßigkeit unserer Beschwerden anerkenne. Wir haben nichts von Spanien verlangt, dessen Empfindlichkeit wir nicht reizen wollten. Wir haben nicht mit dem Fürsten von Hohenzollern verhandelt, weil wir denselben durch den König von Preußen gedeckt hielten. Wir haben es unterlassen, Beschwerden über andere Gegenstände mit dieser Angelegenheit zu vermischen.

„Der größte Theil der auswärtigen Mächte bewundert mit mehr oder weniger Wärme die Gerechtigkeit unserer Beschwerden. (!)

„Der preußische Minister des Auswärtigen entgegnete uns, daß er die Angelegenheit nicht kenne, und daß das Cabinet von Berlin derselben vollständig fremd bleibe. Wir wendeten uns hierauf an den König selbst. Der König, obwohl er zugestand, daß er den Prinzen zur Annahme der Candidatur ermächtigt habe (?), behauptete jedoch, daß er den Verhandlungen zwischen Hohenzollern und Spanien fremd geblieben sei, daß er als Chef der Familie, nicht aber als Souverän gehandelt habe; er gestand jedoch zu, daß er die Angelegenheit dem Grafen Bismarck mitgetheilt habe. Wir konnten diese Antwort nicht als befriedigend annehmen und diese subtile Unterscheidung zwischen Familienoberhaupt und Souverän nicht gelten lassen. Inzwischen empfingen wir vom spanischen Gesandten die Nachricht von der Verzichtleistung des Hohenzollern. Während wir die Angelegenheit mit Preußen verhandelten, kam uns die Verzichtleistung des Prinzen von

einer Seite, wo wir sie nicht erwarteten, und wurde uns dieselbe am 12. Juli durch den spanischen Botschafter überreicht.

„Wir verlangten, daß der König sich dieser Verzichtleistung anschließe, wir verlangten (obwohl sie überhaupt nichts zu verlangen hatten), daß er sich verpflichte, wenn die Krone neuerlich den Hohenzollern angeboten würde, die Genehmigung zur Annahme derselben zu versagen. Unsere Forderung war eine gemäßigte (!) und in ebenfalls gemäßigten Ausdrücken formulirt. Wir schrieben an Benedetti, er möge betonen, daß wir keinen Hintergedanken hegten und keinen Vorwand suchten. Der König weigerte sich, die von uns geforderte Verpflichtung einzugehen, und erklärte Benedetti, er wolle sich für diesen sowie für jeden andern Fall die Freiheit vorbehalten, die Verhältnisse zu Rathe zu ziehen. Trotzdem brachen wir aus Friedensliebe (!) die Verhandlungen nicht ab. Um so größer war unsere Ueberraschung, als wir gestern erfuhren, der König habe sich geweigert, Benedetti zu empfangen, und die preußische Regierung habe das amtlich mitgetheilt. Zu gleicher Zeit erhielten wir die Nachricht, der preußische Gesandte von Werther habe seine Abberufung empfangen, wir erfuhren auch, daß Preußen rüste. Unter diesen Umständen wäre es ein Vergessen unserer Würde und eine Unklugheit gewesen, keine Vorbereitungen zu treffen. Wir haben uns bereitet, den Krieg, den man uns anbietet, aufzunehmen, indem wir Jedem seinen Antheil an der Verantwortlichkeit hierfür überlassen. Seit gestern haben wir die Reserven einberufen und wir werden Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren.“ Das Exposé schließt mit der Mittheilung, daß Frankreich den Krieg an Preußen erklärt habe.

So sehr dasselbe an Unwahrheiten und Unrichtigkeiten litt, so schien es doch dem Minister des Aeußern noch nicht kräftig genug, um mit weiteren Plänen vorzurücken; er hielt es für nothwendig, die Unwahrheiten noch stärker aufzutragen. Gramont sagte: „Wenn wir länger gewartet hätten, so würden wir Preußen Zeit gegeben haben, seine Rüstungen zu vervollständigen. Eine Thatsache (?) ist ausreichend: Die preußische Regierung hat alle Cabinette davon benachrichtigt, daß sie es ablehne, unsern Botschafter zu empfangen, und zwar ist dies geschehen, während man noch unterhandelte. Wenn sich in Frankreich eine Kammer fände, die dies ertragen wollte, so

möchte ich nicht fünf Minuten länger Minister bleiben!" Ollivier verlangt jetzt die Bewilligung eines Credits von 500 Millionen für den Kriegsminister und die Aushebung einer Altersklasse. Zwanzig Mitglieder, unter ihnen Thiers, stimmten gegen die Dringlichkeit. Thiers sprach: „Der Herr Siegelbewahrer sucht seine Schritte zu rechtfertigen, und ich bedaure, da ich kein Mißfallen gegen das Cabinet hege, daß ich mich gezwungen fühle zu bekennen, daß wir den Krieg in Folge eines Cabinetsfehlers haben. Der Herr Siegelbewahrer hat die eine Frage mit der andern verwechselt; er hat mit Recht bemerkt, daß wir Preußens Unternehmen in Betreff Spaniens nicht dulden dürfen. Wenn es sich bei uns darum handelte, das Aufgeben der Candidatur des Prinzen durchzusetzen, so stände ich auf Ihrer Seite; doch was mich im tiefsten Innern schmerzt, ist der Umstand, daß dieses Ziel der Hauptsache nach erreicht war. Sie hatten die Hauptsache erlangt, und ein bedeutender moralischer Erfolg war erreicht. Aber, sagt man, die Candidatur war nicht auf alle Zeiten beseitigt. Ich lege Berufung an den gesunden Menschenverstand ein und an Das, was auf der Hand liegt. Sie werden in einigen Tagen das Urtheil der ganzen Welt vor Augen haben, Sie werden es in allen Blättern lesen. Ich rede nicht von den französischen Zeitungen, auch nicht einmal von den preußischen, welche interessirte Parteien bei der Frage sind, ich rede von Europa. Europa hatte sich Ihnen angeschlossen; Sie werden sehen, was es heute von Ihnen denkt, Sie werden dies durch die englische Presse erfahren, welche in dieser Angelegenheit eine so große Mäßigung gezeigt hat. Ich berufe mich auf Das, was auf der Hand liegt, und sage: wenn man annimmt, daß Preußen nach einer solchen Campagne, wie es sie soeben gemacht hat, heute die Candidatur des Prinzen zwar aufgäbe, aber im Sinne habe, mit derselben später wieder hervorzutreten, so heißt das ihm eine Tollheit zuschreiben! (Unterbrechung.) Sie machen mich nicht müde, ich werde meine Meinung vollständig aussprechen. Die Gewalt, die Sie mir anthun, wird auf Sie zurückfallen! Ich war niemals Anhänger des Friedens um jeden Preis, ich bin aber noch weniger Anhänger des Krieges um jeden Preis; ehemals war die erstere Ansicht diejenige, womit man bei Hofe sein Glück machte; heute ist es die zweite; aber ich für meine Person habe unter keinem Regime dieselbe gehegt. — Ich habe

Frankreich nichts Uebles zugefügt, Diejenigen sind es gewesen, die auf meine Warnungen nicht haben hören wollen, als ich hier von Sadowa und der mexikanischen Expedition sprach." Im Verlaufe seiner Rede meint Thiers noch: „Nennen Sie mich, wenn Sie wollen, einen Freund Preußens; das Land wird entscheiden zwischen mir und Ihnen. Sie wollen Preußen einen Stoß geben, und ich will es, wie Sie. Ich sage aber: es ist eine beklagenswerthe Sache, daß, da die Interessen Frankreichs gesichert waren, man durch Aufreizung im Lande einen Krieg unvermeidlich gemacht hat. Man hat sich in Etiquettefragen gestürzt und der Stolz der beiden Länder ist aufeinander gestoßen." Der Lärm während dieser Rede wiederholte sich fortwährend.

Ollivier erwidert, daß Preußen zu dem Kriege gezwungen hat; Nachgiebigkeit würde Frankreich herabwürdigen. Die Dringlichkeit der Anträge wird angenommen. Favre verlangt Mittheilung diplomatischer Actenstücke, namentlich der preußischen Depesche. Sein Antrag wird mit Majorität von $^2/_3$ abgelehnt. Die vermeintliche Note konnte nicht vorgelegt werden, denn sie existirte als solche nicht. Ein Zeitungstelegramm aus Ems ist, was hier gleich bemerkt werden kann und ein grelles Licht auf die Debatte wirft, als Nachricht über die Natur der französischen Forderungen und über den festen Entschluß des Königs, auf dieselben nicht einzugehen, genau mit den Worten, wie sie in den Zeitungen standen, den deutschen Regierungen und den norddeutschen Vertretern bei einigen außerdeutschen Höfen zur Information mitgetheilt worden. Die Verweigerung des Textes von Seiten Ollivier's ist daher erklärlich, da sonst die französische Kammer die frivole Täuschung, der sie unterlag, entdeckt haben würde. Das Telegramm lautete: „Nach der amtlichen Mittheilung der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern Seitens der spanischen Regierung an die französische hat Benedetti in Ems von Sr. Maj. dem Könige von Preußen noch die Autorisation verlangt, nach Paris zu telegraphiren, daß der König für die Zukunft die Verpflichtung übernehme, niemals eine hohenzollernsche Candidatur zuzulassen. Der König lehnte darauf den nochmaligen Empfang des französischen Botschafters ab und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, der König habe dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen." Die Commission zur Prüfung des Entwurfs der Kriegserklärung hat

unterdeß mit dem Kriegsminister und dem Minister Ollivier eine Conferenz gehabt, in welcher der Erstere, Leboeuf, verschiedene Fragen beantwortete. Graf Keratry fragte, ob man wirklich bereit sei zum Kriege, worauf Leboeuf erwiderte: „Vollständig bereit.“ Keratry äußerte: „Geben Sie uns Ihr Ehrenwort darauf? Bedenken Sie, es wäre ein Verbrechen, Frankreich in einen Kampf zu stürzen, ohne Alles vorgesehen zu haben und vor Allem sicher gestellt zu sein.“ Leboeuf gab dieses zu allgemeiner Befriedigung und beantwortete Cassagnac's Frage, was er unter dem Bereitsein verstehe: „Ich verstehe darunter, daß, wenn der Krieg ein Jahr dauerte, wir nicht einmal einen einzigen Gamaschenknopf zu kaufen brauchten.“ Später stellte sich heraus, daß eine viel größere Summe Gewehre und andere Gegenstände auf dem Papiere standen, als wirklich vorhanden waren.

Die Abendsitzung begann um 9½ Uhr. Talhouet berichtet Namens der Commission und theilt mit, daß sie den Kriegsminister angehört habe, welcher die Dringlichkeit betonte, die für das Kriegs- und Marineministerium verlangten Credite zu bewilligen, und daß Ollivier diplomatische Noten und weitere Aufklärungen gegeben habe. Die Commission habe einstimmig beschlossen, der Kammer die Bewilligung zu empfehlen. Dieselbe will sogleich abstimmen, aber Gambetta fordert sie zur ruhigen und kühlen Berathung auf. Er weist auf die ungeheure Verantwortlichkeit dieser Abstimmung hin und verlangt daher, daß auch der Kammer die Actenstücke vorgelegt werden sollen, denn augenscheinlich sei es die Absicht der Regierung, die Verantwortlichkeit für den Krieg auf den gesetzgebenden Körper zu übertragen. Die Regierung habe ihre Beweggründe nicht genügend gerechtfertigt. Ollivier erklärt, er werde jede Verantwortlichkeit übernehmen. Gambetta bleibt bei seiner Forderung auf Vorlage der Depesche des Berliner Cabinets stehen. Wenn die Depesche so ernst sei, so genüge es nicht, daß die Commission sie gesehen habe, wie Gramont behauptet, sondern man müsse sie der Kammer und ganz Frankreich mittheilen. Ollivier versteckt sich nun hinter die Ehrenfrage, die es so schwierig werde einer gewissen Seite verständlich zu machen. Die Linke ruft dennoch: „Geben Sie uns den Wortlaut!“ Ollivier beschwört die Kammer, eine so unzeitgemäße Discussion zu schließen; diese wird geschlossen. Die Credite werden mit großer Ma-

jorität gegen nur eine resp. zehn Stimmen bewilligt; ebenso die Versetzung der Mobilgarde in Activstand.

Der preußische Staatsanzeiger hat zur Würdigung der von den französischen Ministern in jener Sitzung vom 15. Juli vorgebrachten unwahren Behauptungen unter Vorbehalt weiterer Mittheilungen einstweilen zwei Actenstücke veröffentlicht, von denen das erste unter unmittelbarer Approbation Sr. Maj. des Königs redigirt worden, das andere der vom Flügel-Adjutanten des Königs vom Dienst über die Ausführung seines Auftrages erstattete Bericht ist. Dieselben ergänzen das über die Tage in Ems bereits Mitgetheilte und lauten:

Erstes Actenstück. Der Graf Benedetti beantragte am 9. d. M. in Ems eine Audienz beim Könige, die ihm sofort bewilligt wurde. In derselben verlangte er, der König solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König entgegnete, daß, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienhaupt und niemals als König von Preußen begrüßt worden sei, und daher keinen Befehl zur Annahme der Candidatur ertheilt habe, er eben so wenig einen Befehl zur Zurücknahme ertheilen könne. Am 11. erbat und erhielt der französische Botschafter eine zweite Audienz, in welcher er eine Pression auf den König auszuüben versuchte, damit derselbe in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiderte, der Prinz sei vollkommen frei in seinen Entschlüssen; übrigens wisse er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblicke befinde. Auf der Brunnenpromenade am 13. Morgens gab der König dem Botschafter ein ihm selbst soeben zugestelltes Extrablatt der Kölnischen Zeitung mit einem Privattelegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen mit der Bemerkung, daß er selbst, der König, noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber wohl heute erwarten könne. Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom König, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die qu. Kron-Candidatur etwa wieder aufleben sollte. Der König lehnte eine solche Zumuthung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruch,

als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Dessenungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe, übrigens von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten. Den Wunsch des Grafen Benedetti, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei einer Fahrt nach Coblenz auf dem Bahnhofe am 14. im Vorübergehen begrüßte. Hiernach hat also der Botschafter drei Audienzen beim Könige gehabt, die stets den Charakter von Privatgesprächen trugen, da Graf Benedetti niemals als Beauftragter oder Unterhändler sich gerirte.

Zweites Actenstück. Se. Maj. der König, in Folge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnenpromenade, hatte die Gnade, mich gegen zwei Uhr Nachmittags mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu schicken: Se. Maj. hätten vor einer Stunde, durch schriftliche Mittheilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen, die vollkommene Bestätigung Dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in Betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die spanische Throncandidatur, als direct aus Paris erfahren, mitgetheilt hätte. Se. Majestät sähe hiermit diese Angelegenheit als abgemacht an.

Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Sr. Maj. zu erbitten und nochmals Sr. Maj. den Wunsch des französischen Gouvernements nahe zu legen:

1) die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbiren und
2) die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Candidatur nicht wieder aufgenommen werden würde.

Hierauf ließ Se. Maj. dem Grafen durch mich erwidern, daß Se. Maj. die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und demselben Umfange approbirten, in dem Se. Maj. dies vorher mit der Annahme dieser Candidatur gethan hätten. Die schriftliche Mittheilung der

Verzichtleistung hätten Se. Maj. von dem Fürsten Anton von Hohenzollern erhalten, Hochwelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisirt worden sei. In Betreff des zweiten Punktes der Versicherung für die Zukunft könne sich Se. Maj. nur auf Das berufen, was derselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätte.

Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Maj. dankbar entgegen und äußerte, er würde dieselbe, wie er hierzu autorisirt sei, seinem Gouvernement zurückmelden.

In Betreff des zweiten Punktes müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn von Gramont die ausdrückliche Anweisung hierzu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Sr. Maj. aufrecht erhalten, und wäre es auch nur, um dieselben Worte Sr. Maj. wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Sr. Maj. unterbreiten möchte.

Hierauf ließ Se. Maj. dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um 5 1/2 Uhr, erwidern, Se. Maj. müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Discussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre Allerhöchstsein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen.

Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Maj. des Königs beruhigen zu wollen.

Ems, den 13. Juli 1870.

A. Radziwill,
Oberst-Lieutenant und Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs.

III. Abtheilung.

Die Erhebung Deutschlands. Stimmung in Europa.

8. Norddeutscher Reichstag. Süddeutsches.

Von der Hauptstadt wie aus allen Theilen Preußens und Norddeutschlands kamen Dank-, Zustimmungs- und Vertrauens-Adressen an den König, bald langten auch die Telegramme aus den fernsten Theilen der Erde bereits mit Zusicherung erheblicher Unterstützungen für die verwundeten Truppen und die Angehörigen derselben und der Gefallenen an. Hier wiederholte sich der Jubel aus allen deutschen Herzen des In- und Auslandes, wie er dem Monarchen überall persönlich entgegengebracht worden war.

Am 16. Juli trat in Berlin der Bundesrath des Norddeutschen Bundes zusammen unter dem Vorsitze Bismarck's. Der Kanzler gab demselben eine ausführliche Darstellung der politischen Lage und der Veranlassungen zur französischen Kriegserklärung. Nach einer Schilderung der bereits hier mitgetheilten und einiger noch zu erwähnender Thatsachen hat der Bundeskanzler eine Bemerkung hinzuzufügen. Nach einem Auszuge aus dem Protokoll der Sitzung, welcher dem Reichstage vorgelegt wurde, lautet dieselbe: „Als Se. Maj. der König von Preußen von den zwischen der spanischen Regierung und dem Prinzen geführten Verhandlungen außeramtlich Kenntniß erhielten, geschah dies unter der ausdrücklichen Bedingung der Geheimhaltung. In Betreff eines fremden Geheimnisses, welches weder Preußen noch den Bund berührte, konnten Se. Maj. keinen Anstand nehmen, die Geheimhaltung zuzusagen. Allerhöchstdieselben haben daher Ihre Regierung von der Angelegenheit, welche für Sie nur eine Familiensache war, nicht in Kenntniß gesetzt, und hatten das Benehmen mit anderen Regierungen, so weit solches erforderlich sein könnte, von der spanischen Regierung oder dem Throncandidaten erwartet und denselben überlassen. Das Verhältniß, in welchem die spanische Regierung zu der benachbarten französischen steht, und die persönlichen Beziehungen, welche zwischen dem fürstlich hohenzollernschen Hause

und Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen seit langer Zeit obwalten, eröffneten einem unmittelbaren Benehmen der wirklich Betheiligten mit Frankreich den einfachsten Weg.

„Die Hohen verbündeten Regierungen werden ermessen, wie wenig unter diesen Umständen das Bundes-Präsidium darauf gefaßt sein konnte, zu erfahren, daß die französische Regierung, deren Interesse an der spanischen Frage ihm auf die Verhütung einer republikanischen oder orleanistischen Entwickelung sich zu begrenzen schien, in der Annahme der Throncandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern eine ihr zugefügte Kränkung erblicke. Wäre es dem französischen Cabinet lediglich darum zu thun gewesen, zum Zwecke der Beseitigung dieser Candidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben hierfür in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg dargeboten. Der Inhalt der vom Herrn Düc de Gramont im Corps-legislatif gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterung ab. Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand; die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumuthungen konnten dem Bundes-Präsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demüthigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der europäischen Civilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat dies empfunden. Die Erregung des deutschen Nationalgefühls giebt davon Zeugniß. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europas."

Der Freiherr von Friesen erklärte: „Im Namen der königlich sächsischen Regierung, welche, wie ich annehmen darf, hierin mit allen übrigen Hohen Bundesregierungen im vollen Einklange sich befindet, spreche ich das Einverständniß mit allen bisherigen Schritten des Bundes-Präsidiums und mit der von Preußen kund gegebenen Auf-

fassung der Sachlage aus. Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden."

Die Bevollmächtigten der übrigen Hohen Bundesregierungen traten sämmtlich der Erklärung des Königreichs Sachsens bei. —

Am 19. Juli zwölf Uhr Mittags hielt der König zur Eröffnung des Reichstages folgende Thronrede, welche neunmal durch lebhaften Beifall unterbrochen wurde:

„Geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

„Als Ich Sie bei Ihrem letzten Zusammentreten an dieser Stelle im Namen der verbündeten Regierungen willkommen hieß, durfte Ich es mit freudigem Danke bezeugen, daß Meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker und den Bedürfnissen der Civilisation durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistand nicht gefehlt habe.

„Wenn nichtsdestoweniger Kriegsdrohung und Kriegsgefahr den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt haben, Sie zu einer außerordentlichen Session zu berufen, so wird in Ihnen, wie in uns, die Ueberzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht war, und daß, wenn wir gegenwärtig diese Volkskraft zum Schutze unserer Unabhängigkeit aufrufen, wir nur dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorchen.

„Die spanische Throncandidatur eines deutschen Prinzen, deren Aufstellung und Beseitigung die verbündeten Regierungen gleich fern standen, und die für den Norddeutschen Bund nur insofern von Interesse war, als die Regierung jener uns befreundeten Nation daran die Hoffnung zu knüpfen schien, einem vielgeprüften Lande die Bürgschaften einer geordneten und friedliebenden Regierung zu gewinnen, hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehr seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen, und denselben auch nach Beseitigung jenes Vorwandes mit jener Geringschätzung des Anrechts der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beispiele bietet.

„Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so er-

trug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstungen dem Feinde keine Oeffnung mehr bieten, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Es ist keine Ueberhebung, welche mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen, wie Ich selbst, wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen Den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheerenden Kriegen treibt. Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen, als zu dem blutigen der Waffen. Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unseres großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubeuten.

„Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, Alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalt fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er es mit unseren Vätern war."

Eine halbe Stunde vor dem Beginne der um zwei Uhr anberaumten ersten Sitzung des Reichstages überreichte dem Grafen Bismarck der französische Geschäftsträger die officielle Kriegserklärung. Dieselbe lautet: „Der unterzeichnete Geschäftsträger Frank-

reichs hat in Ausführung der Befehle, die er von seiner Regierung erhalten, die Ehre, folgende Mittheilung zur Kenntniß Sr. Excellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Preußen zu bringen:

Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, indem sie den Plan, einen preußischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben, nur als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen betrachten kann, hat sich in die Nothwendigkeit versetzt gefunden, von Sr. Majestät dem König von Preußen die Versicherung zu verlangen, daß eine solche Combination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen könnte.

Da Se. Majestät der König von Preußen sich geweigert, diese Zusicherung zu ertheilen, und im Gegentheil dem Botschafter Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen bezeugt hat, daß er sich für diese Eventualität wie für jede andere die Möglichkeit vorzubehalten gedenke, die Umstände zu Rathe zu ziehen, so hat die kaiserliche Regierung in dieser Erklärung des Königs einen Frankreich ebenso wie das allgemeine europäische Gleichgewicht bedrohenden Hintergedanken erblicken müssen. Diese Erklärung ist noch verschlimmert worden durch die den Cabinetten zugegangene Anzeige von der Weigerung, den Botschafter des Kaisers zu empfangen und auf irgend eine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen.

In Folge dessen hat die französische Regierung die Verpflichtung zu haben geglaubt, unverzüglich für die Vertheidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen, und entschlossen, zu diesem Endzweck alle durch die ihr geschaffene Lage gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt an als im Kriegszustande mit Preußen.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Sr. Excellenz u. s. w. die Versicherung seiner hochachtungsvollen Ergebenheit auszudrücken.

Berlin, 19. Juli 1870. (unterz.) Le Sourd."

Die Mittheilung derselben durch den Bundeskanzler wurde im Reichstage mit minutenlangem, stürmischem Beifallrufen und Händeklatschen aufgenommen. Da konnte man den Unterschied, den grellen Contrast kennen lernen, der zwischen der Aufnahme und Stimmung sich zeigte, welche die Mittheilung Gramont's in der Legislative über die erfolgte Kriegserklärung an Preußen hervorbrachte, die sich dort

in peinlichem Schweigen documentirte. Von dieser machte der Bundeskanzler sofort an die Gesandten des Norddeutschen Bundes Mittheilung in folgendem, dem Reichstage vorgelegten Schreiben:

Berlin, den 19. Juli 1870.

Die kaiserlich französische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger das in Abschrift anliegende Actenstück — ihre Kriegserklärung enthaltend — übergeben lassen.

Es ist das die erste und einzige amtliche Mittheilung, welche wir in der ganzen, die Welt seit vierzehn Tagen beschäftigenden Angelegenheit von der kaiserlich französischen Regierung erhalten haben.

Als Motive für den Krieg, mit dem sie uns überzieht, giebt sie darin an:

Die Ablehnung Sr. Majestät des Königs, die Versicherung zu geben, daß die Erhebung eines preußischen Prinzen auf den spanischen Thron nicht mit seiner Zustimmung verwirklicht werden könne, und die angeblich den Cabinetten gemachte Notification von der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen und mit ihm weiter zu verhandeln.

Wir haben darauf kurz Folgendes zu erwidern:

Se. Majestät der König, in voller Achtung vor der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der spanischen Nation und vor der Freiheit der Entschlüsse der Prinzen des fürstlich hohenzollernschen Hauses, hat niemals daran gedacht, den Erbprinzen auf den spanischen Thron erheben zu wollen. Die an Se. Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren unberechtigt und anmaßend. Ihm einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung.

Die angebliche Notification an die Cabinette hat niemals stattgefunden, eben so wenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen weiter zu verhandeln. Im Gegentheil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Sr. Majestät dem König persönlich und privatim im Bade Ems die Fragen besprochen.

Die deutsche Nation, innerhalb und außerhalb des Norddeutschen Bundes, hat erkannt, daß die Forderungen der französischen Regierung auf eine Demüthigung gerichtet waren, welche die Nation nicht

6*

erträgt, und daß der Krieg, welcher niemals in den Absichten Preußens liegen konnte, uns von Frankreich aufgezwungen wird.

Die gesammte civilisirte Welt wird erkennen, daß die Gründe, welche Frankreich anführt, nicht existiren, sondern erfundene Vorwände sind.

Der Norddeutsche Bund und die mit ihm verbündeten Regierungen von Süddeutschland protestiren gegen den nicht provocirten Ueberfall deutschen Landes und werden denselben mit allen Mitteln, die ihnen Gott verliehen hat, abwehren.

Ew. ... werden ersucht, von dieser Depesche und ihren Anlagen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, Abschrift zu übergeben.

von Bismarck.

Dieser Depesche gingen zwei Tags vorher (18.) abgesandte, gleichfalls dem Reichstage vorgelegte voraus. Die eine war die Antwort an den englischen Botschafter Lord Loftus in Berlin, auf eine im Auftrage Granville's durch diesen am 17. übergebene Note in Betreff eines letzten Vermittelungsversuches, der aus natürlichen Gründen abgelehnt wird. Der Wortlaut ist folgender:

Berlin, den 18. Juli 1870.

Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 17. d. M., worin der Gedanke, daß Preußen und Frankreich die guten Dienste einer befreundeten Macht zur Erhaltung des Friedens nachsuchen mögen, und zugleich die Bereitwilligkeit des königlich großbritannischen Gouvernements zu den etwa gewünschten vermittelnden Schritten ausgesprochen wird, habe ich mich beeilt, zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs zu bringen. Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. Excellenz zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche humane Bestreben, von zwei Nationen die Calamität eines für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, anerkenne, und wie Seine, Niemandem besser als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, bekannte aufrichtige Friedensliebe Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis den Frieden zu sichern den Zweck hätte. Die Möglichkeit zur Anknüpfung solcher Verhandlung würde aber nur durch vorgängige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen werden. (Es ist uns äußerlich bekannt, daß Frankreich den

gleichen Schritt ablehnend beantwortet hat; von Seiten der königlich großbritannischen Regierung ist darüber Mittheilung gemacht.) Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derselben festgehalten, nachdem die erste Complication auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.

Indem ich mich hiermit der Befehle Sr. Maj. entledige und Ew. Excellenz bitte, die Auffassung Allerhöchstdesselben zur Kenntniß der Regierung Ihrer Maj. der Königin zu bringen, benutze ich diese Gelegenheit... von Bismarck.

Die zweite Depesche von demselben Tage (18.) ist an die Vertreter des Norddeutschen Bundes gerichtet und enthält eine ausführliche Widerlegung der Erklärungen und unwahren Behauptungen der französischen Minister in der Sitzung der Legislative am 15. Juli. Sie beleuchtet das Verfahren derselben, um den Krieg in jedem Falle durchzusetzen, und die Haltlosigkeit der von ihnen herbeigezogenen Gründe, und kommt zu dem Resultate, daß dieselben nur aus den schlechtesten Instincten des Hasses und der Eifersucht auf die Wohlfahrt und Selbstständigkeit Deutschlands hervorgehen. Die ganze Note ist in der Beilage wörtlich mitgetheilt.*)

Die erste That des Reichstages ist die einstimmige, ohne Debatte und mit stürmischem Beifall erfolgte Annahme einer patriotischen, von Miquel entworfenen Adresse an den König, den Schirmherrn des Norddeutschen Bundes, als Antwort auf die Thronrede:

„Die erhabenen Worte, welche Ew. Maj. im Namen der verbündeten Regierungen an uns gerichtet haben, finden im deutschen Volke einen mächtigen Wiederhall.

Ein Gedanke, ein Wille bewegt in diesem ernsten Augenblicke die deutschen Herzen.

Mit freudigem Stolze erfüllt die Nation der sittliche Ernst

---

*) Beilage 4.

und die hohe Würde, mit welcher Ew. Maj. die unerhörte Zumuthung des Feindes zurückgewiesen, der uns zu demüthigen gedachte, jetzt aber unter schlecht ersonnenen Vorwänden das Vaterland mit Krieg überzieht.

Das deutsche Volk hat keinen andern Wunsch, als in Frieden und Freundschaft zu leben mit allen Nationen, welche seine Ehre und Unabhängigkeit achten.

Wie in der ruhmreichen Zeit der Befreiungskriege, zwingt uns heute wieder ein Napoleon in den heiligen Kampf für unser Recht und unsere Freiheit.

Wie damals, so werden heute alle auf die Schlechtigkeit und Untreue der Menschen gestellten Berechnungen an der sittlichen Kraft und dem entschlossenen Willen des deutschen Volkes zu Schanden.

Der durch Mißgunst und Ehrsucht irregeleitete Theil des französischen Volkes wird zu spät die böse Saat erkennen, welche für alle Völker aus dem blutigen Kampfe emporwächst.

Dem besonnenen Theile dieses Volkes ist es nicht gelungen, das gegen die Wohlfahrt Frankreichs und das brüderliche Zusammenleben der Völker gerichtete Verbrechen zu verhüten.

Das deutsche Volk weiß, daß ihm ein schwerer und gewaltiger Kampf bevorsteht. Wir vertrauen auf die Tapferkeit und die Vaterlandsliebe unserer bewaffneten Brüder, auf den unerschütterlichen Entschluß eines einigen Volkes, alle Güter dieser Erde daran zu setzen, und nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer dem deutschen Mann den Nacken beugt.

Wir vertrauen der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, des deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden hat, den großen Kampf, den der Jüngling vor mehr als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen.

Wir vertrauen auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel straft. Von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat das Volk sich auf den Ruf seiner einmüthig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihm zu schwer.

Die öffentliche Stimme der civilisirten Welt erkennt die Gerechtigkeit unserer Sache. Befreundete Nationen sehen in unserm Siege die Befreiung von dem auch auf ihnen lastenden Drucke bonapartistischer Herrschsucht und die Sühne des auch an ihnen verübten Unrechts.

Das deutsche Volk aber wird endlich auf der behaupteten Wahlstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden.

Ew. Maj. und die verbündeten deutschen Regierungen sehen uns wie unsere Brüder im Süden bereit.

Es gilt unsere Ehre und unsere Freiheit.

Es gilt die Ruhe Europas und die Wohlfahrt der Völker."

Graf Bismarck legte dem Reichstage eine Reihe von Actenstücken vor, die hier bereits theils im Wortlaut, theils im Auszuge an den geeigneten Stellen mitgetheilt wurden. Hervorzuheben sind aber noch einige Bemerkungen, mit denen derselbe die Vorlagen begleitete. Er sagte unter Anderm: „Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Maj., meinem allergnädigsten Herrn, gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben.

Auch alle Erklärungen, die man von Sr. Maj. dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privat-Conversation zu erlangen versucht hat, und die vielleicht, wenn Se. Maj. nicht die ihm eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Acte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, so lange sie der Monarch nicht in dieser Seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch Seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsacten zu machen."

Die Actenstücke, außer der Kriegserklärung, bestehen hauptsächlich in Mittheilungen des auswärtigen Amtes des Bundes, die ergangen sind, nachdem die Sache schon nicht mehr gut zu machen war, um den anderen Regierungen darzulegen, wie die Dinge sich entwickelt hatten. Zu dem Zeitungstelegramm macht Graf Bismarck die Bemerkung, es sei dies schließlich dem französischen Ministerium als einzige Ursache des Krieges geblieben, und konnte auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von Seiten der königl. Regierung an andere Re-

gierungen erlassen worden ist. „Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen," fährt der Kanzler fort, „aber die Mittheilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientiren, wie die Entwickelung der Sache augenblicklich liegt, und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten — eine solche Zeitungsmittheilung hat das französische Ministerum öffentlich als Note qualificirt. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositions-Mitglieder in Paris nachzugeben und dieses Actenstück vorzulegen; denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in Nichts verflogen, sobald die Volksvertretung dieses angebliche Actenstück gekannt hätte, namentlich seine Form — es war kein Actenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm."

Zu den beiden Actenstücken über die Vorgänge in Ems äußert Graf Bismarck, daß diesen authentischen Darstellungen der im Grunde nicht staatlichen, aber doch für die Genesis der Situation im hohen Grade wichtigen Vorgänge in Ems doch ein größeres Ansehen verliehen werde, daß sie, wie sie es ihrem Ursprunge nach verdienen, unter die amtlichen Actenstücke aufgenommen werden.

In Betreff des Berichts des Freihern von Werther erklärt Bismarck, daß er dem Botschafter darüber keine amtliche Antwort ertheilt habe, als diejenige, er sei überzeugt, daß jener die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden hätte; Eröffnungen dieser Art schienen ihm absolut unmöglich, und jedenfalls weigere er sich, in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister, diesen Bericht Sr. Maj. zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mittheilungen der Art zu machen habe, so möge sie sie selbst redigiren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen.

Zum Schlusse liest der Bundeskanzler das (vorhin mitgetheilte) Antwortschreiben an den Lord Loftus vor.

In rascher Aufeinanderfolge, es werden in den drei Tagen der Berathungen des Reichstages sechs Sitzungen gehalten, wird der Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Mili-

tär- und Marine-Verwaltung von 120 Millionen Thaler, die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen und einige andere einstimmig in allen Lesungen angenommen. Nur das Gesetz, betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages bis zum 31. December d. J., fand einige Bedenken in der Linken, ob der Reichstag kraft seines eigenen Mandats dasselbe zu verlängern berechtigt sei. Das Gesetz wurde aber bald mit großer Majorität angenommen.

Mit einem begeisterten Hoch auf den Bundesfeldherrn der deutschen Heere, König Wilhelm von Preußen, wurde der Reichstag geschlossen.

In diesen Tagen bringt der preußische Staatsanzeiger an seiner Spitze nachstehenden Erlaß des Königs an das Staatsministerium:

„Angesichts der ernsten Lage des Vaterlandes und in dankbarer Erinnerung an die Heldenthaten unserer Vorfahren in den großen Jahren der Befreiungskriege, will Ich das von Meinem in Gott ruhenden Vater gestiftete Ordenszeichen des eisernen Kreuzes in seiner ganzen Bedeutung wieder aufleben lassen. Das eiserne Kreuz soll, ohne Unterschied des Ranges und Standes, verliehen werden als eine Belohnung für das Verdienst, welches entweder im wirklichen Kampfe mit dem Feinde, oder daheim, in Beziehung auf diesen Kampf für die Ehre und Selbstständigkeit des theuren Vaterlandes, erworben wird. Das Staatsministerium hat Mir den Entwurf einer Urkunde über die Stiftung des eisernen Kreuzes unverzüglich vorzulegen. Ich bemerke in Bezug hierauf:

1) Die für diesen Krieg wieder in's Leben gerufene Auszeichnung des eisernen Kreuzes soll, wie früher, aus zwei Klassen und einem Großkreuz bestehen. Die Ordenszeichen sowie das Band bleiben unverändert, nur ist auf der glatten Vorderseite das W mit der Krone und darunter die Jahreszahl 1870 anzubringen;
2) die zweite Klasse wird an einem schwarzen Bande mit weißer Einfassung, wenn das Verdienst im Kampf mit dem Feinde erworben ist, und an einem weißen Bande mit schwarzer Einfassung, wenn dies nicht der Fall ist, im Knopfloch, die erste Klasse auf der linken Brust und das Großkreuz, noch einmal so groß als die beiden Klassen, um den Hals getragen;
3) die zweite Klasse des eisernen Kreuzes soll zuerst verliehen werden;

die erste Klasse kann nicht anders erfolgen, als wenn die zweite schon erworben war, und wird neben der letzteren getragen;

4) das Großkreuz kann ausschließlich nur für eine gewonnene entscheidende Schlacht, nach welcher der Feind seine Position verlassen mußte, desgleichen für Wegnahme einer bedeutenden Festung oder für die anhaltende Vertheidigung einer Festung, die nicht in feindliche Hände fällt, der Commandirende erhalten;

5) alle Vorzüge, die bisher mit dem Besitz des Ehrenzeichens erster und zweiter Klasse verbunden waren, gehen auf das eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse über;

6) Ich behalte mir vor, darüber Bestimmung zu treffen, ob und inwieweit die jetzt bestehenden Kriegsorden und Militär-Ehrenzeichen auch in diesem Kriege zur Ausgabe gelangen sollen.

Berlin, den 19. Juli 1870. gez. Wilhelm."

So wie die norddeutschen Regierungen vollständig in Uebereinstimmung waren, so erfolgte auch bald das Einverständniß der süddeutschen; es wurden den an deren Höfen beglaubigten französischen Gesandten die Pässe zugestellt, die eigenen wurden aus Paris abberufen. Dem Militärbevollmächtigten Frankreichs in Berlin mußte mit der Verhaftung gedroht werden, damit er sich entfernte.

Ein bezeichnendes Ereigniß in Bayern ist besonders hervorzuheben, insofern dasselbe bereits den Umschwung in den Meinungen der Mittelpartei anzeigt. Es ist früher bemerkt worden, daß die ultramontane Partei, welche die Majorität in der Kammer durch Wühlereien erlangt hatte und sich durch die niedrigsten Schmähungen gegen Preußen in ihren Organen auszeichnete (Bayr. Vaterland), mit allen Kräften gegen den Norden wirkte. Ueber den jetzt erfolgten Umschwung heißt es in einem Bericht aus München vom 20. Juli: „Die erste Schlacht ist geschlagen, der Feind im Innern ist besiegt. Nach stürmischen Debatten, in welchen die deutschen Männer, wie Völk, Gerstner, Fischer, Stauffenberg, Hörmann, Barth, Edel, die Minister von Pranckh, von Bray, sich mit Ruhm bedeckten, wurde der Ausschußantrag auf bewaffnete Neutralität mit 89 gegen 58 Stimmen abgelehnt und dadurch die Schmach eines Vertragsbruches abgewendet. Der Gesetzentwurf bezüglich der Creditforderung des Kriegsministers wurde in der Schlußabstimmung, wie er zuletzt von der Regierung gewünscht wurde, mit 101 gegen 47 Stimmen unter

allgemeinem Jubel angenommen, somit 18,260,000 Fl. bis zum Schlusse des October für den Kriegsbedarf genehmigt. Der König hatte sich fortwährend nach dem Gang der Kammerverhandlungen erkundigen lassen. Als das Resultat der Abstimmung gegen zehn Uhr Abends bekannt geworden war, brachte die große anwesende Volksmenge donnernde Hochs aus. Dieselbe zog sodann zur Residenz, wiederholte dort die Hochrufe, worauf Se. Maj. am Fenster erschien und dankte. Um Mitternacht brachte die Liedertafel dem König ein Ständchen, welches denselben sichtlich erfreute. Von der Residenz verfügte sich die Volksmenge in die Türkenstraße zum norddeutschen Bundesgesandten, Freiherrn von Werthern, brachte auch dort ein donnerndes Hoch aus und sang Das deutsche Vaterland. Freiherr von Werthern sprach mit herzlichen Worten seine Freude und den Dank über diese Huldigung aus und brachte dem König Ludwig II. von Bayern, welcher sich so wahrhaft deutsch und mannhaft gezeigt, ein dreimaliges Hoch, in welches die Menge begeistert einstimmte. Nachdem der norddeutsche Bundesgesandte noch ausgerufen: „Wir Deutsche werden nun nicht mehr sprechen sondern handeln, und Gott sei mit uns!" was lebhaften Beifall hervorrief, ersuchte schließlich Herr von Werthern die Menge, daß sie sich nicht vor das französische Gesandtschaftshotel verfügen wolle. Da riefen tausend Stimmen: „Nein, nein!" und Alles ging ruhig nach Hause."

In gleicher Weise zeigen sich in Württemberg die erfreulichsten Fortschritte der deutschen Gesinnung. Man berichtet darüber aus Stuttgart vom 21. Juli: „In der Ständeversammlung brachte heute die Regierung eine Creditforderung von 5,900,000 Gulden ein. Minister Varnbüler motivirte den Antrag und schloß mit folgenden Worten: „„Daß nach Beseitigung der spanischen Throncandidatur dennoch mit Ungestüm Seitens Frankreichs zum Kriege getrieben wurde, beweist, daß die spanische Frage nur der Anstoß, nicht aber der wahre Grund des Krieges gewesen ist, dessen Endziele somit weiter reichen. Das Ministerium hält die Integrität Deutschlands für bedroht. Für Deutschlands Unversehrtheit und Ehre rechtzeitig mit aller Kraft einzutreten, halten wir für unsere Pflicht und sind deshalb der Ansicht, daß auf die von Preußen gestellte Frage, ob wir uns ihm im Kriege anzuschließen gesonnen seien, mit einem offenen Ja geantwortet werden muß. Wir stehen vor einem Ent-

schlusse, welcher entscheidend ist für die Schicksale Württembergs. Zeigen Sie Europa durch raschen Beschluß, daß ein selbstständiger deutscher Stamm aus freier Entschließung freudigen Muthes eintritt in den Kampf um Deutschlands Ehre.‟"

„Die Vorlage der Staatsregierung wurde von der Volksvertretung einmüthig angenommen. Vor dem Sitzungssaale waren große Menschenmassen, welche die Volksvertreter begeistert begrüßten. Dann brachten sie dem Könige ihre Ovationen für den Anschluß an die nationale Sache und Theilnahme am Kriege dar. Von Herrn von Varnbüler behauptete man, er sei vorher erst in Wildbad beim Fürsten Gortschakoff gewesen, der dort weilte; er habe sich dort erst Rath und gewissermaßen Deckung geholt. Von anderen Seiten wurde dies bezweifelt, da Varnbüler seit 1866 eine vollständig deutsche Haltung gezeigt, damals auch der Erste gewesen sei, der den Friedensvertrag und das Schutz- und Trutzbündniß unterzeichnet habe."

Baden erklärt sich wegen der Kriegserklärung an Preußen und der Bedrohung deutschen Gebiets, in Hinsicht auf den Allianzvertrag von 1866, als im Kriegszustand mit Frankreich befindlich zu betrachten. Der badische Gesandte in Paris fordert seine Pässe, desgleichen der französische Gesandte.

Auch Hessen süddeutschen Antheils betheiligte sich bald genug an den allgemeinen Bestrebungen, wenn es Herrn von Dalwigk auch schwer genug werden mochte, seine Abneigung niederzukämpfen. Die Darmstädter Zeitung druckte ein Pariser Telegramm der Augsburger A. Z. ab, welches meldete, daß die Sommation Frankreichs an die süddeutschen Staaten für den Fall der Verweigerung der Neutralität die rücksichtsloseste Behandlung androhe. Die Zeitung erklärt, die Drohung könne Süddeutschland nicht schrecken. „Wir stehen Alle für Einen. Droht Frankreich mit Verletzung des Völkerrechts, so zeigt dies nur die Nothwendigkeit, die Wälschen niederzuwerfen."

Von den Depossedirten soll der Kurfürst ein Promemoria an Napoleon gerichtet haben; vom Exkönig Georg wollten die Pariser wissen, daß er die Welfenlegion commandiren würde. Er hat es aber vorgezogen, das lieber zu unterlassen.

So war bis auf die von Oesterreich festgehaltenen deutschen Landestheile Deutschland durch den Kaiser Napoleon, dessen ganzes Streben dahin gegangen war, dies zu verhindern, geeinigt; ein

patriotisches Hochgefühl durchdrang das ganze Volk, und mit Enthusiasmus sang man allüberall das Max Schneckenburger'sche Lied.

Die Truppenmärsche begannen und die nach Westen führenden Eisenbahnen waren von denselben gänzlich in Anspruch genommen. Ueberall wurden die Truppen mit dem größten Jubel begrüßt und unter Hurrahs bei der Abfahrt entlassen. Der Andrang von Freiwilligen nahm außerordentlich zu, und zu Hunderten traten dieselben in die Regimenter ein, um nach Uebungen von einigen Wochen, die später jedoch auf mindestens drei Monate verlängert werden sollten, bereits in die Armee eingereiht zu werden. Die Erbitterung gegen Frankreich war allgemein; sie wird vollständig charakterisirt durch die Worte, mit denen der Professor Düບois-Reymond an der Berliner Universität eine seiner Vorlesungen begann: „Entschuldigen Sie meinen französischen Namen!“

Der Kronprinz von Preußen hatte den Oberbefehl über mehrere norddeutsche Armee-Corps und über die süddeutschen Truppen erhalten, die Südarmee genannt, der Prinz Friedrich Karl sollte die Mittel- und General Steinmetz die Nordarmee oder den rechten Flügel befehligen. Auf die Mittheilung Sr. K. H. des Kronprinzen, daß er zum Befehlshaber der deutschen Südarmee ernannt sei, gingen ihm folgende Telegramme zu: Von München: Ich bin in hohem Grade erfreut, Ew. K. H., und ich danke Ihnen für Ihre freundliche Aufmerksamkeit. München, 20. Juli 1870. Ludwig Rex. Von Stuttgart: Ich freue mich, bei unserer deutschen Sache Ew. K. H. hier zu begrüßen, und bitte, mir den Tag der Ankunft bezeichnen zu wollen. Karl, König von Württemberg. Von Karlsruhe: Sr. Maj. Ernennung Ew. K. H. zum Befehlshaber der deutschen Südarmee gereicht mir und meinen Truppen zur größten Freude und Ehre. Möchte es uns gelingen, unter Ew. K. H. Befehl Höchstihr Vertrauen durch Treue und Tapferkeit zu verdienen. Jubelnd sehen wir Ew. K. H. Ankunft entgegen. Es lebe der König und das Vaterland! Friedrich, Großherzog von Baden.

Nachdem der Kronprinz sein jüngst gebornes Töchterchen hatte taufen lassen (24. Juli), begab sich derselbe an die süddeutschen Höfe und wurde von den Königen und Badens Großherzog, sowie von den Bevölkerungen mit großer Zuvorkommenheit und mit Enthusiasmus begrüßt, die ihm, wenn es möglich war, den Muth noch mehr

stählen und die Zuversicht auf den Erfolg der gerechten Sache Deutschlands erhöhen mußten.

Wir lassen einstweilen die militärischen Aufstellungen, zu denen Frankreich gute Zeit läßt, sich vollziehen, sehen uns zunächst in Frankreich um, wie sich dort die Einleitungen zum Beginne des Krieges vollziehen, und bemerken nur, daß die wirkliche Eröffnung der Feindseligkeiten, kleinere Vorpostengefechte abgerechnet, noch nicht, wie es im 1866er Kriege geschah, am Tage nach dem, auf den 27. Juli angesetzten Bettage stattfand.

9. Paris. Ansprachen. Zustände. Führer und Truppen.

Der gesammte Senat begab sich am 16. Juli nach St. Cloud, nachdem er vorher die Kriegsvorlagen genehmigt hatte. Derselbe wurde dort vom Kaiser und der Kaiserin, denen der kaiserliche Prinz zur Seite stand, empfangen. Der Senats-Präsident, Herr Rouher, richtete an den Kaiser folgende Ansprache: „Sire! Der Senat dankt dem Kaiser für die Erlaubniß, den Ausdruck der patriotischen Gesinnung, mit welcher er die ihm in der gestrigen Sitzung gemachten Mittheilungen aufgenommen, an die Stufen des Thrones bringen zu dürfen (!). Eine monarchische Combination, welche dem Glanze und der Sicherheit Frankreichs schädlich ist, war vom Könige von Preußen insgeheim begünstigt worden. Allerdings hat auf unsern Einspruch Prinz Leopold seine Annahmeerklärung zurückgenommen; Spanien, diese Nation, die uns kennt und das Freundschaftsgefühl, das wir für sie hegen, erwidert, hat auf die für uns beleidigende Thronbewerbung Verzicht geleistet. Allerdings die unmittelbare Gefahr war beseitigt, aber war nicht unser wohlberechtigter Anspruch noch vollständig vorhanden? Lag es nicht am Tage, daß eine fremde Macht zu Gunsten ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, zum Schaden unserer Ehre und unserer Interessen wieder einmal das Gleichgewicht Europas hatte stören wollen? Hatten wir nicht das Recht, von dieser Macht Bürgschaften zu fordern, daß derartige Versuche nicht wiederholt werden können? Diese Bürgschaften sind verweigert worden: die Würde Frankreichs ist mißachtet. Ew. Maj. zieht das Schwert; das Vaterland ist mit Ihnen, bebend vor Unwillen und Stolz. Die Uebergriffe eines durch einen Tag großen Glücks überreizten Ehrgeizes mußten früher oder später erfolgen. Hastiger Un-

geduld widerstehend, beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in welcher die wahre Kraft liegt, hat der Kaiser zu warten gewußt; aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben. Dank Ihrer Fürsorge steht Frankreich fertig da, Sire, und durch seine Begeisterung beweist es, daß es, wie Sie, entschlossen war, kein vermessenes Unternehmen zu dulden.

„Möge unserer erhabenen Herrscherin wieder die kaiserliche Macht übertragen werden. Die großen Staatskörper werden sie mit ehrfurchtsvoller Zuneigung, mit unbeschränkter Ergebenheit umgeben. Die Nation kennt die Erhabenheit ihres Herzens und die Festigkeit ihrer Seele, sie hat Vertrauen in ihre Weisheit und ihre Thatkraft. Wenn die Stunde der Gefahr gekommen, ist die Stunde des Sieges nahe. (Oder auch nicht!) Bald wird das dankbare Vaterland seinen Kindern die Ehre des Triumphes zuerkennen; bald, wenn Deutschland befreit ist von der Herrschaft, die es unterdrückt, wenn der Friede Europa zurückgegeben ist durch den Ruhm unserer Waffen, wird Ew. Maj., welche vor zwei Monaten für Sich und für Ihre Dynastie durch den Nationalwillen eine neue Macht erhielt, sich von Neuem dem großen Werke der Verbesserungen und Reformen widmen können, die — Frankreich weiß es und der Genius des Kaisers sichert es ihm zu — keine andere Verzögerung erleiden werden, als die Zeit, welche Sie gebrauchen, um zu siegen.“

Der Kaiser antwortete darauf:

„Meine Herren Senatoren! Ich bin glücklich gewesen, zu vernehmen, mit wie lebhafter Begeisterung der Senat die Erklärung aufgenommen hat, welche der Minister des Auswärtigen vor ihm abzugeben beauftragt war. In allen Zeitlagen, wo es sich um die großen Interessen und die Ehre Frankreichs handelt, bin ich gewiß, im Senate thatkräftigen Beistand zu finden. Wir beginnen einen ernsthaften Kampf, Frankreich bedarf der Mitwirkung aller seiner Kinder. Ich bin sehr erfreut, daß der erste patriotische Ruf vom Senate ausgegangen ist; er wird im Lande mächtigen Wiederhall finden.“

Die großsprecherische, dabei unterthänige, schmarotzende Sprache des Senats findet auch in der Legislative Wiederhall, an Groß-

sprecherei leisten namentlich die Journale das Mögliche. Und doch wurde in der Kammer die folgende Erklärung, welche der Minister des Aeußern, Herzog von Gramont, am 20. abgab, mit kühlem Schweigen aufgenommen: „Meine Herren! Die Darlegung, welche Ihnen in der Sitzung vom 15. gegeben worden ist, hat dem gesetzgebenden Körper die gerechten Gründe zum Kriege, welche wir gegen Preußen haben, vorgeführt. Dem Brauche entsprechend, habe ich auf Befehl des Kaisers den französischen Geschäftsträger beauftragt, dem Berliner Cabinet unsern Entschluß, die Garantien, die wir durch Ueberredung nicht erwirken konnten, mit den Waffen zu verfolgen, zu notificiren. Dieser Schritt ist vollzogen worden, und ich habe die Ehre, dem gesetzgebenden Körper zu eröffnen, daß demnach der Kriegsstand zwischen Frankreich und Preußen vom 19. Juli ab herrscht. Diese Erklärung findet auch auf die Alliirten Preußens, welche dieser Macht den Beistand ihrer Waffen gegen uns leihen, ihre Anwendung."

Nachdem diese Körperschaft geschlossen worden war, hielt der Präsident Schneider an den Kaiser eine Rede. „Sire!" sagte er, „der gesetzgebende Körper hat seine Arbeit beendet. Er hat einstimmig alle Subsidien bewilligt und alle Gesetze genehmigt, welche die Vertheidigung des Landes forderte, und hat so einen glänzenden Beweis seines Patriotismus gegeben. Wenn es wahr ist, daß der eigentliche Urheber des Krieges nicht Der ist, der ihn erklärt, sondern Derjenige, der ihn nothwendig gemacht hat, so wird es nur eine Stimme unter den Völkern beider Welten sein, welche die Verantwortlichkeit dafür auf Preußen fallen läßt, das, durch ungehoffte Erfolge berauscht und kühn gemacht durch unsere Geduld und unsern Wunsch, Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, gegen unsere Sicherheit conspiriren und unserer Ehre einen Stoß versetzen zu können geglaubt hat. (Fast jedes Wort ist hierin eine Unwahrheit!) In diesem Falle weiß Frankreich seine Pflicht zu erfüllen.

„Sire! Die heißesten Wünsche werden Ihnen zur Armee folgen, deren Oberbefehl Sie übernehmen, begleitet von Ihrem Sohne, welcher über die Pflicht seines Alters hinaus an Ihrer Seite lernen wird, wie man seinem Lande dient. Hinter Ihnen, hinter Ihrer Armee, welche die Fahne Frankreichs zu tragen gewohnt und stets zum Ersatze bereit ist, steht aufrecht die ganze Nation. Uebergeben

Sie unbesorgt die Regentschaft unserer erhabenen Herrscherin. Zu dem Ansehn, das ihr die bereits von ihr entwickelten großen Eigenschaften sichern, wird die Kaiserin die Stärke hinzufügen, welche heute die von Ew. Maj. so glorreich eingeführten liberalen Staatseinrichtungen verleihen. Sire! Das Herz der Nation ist mit Ihnen und mit unserer tapfern Armee."

Der Kaiser erwiderte: „Meine Herren! Ich empfinde eine hohe Befriedigung am Vorabende meines Abgangs zur Armee, Ihnen für die patriotische Unterstützung, welche Sie meiner Regierung gewährt haben, zu danken. Ein Krieg ist legitim, wenn er mit der Zustimmung des Landes und der Billigung seiner Vertreter geführt wird. Sie haben Recht, an die Worte Montesquieu's zu erinnern: Der wahre Urheber des Krieges ist nicht Der, welcher ihn erklärt, sondern Der, welcher ihn nothwendig macht. Wir haben Alles, was von uns abhing, gethan, um ihn zu vermeiden (!), und ich kann sagen, daß es das ganze Volk ist, welches unter seinem unwiderstehlichen Drange unsere Beschlüsse dictirt hat. Ich vertraue Ihnen bei meiner Abreise die Kaiserin an, welche Sie berufen wird, wenn es die Umstände erheischen sollten. Sie wird mit Muth die Pflicht erfüllen, welche ihre Stellung ihr auferlegt. Ich nehme meinen Sohn mit mir. Er wird inmitten der Armee lernen seinem Lande dienen. Entschlossen, mit Thatkraft die große mir anvertraute Mission zu erfüllen, habe ich den Glauben an den Erfolg unserer Waffen, denn ich weiß, daß Frankreich hinter mir steht und daß Gott Frankreich beschützt."

Wie die officiösen Blätter versicherten, wurden die Worte des Kaisers von den Deputirten mit großer Begeisterung aufgenommen.

Schon am 20. Juli schreibt man aus Paris, daß dort keine Soldaten mehr zu sehen sind, daß auch ein Theil der afrikanischen Truppen in Frankreich angekommen sei, darunter mehrere Tausend Turkos, die man auf Deutschland loslassen wollte. Aber trotz dessen schreitet die Organisation der verschiedenen Corps am Rhein nicht so rasch fort, wie man anfangs geglaubt, obwohl die Transporte am 13. Juli begonnen hatten. Es ging nicht Alles so glatt, wie gehofft worden war. In Nizza hatten die Reserve-Soldaten ausgerufen: „Wir marschiren nicht, es lebe der Friede!" In Paris selbst fanden große Schlägereien zwischen den Freunden des Friedens, namentlich

der Arbeiterbevölkerung und den Kriegsschwärmern, statt, welche von der Polizei durch Beseitigung oder Einsperrung der Friedenstrupps mit Gewalt unterdrückt wurden.

Zu Befehlshabern sind unter dem Oberbefehl des Kaisers Marschall Mac Mahon, General Frossard (Gouverneur des kaiserlichen Prinzen), Marschall Bazaine, General L'Admirault, Failly, Bourbaki (Garde) und Marschall Canrobert für das Reservecorps ernannt. In Paris commandirt Baraguay d'Hilliers, in Lyon Palikao. Die Armee Frankreichs besteht (auf dem Papier wenigstens) aus 400,000 Mann Linie, eben so viel Mann Reserve, und einer halben Million Mobilgarde, die in zwei bis drei Armee-Abtheilungen vorrücken sollen.

Die Haltung der süddeutschen Staaten hatte in Paris sehr überrascht, es war die erste getäuschte Hoffnung; aber bei dem bereits jetzt hervortretenden Lügensystem der officiellen und officiösen Blätter weiß man das dem Publikum mundrecht zu machen. Man sagte ihm, die süddeutschen Regierungen hätten sich seit 1866 niemals einigen können. Baden sei gewissermaßen nur ein preußischer Vorposten in Süddeutschland. Bayern und Württemberg hätten sich deshalb von dieser Seite stets bedroht gesehen; Hessen gehöre halb zum Norddeutschen Bunde und sei durch Mainz gebunden, das wahre Gefühl der Bevölkerungen von Süddeutschland sei Preußen nicht hold, es sei aber zugleich mißtrauisch gegen Frankreich. Die Hauptthätigkeit von französischer Seite müsse daher darauf gerichtet sein, laut zu betheuern und immer zu wiederholen, daß Frankreich weder Haß noch feindselige Stimmung gegen Deutschland hege, und daß der durch die eroberungssüchtige Politik des berliner Cabinets hervorgerufene Krieg in keiner Weise die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gefährden solle.

In Stockholm und Kopenhagen waren von der französischen Regierung Schritte zu einer Allianz geschehen. Dort war sie einfach abgelehnt worden, hier hielt man sich noch reservirt. Mit Schweiz und Holland thut die Regierung sehr freundschaftlich, letzterem flößt man namentlich Mißtrauen mit der Bemerkung ein, daß es Preußen zu annectiren strebe. Die nachbarfreundliche Haltung Spaniens rühmt man, und Italien ist direct das Anerbieten einer Allianz gemacht worden, es wird auch verbreitet, dieselbe sei bereits abgeschlossen und von Italien würden so und so viel Hülfstruppen ankommen.

Oesterreich glaubt man auch gewonnen, ja der Herzog von Gramont soll dem Kaiser glaubhaft gemacht haben, jenes werde eine bedeutende Truppenmacht stellen. Es war das aber kaum glaublich und Gramont muß gegen besseres Wissen und ungeachtet entgegengesetzter Berichte seines Nachfolgers in Wien in dem Kaiser solche Hoffnung genährt haben. Ja sogar die Türken sollten ihre Macht zu Lande und zur See zur Verfügung gestellt haben! Ob der Kaiser das Alles geglaubt hat, ist nicht festzustellen, gewiß ist, daß er bald genug in alledem enttäuscht wurde. Rußlands wußte man sich ungeachtet der Bemühungen Fleury's nicht recht versichert und schwieg davon lieber.

Die Gesandten der deutschen Staaten haben sich inzwischen aus Paris entfernt, und die Deutschen sind auf besondere Anweisung des Präsidenten Grant von der Nordamerikanischen Union unter den Schutz des amerikanischen Gesandten Washburn gestellt. Sie haben sich desselben fast gar nicht oder nur kurze Zeit und unvollkommen erfreuen können, denn bald sollte dieselben, abgesehen davon, daß Herr Washburn ein Franzosenfreund war, ein schreckliches Schicksal ereilen. Noch lauten die Redensarten des Kaisers und der Regierung so, als wären ihre Gesinnungen von dem Standpunkte der Civilisation nur mit Wohlwollen erfüllt. So die Proclamation des Kaisers an das französische Volk: „Es giebt im Leben der Völker feierliche Augenblicke, wo die Ehre der Nation, gewaltsam erregt, sich als eine unwiderstehliche Macht erhebt, wo sie alle anderen Interessen beherrscht und allein unmittelbar die Geschicke des Vaterlandes in die Hand nimmt. Eine dieser entscheidenden Stunden hat für Frankreich geschlagen. Preußen, dem wir während des Krieges 1866 und seit demselben die versöhnlichsten Gesinnungen bezeugt hatten, hat von unserm guten Willen, von unserer Langmuth keine Notiz genommen. Fortstürmend auf dem Wege der Eroberungen hat es zu jedem Mißtrauen Anlaß gegeben, überall übertriebene Rüstungen nothwendig gemacht und Europa in ein Heerlager verwandelt, wo Ungewißheit und Befürchtungen herrschen.

Die glorreiche Fahne, welche wir wieder einmal Denen gegenüber entfalten, die uns herausfordern, ist dieselbe, welche durch ganz Europa die civilisatorischen Ideen unserer großen Revolution trug; sie repräsentirt dieselben Ideen, sie wird dieselben Gefühle der Hingebung einflößen.

Franzosen, ich bin im Begriff, mich an die Spitze dieser tapfern Armee zu stellen, welche durch Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe beseelt ist; sie weiß, was sie werth ist, denn sie hat gesehen, wie in vier Welttheilen sich der Sieg an ihre Schritte heftete. Ich führe meinen Sohn mit mir; ungeachtet seines jugendlichen Alters kennt er die Pflichten, welche sein Name ihm auferlegt; er ist stolz, auch seinerseits theilnehmen zu dürfen an den Gefahren Derjenigen, welche für das Vaterland kämpfen.

Ein letzter Zwischenfall ist noch hinzugekommen, um die Veränderlichkeit nationaler Beziehungen zu enthüllen, den ganzen Ernst der Situation zu zeigen. Gegenüber den neuen Prätensionen Preußens haben sich unsere Reclamationen vernehmen lassen. Man hat ihrer gespottet(?) und ein Verachtung bezeugendes Vorgehen darauf folgen lassen. Unser Land ist darüber von einer tiefen Erregung ergriffen worden, und alsbald hat sich der Ruf nach Krieg von einem Ende Frankreichs bis zum andern vernehmen lassen. Es bleibt uns nur übrig, unsere Geschicke der Entscheidung der Waffen anheim zu geben. Wir führen nicht Krieg gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit wir respectiren. Wir hegen den Wunsch, daß die Völker, aus denen sich die einheitliche germanische Nation zusammensetzt, in freier Weise über ihre Geschicke verfügen. Was uns betrifft, so verlangen wir einen Stand der Dinge, welcher unsere Sicherheit gewährleistet und die Zukunft sichert. Wir wollen einen Frieden auf dauernder Grundlage erringen. Gott segne unsere Bemühungen. Ein großes Volk, welches eine gerechte Sache vertheidigt, ist unbesiegbar. Napoleon."

Dieser Proclamation war eine Circulardepesche Gramont's an die Vertreter Frankreichs im Auslande vom 21. Juli vorausgegangen,*) deren Lügenhaftigkeit durch die geschilderten Thatsachen bewiesen ist, deren Grundlagen und Vergleiche unrichtig sind und deren Unwahrheit in einem Punkt noch besonders durch eine Bekanntmachung des auswärtigen Amts des Norddeutschen Bundes nachgewiesen wird. Es heißt darin, daß der Bundeskanzler und Staatssecretär in der Lage sind, amtlich und persönlich zu erklären, daß zwischen Einem von ihnen und Benedetti, seitdem ihnen von dem an

*) Beilage 5.

den Fürsten von Hohenzollern gerichteten Antrage etwas bekannt geworden, die spanische Candidatur des Prinzen niemals auch nur mit einer Sylbe amtlich oder privatim besprochen worden ist.

Betrachtet man die Antecedentien des Düc de Gramont, so wird man sich über sein Verfahren weniger wundern. Er sowohl wie sein Vater sind Beispiele der Leichtigkeit, womit man in Frankreich die anscheinend dauerhaftesten Bande zerreißt, eine Leichtigkeit, die eben Alles ermöglicht, die Jedem bereitwillig dient, der gerade diese Dinge würdigen kann. Obwohl durch die Gefühle der Dankbarkeit und Ehre an das alte königliche Haus gefesselt, wendete er ihm den Rücken, der Juli-Dynastie zu, und schloß sich dem Louis Bonaparte an. Da mochte er es wohl verdient haben, daß ihn von Jenen Niemand mehr kennen wollte. Als Düc de Guiche noch arm, aber an Luxus gewöhnt, verheirathete er sich mit einer reichen Engländerin, trat in den diplomatischen Dienst des Kaiserreichs an deutschen Höfen, endlich, Düc de Gramont geworden, in Rom. Hier hat er die Rolle gespielt, zu der ihn der Kaiser brauchen konnte, wozu sich aber nicht Jeder hergiebt, da er alle die Wechselungen der französischen Politik vor dem päpstlichen Cabinet zu vertreten wußte. Zur Belohnung für seine Dienste kam er dann nach Wien. Von hier endlich nach Paris, um zuerst den Frieden für gesicherter denn je zu erklären und vierzehn Tage nachher die Kriegserklärung abzugeben. Uebrigens wollte man in Paris bestimmt wissen, er sei zur Zeit der Entsagung des Erbprinzen Leopold an der Börse stark à la baisse engagirt gewesen; die Beilegung der Sache würde ihn daher finanziell ruinirt haben!

Was die französischen Heerführer betrifft, so bringt der „Français" zwar recht interessante biographische Notizen, aber er läßt gerade Dasjenige dabei fort, was sie besser kennzeichnet. Er erzählt alles Mögliche von Bazaine's Carrière vom Gemeinen bis zum Marschall, über seine Thätigkeit im orientalischen, im italienischen Feldzuge, den mexikanischen setzt er nur als bekannt voraus; aber gerade dieser zeigt den wahren Charakter des Mannes. Außerdem, daß Herr Bazaine Diejenigen, welche ihn höflich an die Bezahlung seiner Spielschulden erinnerten, die er überhaupt nicht bezahlte, als politisch Verdächtige mit der Verhaftung durch Armeegensdarmen bedrohte, hat er noch Schlimmeres ausgeführt. So hat er, nach

der Erzählung eines schweizer Kaufmannes, beim Abmarsch der Franzosen aus Mexiko, wo zuletzt Alle noch so recht darauflos stahlen, um sich die Taschen zu füllen, Gewehre und Munition an die liberale Partei unter dem Präsidenten Juarez, also dem Todfeinde des Kaisers Maximilian, zu dessen Hülfe die Franzosen nach Mexiko gekommen waren, verkauft; ja der Berichterstatter wollte auch wissen, daß mehrere französische Generale heimlich für schweres Geld stets der mexikanischen feindlichen Partei die Stellungen des Kaisers Max und seiner deutschen Hülfstruppen verrathen hätten.

Die übrigen Führer des französischen Heeres haben ihre Schule mit den Truppen in Afrika durchgemacht. De Failly war der Held, welcher bei Mentana die Chassepots auf die fliehenden Garibaldiner im October 1867 probiren ließ. Canrobert ist bei den Parisern in besonderm Andenken, da er sich beim Staatsstreiche Napoleon's durch die Unterdrückung der Erhebung auszeichnete, d. h. das Volk niederkartätschte. Ob er dafür oder für andere Heldenthaten das Großkreuz der Ehrenlegion erhielt, ist uns nicht bekannt. Gegen solche Generale und gegen deren zum Theil wilde kabylische Horden sollten die Deutschen sich wehren und kämpfen, nur solche standen dem Hochmuth der auf der Höhe der Civilisation stehen wollenden Nation und Regierung zu Gebote.

So sehr es nach der Kriegserklärung und schon vorher den Anschein hatte, als sei Frankreich mit seinen Rüstungen bereits fertig, und man fürchtete, es werde das linke Rheinufer besetzen, noch ehe die deutschen Truppen vollständig dahin gelangen könnten, so war es dennoch nicht bereit, den Vormarsch zu beginnen, es hätte denn mit einigen Corps geschehen müssen; und das wagte man doch nicht. Es geht ein Tag nach dem andern hin, in Paris ist bereits eine bedeutende Abkühlung der Volksmassen wahrzunehmen, man ist dort über den Stillstand der Operationen oder vielmehr über das Ausbleiben der Nachrichten über solche mißgelaunt. Ueber gewisse Schichten der Bevölkerung war die Begeisterung für den Krieg überhaupt nicht hinausgegangen. Den Soldaten wird aller Orten viel Wein gereicht, und für die Begeisterung sorgen die Präfecten.

Man unterhält sich bereits über die besonderen Gründe für die Kriegserklärung, und es giebt nicht Wenige, welche dieselbe einmal in 64,000 Nons der französischen Armee, oder in der Zusage der

Kaiserin Eugenie an die Exkönigin Isabella, niemand Anders als ihren Sohn auf den spanischen Thron gelangen zu lassen, oder endlich in einer Schuld des Kaisers im Betrage von fast 100 Millionen Franks an den Staatsschatz finden wollen, die im Kriegswirrwarr gelöst werden soll. Außerdem scheint der Krieg für den letzten Rettungsanker der Erhaltung der Napoleonischen Dynastie gehalten worden zu sein.

Wenn nun auch die vielen kleinen und großen Festungen an den Grenzen in Lothringen und im Elsaß vollständig armirt waren, die Festungsbauten von Metz, welche seit 1867 begonnen und diesen Platz zum größten Depot und verschanzten Lager machen sollten, eben beendet waren, so war die Reorganisation der französischen Armee, wie sie der freisinnige General Trochü in einer Schrift auseinander gesetzt hatte, noch nicht vollendet. Man glaubte dieser Vollendung entbehren zu können. Derselbe hatte freimüthig sein militärisches Glaubensbekenntniß abgelegt, womit er auch zugleich nicht nur der Armee, sondern auch der ganzen Nation ihre Schwächen und Unvollkommenheiten vorhielt und vor stolzer Sicherheit und Ueberhebung warnte. Auf diese Veranlassung entstand das Gesetz vom 1. Februar 1868, nach welchem die Einführung der fünfjährigen, statt der siebenjährigen activen Dienstzeit, die Einrichtung der Mobilgarde (eine Art Landwehr) stattfand. Demnach würde erst in vier bis fünf Jahren die vollständige Organisation beendet gewesen sein. Nimmt man selbst an, daß Frankreich die nach derselben angesetzte Zahl der Feldarmee einschließlich der Besatzungs- und Marinetruppen von 750 bis 800 Tausend stellen konnte, es ist dies aber nicht der Fall gewesen, so muß man dem entgegenhalten, was Deutschland leisten kann. Nach dem Leitfaden des Generals Graf Waldersee heißt es: „Die Kriegsstärke eines mobilen Armeecorps (ohne Lanwehr) beträgt ungefähr 35,000 Mann mit 96 Feldgeschützen, das Gardecorps etwa 37,000 Mann, das 11. Corps mit der 25. (hessischen) Division circa 45,000 Mann, das 12. Armeecorps circa 36,000 Mann. Die gesammte Feldarmee, d. h. alle 13 Armeecorps ohne Landwehr (zu denen später noch mehrere Reservecorps traten), ist daher auf Kriegsstärke circa 468,000 Mann mit 1248 Feldgeschützen stark. Die Landwehr kann in der Stärke von circa 230,000 Mann aufgeboten und zur Verstärkung der Armee

verwendet werden. Die im Kriege formirten Ersatztruppen sind circa 130,000 Mann stark. Mithin würde die Gesammtstärke der preußisch-norddeutschen Armee ungefähr 848,000 Mann betragen. Hierzu kommen die süddeutschen Truppen, welche einschließlich Besatzungs- und Reservemannschaften in Bayern 117,435, von Württemberg 54,680 und von Baden 30,290 Mann ergeben.

Was die Flotte Frankreichs betrifft, so hatte dieses zwar sehr viele Schiffe, aber der größte Theil davon ist alt und unbrauchbar für einen Krieg der Neuzeit, die übrigen, Panzerschiffe, kommen gar nicht in Betracht oder nur wenig, da sie keine Landungsmannschaften mit sich führten und wegen Untiefen, flacher Ufer, Strandbatterien, Torpedos und wegen Fehlens der Wasserzeichen und Leuchtfeuer nichts ausrichten konnten. Ihre Thätigkeit beschränkte sich daher auf Wegnahme einiger Handelsschiffe auf offener See und die Blokade der deutschen Häfen in Ost- und Nordsee, so daß Deutschland, resp. Preußen, recht bald einen großen Theil der Küstenbewachung zur operirenden Armee nachziehen konnte.

Zur Offensive konnte also Frankreich nirgends übergehen, und obwohl man in Paris die Defensive noch nicht erwartete, so mußte man sie doch befürchten. Zudem konnte man dort wohl wissen, daß Preußen im Besitze der bis auf die neueste Zeit berichtigten Modelle des größten Theiles der Grenzfestungen sei, ein Andenken aus den Siegestagen von 1815, an denen sie von Preußen in Paris in Besitz genommen und nach Berlin geführt wurden. Da ist das Modell von Mezières, Bitsch, Avesnes, Dietenhofen, Longwy, Maubeuge, Givet und Charlemont, Cambray, Valenciennes, Straßburg, Lille u. a.

Bis Ende des Juli finden an der Grenze nichts weiter als Vorpostengefechte um Saarbrücken statt, welche die tapferen Füsiliere des 40. Regiments und die Ulanen zu bestehen haben.

10. Stimmung in England und in den übrigen europäischen Staaten.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 21. Juli hatte Horsman eine Interpellation wegen der Unterhandlungen gestellt, die der Entsagung des Prinzen Leopold zuvorgegangen sind. Er leitete seine Anfrage mit Betrachtungen ein, die mit einigem Miß-

vergnügen aufgenommen wurden. Er bedauerte, daß die englische Regierung auf die Entsagung des Prinzen gedrungen habe. Spanien würde, wenn diese Candidatur nicht zurückgezogen worden wäre, in vollem Rechte geblieben sein, ihn zu wählen, und damit nothwendig ein Bundesgenosse der Macht, welche deswegen von Frankreich angegriffen wurde. Man habe, indem man die Candidatur des Prinzen zurückgenommen, Spanien aus dem Streite gezogen und Preußen allein gelassen, um den Streit auszufechten. Spanien könne jetzt nur neutral sein, und möglicherweise werde seine Regierung jetzt zu Frankreich in ein intimeres Verhältniß treten, wie je zuvor. So habe England durch sein Andringen auf Zurückziehung der Candidatur Deutschland in entschiedenen Nachtheil gebracht. Herr Horsman fragte an, ob es wahr sei, daß sich die russische Regierung dahin geäußert habe, Frankreich sei durch seine Kriegserklärung abgewichen von der allgemeinen Uebereinkunft, an welche es durch Ehre und Gewissen gebunden sei. Gladstone verwies in Bezug auf die ersten Bemerkungen auf die eben vorgelegten Actenstücke und antwortete auf die Frage, daß Rußland sowohl, wie Oesterreich, die besten Anstrengungen gemacht hätten, um den Frieden zu bewahren; im Falle aber, daß Rußland eine Neigung habe, von der Neutralität abzuweichen, und wäre der Regierung etwas darüber bekannt, so würde es doch nicht geeignet sein, davon Mittheilung zu machen! Es zeigt sich hier und in vielen anderen Fällen, daß die Bevölkerung Englands der deutschen Sache, also der Sache der Gerechtigkeit, viel mehr zugethan und geneigt ist, als das Ministerium. Obwohl selbst die Arbeiter in London mit dem Gedanken umgingen, eine große Kundgebung in Scene zu setzen, um ihren Sympathien für das zum Vertheidigungskampf gezwungene Deutschland Ausdruck zu verleihen, und fast sämmtliche Zeitungen auf das Entschiedenste Partei für Preußen nahmen und das herausfordernde Benehmen der französischen Regierung verdammten, konnte sich die englische Regierung nicht zu gleicher Höhe des Urtheils erheben, sie war Frankreich freundlicher gesinnt. Die Minister Granville und Gladstone entwickeln sogar recht sonderbare Ansichten über Kriegscontrebande und Ausfuhrverbote.

Wir können uns nicht enthalten, diesem Benehmen gegenüber ein paar Bruchstücke aus einer Predigt mitzutheilen, welche am 17. Juli

in der St. James-Kapelle zu London der Kaplan der Königin von England, Rev. Stopford Brocks, über die französische Kriegserklärung hielt und die dann im Drucke erschienen ist. „Ein großes Verbrechen ist begangen worden,“ beginnt der Redner, „gegen die Menschheit und also gegen Gott. Wieder soll der Mensch seinem Mitmenschen als Feind entgegentreten; und zu welchem Zwecke? Um die Stellung eines einzelnen Mannes zu sichern und der leidenschaftlichen Eitelkeit einer einzelnen Nation Befriedigung zu verschaffen... Die Welt kennt keinen zweiten so großen Verbrecher, wie einen Herrscher, der die langsamen und mühevollen Errungenschaften des Friedens in anderen Nationen durch sein eigenes Volk in einem Tage wieder zerstört, zu keinem andern Zweck, als seinen elenden Thron zu erhalten und die Gedanken seiner Unterthanen von den Forderungen der nationalen Freiheit abzulenken.

Es ist grausam, daß wir in der Mitte von Europa gezwungen sein sollten, in Gesellschaft einer Nation zu leben, die in Folge langer Unterdrückung und Hemmung ihrer edleren Kräfte das Schwert des Damokles für unsern Welttheil geworden ist, einer Nation, so eitel und reizbar, daß sie zum willenlosen Werkzeuge tief berechnender Menschen wird, — so eifersüchtig auf ihre falsche Ehre, daß sie in jedem Augenblicke zum Wahnsinne getrieben werden kann, — so aufregbar, daß sie ein Kind mit der Kraft eines Mannes darstellt, — und dabei doch von so brennendem Gefühle für das Recht, daß keine andere so viel für die Menschheit leisten könnte, wenn sie richtig gelenkt wäre, — so reich an schöpferischen Gedanken, daß sie fähig wäre, die Gestalt der Erde umzuwandeln, wenn ihrem Enthusiasmus durch einige Jahre wahrer Freiheit ein gesunder Inhalt gegeben werden könnte, — so von der Natur für die Künste des Friedens geschickt, daß sie im Stande wäre, die Gesammtheit der trägeren Völker mit der Liebe zum Schönen zu durchdringen, ohne deshalb das Nützliche zu vergessen. Das ist die Nation, welche, kaum für einen Augenblick zu einem edleren Leben geweckt, nun zurückgeworfen wird in die Verübung einer Unthat, deren schlechteste Leidenschaften in Anspruch genommen, deren Thorheiten geweckt, deren Kräfte auf Mord und falschen Ruhm gerichtet und deren Nationalgefühl mit Haß und Neid gegen ein Brudervolk vergiftet wird...

Es ist fast keine edle Eigenschaft, keine von denen, auf welchen

die wahre Ehre einer Nation beruht, die durch einen so ruchlos begonnenen, der Welt mit so flegelhafter Insolenz aufgedrängten Krieg nicht zerstört werden müßte. Dieser Krieg wird Frankreich mehr auf sich zurückwerfen, es mehr isoliren, weniger menschheitlich und mehr französisch machen. Nachdem die erste Aufregung vorbei ist, wird er die Nation in ihren eigenen Augen degradiren und wird dieselbe in ihrer eigenen Schande nur um so hülfloser zu den Füßen ihres Unterdrückers hinstrecken. Denn was anders als Schande wird Frankreich fühlen können, wenn es sich decimiren läßt für die Sicherheit eines Verbrechers?...

Für uns selbst aber ist es ein Wendepunkt, daß wir uns einem solchen Verbrecher gegenüber gestellt sehen. Es hätte bei uns bewirken sollen, daß diplomatische Klugheit dem beleidigten sittlichen Gefühle Platz gemacht. Diejenigen, welche das englische Volk vertreten, hätten ihren gerechten Unwillen, nicht aber ihre Furcht ausdrücken, hätten nüchtern, aber mit Ernst für die Sache des Rechtes, die Sache der beleidigten Menschheit eintreten und im Namen des Gewissens der englischen Nation sprechen sollen. Und wir hoffen, daß dies noch geschehen werde. Denn wir halten es nicht für möglich, daß der Sinn für Recht und Wahrheit und der Glaube an einen Gott der Gerechtigkeit in England ausgestorben sei, daß wir keine Stimme mehr haben, unsere Verdammung des Unrechts auszusprechen und unsern Einfluß gegen den Uebelthäter geltend zu machen."—

Wie wird sich dieser rechtschaffene, ehrenwerthe Mann gewundert haben, daß diese seine Ansicht nicht bestätigt wurde, daß er sich in den Leitern der englischen Regierung so arg getäuscht habe, die noch durch mancherlei Unterstützung dem Friedensstörer zu Hülfe kamen. Es schien, als wenn sie sich nicht durch die öffentliche Meinung bestimmen ließen und auf ihrem Wege fortschreiten wollten.

Da bringt die Times am 25. Juli den Wortlaut eines Offensiv- und Defensiv-Tractats, welchen Frankreich während des luxemburger Streites Preußen habe antragen lassen. Dieses habe zwei Mal ein solches Allianzanerbieten abgelehnt. Es war das ein von Benedetti in Berlin vorgelegter und von Preußen nicht angenommener Vertragsentwurf, der auf die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens abzielte. Diesen Plan hat Frankreich mehrfach proponirt, zuletzt noch,

wie bestimmt versichert wird, im Frühjahr 1869, während des belgisch-französischen Eisenbahnstreites. Das Actenstück lautet in der Uebersetzung:

„Se. Maj. der König von Preußen und Se. Maj. der Kaiser der Franzosen, indem sie als nützlich erachten, die Bande der Freundschaft enger zu knüpfen, die sie verbinden, und die Bezüge der guten Nachbarschaft zu befestigen, die glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehen, andererseits überzeugt, daß, um dies Resultat zu erzielen, das im Uebrigen geeignet ist, die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens zu sichern, es wichtig für sie ist, sich über die Fragen zu verständigen, die ihre künftigen Beziehungen interessiren, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen, und in Folge dessen zu ihren Bevollmächtigten ernannt: ... welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Se. Maj. der Kaiser der Franzosen giebt zu und anerkennt die Erwerbungen, welche Preußen gemacht hat in Folge des letzten Krieges, den es gegen Oesterreich und gegen dessen Verbündete geführt hat (sowie die Arrangements, die getroffen sind oder noch zu treffen sind für die Gründung einer Conföderation in Norddeutschland), indem er sich zu gleicher Zeit verpflichtet, der Erhaltung dieses Werkes seine Unterstützung zu leihen.

Art. II. Se. Maj. der König von Preußen verspricht Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern; zu diesem Zweck wird Se. Maj. in Unterhandlungen mit Sr. Maj. dem Könige der Niederlande treten, um ihn zu bestimmen, dem Kaiser der Franzosen die Abtretung seiner Souveränetätsrechte auf dies Herzogthum zu gewähren, unter Zahlung einer Entschädigung, welche für vollkommen hinreichend erachtet werden wird.

Um diese Transaction zu erleichtern, verpflichtet sich der Kaiser der Franzosen von seiner Seite accessorisch die pecuniären Kosten zu übernehmen, welche sie veranlassen könnte. (Dieser Satz sollte zuerst lauten: Der Kaiser der Franzosen seinerseits verpflichtet sich, die Geldkosten auf sich zu nehmen, welche diese Uebertragung mit sich bringen könnte. Der Satz wurde dann von Benedetti durchgestrichen und durch den vorstehenden am Rande ersetzt.)

Art. III. Se. Maj. der Kaiser der Franzosen wird sich nicht widersetzen einer föderalen Union des Nordbundes mit den Staaten

Süddeutschlands, mit Ausnahme Oesterreichs, welche Union wird gegründet sein können auf einem gemeinsamen Parlament, mit Berücksichtigung, in einem gerechten Maße, der Souveränetät der genannten Staaten.

Art. IV. Se. Maj. der König seinerseits, in dem Fall, wo Se. Maj. der Kaiser der Franzosen durch die Umstände veranlaßt werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen, oder es zu erobern, wird den Beistand seiner Waffen Frankreich gewähren, und er wird es mit seiner ganzen Land- und Seemacht unterstützen gegen jede Macht, die in dieser Eventualität ihm den Krieg erklären würde.

Art. V. Um die völlige Ausführung der voranstehenden Bestimmungen zu sichern, schließen J. J. M. M. der König von Preußen und der Kaiser der Franzosen durch den gegenwärtigen Vertrag eine offensive und defensive Allianz, welche sie sich feierlich verpflichten aufrecht zu erhalten; J. J. M. M. verpflichten sich außerdem und namentlich für den Fall sie zu beobachten, wo ihre respectiven Staaten, deren Integrität sie sich gegenseitig garantiren, von einem Angriffe bedroht wären, indem sie sich in solchem Vorkommniß gebunden halten, unverzüglich diejenigen militärischen Maßregeln zu treffen und unter keinem Vorwand abzulehnen, die durch ihr gemeinsames Interesse geboten wären, gemäß den oben ausgedrückten Clauseln und vorhergesehenen Fällen.“

Das Schriftstück ist ohne Datum und es sieht so aus, als wenn es am Vorabende der luxemburger Krisis redigirt wäre; es ist aber wiederholt in Rede gekommen und von Preußen abgelehnt worden.

Diese Enthüllungen der Times zünden und rufen einen Sturm der Entrüstung wach, dem sofort fast alle Blätter, ausgenommen die französisch gesinnte Morningpost, Ausdruck geben. Im Ministerium ist der Entwurf unbekannt, wie die Minister auf die sofort eingebrachten Interpellationen erklären. Im Oberhause antwortet dem Lord Stratford der Earl Granville, ihm sei die Quelle unbekannt, die Regierung sei jedoch überzeugt, daß Frankreich und Preußen sofort unaufgefordert Erklärungen veröffentlichen würden. Auf die Interpellation Disraeli's im Unterhause erwidert Gladstone, er könne jetzt keine Information ertheilen über die Quelle der Times und über die Zeit des Entwurfs jenes Tractats, dessen Inhalt erstaunlich bis zum

Unglaublichen sei. Die Regierung reservire vorerst jedwede Meinung, sei jedoch überzeugt, daß die betreffenden Mächte über eine derartige hochwichtige Enthüllung umfassende Erklärungen freiwillig abgeben würden. Bis dahin müßten das Parlament und die Regierung ihre Meinungsäußerungen reserviren.

Man meinte nun, der Eindruck, den diese Enthüllung machte, werde einen großen Einfluß auf die Mächte, namentlich auf die Haltung Englands und Oesterreichs zu machen nicht verfehlen. Nicht als ob Preußen von ihnen eine Hülfe irgend welcher Art hoffte, sondern nur eine stricte Innehaltung der Neutralität erwartete es, womit, wie sich bald zeigen wird, es England nicht gewissenhaft zu nehmen schien.

Die Stimmung, welche sich beim Publikum in England zeigte, ist auch in den übrigen Staaten wahrzunehmen, wenn man nicht die als übel geschilderte Dänemarks, eines Theils von Belgien und die nicht offene Stellung des österreichischen Kanzlers und des ungarischen Minister-Präsidenten ausnehmen will. Das österreichische Rundschreiben über die zu beobachtende Neutralität, die erste veröffentlichte Meinungsäußerung Oesterreichs, hatte nämlich wörtlich gelautet: „Sobald die Frage der spanischen Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern eine für die Ruhe Europas bedrohliche Gestalt annahm, ist die Erhaltung des Friedens der alleinige Gegenstand unserer Bemühungen gewesen. Wir konnten nicht daran denken, uns zu Schiedsrichtern des so unerwartet entstandenen Streites aufzuwerfen, und es kam uns nicht zu, ein Urtheil über den Werth der von der einen oder der andern Seite aufgestellten Gründe abzugeben. Wir mußten uns darauf beschränken, von der Aufrechthaltung einer Candidatur abzumahnen, gegen die so ernste Einwendungen erhoben wurden. Die Mehrzahl der Cabinette befolgte ohne vorherige Verständigung untereinander ein analoges Verfahren und die k. u. k. Regierung hat sich den Anstrengungen angeschlossen, die von verschiedenen Seiten gemacht wurden, um eine Besänftigung herbeizuführen. Von dieser Sorge, der wir uns mit lebhaftem Eifer hingaben, in Anspruch genommen, und in der Hoffnung, daß die Spannung nachlassen würde, haben wir bis jetzt gezögert, uns über die Haltung zu erklären, die wir anzunehmen hätten, wenn der Krieg zwischen zwei Mächten unvermeidlich würde, die in einen so beklagenswerthen Zwist verwickelt sind.

Heute müssen wir jedoch zu unserm großen Bedauern ersehen, daß unsere Bemühungen und die der übrigen Mächte keine Aussicht auf Erfolg mehr haben. Weit entfernt, sich zu beruhigen, hat der Streit sich in einer Weise vergiftet, daß die entfesselten Leidenschaften die Möglichkeit einer wirksamen Vermittelung nicht mehr zulassen. Die Kriegserklärung Frankreichs ist in Berlin übergeben worden, und angesichts einer so entscheidenden Thatsache will ich nicht länger zögern, Sie über die Pflichten zu unterrichten, welche die Sorge, die Interessen und die Würde des österreichisch-ungarischen Reiches zu überwachen, der k. und k. Regierung auflegt.

Wenn es uns nicht gelungen ist, Europa und uns selbst die schweren Erschütterungen zu ersparen, welche die unvermeidliche Rückwirkung des Zusammenstoßes zweier mächtigen Nationen sind, so wünschen wir mindestens die Heftigkeit derselben zu mäßigen. Um dieses Resultat zu erreichen, muß die k. und k. Regierung bei den gegenwärtigen Conjuncturen eine passive Haltung und die dadurch vorgezeichnete Neutralität bewahren. Diese Haltung schließt gewiß die Pflicht nicht aus, über die Sicherheit der Monarchie zu wachen und ihre Interessen zu beschützen, indem man sich in die Lage versetzt, sie vor jeder möglichen Gefahr zu bewahren.

Wir sehen Länder, deren Position durch internationale Stipulationen garantirt ist, und die dennoch beträchtliche Opfer nicht scheuen, um im Stande zu sein, sich allen Ereignissen gewachsen zu zeigen und sich selbst zu beschützen. Solche Beispiele dürfen nicht unbeachtet bleiben; sie beweisen, wie allgemein die Ueberzeugung ist, daß es nicht hinreicht, neutral bleiben zu wollen, sondern daß man sich auf die Nothwendigkeit gefaßt halten muß, seiner Unabhängigkeit Achtung zu verschaffen. Gewiß, in so kritischen Augenblicken, als diejenigen, worin wir uns jetzt befinden, kann die Schwäche eben so wohl als die Leidenschaft eine Ursache der Gefahr für die Länder, wie für die Regierungen werden. Es sind das beides Klippen, die eine Nation zu vermeiden suchen muß, um nicht aus der Bahn geworfen zu werden, welche ihr durch ihre eigenen Interessen vorgezeichnet ist. Das österreichisch-ungarische Reich muß jeder Pression, wie jedem unüberlegten Gefühle widerstehen, wenn es Herr seiner Geschicke bleiben und nicht der Spielball der Ereignisse werden will. Der eifrigste Wunsch der k. und k. Regierung ist es, die Monarchie vor den Wech-

selfällen zu bewahren, denen ein großer Theil Europas sich ausgesetzt sehen dürfte. Wir werden nicht aufhören, die Augen auf diesen Zweck gerichtet zu halten, und alle Maßregeln, die wir ergreifen, werden uns allein durch den Wunsch dictirt, zugleich die Ruhe und die Interessen der Völker Europas sicher zu stellen."

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Wir werden rüsten.

Während sich die Kundgebungen für die unbedingte Neutralität mehren, der Gemeinderath von Wien, wie auch die Gemeinde-Vertretung von Brünn sich in einer für Deutschland sympathischen Weise aussprechen, sieht man in dem Actenstücke der österreichischen Regierung nicht in einem Worte ein Zeichen der Sympathie für die Sache Deutschlands. Darf es Wunder nehmen, daß es da Zeitungen giebt, die den Moment sofort benutzen, um gegen Preußen loszuziehen! Dieselben bringen dann sogar falsche, erlogene Siegesnachrichten über französische Erfolge und benutzen die Gelegenheit, diese Neuigkeiten auch an der Börse auszubeuten. Selbst das Organ des ungarischen Minister-Präsidenten zeigt sich wenig freundlich gegen Preußen, obwohl die übrige ungarische Presse und Stimmung nicht damit übereinstimmt. Die Wehrzeitung (Kamerad) leistet das Mögliche an Feindseligkeit gegen Preußen-Deutschland; ihr ist Preußen, nicht Frankreich der Erbfeind. Einige Sätze daraus werden genügen: „Wir haben die Bekämpfung unseres Erbfeindes befürwortet, dem nicht ein plötzlicher und vereinzelter Act der Feindseligkeit gegen uns zur Last fällt, sondern dessen ganzes System auf unsern Untergang gerichtet und dessen ganze Größe unserer Erniedrigung entsprossen ist... Wir stehen gegen Preußen, weil uns der Sieg der Hohenzollern die erzwungene Einigung Deutschlands und die Verstärkung des eisernen Druckes einer nichtswürdigen Regierung bedeutet, weil die Zusammenfassung alles deutschen Gebiets unter seiner Hand den Kern unserer Provinzen in die Lage der Elbherzogthümer versetzt und deren Abfall vorbereitet... Wir stehen gegen Preußen, von dessen Schonung wir Nichts zu hoffen, von dessen wildem Ehrgeize wir Alles zu fürchten haben, aus allen Gründen, die uns durch Natur und Vernunft geboten sind. Trefft auch Ihr Eure Wahl, Ihr Oesterreicher! Laut und vernehmlich sprecht es aus, daß Ihr nichts mit Jenen gemein haben wollt, daß in Euch noch das Gefühl für Würde und Mannheit, für Land und Volk lebendig ist u. s. w."

In Ungarn hat man großen Anstoß genommen an diesen und ähnlichen Ausschreitungen, und das ungarische Ministerium sieht sich deshalb veranlaßt, in der Pesther Correspondenz folgendes Communiqué zu veröffentlichen: „In einzelnen hiesigen Blättern hat sich eine theils verhüllte, theils offenbare Kriegslust gegen Preußen gezeigt, die sowohl in Wien als auch in Deutschland als bedrohliches Zeichen der in ganz Ungarn herrschenden Stimmung angesehen wurde. Da man zu wissen glaubt, daß das chauvinistischeste dieser Blätter mit der Regierung in näheren Beziehungen stehe, so lag insbesondere die Vermuthung nahe, daß die ungarische Regierung zum Trotz aller officiell abgegebenen Versicherungen ihrer friedlichen und stricte neutralen Gesinnung den Krieg gegen Preußen beabsichtige. Dies ist nun durchaus unrichtig. Vor Allem sind jene Blätter, die sich so kriegerisch geberden, kriegerisch auf eigene Faust, die Regierung hat, das wissen wir aus bester Quelle, keines derselben beeinflußt. Daß Graf Andrassy nicht anders handelt, als er hier und in Wien gesprochen, das glauben wir nach der bekannten Offenheit und Aufrichtigkeit unseres Minister-Präsidenten nicht erst bekräftigen zu müssen. Die Regierung weiß, daß Ungarn im Kriege nichts zu gewinnen, sehr viel zu verlieren hat, und daß unser Land, nur wenn es sich streng neutral hält, seine ergiebige diesjährige Ernte verwerthen kann. Wenn trotzdem selbst in den gemäßigten, ja in entschieden preußenfreundlichen Kreisen die Möglichkeit eines Eingreifens unserer Monarchie in die Action gegen Preußen ernstlich ventilirt wird, so hat dies einzig und allein seinen Grund in der Besorgniß vor einer preußisch-russischen Allianz. In dem Momente, in welchem Rußland in den Krieg eintritt, wird es auch uns auf dem Kriegsschauplatze finden, und der Alliirte Rußlands — wer er auch immer sei — wird unser Feind sein. Wir haben dies wiederholt schon vor Jahresfrist ausgesprochen und müssen es jetzt nochmals betonen. Ungarn (Oesterreich nicht minder) hat nur Einen natürlichen Gegner in Europa, und das ist Rußland, wir werden diesen bekämpfen, wo und mit wem wir ihn finden, und wer unser Bundesgenosse gegen Rußland sein will, der ist uns willkommen!"

Die letzten Bemerkungen beziehen sich auf die Neutralitätserklärung Rußlands. Das Amtsblatt schrieb nämlich: „Die kaiserliche Regierung hat die möglichsten Anstrengungen gemacht, dem Aus-

bruch des Krieges vorzubeugen. Leider hat die Schnelligkeit der gefaßten Entschlüsse die Bestrebungen für die Erhaltung des Friedens vereitelt. Der Kaiser ist entschlossen, beiden Kriegsmächten gegenüber die Neutralität zu beobachten, so lange die Interessen Rußlands durch die Eventualitäten des Krieges unberührt bleiben. Die russische Regierung sichert ihre Unterstützung jedem Streben zu, die Grenze der Kriegs-Operationen einzuschränken und die Dauer des Kriegs zu verkürzen."

Die Klausel, so lange die russischen Interessen nicht berührt werden, wurde in Oesterreich mit großem Mißtrauen aufgenommen, das sich in jener officiösen Mittheilung Luft machte. Andererseits mußte sich Oesterreich selbst sagen, daß die Bemerkung ein Eintreten Rußlands in die Action sicher erwarten ließ, sobald Oesterreich eine falsche Rolle gegen Deutschland zu Gunsten Frankreichs aufnehmen sollte. Allgemein faßte man sie in Petersburg in Militär- und maßgebenden Kreisen vollständig so auf. Die russisch-deutsche Presse erkannte großentheils an, wo Recht und Wahrheit im gegenwärtigen Conflict zu finden sind. So vergleicht die St. Petersburger Zeitung die von der französischen und von der preußischen Regierung den Volksvertretern vorgelegten Documente, welche den begonnenen Krieg motiviren sollten. Das Blatt nimmt an, daß eine vollkommen objective Auffassung augenblicklich von keinem der beiden zunächst Betheiligten zu erwarten sei, räumt aber ein, daß die preußischen Documente bei aller unvermeidlichen Einseitigkeit Verdienste haben, die man auf französischer Seite vergeblich suche, sie trügen den Charakter der Wahrheitsliebe an sich und seien in einem ruhigen, maßvollen Tone gehalten, weit entfernt von jener Prahlerei, welche die französischen Reden, Depeschen und officiösen Artikel kennzeichnen. Das Katkoff'sche Organ (Moskauer Zeitung) verlangt dringend, die russische Regierung solle die günstige Gelegenheit des französisch-deutschen Krieges zu einer selbstständigen kriegerischen Action benutzen, um die auf dem schwarzen Meere seit 1856 eingebüßte Herrschaft wieder zu gewinnen und ihren Einfluß auf die slavischen Stämme Oesterreichs und der Türkei zu verstärken, also eine Kriegserklärung an die Türkei richten. Auf England wird man keine Rücksicht nehmen, denn man ist der Meinung, daß für dieses die Sympathien in Rußland immer mehr schwinden, die ohnehin niemals sehr groß

und seit dem Krimkriege nicht gewachsen waren, jemehr das Cabinet sich dem Imperator an der Seine zuneigt und Preußen, seinem natürlichen Verbündeten, seine Krämerpolitik zeigt. Wer weiß, ob nicht noch Veranlassung gegeben wird, von Petersburg aus Enthüllungen und Anerbietungen von Seiten Frankreichs in Betreff Ostindiens zu veröffentlichen, welche die Nerven Englands noch etwas mächtiger aufrütteln würden, als es die Enthüllungen aus Berlin bisher gethan haben.

Mehr als in Rußland, wo es eben nur größtentheils der deutsche Theil der Bevölkerung ist, hat sich in neuerer Zeit in Italien die Stimmung des Volkes für Deutschland interessirt gezeigt, und die italienische Regierung, welche bereits in schiefer Stellung gegen das Volk stand, gerieth in eine noch größere Verlegenheit. Durch Verträge mit Frankreich verbunden und gebunden, wurde ihm von dort beim Beginne des Krieges directe Betheiligung gegen Deutschland zugemuthet, obwohl eine solche höchst unpopulär gewesen wäre. Als daher Nicotera an den Minister des Aeußern mehrere darauf bezügliche Fragen richtete, ließ dessen Antwort formell und materiell viel zu wünschen übrig. Endlich meldete die amtliche Zeitung, die Notificirung des Krieges zwischen Frankreich einerseits und dem Nordbunde und den Südstaaten andererseits sei erfolgt. Der Kriegszustand zwischen den mit der italienischen Regierung in Frieden befindlichen Mächten lege Jedermann die Verpflichtung auf, das bestehende Neutralitätsgesetz gewissenhaft zu beobachten; die Verletzung desselben werde bestraft. Bei alledem fing Italien an zu rüsten, und als Nicotera in der Kammer nach der Tragweite und dem Zwecke der mit so plötzlichem Eifer in's Werk gesetzten Rüstungen Auskunft verlangte, blieb Visconti Venosta die Antwort schuldig. Gegenüber der Frage, ob die Regierung verspreche, keine Verpflichtung, welche die Nation compromittiren könne, einzugehen, ohne das Parlament zuvor zu befragen, blieb der Minister stumm, und zwar in einem Augenblick, wo die Furcht vor eigenmächtigen Schritten der Regierung die öffentliche Ordnung allerwärts zu stören drohte. Bezüglich der römischen Frage bemerkte der Minister, daß über den Abzug der französischen Besatzung keine officiellen Verhandlungen mit Frankreich stattgefunden hätten, daß aber die Anwesenheit der französischen Truppen im Kirchenstaate auf das Verhalten der Regierung keinen

8*

Einfluß ausüben werde, und daß die Regierung weit davon entfernt sei, die gegenwärtige Lage Frankreichs zu einer gewaltsamen Lösung der römischen Frage zu verwerthen. „Einer solchen Politik gegenüber," rief Miceli aus, „bleibt uns nichts Anderes übrig, als zu weinen. Ihr sprecht von Neutralität und befindet Euch auf dem besten Wege zur Allianz. Aber bedenkt, daß, wenn Ihr eine Allianz mit Frankreich in dem verbrecherischen Kriege schließt, den dasselbe der deutschen Nation angesagt hat, unser Heer unmöglich an der Seite einer Nation kämpfen könnte, welche die Principien bekämpft, zu denen sich das Volk und das Heer Italiens bekennt." Diese Worte machten gewaltigen Eindruck; die rechte Seite murrte, während von der Linken und vom Centrum aus kräftige Bravos erschollen und die preußenfreundlichen Sympathien des Publikums im Zuhörerraum sich mehrfach in so bestimmter Weise Luft machten, daß man drohte die Tribünen zu räumen. Zum Schlusse sprachen 168 Stimmen gegen 103 dem Ministerium ihr Vertrauen aus, ein Erfolg, welcher, wie Nicotera Minghetti gegenüber bemerkte, wenigstens die schlimmste Gefahr für Italien einstweilen beschworen hat, nämlich die, ein Ministerium zu erhalten, welches das Land zu deutlich an die September-Convention erinnere.

In Rom herrschte große Verlegenheit wegen der in Aussicht genommenen Abberufung der französischen Truppen, so daß man schon von einer Entfernung des Papstes aus Rom sprach. Derselbe schien sich jetzt, da er von den katholischen Mächten wegen des Infallibilitäts-Dogmas mehr vernachlässigt zu werden begann, den protestantischen nähern zu wollen, ja man vermuthete, er werde entweder nach Malta, das den Engländern gehört, oder nach Köln in das protestantische Preußen flüchten. So bot er in folgendem Schreiben, dessen vollkommene Authenticität das Organ der klerikalen Partei in Belgien, das Journal de Brüxelles, gewährleistete, dem König Wilhelm seine Vermittelung zur Beilegung des Streites an:

„Majestät!

In den schwierigen Verhältnissen, in denen wir uns befinden, wird es Ihnen vielleicht ungewöhnlich scheinen, von mir einen Brief zu empfangen. Allein als der irdische Vertreter des Gottes des Friedens kann ich nicht weniger thun, als Ihnen meine Vermittelung anbieten. Mein Wunsch ist, die Kriegsvorbereitungen

verschwinden zu sehen und die Uebel, die ihre unvermeidliche Folge sind, zu verhüten. Meine Vermittelung ist die eines Souveräns, der in seiner Eigenschaft als König keine Eifersucht einflößen kann, in Anbetracht der Geringfügigkeit seines Landes, die aber gleichwohl durch den sittlichen und religiösen Einfluß, welchen er personificirt, Vertrauen einflößen wird.

Wolle Gott meine Wünsche erhören und auch diejenigen erhören, die ich für Ew. Maj. hege, mit welcher ich durch die Bande derselben Barmherzigkeit verbunden zu sein wünsche.

Aus dem Vatikan, 22. Juli 1870.

Pius P. P. IX.

P. S. Ich habe in gleicher Weise an Se. Maj. den Kaiser der Franzosen geschrieben."

Es wurde mitgetheilt, daß derselbe ablehnend geantwortet habe. Nach derselben obigen Quelle lautet die Antwort des Königs:

„Berlin, 30. Juli 1870.

Sehr ehrwürdiger Pontifex!

Ich war nicht erstaunt, sondern tiefbewegt, als ich die rührenden, von Ihrer Hand geschriebenen Worte las, welche die Stimme des Gottes des Friedens hören lassen. Wie könnte mein Herz einen so mächtigen Zuruf nicht vernehmen wollen! Gott ist mein Zeuge, daß weder ich noch mein Volk den Krieg gewünscht oder hervorgerufen haben. Indem wir den geheiligten Pflichten gehorchen, welche Gott den Fürsten und den Völkern auflegt, ergreifen wir den Degen, um die Unabhängigkeit und die Ehre des Vaterlandes zu vertheidigen; und wir werden allezeit bereit sein, ihn niederzulegen, sobald diese Güter gesichert sein können. Wenn Ew. H. mir von Seiten Desjenigen, der so unerwartet den Krieg erklärt hat, die Zusicherung aufrichtig friedlicher Dispositionen und Garantien gegen die Wiederkehr eines gleichen Angriffs auf den Frieden und die Ruhe Europas bieten könnte, so werde gewiß nicht ich es sein, der sich weigert, sie aus den ehrwürdigen Händen Ew. H. zu empfangen, mit welcher ich mich durch die Bande der christlichen Barmherzigkeit und einer aufrichtigen Freundschaft vereinigt weiß.

Wilhelm."

Der Inhalt dieses Schreibens ist nicht dementirt worden.

In der Schweiz hat der Bundesrath bereits am 18. Juli die

von den eidgenössischen Räthen beschlossene Note an die Geranten der Verträge von 1815 erlassen, welche diesen mittheilt, „daß die Schweiz ihre Neutralität und die Integrität ihres Gebiets auch während des bevorstehenden Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und wahren werde." Die Note macht dann in Betreff der neutralen Gebietstheile von Savoyen das der Schweiz zustehende Recht geltend, dieselben, wofern solches zur Sicherung der schweizerischen Neutralität und des schweizerischen Gebiets nöthig sein sollte, zu besetzen. Sie enthält dann die Versicherung, daß die in den Verträgen von 1815 bezeichneten Beschränkungen jener Berechtigung genau Beobachtung finden sollen, und der Bundesrath sich hinsichtlich der Anwendung derselben mit der k. französischen Regierung in's Einvernehmen setzen werde. Der Bundesrath beschloß in derselben Sitzung, die französische und norddeutsche Regierung zu ersuchen, die Zusatzartikel zum Genfer Sanitätsconcordat vom 20. October 1868 nach der englisch-französischen Interpretation und mit den französischen Abänderungen im bevorstehenden Kriege zur Anwendung zu bringen. — Die Anerkennung der schweizerischen Neutralität Seitens Preußens traf im Bundespalais bald ein.

Nach Kopenhagen hatte Frankreich einen besondern Bevollmächtigten in dem Marquis Cadore gesandt, um einen Vertrag abzuschließen, und die dänische Regierung war schon recht entschlossen, auf das dringend angebotene Schutz- und Trutzbündniß einzugehen, als von Seiten Englands und Rußlands außerordentliche Anstrengungen gemacht wurden, Dänemark zu vermögen, eine zusagende Antwort nach Paris wenigstens zu vertagen. Dafür haben sich die beiden Mächte verbindlich gemacht, beim Friedensschluß für das dänische Interesse mit Entschiedenheit einzutreten. (Ob sie das im Stande sein werden, muß die Zeit lehren.) Unter diesen Umständen war die dänische Regierung schwankend geworden; endlich entschloß sie sich, ihre Neutralität zu erklären. Die Kopenhagener Bevölkerung verhielt sich dem nicht angemessen. In den Straßen wurde in Tausenden von Exemplaren ein Gedicht verbreitet, das, im Style des „tappern Landsoldat" verfaßt, den wildesten Preußenhaß athmet. Dasselbe war betitelt: „Ny Krigvise om Fraesken og Daesken", deutsch: „Neue Kriegsweise vom Franzosen und Dänen, welche in Gemeinschaft zwei preußische Räuber suchen, die so lange friedliche Leute in Europa

plünderten." Die Titelvignette zeigte einen Zuaven und einen Dänen, von denen jeder einen Preußen mit dem Bayonnet spießt.

Belgien hat stricte Neutralität erklärt und sowohl aus Paris als aus Berlin und endlich auch aus England die Versicherung erhalten, daß man seine Neutralität achten würde, sofern Belgien es übernehme, seine Grenzen zu vertheidigen. Daher ist die Officierschule aufgelöst und sämmtliche Zöglinge treten in die active Armee. Es sind alle Altersklassen der Dienstpflichtigen bis auf 1863 zurück einberufen. Innerhalb zweimal 24 Stunden hat Belgien eine Armee von 80 bis 100,000 Mann auf den Beinen, wovon die Hälfte im befestigten Lager zu Antwerpen bleibt, die andere die belgisch-französische und belgisch-deutsche Grenze besetzt. Auch nach dem belgischen Luxemburg ziehen einige Regimenter. Alle Gelder werden nach Antwerpen gebracht, so der Staatsschatz von 80 Millionen Franks, die Reservefonds der Nationalbank.

Wie steht es nun mit der Neutralität von England? Nachdem sich das auswärtige Amt als geschäftiger Zwischenträger gerirt, dann die Neutralität erklärt, hat es zunächst eine Verordnung erlassen über das Verhalten von Kriegsschiffen der beiden kriegführenden Mächte in britischen Gewässern. Es heißt darin: 1) Während der Dauer des gegenwärtigen Kriegszustandes sind allen Kriegsschiffen der kriegführenden Mächte sämmtliche Häfen oder Rhedereien von Großbritannien und Irland, sowie der Kanal-Inseln verschlossen, desgleichen dürfen weder Ihrer Maj. Colonien und auswärtige Besitzungen noch die unter englischer Jurisdiction stehenden Gewässer als Station oder Zufluchtsstätte benutzt werden, um etwaige kriegerische Ausrüstungen zu erleichtern oder zu vervollständigen; keinem Kriegsschiffe der kriegführenden Mächte ist es ferner von nun ab gestattet, irgend einen Hafen, Rhederei 2c. vor Ablauf von 24 Stunden nach dem Auslaufen irgend eines Kriegs- oder Kauffahrteischiffes der andern kriegführenden Macht gleichfalls zu verlassen. 2) Wenn nach Publication dieses Erlasses irgend ein Kriegsschiff der kriegführenden Mächte in einem englischen Hafen 2c. angetroffen wird, soll dasselbe aufgefordert werden, binnen 24 Stunden wiederum in See zu stechen, während längeres Verweilen nur durch ungestümes Wetter, durch nothwendiges Einnehmen von Provisionen für den Bedarf der Mannschaft, oder durch unumgänglich nöthige Reparaturen des

Schiffes gerechtfertigt wird, und auch dann haben die Hafenbehörden darauf zu sehen, daß das Schiff sobald als möglich wieder in See geht. 3) Keinem in einem englischen Hafen zc. liegenden Kriegsschiffe ist es von jetzt ab gestattet, irgend welche Zufuhren einzunehmen, mit Ausnahme von Provisionen für die Mannschaft und einer solchen Quantität Kohlen, die dem Schiffe die Erreichung des nächsten befreundeten Hafens ermöglichen, auch soll eine fernere Kohleneinnahme von einem und demselben Schiffe nur nach Ablauf von drei Monaten nach der ersten Kohlenversorgung gestattet sein. 4) Armirten Schiffen ist das Einbringen von Prisen in englischen Häfen untersagt.

In der Sitzung des Oberhauses vom 22. richtete der Marquis von Clanricarde die Frage an die Regierung, ob sie wisse, daß die eine Continentalmacht (Frankreich), welche sich im Kriege befinde, in Irland große Pferdeankäufe mache, und wie weit Pferde als Kriegscontrebande betrachtet werden müßten oder dürften. Die Ankäufe seien von um so größerer Wichtigkeit, als sie geeignet seien, die Beziehung Englands zu den kriegführenden Mächten zu alteriren. Es würde ihm leid thun, wenn ein Geschäftsverkehr gehemmt würde, welcher Irland nur zuträglich sein könnte; aber trotzdem hätte man zu erwägen, ob sich die jetzigen Pferdeankäufe mit der Neutralität Englands vertrügen. Dieser Handel schlage ganz zum Vortheile Frankreichs aus, welches in Folge seiner geographischen Lage und seiner überlegenen Flotte einen immensen Vortheil daraus ziehen müsse, wenn der Krieg länger dauere! Er dringt in die Regierung, diese Frage möglichst bald zur Entscheidung zu bringen. Earl Granville giebt zuvörderst den großen Ankauf und die Ausfuhr von Pferden nach dem Continent (die Namen Preußen und Frankreich werden vermieden) zu, meint aber, dies habe in dieser Jahreszeit immer stattgefunden. Was die Frage betreffe, ob Pferde Contrebande seien oder nicht, so habe er gehört, daß keine Frage indiscret sei, sondern immer nur die Antwort. (Die Frivolität scheint der früher gerühmten des Herzogs von Gramont nichts nachzugeben.) Ob Pferde, Kohlen, Bauholz, Segel, Taue zc. Kriegscontrebande seien, hänge lediglich von ihrem Bestimmungsorte und von tausend Umständen ab, welche sich im Voraus nicht feststellen ließen und nur von den Prisengerichten der Kaperer gebührend entschieden werden könnten! Die Re-

gierung vermöge darüber keine Bestimmungen zu treffen, und dies sei auch nicht nöthig, weil England seiner alten Praxis folge, indem es, sobald dessen Interessen nicht berührt würden und es in keiner unmittelbaren Kriegsgefahr schwebe, die Ausfuhr solcher Waaren nicht verbiete. Er könne nicht begreifen, wie dieser Handel England mit der einen Macht zu brouilliren vermöge, so lange als er beiden gestattet sei, und wenn man sich auf die Frage einlassen wollte, ob Frankreich vielleicht mehr Pferde, oder Preußen mehr Kohlen rc. bedürfe, würde man sich in endlose Schwierigkeiten verwickeln. Jedenfalls aber werde England aus diesem Export selbst für einen Kriegsfall keinen Mangel zu besorgen haben.

England lieferte nicht nur Pferde für Artillerie und Cavallerie Frankreichs, Kohlen für seine Kriegsschiffe, sondern auch mit Wissen der Regierung Patronen, später Gewehre für seine Infanterie. Norddeutschland hatte darüber durch seinen Botschafter in London lebhafte Vorstellungen gemacht. Zu gleicher Zeit sprach sich in England die öffentliche Meinung so entschieden mißbilligend gegen die Regierung aus, daß man hoffte, dieselbe werde zur Sicherung einer ernsten Neutralität vorzugehen sich veranlaßt sehen. Aber man täuschte sich dennoch. Man darf sich jedoch nicht gar zu sehr darüber wundern, wenn man die unbestimmte und zurückhaltende Art und Weise kennen lernt, in der in dem Buche eines bekannten Juristen über das europäische Völkerrecht in neuerer Zeit über jenen Gegenstand gesprochen wird.

11. Spanien.

Es ist jetzt noch nachzuholen, wie sich Spanien seit den Unterhandlungen und der Zusage des Erbprinzen Leopold zu dem ganzen Streite verhalten hat. Der alte Staatsmann Eusebio von Salazar y Mazarredo, Cortesmitglied für Briviesca in der Provinz Burgos, hatte vom Marschall Prim, dem die ausgedehnteste Vollmacht vom Regenten Serrano und dem Ministerrathe dazu ertheilt war, die Vermittelung der Candidatur des Prinzen übernommen. Als die Unterhandlungen plötzlich in die Oeffentlichkeit drangen und Streit darüber von Frankreich gesucht wurde, sprach sich Salazar öffentlich in einem Schriftstück vom 8. Juli: „El candidato oficial“ über seine Thätigkeit in dieser Sache aus. Nachdem er über seinen ersten

Vorschlag, die Candidatur Don Ferdinand's von Portugal, gesprochen und die Einwürfe widerlegt, welche gegen die zweite Candidatur erhoben wären, weil der Prinz Leopold ein Verwandter Mürat's sei, und dargelegt, daß er auch entfernt mit einem der erlauchtesten Häuser Spaniens verwandt sei, wie Spanien schon in Lissabon, in Cintra, in Florenz und in Harrow Zurückweisungen mit seinen Anträgen erfahren habe, wie auf dem Herzoge von Montpensier und der Republik ebenfalls das Veto Napoleon's ruhe, frägt er: „Soll deshalb die September-Errungenschaft zu einer steten Unfertigkeit verurtheilt sein? Was kann Frankreich von einem preußischen Prinzen fürchten, der auf dem Throne Spaniens sitzt?... Erstens," fährt er fort, „gehört Don Leopoldo dem katholischen Zweige Preußens an, der schon seit Jahrhunderten von dem evangelischen, welcher jetzt in Berlin herrscht, weit getrennt ist, und es verdient hier Erwähnung, daß der amtliche Candidat Spaniens heute der Erbe der Krone Preußens wäre, wenn seine Altvordern, welche das Erstgeburtsrecht besaßen, die katholische Religion für die protestantische abgeschworen hätten. Zweitens, kann denn ein parlamentarischer König sein Land in einen auswärtigen Krieg verwickeln? Hängt von Portugal Brasilien ab, weil auf beiden Thronen Mitglieder derselben Familie sitzen? Was hat im Jahre 1866 dem entthronten Könige von Hannover seine Verwandtschaft mit der Königin Victoria genutzt? Desgleichen zeigte sich Philipp V. nicht sonderlich dankbar gegen Frankreich, welches sich so sehr angestrengt hatte, um ihm die Krone Karl's II. auf's Haupt zu setzen; und es ist überflüssig, an Bernadotte, den Thronfolger von Schweden, oder an Mürat zu erinnern, die im Jahre 1814 gegen ihren alten Herrn und Beschützer Napoleon I. kämpften. Dank ist in der Politik ein leeres Wort, und von der andern Seite betrachtet, was würde denn der Prinz von Hohenzollern Preußen zu verdanken haben? Nichts, gar nichts; Alles hätte er dem Willen der spanischen Cortes zu verdanken. Die preußische Regierung hat sich in diese Unterhandlung nicht eingemischt, und der König von Preußen war überrascht, als ihm der Prinz, welcher volljährig ist, nach Ems seinen endgültigen Entschluß mittheilte, als eine Sache der Höflichkeit." Er spricht nun über die Ansichten des Prinzen, über seine materiellen Verhältnisse, und daß er unter den katholischen Prinzen der einzige sei, in dessen Adern

kein Bourbonenblut fließe, und schließt mit den Worten: „Welchen Erfolg die Candidatur auch haben wird: ich glaube meinem Vaterlande einen Dienst geleistet zu haben. Als sehr namhafte Männer in Unthätigkeit verharrten, als das Ausland uns vorwarf, auf die tiefste Stufe der Erniedrigung hinabgesunken zu sein, weil Niemand die Krone des heiligen Ferdinand annehmen mochte, da hat es sich doch gezeigt, daß unser Vaterland noch groß genug ist, um einen Prinzen von hervorragenden Geistesgaben und aus der königlichen Familie einer der ersten Nationen Europas zu bewegen, daß er sich mit dem Scepter Spaniens schmücke."

An diese Einleitung, wie er sie selbst nennt, schließt Salazar eine Flugschrift an, die er zum Theil bereits im vorigen Herbst (1869) veröffentlichte, und die er der Zeitumstände wegen jetzt wiederholt. (Seine Aeußerungen zur Thron-Candidatur sind in den Beilagen wörtlich mitgetheilt. *)

Am Tage vor Ausgabe dieser Schrift hatte bereits der Minister des Auswärtigen, Sagasta, als die Regierung dem permanenten Ausschusse der Cortes einen Brief des Erbprinzen übersandt hatte, worin sich derselbe bereit erklärte, die spanische Krone anzunehmen, falls ihn die Cortes wählen würden, eine Depesche an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtet, **) um ihnen die Gründe auseinander zu setzen, aus denen Marschall Prim dem Prinzen die Krone angeboten. Er betont darin besonders, daß die Regierung des Regenten in dieser Sache nur ihren eigenen Regungen gefolgt ist, und daß kein nationales Interesse im Auslande und noch weniger ein ausländisches Interesse ihren Vorsitzenden im Verlaufe dieser Unterhandlungen geleitet hat. Am Schlusse spricht er die Erwartung aus, daß der Gesandte nach seinem Eifer und seiner Einsicht der treue Dolmetsch der Absichten sein werde, von welchen die Regierung Sr. Hoheit beseelt sei. Zu gleicher Zeit wird von der spanischen Regierung, welche jetzt, nachdem die Sache einmal in die Oeffentlichkeit gebracht ist, deren Erledigung zu beschleunigen sucht, die Zusammenberufung der Cortes zum 20. Juli und die Königswahl auf einen der nächsten Tage festgesetzt. Am 9. Juli hat der Regent eine Unterredung mit

*) Beilage 6.
**) Beilage 7.

dem französischen Gesandten Mercier, in der er beklagt, daß seine Regierung bisher alle Candidaturen bekämpft habe, um die des Prinzen Alfons zu begünstigen, den das Volk nun einmal nicht haben wolle. Der Minister Sagasta erklärte dabei, daß Spanien Alles aufbieten werde, um die Pläne, deren Entwickelung er für angemessen halte, zu einem guten Ende zu führen, ohne durch das Verlangen nach Erhaltung des Friedens die Würde und Unabhängigkeit in der Constituirung des Landes außer Augen zu setzen. Dieser zuvor wenig beliebte Minister ist dadurch auf einmal ein populärer Mann geworden. „Frankreich, oder besser Napoleon,“ sagte Sagasta, „will das Unmögliche, eine Erniedrigung für die revolutionäre Regierung, eine Beleidigung für die Spanier und eine Sache, die, wenn sie heute leicht und möglich wäre, sich in ein großes Unglück für das Volk verwandeln würde. Napoleon will blos die Restauration Alfonso's, und dies ist in jeder Beziehung absurd, dies wird nie zugegeben werden. Wenn die Regierung des Kaisers einen Augenblick die wiederholten Beweise der Loyalität und Sympathien Spaniens vergißt, so wird sich Spanien nur noch um Das, was gerecht ist, bekümmern und die Pläne ausführen, die es für zukömmlich hält, ohne daß der Wunsch nach Frieden und Eintracht dasselbe seine Würde und das Recht vergessen läßt, das es besitzt, sich mit vollkommener Unabhängigkeit zu organisiren und zu constituiren.“

Dieselbe Entschlossenheit gab sich in dem Ministerrathe kund; man stimmte darin überein, die Candidatur des Prinzen unter allen Umständen aufrecht erhalten zu wollen. Abends wurde eine Sitzung des Kammerausschusses abgehalten, in welcher sich das erregte Nationalgefühl Luft machte. Nur der Republikaner Pi y Margall widersetzte sich der Einberufung der Cortes und verlangte eine längere Frist, damit man mit Muße sich über die Eigenschaften des Candidaten erkundigen könne. Man erwartete dennoch, daß bei der Abstimmung von 262 Abgeordneten 97 Progressisten, 36 Demokraten und 67 Unionisten mit „Ja“ gegen 63 Republikaner, 8 Karlisten und 1 Alphonsisten stimmen würden, also mit einer bedeutenden Majorität.

Nachdem sich Frankreich entschlossen hat, allein gegen Preußen die Gelegenheit zu einem Streite wahrzunehmen, theilt der französische Gesandte am Abend des 11. Juli dem Regenten eine Note

seiner Regierung mit, ohne eine Abschrift zu hinterlassen, wonach das Tuileriencabinet erklärt, als eine selbst auf das allgemeine Stimmrecht gegründete Regierung, nichts gegen die freie Wahl eines spanischen Königs einzuwenden; es bleibe aber Frankreich vorbehalten, diesen König anzuerkennen oder nicht.

Von den übrigen Regierungen hatte das Cabinet zu St. Petersburg eine Antwort auf Sagasta's Depesche ertheilt, worin es seine Billigung der Candidatur des Prinzen Leopold aussprach. Die Vertreter anderer Mächte, sagte man, hätten von ihren Regierungen Anweisung erhalten, auf die Abgeordneten in Madrid persönlich einzuwirken, daß dieselben sich an der Abstimmung nicht betheiligten oder gegen den Prinzen stimmten.

Da sandte am 12. Juli der Fürst Anton, Vater des Prinzen, an den Marschall Prim nach Madrid die folgende Depesche:

„Gegenüber den Verwickelungen, welche durch die Candidatur meines Sohnes Leopold entstanden, Verwickelungen, die nothwendiger Weise einen gewissen Einfluß auf die Cortes ausüben müssen, so daß ein Votum derselben nicht wohl ohne die Mitwirkung von Elementen möglich wäre, welche der Person, um die es sich handelt, durchaus fremd sind, trete ich im Namen meines Sohnes von der Candidatur auf den spanischen Thron zurück.

Schloß Sigmaringen, 12. Juli, 11 Uhr 28 Min.

Anton Hohenzollern."

An den spanischen Botschafter Olozaga in Paris richtete der Fürst am selben Tage eine Depesche mit der Bemerkung: „Ich mache es mir zur Pflicht, Ihnen die wörtliche Copie eines Telegrammes zugehen zu lassen, das ich soeben an den Marschall Prim nach Madrid gesandt."

Die Entsagung des Prinzen wurde ohne Weiteres acceptirt und den Mächten von der spanischen Regierung angekündigt, man weiß allerdings heute noch nicht, ob der Grund dafür in dem Wunsche der meisten Parteien zu suchen ist, den Frieden um jeden Preis erhalten zu sehen, der hier gar nicht mehr bedroht war, oder ob die Vermuthung, Marschall Prim habe, wie man von manchen Seiten aussprach, im Einverständniß mit dem Kaiser Napoleon gehandelt, gerechtfertigt ist. (Ob bei der Veröffentlichung der Privat- und geheimen Correspondenzen Napoleon's, welche die provisorische Re-

gierung in Beschlag genommen hat, etwas Näheres darüber an's Licht kommen wird, ist mehr als zweifelhaft, nach der Gattung des bisher Mitgetheilten zu urtheilen.) Fast der Einzige, der jetzt offen der Regierung entgegentritt, ist der Generalcapitän der Provinz Madrid, Izquierdo. Dieser verlangt nun energisch wenigstens das Ende des unerträglichen Interims und die Verwandlung der constituirenden in gewöhnliche Cortes; entweder solle man ohne Verzug Montpensier oder Espartero zum König wählen, oder Serrano die königlichen Befugnisse übertragen, oder nochmals die äußersten Anstrengungen für einen fremden Candidaten machen, und wenn diese wiederum scheitern, die Republik unter der Präsidentschaft Espartero's ausrufen. Der nächste Beschluß des Ministerrathes macht die Einberufung der Cortes rückgängig, der Regent zieht sich nach La Granja zurück, und nur die Nachrichten, daß sich die Karlisten zu einer neuen Erhebung oder Invasion rüsten, vielleicht von Napoleon gefördert, um Spanien zu beschäftigen, erhalten noch einige Thätigkeit in diesen Kreisen wach. Erst das Circularschreiben Gramont's vom 21. Juli regt die Empfindlichkeit des Ministeriums wieder auf. Nachdem das Tuileriencabinet die über die hohenzollernsche Candidatur gegebenen Erklärungen desselben als loyal und ausreichend erklärt hatte, mußten die Anklagen über ein „Manöver der spanischen Regierung, welche die Cortes habe mit dem Candidaten überraschen wollen", im höchsten Grade beleidigend erscheinen. Nachdem am 27. Juli die Neutralitätserklärung Spaniens den Regierungen übersandt ist, worin außer den von England gegebenen Bestimmungen über die Behandlung der Schiffe noch decretirt wird, daß kein Spanier in den kriegführenden Armeen Dienst nehmen, keine Rekrutirung für dieselben vorgenommen werden darf, Agenten zu diesem Zwecke bestraft werden sollen und Kaperbriefe nicht ausgegeben werden dürfen; — geht am 28. Juli auch die Note nach Paris ab, in welcher Aufklärung über jene Aeußerungen Gramont's verlangt wird. Man meinte in Madrid, daß Olozaga, „der Kammerdiener des Kaisers", den dieser, die Kaiserin, Herr Ollivier und seine Frau durch Freundlichkeiten berauscht zu haben schienen, in nicht geringe Verlegenheit dadurch kommen werde. Auch hatte der französische Gesandte alle seine Beredsamkeit aufgeboten und freiwillige Aufklärungen in Aussicht gestellt, um jenen Schritt zu verhindern.

Aber der Wahlspruch der Regierung: España con honora, konnte hier nicht unberücksichtigt bleiben. Auch die gesammte Presse, außer den bourbonisch gesinnten Blättern, stimmte darin mit den Ministern überein. Aber bei dieser Note bleibt es auch, und selbst die karlistischen und republikanischen Bewegungen sind wenig im Stande, den Regenten aus seinem „Sommerschlafe in La Granja", wie die Madrider sagten, aufzurütteln.

Wir lassen ihn dort ruhen, er scheint für Deutschland keine wichtige Rolle mehr spielen zu sollen, und kehren zu den diplomatischen Enthüllungen zurück.

12. Weitere diplomatische Enthüllungen und Actenstücke.

Am 24. Juli hatte der Herzog von Gramont nochmals an die auswärtigen Vertreter Frankreichs über die hohenzollernsche Candidatur, die nun schon längst zu den Todten gelegt war, eine Note*) gesandt, welche die Behauptungen Werther's berichtigen und das Eintreten Benedetti's begründen soll, und worin eine frühere Depesche Benedetti's vom 21. März 1869 reproducirt wird bezüglich Besprechungen der hohenzollernschen Candidatur. Am 25. hatte die Times den Benedetti'schen Vertragsentwurf gebracht, und die von den englischen Ministern darüber erwarteten Erklärungen aus Preußen und Frankreich erfolgen bald hinterher. Der preußische Staatsanzeiger enthält am 29. Juli folgende Mittheilung: „Nachdem die Minister Ihrer Maj. der Königin von England bei Gelegenheit der Interpellation über den Abdruck der Times erklärt haben, daß sie darauf rechnen, die betheiligten Regierungen würden sich zur Sache äußern, so ist der Herr Bundeskanzler dieser Erwartung dadurch nachgekommen, daß er vorläufig und vorbehaltlich ausführlicher actenmäßiger Darlegung in einer schriftlichen Mittheilung den nachstehenden telegraphischen Erlaß an den norddeutschen Botschafter in London, Grafen Bernstorff, gerichtet hat:

Ew. Excellenz wollen an Lord Granville, vorbehaltlich schriftlicher Darlegung, Folgendes mittheilen: Das Actenstück, welches die Times veröffentlicht hat, enthält einen der verschiedenen Vorschläge,

*) Beilage 8.

welche uns seit Beginn des dänischen Streites bis vor Kurzem durch amtliche und außeramtliche Agenten gemacht worden sind, um zwischen Preußen und Frankreich ein Bündniß zum Zweck beiderseitiger Vergrößerung herbeizuführen. Ich werde Ew. ... noch den Text eines andern vom Frühjahr 1866 schicken, ebenfalls das Anerbieten einer Offensiv- und Defensiv-Allianz enthaltend, vermöge welcher Frankreich 300,000 Mann gegen Oesterreich und sechs bis acht Millionen Vergrößerung für Preußen versprach, gegen Abtretung eines Landstriches zwischen Rhein und Mosel. Die Unmöglichkeit für mich, auf Dergleichen einzugehen, war gewiß für Jedermann, nur nicht der französischen Diplomatie, klar. Nachdem wir im Juni 1866 diese und andere Vorschläge abgelehnt, begann damals die französische Regierung auf unsere Niederlage und deren Ausbeutung zu rechnen und dieselbe diplomatisch vorzubereiten... Nach Eintritt der patriotischen Beklemmungen des Ministers Rouher hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Im Interesse des Friedens bewahrte ich das Geheimniß über diese Zumuthungen und behandelte sie dilatorisch. Nach Störung der bescheidenen luxemburger Bestrebungen Frankreichs durch bekannte öffentliche Vorgänge, wiederholten sich die erweiterten Vorschläge, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten. In diese Zeit, 1867, fällt die Mittheilung des Benedetti'schen Manuscripts. Daß der französische Botschafter ohne Genehmigung seines Souveräns eigenhändig diesen Entwurf formulirt und mit mir darüber wiederholt verhandelt habe, ist unwahrscheinlich. Die verschiedenen Phasen französischer Verstimmung und Kriegslust, welche wir von 1866 bis zur belgischen Eisenbahnfrage durchgemacht haben, coincidirten mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für diese Verhandlung zu finden glaubten.

Die schließliche Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, wird den Entschluß gereift haben, eine solche gegen uns zu erkämpfen. Ich habe sogar Grund zu glauben, daß wenn diese Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, an der Spitze beider gerüsteter Heere dem unbewaffneten Europa gegenüber gemeinsam das Benedetti'sche Programm durchzuführen, d. h. auf Kosten Belgiens

Frieden zu schließen. Der in unserer Hand befindliche Entwurf, welchen Lord A. Loftus gesehen hat (der Entwurf ist auch photographirt und so den anderen Mächten zur Kenntniß gebracht worden), ist von Anfang bis zu Ende, einschließlich der Correcturen, von der dem englischen Botschafter bekannten Hand des Grafen Benedetti geschrieben. Wenn das k. französische Cabinet Bestrebungen, für welche es seit 1864, zwischen Versprechungen und Forderungen wechselnd, ohne Unterbrechung bemüht gewesen ist, uns zu gewinnen, heute ableugnet, so ist das angesichts der politischen Situation erklärlich."

An demselben Tage sagt Lord Granville im englischen Oberhause: „Das Schreiben des Grafen Bismarck an den Grafen Bernstorff wurde mir gestern Morgen übergeben. Im Laufe des Nachmittags, gerade vor der Sitzung und bevor ich noch Muße gehabt, dessen Inhalt insoweit zu verdauen, um eine bezügliche Frage zu beantworten, machte der Marquis de Lavalette (französischer Gesandter in London) mir eine Mittheilung, mit deren Inhalt ich Sie am besten dadurch vertraut machen kann, daß ich Ihnen eine Depesche an Lord Lyons vorlese, die ihm heute Abend zugesandt werden soll. Sie lautet:

Auswärtiges Amt, 29. Juli 1870.

Mylord! Der französische Botschafter kam am 28. d. M. zu mir, um mir den Inhalt einer Depesche mitzutheilen, die Sr. Exc. durch den französischen Minister des Auswärtigen zugesandt wurde und den durch die „Times" veröffentlichten angeblichen Vertragsentwurf betrifft. In dieser Depesche, welche Herr von Lavalette so gütig war mir vorzulesen, bemerkt der Herzog von Gramont, daß die Form, in der dieser Vertrag aufgesetzt wurde, und die Punkte, die er enthalte, deutlich zeigen, woher er stamme, und Niemanden täuschen können. — Wer immer, fährt er fort, den Verlauf der Angelegenheiten in Europa seit dem Amtsantritt des Hrn. von Bismarck verfolgte, der weiß, von welcher Seite jene Vorschläge kamen, die jetzt Frankreich beigemessen werden. Seit dem Jahre 1865 bemühte sich Herr von Bismarck fortwährend, seine Pläne durchzuführen dadurch, daß er bestrebt war, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf Gebietsvergrößerung zu richten. Dem damaligen Geschäftsträger in Berlin, Herrn de Lefebre de Behaine, sagte er, daß Preußen das Recht Frankreichs bereitwillig anerkennen würde, seine Grenzen dahin, wo französisch

gesprochen werde, auszudehnen, womit er, außer Belgien, gewisse Schweizer-Cantone andeutete. Die kaiserliche Regierung lehnte ab, auf diese Eröffnungen einzugehen. — Im darauffolgenden Jahre, unmittelbar nach der Schlacht von Sadowa, wurden dem Herrn de Behaine in Brünn ähnliche Vorschläge gemacht, und bei dieser Gelegenheit sagte ihm Graf Bismarck, daß der Weg, den Frankreich einzuschlagen habe, vollkommen klar gegeben sei. Die französische Regierung sollte sich an den König der Belgier wenden und diesem erklären, daß der unvermeidliche Gebiets- und Einflußzuwachs Preußens höchst beunruhigend für ihre Sicherheit sei, und daß das einzige Mittel zur Vermeidung dieser gefährlichen Ergebnisse in einer so engen Verknüpfung der Schicksale Belgiens und Frankreichs liege, daß die belgische Monarchie, deren Autonomie jedoch respectirt werden solle, eine thatsächliche Schutzmauer für die Sicherheit Frankreichs im Norden werde. — In einem weiteren Berichte über eine, mit dem Grafen Bismarck im Juli 1866 gepflogene Unterredung benachrichtigt der französische Botschafter seine Regierung, daß er nichts Neues mittheile, indem er melde, daß Herr von Bismarck der Meinung sei, daß Frankreich in Belgien Entschädigung suchen sollte, und daß er sich erboten habe, deshalb zu einem Einvernehmen zu gelangen. — Die kaiserliche Regierung, so fährt der Herzog von Gramont fort, lehnte es ab, diesen Vorschlägen Gehör zu geben, und als sie zu einer späteren Zeit auf die Rectification ihrer Grenzen bedacht war, lehnte sie ausdrücklich ab, in der betreffenden Discussion den Namen Belgiens zu erwähnen. — Der Herzog von Gramont hebt ferner hervor, daß, wenn seine Regierung sich wirklich mit derartigen Plänen gegen Belgien getragen hätte, es ihr ein Leichtes gewesen wäre, sie durch den angebotenen Beistand Preußens durchzuführen, welches letztere blos bestrebt sei, die Früchte seiner Siege sicher zu stellen. — Dieselben Andeutungen wurden zur Zeit der luxemburger Affaire wiederholt. Sie wurden von Seiten des Kaisers unwillig aufgenommen und kategorisch zurückgewiesen. — Schließlich wurde der Marquis von Lavalette in aller Form angewiesen, der britischen Regierung die Versicherung zu ertheilen, daß in diesen Vorschlägen die Initiative vollständig durch das preußische Cabinet ergriffen worden sei. Herr von Lavalette benachrichtigte mich noch, er sei telegraphisch angewiesen, mich zu verständigen, daß das

in der Handschrift Benedetti's existirende Document ihm durch den Grafen Bismarck in die Feder dictirt worden sei (Heiterkeit), welcher Letztere die französische Regierung in eine Verschwörung gegen die Freiheiten Belgiens zu verwickeln wünsche, daß aber dieser Plan, gleich allen früheren, in bestimmter Weise verworfen worden sei. Ich bin u. s. w. Granville."

„Seitdem," so bemerkt noch Lord Granville, „theilte mir Herr von Lavalette mit, daß dies nicht die vollständige Antwort auf das bei der französischen Regierung erst heute früh eingetroffene Telegramm sei, und daß weitere Mittheilungen abgesandt werden sollen."

Das officielle Journal bringt darauf am 30. Juli folgende Erklärung: „Die Veröffentlichung eines sogenannten Vertrages zwischen Frankreich und Preußen hat zu einer Polemik Anlaß gegeben, welche danach strebt, die Wahrheit der Facta zu entstellen (!). Deshalb hat die Regierung des Kaisers für angemessen erachtet, folgenden Brief zu veröffentlichen, welcher vom Grafen Benedetti an Se. Exc. den Minister des Auswärtigen gerichtet worden ist:

Paris, 29. Juli 1870.

Herr Herzog! So ungerecht auch die Beurtheilung war, deren Gegenstand ich persönlich gewesen bin, als man in Frankreich erfuhr, der Prinz von Hohenzollern habe die Krone Spaniens angenommen, so habe ich es doch nicht für passend gehalten, mich darüber auszusprechen. Wie es mir meine Pflicht gebot, habe ich der Regierung des Kaisers die Sorge überlassen, sie zu berichtigen. Ich kann nicht dasselbe Schweigen bewahren, dem Gebrauche gegenüber, den der Graf Bismarck von einem Documente gemacht hat, dem er einen Werth zu geben suchte, den es niemals gehabt hat, und ich ersuche Ew. Exc., die Thatsachen in ihrer ganzen Genauigkeit darlegen zu dürfen. Es ist allgemein bekannt, daß Graf Bismarck uns vor und während des letzten Krieges angeboten hat, dazu beizutragen, Belgien mit Frankreich zu vereinigen als Ersatz für die Vergrößerungen, nach denen er strebte und die er für Preußen erhalten hat. Ich könnte mich in dieser Beziehung auf das Zeugniß der ganzen europäischen Diplomatie berufen, der nichts unbekannt geblieben ist. (Aber Niemand glaubt es ihm.) Die Regierung hat fortwährend diese Eröffnungen abgelehnt, und einer Ihrer Vorgänger, Herr Drouyn de Lhuys, ist im Stande, in dieser Beziehung Erklärungen

zu geben, welche keinen Zweifel obwalten lassen würden. Im Augenblicke des Abschlusses des Prager Friedens und angesichts der Aufregung, welche in Frankreich die Annexion Hannovers, Kurhessens und der Stadt Frankfurt an Preußen hervorrief, bezeugt Herr von Bismarck von Neuem den lebhaften Wunsch, das durch seine Acquisitionen gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Verschiedene Combinationen, welche die Integrität der Frankreich und Deutschland benachbarten Staaten betrafen, wurden vorgebracht; sie wurden ein Gegenstand mehrerer Unterredungen, während welcher Herr von Bismarck immer danach trachtete, seine persönlichen Ideen zur Geltung zu bringen. Bei einer dieser Unterredungen und um mir eine genaue Rechenschaft seiner Combinationen zu geben, ging ich darauf ein, sie so zu sagen unter seinem Dictat aufzuzeichnen. Die Form, nicht minder als der Inhalt, zeigt deutlich, daß ich mich darauf beschränkt habe, ein von ihm ausgedachtes und entwickeltes Project wiederzugeben. Herr von Bismarck behielt diese Abfassung, weil er sie dem König unterbreiten wollte. Meinerseits legte ich der kaiserlichen Regierung im Wesentlichen Rechenschaft ab von den Mittheilungen, die mir gemacht worden waren. Der Kaiser wies sie zurück, sobald sie zu seiner Kenntniß kamen. Ich muß sagen, daß der König von Preußen selbst die Grundlage derselben nicht schien annehmen zu wollen, und seit jener Zeit, d. h. während der letzten vier Jahre, habe ich durchaus keinen neuen Ideenaustausch mit Herrn von Bismarck über diesen Gegenstand gepflogen. Wäre die Initiative eines derartigen Vertrages von der Regierung des Kaisers ergriffen worden, so wäre der Entwurf vom Ministerium aufgesetzt worden und ich hätte nicht eine von meiner Hand geschriebene Copie vorzubringen gehabt; übrigens wäre er auch anders abgefaßt worden und hätte zu Verhandlungen Anlaß gegeben, welche gleichzeitig in Paris und Berlin verfolgt worden wären. In diesem Falle hätte sich Herr von Bismarck nicht damit begnügt, den Wortlaut desselben in indirecter Weise der Publicität zu übergeben, besonders im Augenblick, wo Ew. Excell. in Depeschen, die in's officielle Journal aufgenommen wurden, andere Irrthümer berichtigten, die man gleichfalls in Umlauf zu setzen suchte. Aber um den Zweck zu erreichen, den er sich vorgesteckt hatte, den, die öffentliche Meinung irrezuleiten und den Indiscretionen, die wir selbst uns hätten erlauben können, zuvorzu=

kommen, hat er sich dieses Ausweges bedient, der ihn davon befreite, genau anzugeben, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen und auf welche Weise dieses Document geschrieben worden war. Er hat sich augenscheinlich damit geschmeichelt, Dank diesen Weglassungen, Conjecturen unterzustellen, welche, indem sie seine persönliche Verantwortlichkeit entlasteten, diejenige der Regierung des Kaisers compromittiren würden. Ein derartiges Verfahren bedarf keiner Qualification; es genügt, auf dasselbe hinzuweisen, indem man es dem europäischen Publikum zur Würdigung vorlegt. Genehmigen Sie 2c.

Benedetti."

Diese gewundenen Aeußerungen von Möglichkeiten und Vermuthungen ohne Gründe fanden ihre Würdigung bereits in einer an demselben Tage (29. Juli) vom Bundeskanzler an die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Staaten gerichteten Circulardepesche, welche eine Vervollständigung der kurzen Darlegung in der telegraphischen Depesche an den Botschafter Grafen Bernstorff enthält und mit überzeugender Kraft die Aeußerungen der französischen Diplomaten zurückschlägt. Die Depesche lautet:

„Berlin, den 29. Juli 1870.

Der von Lord Granville und Mr. Gladstone im Parlament ausgesprochenen Erwartung, daß über den Vertragsentwurf des Grafen Benedetti von den beiden betheiligten Mächten nähere Mittheilungen erfolgen würden, bin ich vorläufig durch einen an den Grafen Bernstorff gerichteten telegraphischen Erlaß vom 27. d. M. nachgekommen. Die telegraphische Form gestattete nur eine kurze Darlegung, welche ich nunmehr auf schriftlichem Wege vervollständige.

Das von der Times veröffentlichte Schriftstück enthält keineswegs den einzigen Vorschlag, der uns in diesem Sinne von französischer Seite gemacht worden ist. Schon vor dem dänischen Kriege ist durch amtliche und außeramtliche französische Agenten mir gegenüber versucht worden, zwischen Preußen und Frankreich ein Bündniß zum Zweck beiderseitiger Vergrößerung herbeizuführen.

Ich habe kaum nöthig, Ew. 2c. darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaction mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft der französischen

Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz anderer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariser Cabinets für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hülfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben. Ew. ꝛc. sind freilich von der Unbekanntschaft der Franzosen mit Deutschland eben so unterrichtet wie ich.

Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenzen mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Uebernahme des Auswärtigen Amtes an mich herangetreten. Ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, solche Mittheilungen, die rein persönlicher Natur waren, in das Gebiet der internationalen Verhandlungen zu übertragen, und glaube die interessanten Beiträge, welche ich auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, zurückhalten zu sollen. Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unseren Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgniß zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Cabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte.

Frankreich hatte schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Oesterreich gerechnet und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen.

Vor Ausbruch des österreichischen Krieges 1866 sind mir theils durch Verwandte Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen, theils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jeder Zeit dahin gingen, kleinere oder größere Transactionen zum Behuf beiderseitiger Vergrößerung zu Stande zu bringen; es handelte sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objecte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben.

Im Mai 1866 nahmen diese Zumuthungen die Gestalt des

Vorschlages eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses an, von dessen Grundzügen folgender Auszug in meinen Händen blieb:

1) En cas de congrès poursuivre d'accord la cession de la Vénétie à l'Italie et l'annexion des duchés à la Prusse.
2) Si le congrès n'aboutit pas, alliance offensive et defensive.
3) Le Roi de Prusse commencera les hostilités dans les 10 jours après la séparation du congrès.
4) Si le congrès ne se reunit pas, la Prusse attaquera dans 30 jours après la signature du présent traité.
5) L'Empereur des Français déclarera la guerre à l'Autriche dès que les hostilités seront commencées entre l'Autriche et la Prusse (en 30 jours 300,000).
6) On ne fera pas de paix séparée avec l'Autriche.
7) La paix se fera sous les conditions suivantes: La Vénétie à l'Italie. A la Prusse les territoires allemands ci-dessous (7 à 8 millions d'âmes à choix); plus la réforme fédérale dans le sens prussien.

   Pour la France le territoire entre Moselle et Rhin sans Coblence ni Mayence; comprenant: 500,000 âmes de Prusse, la Bavière rive gauche du Rhin; Birkenfeld, Homburg, Darmstadt 213,000 âmes.
8) Convention militaire et maritime entre la France et la Prusse dès la signature.
9) Adhésion du Roi d'Italie.

1) Im Falle eines Congresses im Einverständniß zu verlangen die Cession Venetiens an Italien und die Annexion der Herzogthümer an Preußen. 2) Wenn der Congreß keinen Erfolg hätte, eine Offensiv- und Defensiv-Alliance. 3) Der König von Preußen wird die Feindseligkeiten innerhalb 10 Tagen nach dem Auseinandergehen des Congresses beginnen. 4) Wenn der Congreß sich nicht versammelt, so greift Preußen innerhalb 30 Tagen nach der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages an. 5) Der Kaiser der Franzosen erklärt Oesterreich den Krieg, sobald die Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Preußen begonnen haben. (Innerhalb 30 Tagen mit 300,000 Mann.) 6) Es wird kein Separatfriede mit Oesterreich geschlossen. 7) Der Friede kommt unter folgenden Bedingungen zu Stande: Venetien kommt an Italien, an Preußen die norddeutschen Territorien (7 oder

8 Millionen Seelen nach Wahl). Ferner die Bundesreform im Sinne Preußens. Für Frankreich das Gebiet zwischen Mosel und Rhein ohne Coblenz und Mainz einschließlich 500,000 Seelen von Preußen, das linksrheinische Bayern, Birkenfeld, Homburg, Darmstadt mit 213,000 Seelen. 8) Die militärische und maritime Convention zwischen Frankreich und Preußen beginnt sogleich mit der Unterschrift. 9) Beitritt des Königs von Italien.

Die Stärke des Heeres, mit welchem der Kaiser nach Art. 5 uns beistehen wollte, wurde in schriftlichen Erläuterungen auf 300,000 Mann angegeben; die Seelenzahl der Vergrößerungen, welche Frankreich erstrebte, nach französischen, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden Berechnungen, auf 1,800,000 Seelen.

Ein Jeder, welcher mit der intimeren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Clauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls heimlich verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien befolgte. Nachdem wir im Juni 1866, ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme, obiges Allianzproject abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch auf den Sieg Oesterreichs über uns und auf unsere Ausbeutung für französischen Beistand nach unserer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik sich nunmehr nach Kräften beschäftigte.

Daß der in dem vorstehenden Allianzentwurf gedachte und später noch einmal vorgeschlagene Congreß die Wirkung gehabt haben würde, unser nur auf drei Monate geschlossenes Bündniß mit Italien ungenutzt zum Ablauf zu bringen, und wie Frankreich durch die weiteren, Custozza betreffenden Verabredungen bemüht war, unsere Lage zu benachtheiligen und wo möglich unsere Niederlage herbeizuführen, ist Ew. 2c. bekannt. Die „patriotischen Beklemmungen" des Ministers Rouher liefern einen Commentar über den weiteren Verlauf. Von der Zeit an hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen,

als dieses, ohne ihnen irgend welche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermuthete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde. Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumuthungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen. Nachdem die Verhandlung mit Sr. Maj. dem Könige der Niederlande über den Ankauf von Luxemburg in bekannter Weise gescheitert war, wiederholten sich mir gegenüber die erweiterten Vorschläge Frankreichs, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten. In diese Conjunctur fällt die Mittheilung des Benedetti'schen Manuscripts. Daß der französische Botschafter ohne Genehmigung seines Souveräns mit eigener Hand diese Vorschläge formulirt, sie mir überreicht und mit mir wiederholt und unter Modificirung von Textstellen, die ich monirte, verhandelt haben sollte, ist eben so unwahrscheinlich, wie bei einer andern Gelegenheit die Behauptung war, daß der Kaiser Napoleon der Forderung der Abtretung von Mainz nicht beigestimmt habe, welche mir im August 1866 unter Androhung des Krieges im Falle der Weigerung durch den kaiserlichen Botschafter amtlich gestellt wurde. Die verschiedenen Phasen französischer Verstimmung und Kriegslust, welche wir von 1866 bis 1869 durchgemacht haben, coincidirten ziemlich genau mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für Verhandlungen der Art zu finden glaubten. Zur Zeit der Vorbereitung der belgischen Eisenbahnhändel im März des Jahres 1868 (1869?) wurde mir von einer hochstehenden Person, welche den früheren Unterhandlungen nicht fremd war, mit Bezugnahme

auf letztere angedeutet, daß für den Fall einer französischen Occupation Belgiens nous trouverions bien notre Belgique ailleurs. Gleicherweise wurde mir bei früheren Gelegenheiten zu erwägen gegeben, daß Frankreich bei einer Lösung der orientalischen Frage seine Betheiligung nicht im fernen Osten, sondern nur unmittelbar an seiner Grenze suchen könne.

Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, es sei mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben. Ich habe sogar Grund zu glauben, daß, wenn die fragliche Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedetti'schen Vorschläge, auf Kosten Belgiens.

Ueber den Text dieser Vorschläge bemerke ich noch, daß der in unseren Händen befindliche Entwurf von Anfang bis zu Ende von der Hand des Grafen Benedetti und auf dem Papier der kaiserlich französischen Botschaft geschrieben ist, und daß die hiesigen Botschafter, resp. Gesandten von Oesterreich, Großbritannien, Rußland, Baden, Bayern, Belgien, Hessen, Italien, Sachsen, der Türkei, Württemberg, welche das Original gesehen, die Handschrift erkannt haben. In dem Artikel I. hat Graf Benedetti gleich bei der ersten Vorlesung auf den Schlußpassus verzichtet und ihn eingeklammert, nachdem ich ihm bemerkt hatte, daß derselbe eine Einmischung Frankreichs in innere Angelegenheiten Deutschlands voraussetze, die ich auch in geheimen Actenstücken nicht einräumen könnte. Aus eigenem Antriebe hat er eine weniger bedeutende Correctur des Artikels II. in meiner Gegenwart am Rande vorgenommen. Lord Aug. Loftus habe ich am 24. c. von der Existenz des fraglichen Actenstückes mündlich unterrichtet und auf seine Zweifel ihn zu persönlicher Einsicht desselben eingeladen. Er hat am 27. d. M. von demselben Kenntniß genommen und sich dabei überzeugt, daß es von der Handschrift seines früheren französischen Collegen ist. Wenn das kaiserliche Cabinet Bestrebungen, für welche es seit 1864, zwischen Versprechungen und

Drohungen wechselnd, ohne Unterbrechung bemüht gewesen ist, uns zu gewinnen, heute ableugnet, so ist das angesichts der politischen Situation leicht erklärlich.

Ew. 2c. wollen gefälligst diesen Erlaß dem Herrn ... vorlesen und in Abschrift behändigen.

(gez.) von Bismarck."

Es muß hierzu bemerkt werden, daß bei jenen Besprechungen auch von der französischen Schweiz die Rede war und die nicht mißzuverstehende Andeutung fiel, daß man „in Piemont gar nicht wisse, wo das Französische aufhöre und das Italienische anfange."

Uebrigens ist nicht Napoleon der Erfinder aller dieser Ideen; er hat sie nur wieder aufgenommen, wie sie nach Ideen des Fürsten Polignac im Jahre 1829 in einer Denkschrift niedergelegt waren. Damals sollte der französische Gesandte in Petersburg diese Vorschläge eines Gebietsschachers um Belgien, die Rheinprovinz, Sachsen, Bayern u. s. w. in Fluß bringen; Kaiser Nikolaus soll sie gern angehört haben, aber der König Friedrich Wilhelm III. lehnte sie mit dem Bemerken ab, es sei sein unwiderruflicher Entschluß, niemals in Trennung von Landestheilen einzuwilligen, für deren Wohl er Opfer gebracht, deren Wirkungen bereits in reichlichem Maße hervorgetreten seien. Die Denkschrift Polignac's war im Juli 1830 bei der Plünderung des Hotels des Auswärtigen verschwunden, und Theile davon kamen nach zwölf Jahren zuerst in der Commission royaliste unter dem Grafen Fitz-James-Proux zum Vorschein. Nach diesen bearbeitet, wurden die Vorschläge im Jahre 1866 Napoleon vorgelegt.

Die Enthüllungen Bismarck's hatten überall einen überwältigenden Eindruck gemacht. Das einmal begonnene Lügengewebe konnte man sich jedoch in Paris nicht entschließen aufzugeben, sondern man wollte es um jeden Preis fortsetzen, um nicht jetzt schon vor aller Welt sich Blößen zu geben. Auf die inhaltsreiche Darlegung des Grafen Bismarck antwortet das officielle Journal in einem langen Artikel voll hohler Redensarten, die zuletzt darauf hinauskommen, daß Frankreich der wahre Beschützer des wahren Deutschlands gegen das gewaltthätige Preußen, vor Allem aber aus geschichtlichem Beruf der großmüthige Gönner der süddeutschen Staaten sei. Im Grunde führe Frankreich gar nicht Krieg gegen Preußen, sondern lediglich gegen die Politik Bismarck's. Der Kaiser

sei von jeher von der freundschaftlichsten Gesinnung für das Gedeihen und die Entwickelung eines mächtigen einheitlichen Deutschland beseelt gewesen. Vor dem Kriege mit Oesterreich hätte der Kaiser Vorschläge gemacht, die Preußen alle mit der Freiheit, der Unabhängigkeit und dem Gleichgewicht Deutschlands vereinbaren Rechte sicherten und Deutschland vor dem Unglück des Despotismus und des Krieges bewahrt hätten. Dieser uneigennützigen Politik wird sodann das Verfahren Bismarck's als das absolute Gegentheil gegenübergestellt. Am meisten aber wird bedauert, daß ein Monarch, wie König Wilhelm, der einst als Prinz-Regent feierlich ausgesprochen hätte, Preußen müsse in Deutschland nur moralische Eroberungen machen, sich von seinem Minister zu solchen (?) Gewaltthaten habe hinreißen lassen. In Betreff der süddeutschen Staaten heißt es dann weiter: „Voll Achtung für die Eigenschaften dieser wackeren, redlichen und arbeitsamen Bevölkerungen, wissen wir, daß, so gerne sie auch bereit sein würden, einen wirklich nationalen Krieg zu führen, sie tief betrübt sind, einen preußischen Krieg zu führen." Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Die Zukunft wird die Erhabenheit des Gesichtspunkts der kaiserlichen Politik darlegen, und die Deutschen werden selbst schließlich der Redlichkeit Frankreichs und seines Herrschers Gerechtigkeit widerfahren lassen." Der Herzog von Gramont erläßt außerdem am 3. August eine Circulardepesche an die französischen Agenten im Auslande,*) in welcher er, obwohl er sie fürchtet, weitere Beweisstücke von Bismarck für seine Anschuldigungen verlangt; er versucht diesen daher von vornherein die Spitze abzubrechen, indem er versichert, Frankreich sehe denselben ohne Furcht entgegen. Er erinnert an Frankreichs Abrüstungsvorschläge, schließlich bemüht er sich, Rußlands Mißtrauen hervorzurufen, indem er Bismarck Aeußerungen unterlegt, die dahin wirken sollen; dieser habe darum nicht abrüsten wollen, weil ihm die russische Politik, sowie die Möglichkeit einer Allianz zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten Besorgniß einflöße. Zuletzt spricht er noch von den „Verleumdungen Seitens Bismarck's."

Es erfolgt darauf zunächst ein officiöser Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und ein Erlaß des Staatssecretärs

---

*) Beilage 9.

an die Gesandten bei den süddeutschen Regierungen. In ersterem heißt es: „Die Kräfte, welche dazu erforderlich wären, jeder Unwahrheit der französischen Regierung zu widersprechen, werden von würdigeren Beschäftigungen in Anspruch genommen in dem Augenblicke, wo das ganze Lügengebäude über den Köpfen seiner Erbauer zusammenstürzt. Die Rücksicht auf den künftigen Geschichtschreiber aber gebietet es, einer bestimmten Behauptung, die der Herzog von Gramont öffentlich aufgestellt hat, die Wahrheit entgegenzusetzen, die nur einem kleinen Kreise bekannt ist. Auf die Anklageacte des Grafen Bismarck vom 29. v. M. hat der Herzog von Gramont in dem Circular vom 3. Aug. seine Verantwortung veröffentlicht. Dieselbe sagt über die Entstehung des Vertragsentwurfs, betreffend Belgien, nichts, sondern begnügt sich mit der Betheuerung, daß „der Kaiser Napoleon Preußen niemals einen Vertragsentwurf wegen Besitzergreifung Belgiens vorgelegt habe." Vielleicht will er, beiläufig bemerkt, durch diese Fassung einräumen, was der Graf Benedetti wenige Tage vorher bestritten hatte, daß allerdings dieser dem Grafen Bismarck einen solchen Entwurf vorgelegt hat. Die übrigen Anklagepunkte in Betreff anderer französischer Gebietsgelüste übergeht er mit Stillschweigen. Desto ausführlicher aber spricht er über einen Versuch, den zu Anfang d. J. der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wir wissen nicht, ob mit oder ohne Vorwissen des Kaisers Napoleon, gemacht hat, durch den Grafen Clarendon Preußen zu einer „Abrüstung", d. h. zur Desorganisirung seiner Wehrkraft zu vermögen. Wohl Niemand mehr, als Graf Clarendon, wenn er heute noch lebte, würde es der preußischen Regierung Dank wissen, daß sie über diesen Versuch geschwiegen hat, und das entgegengesetzte Verhalten des Herzogs darf der Verurtheilung Englands überlassen bleiben. Wir haben es nur mit seiner Behauptung zu thun, der Graf Bismarck habe unter seinen Einwendungen gegen den Vorschlag des Grafen Clarendon die Besorgniß einer Allianz zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten geltend gemacht. Er beruft sich für diese Behauptung auf ein Schreiben des französischen Gesandten in London; mit welchem Rechte, werden diese beiden Staatsmänner untereinander auszumachen haben. Thatsache ist, daß in allen auf diese Angelegenheit bezüglichen Schreiben des Grafen Bismarck und in allen dadurch veranlaßten

Unterredungen des Grafen Bernstorff mit dem Grafen Clarendon der süddeutschen Staaten auch nicht mit einer Sylbe erwähnt worden ist."

Der Erlaß vom 12. August lautet: „Ew.... kennen aus den öffentlichen Blättern das Circular, welches von dem Herzoge von Gramont unter dem 3. d. M. an die französischen Gesandtschaften erlassen und im „Journal officiel" veröffentlicht ist. Ungeachtet der geringen Glaubwürdigkeit, welche die neuerlichen Aeußerungen der französischen Regierung verdienen und finden, glaube ich es nicht unterlassen zu dürfen, eine der in diesem Circular enthaltenen Unwahrheiten ausdrücklich als solche zu bezeichnen. Ich meine die dem Herrn Grafen Bismarck zugeschriebene Aeußerung, daß er eine eventuelle Allianz Oesterreichs mit den süddeutschen Staaten befürchte. Ich gebe mich zwar keinem Zweifel darüber hin, daß die süddeutschen Regierungen, ganz abgesehen von dem bestehenden Vertragsverhältniß, aus unserm Verhalten gegen sie und aus ihrem eigenen Bewußtsein die Ueberzeugung geschöpft haben werden, daß eine solche Furcht uns nicht beschleichen kann." Die Aeußerung wird dann für geradezu erfunden erklärt, und es wird auseinandergesetzt, daß die diesseitigen Bedenken gegen eine Abrüstung darin begründet seien, daß bei der Verschiedenheit der Wehrsysteme eine Herstellung und Controlirung einer verhältnißmäßigen Abrüstung die größten Schwierigkeiten haben werde.

Nicht ganz unerwähnt kann hier wegen des Aufsehens, das er machte, ein in einem Wiener Blatte abgedruckter offener Brief des ungarischen Generals Türr an Bismarck gelassen werden. Derselbe behauptet, in persönlichen Unterredungen die Anerbietungen Bismarck's an Napoleon kennen gelernt zu haben, und wiederholt sogar die angeblichen Worte desselben. Er verschweigt dabei vollständig seine Anerbietungen im Namen Napoleon's und entpuppt sich sehr deutlich als einen der Agenten desselben, deren Bismarck bereits in seinem Cicularschreiben Erwähnung that. Es lohnt sich um so weniger, den Brief mitzutheilen, nachdem bekannt geworden ist, daß Madame Türr alljährlich 24,000 Franks aus der kaiserlichen Chatoulle erhielt. Auch hat er die gebührende Abfertigung für seine dreisten Behauptungen zuerst in einem Telegramm Bismarck's an die Kölnische Zeitung und einem solchen an das auswärtige Amt

erfahren, wonach der Kanzler seinerseits Türr auf den Wunsch Napoleon's empfangen und von ihm mündliche, von besser accreditirten Agenten schriftliche Mittheilungen entgegengenommen habe, die zur Veröffentlichung bereitstehen, daß er aber niemals, weder schriftlich noch mündlich, eine Antwort gegeben. Türr sei französischerseits von Hause aus als unzuverlässig und nur militärisch verwendbar bezeichnet worden. Türr ist Emissär des Kaisers, stand in nahen Beziehungen auch zum Prinzen Napoleon und wird, wie selbst die Wiener sagten, kaum ohne Aufforderung dieser seiner Freunde sich der anständigen Mühewaltung zur Unterstützung des Trugsystems unterzogen haben. Seine weiteren Bemühungen, Oesterreich aus der Neutralität in die Action gegen Preußen' zu verführen, da Preußen und Rußland, wie aus Fadiejef's Schriften hervorginge, Oesterreich vernichten und sich darein theilen wollten, sind von keinem bessern Erfolge gekrönt gewesen; und eben so wenig Glück hat er mit seinem Pronunciamento zu Gunsten der Wiederherstellung Polens mit Hülfe Oesterreich-Ungarns gemacht.

Obwohl inzwischen der Krieg in die volle Action getreten ist, Schlachten geschlagen und große Siege errungen sind, wird der diplomatische Krieg neben dem blutigen Kampfe noch fortgesetzt. Des Zusammenhanges wegen scheint es nothwendig, daß hier der diplomatische Krieg zunächst zu Ende geführt werde, der nicht minder zum Vortheile Deutschlands ausfällt.

Gewissermaßen als Antwort auf die Türr'schen Insinuationen und zugleich auf die Gramont'schen Aeußerungen bringt der preußische Staatsanzeiger am 10. August ein neues Actenstück zur öffentlichen Kenntniß mit folgender Einleitung:

„Im Archiv des auswärtigen Amtes befindet sich folgendes Schreiben des Grafen Benedetti an den Präsidenten des Staatsministeriums Grafen von Bismarck vom 6. August 1866 mit dazu gehörigem Vertragsentwurf, Beides von Anfang bis zum Ende von der Hand des Grafen Benedetti.

Mein lieber Präsident!

In Beantwortung der Mittheilungen, die ich in Folge unserer Unterhaltung vom 26. d. M. von Nikolsburg nach Paris gerichtet habe, empfange ich aus Vichy den Entwurf zu einer geheimen Convention, von dem Sie anliegend Abschrift finden. Ich beeile mich,

denselben zu Ihrer Kenntniß zu bringen, damit Sie ihn mit Muße prüfen können. Ich stehe übrigens zur Besprechung desselben zu Ihrer Verfügung, wenn Sie den Moment dazu für gekommen erachten. Ganz der Ihrige

Sonntag, den 5. August 1866. gez. Benedetti.

Art. I. Das französische Kaiserreich tritt wieder in den Besitz der Gebietstheile, die, heut' zu Preußen gehörend, 1814 in die Begrenzung Frankreichs eingeschlossen waren.

Art. II. Preußen verpflichtet sich, von dem Könige von Bayern und dem Großherzoge von Hessen, vorbehaltlich einer diesen Fürsten zu gewährenden Entschädigung, die Abtretung der Gebietstheile zu erlangen, welche sie auf dem linken Rheinufer besitzen, und deren Besitz an Frankreich zu übertragen.

Art. III. Es sind aufgehoben die Bestimmungen, welche die unter der Souveränetät des Königs von Holland stehenden Gebiete an den deutschen Bund knüpfen, ebenso die, welche sich auf das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg beziehen."

Dieses Actenstück übergab der Bundeskanzler der Oeffentlichkeit und übersandte es mit folgendem Circular an die Gesandten des Norddeutschen Bundes:

„Berlin, 10. August 1870.

Mein an den Herrn Botschafter des Norddeutschen Bundes in London gerichteter, von dem Grafen Granville in der Sitzung des Oberhauses am 28. v. M. mitgetheilter telegraphischer Erlaß, betreffend den in der „Times" vom 25. v. M. veröffentlichten Vertragsentwurf, hat im „Journal officiel de l'Empire" vom 30. Juli eine Darstellung über die Entstehung jenes Vertragsentwurfs gefunden, und nachdem ich mich in meinem schriftlichen Erlasse vom 29. desselben Monats ausführlicher über den Entwurf und seinen Zusammenhang mit der Politik des Kaiserreichs ausgesprochen hatte, ist die vom 3. d. M. datirte Circulardepesche des Herzogs von Gramont publicirt worden. Indem ich an diese beiden Veröffentlichungen erinnere, habe ich nicht die Absicht, eine Erwiderung darauf zu geben. Der dankbare Stoff, den sie der Kritik liefern, ist schon von der Presse aller Länder, Frankreich nicht ausgenommen, bearbeitet worden. Zweck dieser meiner ergebensten Mittheilung ist viel-

mehr, ein neues Beweisstück Ew... zugehen zu lassen und zur Kenntniß der hohen Regierung zu bringen, bei der Sie beglaubigt sind. Ich habe von demselben nicht früher Gebrauch gemacht, weil ich auch im Kriegszustande die Person des Monarchen nicht in die Erörterung von Amtshandlungen seiner Vertreter und Minister zu ziehen wünschte, und bei dem Regierungssystem, welches in Frankreich erklärtermaßen vor dem 2. Januar d. J. bestand, nicht auf die Behauptung gefaßt sein konnte, daß ein Act, wie die Vorlegung jenes Vertragsentwurfs an mich, und die anderen in meinem Erlasse vom 29. Juli bezeichneten Vorschläge und Zumuthungen ohne Vorwissen des Kaisers Napoleon erfolgt seien. Die Versicherung des französischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten: „que jamais l'Empereur Napoléon n'a proposé à la Prusse un traité pour prendre possession de la Belgique,“ und die Angaben des Grafen Benedetti, daß der Vorschlag zu dem Vertrage von mir herrühre, daß er, um sich über meine Combinationen klar zu werden, sich dazu verstanden habe, sie zu Papier zu bringen, en quelque sorte sous ma dictée, und daß der Kaiser Napoleon erst nachher Kenntniß von diesem Vertragsentwurfe erhalten habe — diese Behauptungen nöthigen mich, von einem Mittel Gebrauch zu machen, das mir zu Gebote steht, um meine Voraussetzung von dem geschäftlichen Verhältniß zwischen dem Kaiser und seinen Ministern, Gesandten und Beauftragten und meine Darlegung der französischen Politik noch zu bekräftigen. In den Acten des auswärtigen Amtes befindet sich das in Abschrift vorliegende Schreiben des Grafen Benedetti an mich vom 5. August 1866 und ein mittelst desselben übersandter Vertragsentwurf. Die Originalien, von der Hand des Grafen Benedetti, lege ich den Vertretern der neutralen Mächte zur Einsicht vor. Ein photographisches Facsimile derselben werde ich Ew... zu übersenden mich beehren. Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß nach Ausweis des Moniteur der Kaiser Napoleon die Tage vom 28. Juli bis 7. August 1866 in Vichy zugebracht hat. In der amtlichen Unterredung, welche ich mit dem Grafen Benedetti in Folge dieses Schreibens hatte, unterstützte derselbe die in letzterem enthaltenen Forderungen durch die Drohung des Krieges im Fall der Ablehnung. Der gleichwohl meinerseits ausgesprochenen Ablehnung folgte das Verlangen nach Luxem=

burg und dem Mißlingen dieses Geschäfts der größere, Belgien umfassende Vorschlag, welcher in dem von der „Times" veröffentlichten Vertragsentwurfe des Grafen Benedetti formulirt ist. Ew.... ersuche ich ergebenst, dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlaß vorzulesen und ihm eine Abschrift, beziehungsweise Uebersetzung, nebst Abschrift der Anlagen zu behändigen, auch das später folgende Facsimile demselben vorzulegen.

Der Bundeskanzler, in Vertretung von Thile."

Es kann hierzu noch bemerkt werden, daß die erste Formulirung der Compensationsgelüste dem Grafen Bismarck überreicht wurde, als der König nach Berlin zurückkehrte, um die Kammern zu eröffnen. Bismarck lehnte es ab, die Anträge dem Könige vorzulegen; aber die Franzosen wußten sie dennoch zur Kenntniß des Königs zu bringen, der denselben eben so wenig zugänglich war, als Graf Bismarck, und bei dieser Gelegenheit die bekannten Worte sprach: „Nicht eine einzige Feuerstelle trete ich auf deutschem Gebiete ab!" Frankreich deckte damals diese energische Abweisung mit Schweigen, weil es sich zum Kriege noch nicht stark genug fühlte, rüstete aber seit jener Zeit ununterbrochen.

Auch von anderen Seiten haben Frankreichs Noten eine Zurückweisung erfahren, wie in der Depesche Sagasta's, welche Gramont's Circularnote vom 21. Juli auf das Nachdrücklichste Lügen strafte. Selbst die englische Thronrede beim Schluß des Parlaments äußert, die Regierung habe den kriegführenden Mächten in der Form identische Verträge vorgelegt, um Belgien größere Sicherheit gegen die Zufälle eines an seinen Grenzen geführten Krieges zu geben. Dieser Vertrag ist vom Grafen Bernstorff für den Norddeutschen Bund bald gezeichnet worden, der französische Botschafter hat angezeigt, daß er die Ermächtigung habe, das entsprechende Document zu unterzeichnen, sobald seine Vollmacht hierzu eintreffe! England verpflichtet sich, mit jedem Theile gemeinsam die Neutralität gegen den andern zu vertheidigen. (Der Wortlaut des Vertrages findet sich unter den Beilagen.*)

Der König von Belgien nennt in der Thronrede bei Eröffnung der Deputirtenkammer am 8. August die Neutralität eine „ihm von

*) Beilage 10.

den Großmächten auferlegte garantirte“ und sagt dann: „Der Kaiser Napoleon schrieb mir, er sei formell gesonnen, die Neutralität Belgiens zu achten, und hoffe, Belgien werde selbst seine Neutralität durch alle in seiner Macht liegenden Mittel aufrecht zu erhalten wissen. Ich antwortete, der Kaiser habe sich in unseren Intentionen nicht getäuscht. Ebenso gab die preußische Regierung mir die schriftliche Zusicherung, die Neutralität Belgiens zu respectiren, so lange der andere Theil sie nicht verletze. Von Wohlwollensbezeigungen fremder Mächte hebe ich mit Dankbarkeit die Fürsorge der englischen Regierung für die Interessen Belgiens, sowie die Unterstützung dieser Gesinnung im Parlament und in der öffentlichen Meinung Englands hervor. Andererseits wird Belgien wissen, was es in seiner völkerrechtlich vorgezeichneten Stellung anderen Mächten und sich selbst schuldet.“

Die diplomatischen Verhandlungen Oesterreichs sowie Rußlands hüllen sich vorläufig in undurchdringliches Dunkel. Von ersterem wird künftig ein Rothbuch wohl zurechtgelegte Schriftstücke bringen, die jedoch nicht mehr besondern Werth für die Geschichte haben dürften. Von Rußland ist nur eine, aber sehr wichtige Depesche zur allgemeinen Kenntniß gelangt, des Inhalts, daß durch eine zwischen dem Czaren und dem Kaiser von Oesterreich gepflogene Verhandlung die Neutralität Oesterreichs unter allen Umständen als gesichert betrachtet werden könne. Rußland hat erklärt, daß es, sobald Oesterreich irgend welchen Schritt gegen Norddeutschland unternähme, Preußens Grenzen mit seinen Truppen decken würde. So konnte Preußen auch seine Truppen aus Schlesien und Posen noch auf den Kampfplatz nachziehen. Es war damit zugleich den Umtrieben einigermaßen vorgebeugt, welche sich im französischen Interesse in Galizien zeigten, wo man in der Aussicht auf französische Siege eigene Hoffnungen auf eine Erhebung Polens hegte, obwohl die Hoffnungen, welche man in Oesterreich in ihnen nährte, niemals in Erfüllung gehen werden. Auch in Polen, sogar im Großherzogthum Posen ist die polnische Bevölkerung mit einigen ihrer Führer noch immer verblendet genug, ungeachtet aller Erfahrungen von Deutschlands Unterdrückung und Frankreichs Gloire ihr Heil zu erwarten. Bei der Einberufung und Einkleidung der Reserven im Großherzogthum Posen entstanden sogar an einzelnen Orten Straßen-

krawalle, welche die Verhaftung einiger Rädelsführer zur Folge hatten. Die polnischen Reichstagsabgeordneten aus Posen waren eben so verblendet, sie beschlossen, sich der Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages am 19—21. Juli zu enthalten, in der Meinung, daß ihre Sympathien für Frankreich ihnen nicht gestatteten, zu einer Kriegsanleihe gegen dieses ihre Zustimmung zu geben! —

IV. Abtheilung.

Der Krieg. Die Schlachten an der Grenze, 4—6. August.

13. Napoleon in Metz. Erste französische Heldenthaten.

Bevor Napoleon von Paris abging, um den Oberbefehl zu übernehmen, veröffentlichte das amtliche Blatt kaiserliche Decrete, durch welche 1) der Kaiserin für die Dauer der Abwesenheit des Kaisers im Felde die Regentschaft übertragen wird, mit der Maßgabe jedoch, daß die Regentin keine anderen Gesetze promulgiren lassen darf, als diejenigen, welche gegenwärtig dem Senat, dem gesetzgebenden Körper oder dem Staatsrathe vorliegen; 2) die Departements der Mosel, des Oberrheins und Niederrheins in Belagerungszustand gesetzt werden; 3) das Contingent von 1869 in Höhe von 90,000 Mann zum activen Dienst einberufen wird. Ferner enthält das Journal officiel folgende Mittheilungen: „1) Es wird uns hinterbracht, daß man jenseits des Rheins das Gerücht verbreite, der Kaiser hätte den Befehl gegeben, daß die Kriegsgefangenen mit der äußersten Strenge und ohne Rücksicht auf das Völkerrecht behandelt werden sollen. Diese Angabe ist um so absurder, als der Kaiser im Gegentheil befohlen hat, die Gefangenen mit der größten Humanität zu behandeln. 2) Wir glauben daran erinnern zu sollen, daß nach

Art. 77 des Strafgesetzes mit dem Tode bestraft wird, wer Umtriebe angestiftet oder Verbindungen unterhalten hat zu dem Zwecke, dem Feinde Geldunterstützungen zu verschaffen. (Die Deutschen in Paris hatten angefangen, Sammlungen für die Verwundeten rc. zu veranstalten.) 3) Ein Büreau für Mittheilungen, welches der Presse Nachrichten vom Kriegsschauplatze geben soll, wird im Ministerium des Innern eingerichtet sein. Damit ein Blatt diese Mittheilungen empfange, genügt es, daß es einen seiner Redacteure beim Ministerium beglaubigt."

Obwohl noch nicht Alles fertig war, erfolgte des Kaisers Abreise von Paris bereits am 28. Juli, schon um den unangenehmen Erörterungen über den Benedetti'schen Vertragsentwurf zu entgehen. Nicht eine Spur von Begeisterung oder Enthusiasmus zeigte sich dabei in der Bevölkerung. An demselben Tage wurde eine Proclamation der ganzen „Rheinarmee" mitgetheilt und am nächsten in der amtlichen Zeitung publicirt. Sie ist bereits aus Metz datirt und lautet folgendermaßen: „Ich stelle mich an Eure Spitze, um die Ehre des vaterländischen Bodens zu vertheidigen. Ihr werdet eine der besten Armeen Europas bekämpfen, doch auch andere Armeen, welche eben so tüchtig waren, konnten Eurer Tapferkeit nicht widerstehen; Gleiches wird heute der Fall sein. Der Krieg wird lang und mühevoll sein, aber nichts übertrifft die zähe Kraft der Soldaten, welche in Afrika, in der Krim, in Italien und Mexiko kämpften. Welchen Weg immer wir außerhalb der Grenzen des Vaterlandes einschlagen, wir finden stets ruhmreiche Spuren unserer Väter und werden uns ihrer würdig zeigen. Ganz Frankreich begleitet Euch mit glühenden Wünschen, das Weltall hat die Augen auf Euch gerichtet. Von unserm Erfolge hängt unser Schicksal, unsere Freiheit, unsere Civilisation ab. Thue Jeder seine Pflicht; der Gott der Schlachten wird mit uns sein."

In der Hauptstadt erregte diese Proclamation Verstimmung, da sie officiell bestätigte, daß der Krieg gerade kein sehr kurzer sein werde. Die Leute, besonders Diejenigen, welche Söhne bei der Armee haben, machen bekümmerte Gesichter. Die lärmenden Haufen auf den Boulevards, die vom Tode für das Vaterland brüllten, sind verschwunden. Die Soldaten, welche Paris durchziehen, um auf der Eisenbahn nach dem Kriegsschauplatz zu gehen, bringen keine Zurufe

mehr hervor. Soldaten, welche sich zu ihren Regimentern begeben, wandeln herum in Gruppen von zwanzig bis dreißig, sie sind fast alle betrunken, und die Spaziergänger schauen sie an und zucken die Achseln. Der Anblick von Paris könnte nicht melancholischer sein, wenn die Preußen einige Meilen von den Thoren ständen. Ueber den Kaiser machte man in Metz folgende Bemerkung: Der Kaiser, der in Metz mit dem stereotypen Enthusiasmus empfangen wurde, machte eine Demonstration, zwar nicht mit einem Adler, wie weiland in Boulogne, wohl aber mit Ordenszeichen: er trug neben den Insignien der Ehrenlegion zwei dänische, einen schwedischen und einen österreichischen Orden, was allgemein auffiel. Der kaiserliche Prinz, dem die Haare militärgerecht geschnitten wurden, ehe er abzog, hat seine Locken unter die Damen vom „Hause der Kaiserin" vertheilt.

Hatte die Einberufung der Mobilgarde bereits große Bestürzung hervorgerufen, die sich beim Abgange von Paris so weit steigerte, daß man Rufe hören mußte wie: „Nieder mit dem Kaiser, nach Cayenne mit den Ministern!" so konnte der Marschall Canrobert bei einer Revüe über dieselben in Chalons kaum mehr die Disciplin aufrechterhalten. Die Mobilgarden hatten dort keine Lebensmittel vorgefunden und mußten einen ganzen Tag warten, ehe diese beschafft wurden. Natürlich veranlaßte dies einen großen Tumult; dreißig Tumultuanten mußten verhaftet werden, ehe man der Unruhen Meister werden konnte. Viele wollten zurück nach Paris geführt sein, andere verlangten an die Grenze, um in den Kampf einzutreten. Ein Correspondent des „Gaulois" spricht darüber: „Diese Unglücklichen, welche seit lange mit wenig oder gar keinen Lebensmitteln in den Waggons eingepferdt waren und unterwegs nichts zu essen bekommen hatten, überfielen in Schaaren von fünf oder sechs Personen die Hotels, Cafés und Restaurants und flehten, halb verschmachtet, um irgend Etwas, womit sie ihren Hunger stillen könnten. Es ist zu bedauern, daß der Bahnhof von Chalons, welchen die Truppen seit drei Wochen beständig passirten, sich ganz von Lebensmitteln entblößt fand; bei der Ankunft jedes Zuges sah man einen ganzen Schwarm von Ausgehungerten und Durstenden zu den Ausgängen hinstürzen und geraden Weges in die nächsten Häuser laufen, trotz alles Rufens und Schreiens der Officiere, welche sich vergeblich bemühten, sie zurückzuhalten. Man hätte, indem man das

Feilbieten von Lebensmitteln gestattete, diesen Uebelstand vermeiden können."

Was die vor jedem Kriege der Neuzeit zu vereinbarenden Zugeständnisse für den Seeverkehr anbetrifft, so hatte die preußische Regierung den Antrag gestellt, in Gegenseitigkeit auf die Wegnahme der beiderseitigen Handelsschiffe zu verzichten, und sie hatte erklärt, Deutschland werde diesen in jedem Fall ausführen. Die französische Regierung ging nicht darauf ein; das amtliche Blatt derselben meldete nur Folgendes: „Die kaiserliche Regierung hat Befehle erlassen, daß bei der Verfolgung des Krieges die Befehlshaber der französischen Land- und Seearmee den neutralen Mächten gegenüber die Vorschriften des Völkerrechts gewissenhaft beobachten und namentlich die Grundsätze festhalten, welche in der Erklärung des Pariser Congresses vom 16. April 1856 niedergelegt sind, nämlich: 1) die Kaperei ist und bleibt abgeschafft; 2) die neutrale Flagge deckt die Waare des Feindes mit Ausnahme von Kriegscontrebande; 3) die neutrale Waare mit Ausnahme der Kriegscontrebande kann unter feindlicher Flagge nicht mit Beschlag belegt werden; 4) die Blokaden sind nur dann von verbindlicher Kraft, wenn sie effectiv sind, d. h. von einer Streitmacht unterhalten werden, welche genügend ist, um den Zutritt der feindlichen Küste zu hindern. — Obgleich Spanien und die Vereinigten Staaten der Erklärung von 1856 nicht beigetreten sind, so sollen die französischen Schiffe doch an Bord eines amerikanischen oder spanischen Schiffes feindliches Eigenthum nicht mit Beschlag belegen, wofern dieses Eigenthum nicht Contrebande ist. Die kaiserliche Regierung denkt auch nicht mehr das Recht geltend zu machen, das Eigenthum spanischer oder amerikanischer Bürger an Bord feindlicher Schiffe zu confisciren."

Der Kaiser war nun seit mehreren Tagen bei der Armee, und obwohl einzelne Pariser Zeitungen Siegesberichte gebracht hatten, sobald kleine Vorpostengefechte vorgefallen und bei einer Recognoscirung ein paar deutsche Officiere gefangen genommen waren, so wurde doch die Bevölkerung Frankreichs schon ungeduldig, noch nichts von Belang in officiellen Depeschen zu erfahren. Seit mehreren Tagen hatten die Truppen Kanonaden aufgeführt, einigemal um ein Geschäft zu maskiren, das in nichts Anderem bestand, als darin, die Kartoffeln aus den Feldern diesseitiger Bewohner herauszuholen und

in Körben massenweise mitzunehmen; einmal auch bei Blittersdorf, um nach vierzig Minuten endlich die beiden Pferde eines Mistwagens todt zu schießen und den Kutscher zu verwunden. Da mußte etwas Großes in Scene gesetzt werden, und so geschah es, daß Napoleon, von seinem Sohne begleitet, sobald er erfahren hatte, einen schwachen Feind gegenüber zu haben, die in Saarbrücken stehenden Vorposten-detachements angriff und, da diese, im Ganzen drei Compagnien Infanterie, drei Escadrons Ulanen und vier Geschütze, sich stundenlang zu halten und zu vertheidigen wußten, eine Macht von 40,000 Mann entwickelte. Da erst zogen sich jene, wie bereits vorherbestimmt war, über die Saar zurück, so daß die Franzosen den Kampfplatz behaupten konnten.

Was sagt der amtliche französische Bericht über dieses Gefecht! „Am 2. August um zehn Uhr Vormittags ergriffen die französischen Truppen die Offensive und überschritten die Grenze. Die Division des Generals Bataille vom Frossard'schen Corps rückte nach Saarbrücken vor, gab auf dem Eisenbahndamm zwölf Mitrailleusensalven von niederschmetternder Wirkung nebst einigen Kanonenschüssen ab, trieb die preußischen Tirailleurs zurück, nahm fünfzig gefangen, unterbrach die Eisenbahnverbindung mit Trier und Neunkirchen — was das Hauptresultat — besetzte die die Stadt beherrschenden Anhöhen und verlor 6 Todte und 67 Verwundete. Am Abend war Frossard's Hauptquartier an der Grenze."

Napoleon ließ aus dem Vordertreffen an die Kaiserin telegraphiren: „Louis hat die Feuertaufe erhalten; er war bewundernswürdig kaltblütig und unerschrocken; er hat eine Kugel aufgenommen und in die Tasche gesteckt; die Soldaten weinten, als sie dies sahen." (!)

In Metz illuminirte man, in Paris frohlockte Alles darüber, daß die dreifarbige Fahne über Saarbrücken wehe, wie sie dort schon 1801 und 1815 geweht habe. Das war, nach der Fama, eine neue Aera in der Geschichte, ein Sieg nach zweistündigem Gefechte fast ohne Verluste, eine Zusage weiteren Sieges. Dazu die materiellen Vortheile, welche sich die Einbildungskraft bereits vorspiegelte; der Sieg erschließt das Kohlenbecken von Saarbrücken, nach dem man längst strebte, er verschließt dem Feinde die Verkehrs- und Verproviantirungslinie.

Wir sehen hier nichts als Uebermuth, Lug und Trug, dabei

Verwahrlosung jeglicher wahrer Vorsorge für das Heer, und andererseits Unzufriedenheit, Besorgnisse, Desorganisation und Mangel an Disciplin. Wie ganz anders steht es da in Preußen, in Deutschland!

14. König Wilhelm's Abschied. Vormarsch der Armee.

Hier herrscht allgemeiner Enthusiasmus für die Vertheidigung des Vaterlandes, kein Uebermuth; hier ist das ganze Volk mit seinen Königen und Fürsten vollständig einig, die vorher widerstrebenden Elemente des Südens haben sich entweder angeschlossen, oder doch ihren Widerstand aufgegeben. Und wie verabschiedet sich der Höchstcommandirende bei seiner Abreise zum Heere vom Volke und von den Räthen der Krone! Er hatte die Staatsminister um sich versammelt, sprach gegen dieselben seine Freude darüber aus, daß er das Land von so patriotischer und zuversichtlicher Stimmung durchdrungen wisse, und machte es ihnen zur Aufgabe, diese Stimmung lebendig zu erhalten. Er bekannte, daß das seine Schwierigkeit haben werde, wenn die ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatze nicht so günstig ausfallen sollten, wie man erwarte, und wie er, der König, es wünsche. Man sei durch das Jahr 1866 verwöhnt, und es könnte darum ein einziger Unfall entmuthigende Eindrücke machen. Dem müsse auf jede mögliche Weise vorgebeugt werden.

Und am Tage seiner Abreise, am 31. Juli, erschien der folgende Gruß:

„An Mein Volk!

Indem Ich heute zur Armee gehe, um mit ihr für Deutschlands Ehre und für Erhaltung unserer höchsten Güter zu kämpfen, will Ich, im Hinblick auf die einmüthige Erhebung Meines Volkes, eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen ertheilen. Ich habe das Staatsministerium beauftragt, Mir einen Erlaß in diesem Sinne zu unterbreiten. Mein Volk weiß mit Mir, daß Friedensbruch und Feindschaft wahrhaftig nicht auf Unserer Seite war, aber herausgefordert, sind wir entschlossen, gleich Unseren Vätern und in fester Zuversicht auf Gott den Kampf zu bestehen zur Errettung des Vaterlandes.

Berlin, den 31. Juli 1870. gez. Wilhelm."

Wenige Tage darauf erfolgte der specielle Amnestieerlaß:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., wollen aus Anlaß der patriotischen Einmüthigkeit, mit welcher Unser Volk sich zu dem Uns jetzt aufgedrungenen Kampfe erhoben hat, allen denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage

wegen hochverrätherischer und landesverrätherischer Handlungen, Beleidigung der Majestät oder eines Mitgliedes des königlichen Hauses, oder feindseliger Handlungen gegen befreundete Staaten,

wegen Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte,

wegen der in den §§. 87 bis 93 einschließlich und in den §. 97 bis 103 einschließlich des jetzt geltenden Strafgesetzbuchs als Widerstand gegen die Staatsgewalt und als Verletzung der öffentlichen Ordnung bezeichneten Verbrechen und Vergehen,

oder wegen irgend einer andern, mittelst der Presse begangenen oder in dem Gesetz über die Presse vom 12. Mai 1851 (Ges.-Sammlg. S. 273) und in der das Versammlungs- und Vereinigungsrecht betreffenden Verordnung vom 11. März 1850 (Ges.-Sammlg. S. 277) unter Strafe gestellten strafbaren Handlung zu einer Freiheits- oder Geldstrafe von Unseren Gerichten rechtskräftig verurtheilt worden sind, diese Strafe, so weit sie noch unvollstreckt ist, in Gnaden hierdurch erlassen, ihnen auch, unter Niederschlagung der noch rückständigen Kosten, die etwa entzogene Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte wieder verleihen und die etwa über sie verhängte Stellung unter Polizeiaufsicht aufheben.

Wegen derjenigen Verurtheilungen der vorbezeichneten Art, welche erst nach dem heutigen Tage wegen einer vor demselben begangenen, unter den gegenwärtigen Erlaß fallenden strafbaren Handlung rechtskräftig erfolgen möchten, wollen wir die von Amtswegen zu stellenden Anträge Unseres Justizministers oder, wenn die Verurtheilung durch ein Militärgericht erfolgt, Unseres Kriegsministers erwarten. Ingleichen sind Unserer Entschließung diejenigen Fälle zu unterbreiten, in welchen wegen einer unter den gegewärtigen Erlaß fallenden und zugleich wegen einer andern strafbaren Handlung eine das niedrigste gesetzliche Strafmaß für die letztere überschreitende Strafe rechtskräftig erkannt ist, ohne daß aus dem Erkenntnisse erhellt, wie viel von der Strafe auf jede einzelne der strafbaren Handlungen gerechnet ist.

Unser Staatsministerium hat für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Unseres Gnadenerlasses Sorge zu tragen.

Mainz, den 3. August 1870.

Wilhelm.

Graf von Bismarck-Schönhausen. von Roon. Graf von Itzenplitz.
von Mühler. von Selchow. Graf zu Eulenburg.
Leonhardt. Camphausen."

Es wurde allgemein bedauert, daß in diesem Gnadenerlaß nicht der oder die noch auf der Festung Graudenz inhaftirten Unterofficiere begnadigt wurden, welche wegen Insubordination gegen den wahnsinnig gewordenen Hauptmann Besser zu langjähriger Haft verurtheilt worden waren. Dieselben sind jedoch nach den großen Schlachten auch noch an die Reihe gekommen.

Die Reise nach dem ersten Hauptquartier Mainz war schon wie ein Triumphzug und selbst in den annectirten Provinzen, wie in Hannover, der Empfang des Königs ein enthusiastischer. Ebenso hat auch, wie es vom Kronprinzen früher berichtet wurde, bei der Durchfahrt des Prinzen Friedrich Karl ein freudiger Ausdruck des Patriotismus sich gezeigt. Sobald der König das Hauptquartier erreicht hatte, erließ er folgende Proclamation an die Armee:

„Mainz, 2. August 1870.

Ganz Deutschland steht einmüthig in den Waffen gegen einen Nachbarstaat, der uns überraschend und ohne Grund den Krieg erklärt hat. Es gilt die Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes.

Ich übernehme heute das Commando über die gesammten Armeen und ziehe getrost in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit Mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf Euch. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein.

Wilhelm."

Da ist nichts von dem großsprecherischen Uebermuthe, nicht von dem Rühmen der Civilisation, die man den Völkern bringt, die Rede, wie in dem Lager des Feindes. Das Vertrauen auf die Zurückweisung des Feindes und auf die Siege des deutschen Landheeres war ein allgemeines. Man gestand sich aber dabei ein, daß es nicht in gleichem Maße mit dem Vertrauen auf die Sicherheit der Seeküsten stand. Wenigstens ist nachträglich bemerkt worden, daß, wenn

bald im Anfange die französische Flotte Wilhelmshafen an der Jahde ernstlich angegriffen hätte, sie dort vielleicht einen Erfolg gehabt haben würde. Vier Wochen später war auch dieser unmöglich gemacht.

Ganz sachgemäß war der Aufruf an die Küstenbewohner der Nord- und Ostsee gewesen, den der Generalgouverneur Vogel von Falckenstein aus Hannover vom 23. Juli erlassen hatte. Da hieß es: „Unsere Küsten sind bedroht. Die Vertheidigung derselben ist mir anvertraut! Eure Vertreter im Reichstage haben mir aber auch mitgetheilt, daß es Euer Wunsch und Wille sei, hierzu mitzuwirken; ich nehme das mit Dank an; entschlossene Männer kann ich in dieser ernsten Zeit brauchen, sie wiegen schwerer denn Gold. So bewaffnet Euch längs unserer ganzen Küste der Ost- und Nordsee, formirt Euch in Abtheilungen unter Führung verständiger Männer, unter den inactiven Officieren Eurer Bezirke werdet Ihr deren genug finden. Die Bewachung der Küste möge zuvörderst Eure Aufgabe sein, um schleunige Mittheilung an die nächste Militärbehörde, von der Ihr jederzeit Hülfe zu erwarten haben werdet, machen zu können. Bei einer eintretenden militärischen Abwehr dürft Ihr nicht fehlen. Jeder Franzmann, der Eure Küste betritt, sei Euch verfallen. Von den stellvertretenden Generalcommandos Eurer Bezirke werden Euch weitere Mittheilungen zugehen."

Man hatte sämmtliche Seezeichen und Tonnen aus den deutschen Meeren entfernt, die Eingänge zu den Häfen durch Torpedos gefährlich gemacht und geschlossen. Doch konnte man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß es der französischen Flotte nicht nur gelingen könnte, große Verwüstungen an den Küsten anzurichten, sondern auch einen lähmenden Einfluß auf die Kriegführung zu üben. Die Besorgniß des Königs war also in Bezug auf diesen Theil der Kriegsführung nicht ganz unbegründet. Bald wurde man aber inne, daß die Flotte ohne Landungsarmee nichts ausrichten könne, diese aber nicht vorhanden war. So erwiesen sich alle Besorgnisse überhaupt als überflüssig. Von der französischen Flotte landete nur ein Schiff in Pommern, um Trinkwasser zu holen; als die alarmirten Husaren ankamen, war bereits Alles wieder verschwunden. Die einzige Heldenthat bestand in der Ausräumung eines, einem Schiffer bei Warnemünde durch Reißen der Bugsirkette weggetriebenen Ruderkanonenbootes. Der Curiosität wegen ist die Blokadeerklärung noch mit-

zutheilen, welche der Commandeur des französischen Panzergeschwaders in der Ostsee in Swinemünde abgegeben hat:

„Wir, der unterzeichnete Viceadmiral und Senator, Oberbefehlshaber der Seemacht des Kaisers der Franzosen in der Ostsee, erklären angesichts des zwischen Frankreich und Preußen, sowie den Staaten des Norddeutschen Bundes bestehenden Krieges und in Kraft der uns zustehenden Befugnisse, daß vom 15. August 1870 an die Häfen, Flüsse, Buchten, Rheden und Kreeken, welche zwischen den Parallelkreisen 53 Grad 25 M. und 55 Grad 53 M. nördlicher Breite und 7 Grad 6 M. und 18 Grad 55 M. östlicher Länge nach dem Meridian von Paris liegen, durch die unter unserm Befehl stehenden Seestreitkräfte im effectiven Blokadezustande gehalten werden, und daß die unter befreundeter oder neutraler Flagge fahrenden Schiffe eine zehntägige Frist haben, um ihre Ladung zu beendigen und die blokirten Orte zu verlassen. Gegen jedes Schiff, welches die Blokade zu brechen sucht, wird nach dem Völkerrechte und den mit den neutralen Mächten bestehenden Verträgen verfahren werden. Am Bord der Panzerfregatte Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen „La Sürveillante“.

Großer Belt, 15. August 1870.

Der Viceadmiral und Senator, Oberbefehlshaber des Panzergeschwaders im Norden.

gez. Bouet Villaumez.“

Eine ähnliche Erklärung war für die Häfen der Nordsee vom Admiral Fourichon erlassen worden. Hier wurde noch einmal der Versuch gemacht, die französische Flotte von der Wegnahme deutscher Handelsschiffe abzuhalten, indem der General Vogel von Falckenstein den Contreadmiral Prinzen von Hessen zur französischen Flotte, die bei Helgoland ankerte, mit folgendem Schreiben an Fourichon entsandte:

„Excellenz! Sie haben die Feindseligkeiten zur See mit der Wegnahme deutscher Kauffahrer eröffnet und dabei außer Acht gelassen, daß wir augenblicklich in der Lage sind, für einen solchen Krieg gegen friedliche Deutsche grenzenlose Repressalien nehmen zu können. Im Interesse Ihrer Landsleute stelle ich Ew. Excellenz anheim, auch zur See den Krieg nur gegen die bewaffnete Macht zu führen, wie diese zur Zeit auch in Frankreich nicht wehrlose Bürger bekriegt.

Wohlan denn! Kämpfen wir gegen einander wie ritterliche Soldaten, zeigen wir uns ebenbürtig, achten wir das Privateigenthum des ruhigen Bürgers!

Sind Ew. Exc. gleichen Sinnes, dann dürften Sie sich geneigt zeigen, die genommenen Schiffe ihren Eigenthümern zurückzugeben, Sie werden mehr damit gewinnen, als diese kleinen Prisen Ihnen an Werth bieten.

Ueberbringer dieses, Contreadmiral Prinz von Hessen, ist von mir beauftragt, dies Schreiben zu überbringen und Ew. Exc. Entschließung entgegenzunehmen.

Mit besonderer Hochachtung Ew. Excellenz ergebener

von Falckenstein,

Generalgouverneur der Küstenlande."

Unter dem Schutze der Parlamentärflagge passirte der Prinz von Hessen auf dem Dampfer Schwalbe die französischen Kreuzer und erreichte das französische Admiralschiff Magnanime. Eine Dampfbarkasse dieses Panzerschiffes brachte den Chef des Stabes, Baron de Roussin, an Bord der Schwalbe, und nach militärischem Gruß und gegenseitiger Vorstellung theilte der Prinz jenem Officier auf deutsch mit, daß er dem Admiral Fourichon ein Schreiben zu übergeben habe. Da der französische Officier kein Deutsch verstand, mußte die englische Sprache aushelfen. Baron de Roussin erklärte sich ermächtigt, die Depesche anzunehmen und zu öffnen. Als er zu seinem Erstaunen auch diese Depesche in deutscher Sprache sah, ließ er sich den Inhalt auf englisch erklären. Nach einer Stunde, während welcher die französische Flotte vor den Blicken des Parlamentärs lag, brachte Roussin die versiegelte Antwort des Admirals an Bord der Schwalbe. Die Officiere trennten sich mit militärischem Gruß, und die Schwalbe kehrte mitten durch die französischen Schiffe zurück, um dem Gouverneur folgende (französisch geschriebene) Antwort zu bringen:

„An Bord der Magnanime, 18. August 1870.

Herr Generalgouverneur! Mein Dolmetscher der deutschen Sprache befand sich zu dieser Stunde in Kreuzung auf einer andern Fregatte und ich konnte nur unvollkommen Kenntniß nehmen von dem Briefe, den Sie mir zu schreiben mich beehrten; aber der Herr Prinz von Hessen, Ihr Parlamentär, hat den Gegenstand desselben meinem Generalstabs-Chef angegeben: Es würde sich darum han-

deln, das Privateigenthum auf der See ebenso zu respectiren, wie es das Völkerrecht zu Lande zuläßt.

Ew. Exc. ist nicht unbekannt, daß bis jetzt die internationalen Uebereinkommen und Verträge diese Bestimmung nicht enthalten, und wird wohl anerkennen, daß ein solcher Gegenstand ausschließlich in den Befugnissen unserer Regierungen liegt und daß ich keinen Rechtstitel besitze, ihn zu behandeln.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung meiner größten Hochachtung.

Der Viceadmiral, Befehlshaber der Seestreitmacht des Kaisers der Franzosen auf der Nordsee. L. Fourichon."

Diese ganze Correspondenz und Darlegung des Vorfalles wurde vom preuß. Staatsanzeiger mitgetheilt, weil die französisch-englischen Blätter die Sache dargestellt hatten, als wenn der Zweck des Prinzen lediglich eine Spionage gewesen wäre, wie sie geradezu behaupteten.

15. Die Schlachten bei Weißenburg, Wörth und Spichern und ihre Folgen.

Das deutsche Heer war in drei Armeen getheilt worden, deren nördliche, den rechten Flügel, als erste Armee der General Steinmetz, das Centrum als zweite Armee der Prinz Friedrich Karl, und die südliche, den linken Flügel, als dritte Armee der Kronprinz von Preußen commandirte. Den ersten beiden stand die Armee des Kaisers Napoleon gegenüber, der Südarmee des Kronprinzen, zu welcher auch die süddeutschen Armeecorps gehörten, die zweite französische Armee unter dem Befehle des Marschalls Mac Mahon, Herzogs von Magenta, mit seinen afrikanischen Horden, als Turkos, Spahis und Kabylen.

Diese Armeen trafen erst zusammen, als die Avantgarde der Bayern im Elsaß vorrückte und die Division des Generals Douay angriff. Das Gefecht in und um Weißenburg, früher deutsche Reichsstadt, im 18. Jahrhundert befestigt, wurde, sobald noch zwei preußische Armeecorps die Bayern unterstützten, ein überaus heftiges und blutiges. Es währte am 4. August an sieben Stunden, während welcher die Stadt selbst und der 1/4 Meile dahinter liegende Gaisberg, durch zickzackförmige Gräben, Wälle und Schanzen befestigt, die sich über zwei Meilen weit erstreckten, erstürmt wurden.

Die Franzosen, zurückgeworfen, aufgelöst, mußten ihr Zeltlager zurücklassen, verloren ihren General Douay, welcher getödtet wurde, an 800 Gefangene und 1 Kanone. Das Telegramm des Königs aus Mainz an die Königin Augusta begann mit den Worten: „Unter Fritzens Augen ist heute ein glänzender, aber blutiger Sieg erfochten worden," und schloß: „Gott sei gepriesen für diese erste glorreiche Waffenthat! Er helfe weiter."

Man erinnerte sich in diesen Tagen daran, daß der Großvater des Kaisers Louis Napoleon von mütterlicher Seite, der General Beauharnais, weil er im Jahre 1793 Weißenburg verloren und noch andere Verluste erlitten hatte, guillotinirt wurde. Die Stadt Weißenburg existirte bereits unter den Merovingern; König Dagobert ließ dort eine Abtei errichten. Die wichtige Rolle, welche den Weißenburger Linien im Kriege zuertheilt ist, hat Thiers in seiner Geschichte der französischen Revolution bei Darstellung früherer Kriege anschaulich gemacht.

Am Tage nach der Schlacht errichteten die Pioniere hier sofort eine Telegraphenstation. Der Kronprinz setzte seinen Vormarsch über Weißenburg hinaus fort, ohne zunächst auf ernstlichen Widerstand zu stoßen.

Der Jubel in ganz Deutschland über den Sieg war groß, und die Städte prangten in einem früher niemals in solchem Umfange gesehenen Fahnenschmucke. Merkwürdigerweise auch in Paris jubelt man bald darauf! Zuerst war die officielle Nachricht gekommen: „Drei Regimenter von der Division des General Douay und eine Brigade leichte Cavallerie wurden am 4. bei Weißenburg von sehr bedeutenden Streitkräften angegriffen, die in den Gehölzen an den Ufern der Lauter zusammengehäuft waren. Unsere Truppen widerstanden mehrere Stunden lang den feindlichen Angriffen, dann zogen sie sich auf den Pignonnierhügel zurück, welcher die Straße von Bitsch beherrscht. Der General Douay wurde getödtet. Eins unserer Geschütze, dessen Pferde getödtet worden waren und dessen Lafette zertrümmert war, gerieth in die Gewalt des Feindes. Der Marschall Mac Mahon vereinigt in dieser Gegend die unter sein Commando gestellten Truppen." Bald darauf aber hatte Jemand falsche Nachrichten ausgesprengt; es hieß, Weißenburg sei wiedererobert, der Kronprinz besiegt und gefangen genommen, und der-

gleichen Lügen mehr waren in Aller Munde. Die Berichterstatter sprechen nicht anders als von einem Narrentage, Paris war im Delirium, nachdem das Pariser Volk bereits Straßenjustiz gegen einen Unvorsichtigen und dessen Handlungshaus ausgeübt hatte, weil er in Folge der Nachricht des preußisch-bayerschen Sieges bei Weißenburg ausgerufen hatte: „Das ist eine nette Revanche für Saarbrücken, die Franzosen sind diesmal tüchtig gegerbt worden!" Dabei sucht das officielle Journal dieselben auch jetzt noch über die Stimmung in Deutschland irrezuleiten. So weist es auf die Haltung der Könige von Sachsen und Württemberg als bezeichnenswerth hin; der Sachse habe der französischen Gesandtschaft bei ihrer Abreise die verbindlichsten Artigkeiten bezeigt, und der Württemberger in den ehrerbietigsten Ausdrücken vom Kaiser Napoleon gesprochen. Dafür versichert die französische Regierung, sie wolle dem Könige von Sachsen nichts thun, dessen schwierige Lage sie würdige; der Kaiser habe persönlich die größte Achtung und lebhafteste Sympathie für den König Johann.

Jetzt folgten die wuchtigen Schläge der deutschen Armee des Kronprinzen gegen Mac Mahon's ganze Armee und einen Theil der Corps Failly und Canrobert am 6. August bei Wörth (drei Meilen südwestlich von Weißenburg), sowie der Steinmetz'schen Armee unter Kameke und Göben bei Spichern unfern von Saarbrücken gegen Frossard. Das Telegramm des Königs über die erstere Schlacht an die Königin Augusta lautete: „Welches Glück dieser neue Sieg durch Fritz! Preise nur Gott für seine Gnade! Genommen einige 30 Geschütze, 2 Adler, 6 Mitrailleusen, 4000 Gefangene. Mac Mahon war verstärkt aus der Hauptarmee. Es soll Victoria geschossen werden. Wilhelm."

Mac Mahon war vollständig geschlagen und auf Bitsch (vier Meilen westlicher) zurückgeworfen. Seine ganze Armee floh mit Zurücklassung ihrer ganzen Bagage, vieler Geschütze und zweier Eisenbahnzüge mit Proviant, nach Verlust von 12,000 Todten und Verwundeten und sogar über 6000 Gefangenen. Die württembergische Cavallerie erbeutete noch einen Stabswagen mit 220,000 Franks in Gold und mehrere hundert Pferde. Bei Spichern, aus befestigten Anhöhen, hatte die erste Armee die Franzosen vertrieben, ihnen einen vollständigen Brückentrain von 40 Wagen abgenommen, sowie das

Lager einer Division, bedeutende Magazine; eine große Zahl von Gefangenen wurde gemacht, das Frossard'sche Corps fast gänzlich aufgerieben, während allerdings in der deutschen Armee an diesem Tage der Verlust an Soldaten und Officieren sich nach Tausenden beziffert. Aber die Erfolge dieser Schlachten waren so bedeutende, wie man im ersten Moment noch gar nicht übersehen konnte. Der französischen Armee war nicht nur die Offensive vollständig abgeschnitten, sondern sie war nicht mehr zur Defensive für die nächste Zeit fähig. Die seitherige strategische Position Napoleon's an der Nordostgrenze Frankreichs war nicht mehr zu behaupten, er war gezwungen, das Elsaß und Lothringen theilweise zu räumen, um in einer weiter zurückgelegenen Position seine Corps zu einer großen Defensivschlacht vereinigen zu können. Das Gros mußte sich also bis Metz zurückziehen, während Mac Mahon, von diesem abgeschnitten, schleunigst den Rückzug mit dem Reste seiner aufgelösten Armee nach dem Innern anzutreten gezwungen war.

Napoleon telegraphirte aus Metz am 6. August, Mitternacht, nach Paris: „Mac Mahon hat eine Schlacht verloren, Frossard ist an der Saar genöthigt worden, sich zurückzuziehen. Der Rückzug vollzog sich in guter (!) Ordnung; es kann noch Alles wieder in's rechte Geleis kommen.“ Um 3½ Uhr Morgens kam die zweite Depesche: „Metz, 7. August. Da meine Communication mit Mac Mahon unterbrochen war, hatte ich gestern nur wenig Nachrichten von ihm. General Laigle meldet mir, daß Mac Mahon eine Schlacht gegenüber sehr beträchtlichen feindlichen Streitkräften verloren und sich in guter Ordnung zurückgezogen habe. Das Gefecht begann um ein Uhr und schien nicht sehr ernst, bis allmälig beträchtliche feindliche Streitkräfte hinzukamen, ohne indeß das zweite Corps zum Rückzuge zu nöthigen. Erst zwischen sechs und sieben Uhr, als die feindlichen Massen immer compacter wurden, zogen sich das zweite Corps und die Regimenter, welche aus anderen Corps zu seinem Soutien dienten, auf die Höhen zurück. Die Nacht war ruhig; ich begebe mich in das Centrum unserer Aufstellung.

gez. Napoleon.“

Das Ministerium veröffentlicht diese Depeschen mit einer Proclamation, welche mit den Worten schließt: „Angesichts dieser ernsten Nachrichten ist unsere Pflicht uns vorgezeichnet. Wir appelliren an

den Patriotismus und die Energie Aller, die Kammern sind berufen, wir stellen den Fall der Dringlichkeit (urgence). Paris ist in Vertheidigungszustand. Um die Ausführung der militärischen Vorbereitungen zu erleichtern, erklären wir den Belagerungszustand. Keine Schwäche, keine Zersplitterungen! Unsere Hülfsmittel sind immens, kämpfen wir mit Festigkeit, und das Vaterland wird gerettet sein."

Aus anderen bald mitgetheilten Depeschen ist noch bemerkenswerth, daß eingestanden wird, Mac Mahon habe fünf Divisionen und das Corps Failly gehabt, daß der Rückzug überall in guter Ordnung erfolgt sei bei vortrefflicher Stimmung. Dann heißt es: „Um uns zu unterstützen, ist es nöthig, daß Frankreich und Paris einträchtig, bereit sind, ihrem Patriotismus die größten Anstrengungen aufzuerlegen. Hier (in Metz) verliert man weder Kaltblütigkeit noch Vertrauen, aber die Probe, auf die wir gestellt werden, ist ernst. Mac Mahon zog sich nach der Schlacht zurück, indem er den Weg nach Nancy deckte. Gegenwärtig vollzieht sich eine rückgängige Bewegung zum Zweck der Concentration!"

Der Ministerrath ist in Permanenz. Rouher und Schneider sind nach den Tuilerien berufen. Die Kaiserin ist Morgens um fünf Uhr in Paris eingetroffen und hat folgende Proclamation erlassen: „Franzosen! Der Beginn des Krieges ist für uns ungünstig gewesen, unsere Waffen haben eine Niederlage erlitten, seien wir diesem Unfall gegenüber fest und beeilen wir uns, ihn gut zu machen.

Möge es unter uns nur eine Partei geben, der alle Franzosen angehören, nur eine Fahne, die unserer nationalen Ehre, möge uns voranwehen. Ich komme in Eure Mitte; treu meiner Mission und meiner Pflicht werdet Ihr mich als die Erste bei jeder Gefahr sehen, wo es gilt, die Fahne Frankreichs zu vertheidigen. Ich beschwöre alle guten Bürger, die Ordnung aufrechtzuerhalten; dieselbe stören, wäre nichts Anderes, als mit unseren Feinden conspiriren.

Gegeben im Palast der Tuilerien, 7. August, 11 Uhr Vormittags.

Eugenie."

Am 8. August wird eine neue Proclamation der Minister an die Straßenecken angeschlagen: „Jetzt, Franzosen, haben wir Euch die volle Wahrheit gesagt, jetzt ist es an Euch, Eure Pflicht zu thun. Ein und derselbe Ruf möge von allen Franzosen von einem Ende Frankreichs zum andern tönen! Möge das ganze Volk sich erheben

in Hingebung, um den großen Kämpfen Stand zu halten. Einige unserer Regimenter (!) sind unterlegen, unsere ganze Armee ist noch nicht besiegt. Derselbe Hauch der Unerschrockenheit beseelt sie noch immer. Setzen wir der jetzt von glücklichem Erfolge begleiteten Kühnheit des Gegners die Zähigkeit entgegen, welche die Geschicke beherrscht. Ziehen wir uns auf uns selbst zurück, und mögen die Eroberer gegen einen Wall von menschlichen Leibern anstürmen, wie es 1792 und bei Sebastopol gewesen! Mögen auch jetzt unsere Niederlagen nur eine Schule der Siege sein! Es wäre ein Verbrechen, auch nur einen Augenblick an der Wohlfahrt des Vaterlandes zu verzweifeln, und noch mehr, nicht zu derselben beizutragen. Bleibt aufrecht also! aufrecht! und Ihr Einwohner des Centrums, des Nordens und des Südens, auf denen nicht die Bürde des Krieges lastet, eilt mit einmüthigem Elan Euren Brüdern im Osten zu Hülfe! Möge Frankreich, das in den Erfolgen einig gewesen, noch einiger sein in der Zeit der Prüfungen! Gott segne unsere Waffen!" Dann wird noch mitgetheilt, daß Bazaine mit der Leitung der Operationen betraut und die große Armee vor Metz concentrirt sei.

Die Pariser verlangen Waffen, aber man möchte sie ihnen nicht gern geben, sie könnten dieselben auch zu einem andern Zwecke brauchen. Man erklärt also den Belagerungszustand über die Departements der 1. Militärdivision (Paris, Seine), der 3. (Lille), der 4. (Chalons a. d. M.), der 7. (Straßburg), ferner die der 8. Militärdivision (Lyon) angehörenden Departements Cote d'or, Saone und Loire, Aine und Rhone. Die Wochenrundschau des Journal officiel bringt hierzu noch folgende merkwürdige Illustration, die in diplomatischen Kreisen in Paris sehr frappirt, namentlich durch die Art, wie von Oesterreich gesprochen wird, da Nichts vorliegt, was dem officiellen Blatte das Recht zu einem so drohenden Hinweise auf die eventuelle Haltung Oesterreichs geben könnte. Es heißt da in jenem Artikel: „Es giebt im Leben der Völker feierliche und entscheidende Stunden, wo Gott ihnen Gelegenheit giebt, zu zeigen, was sie sind und was sie vermögen. Ein solcher Augenblick ist für Frankreich gekommen! Man hat oft gemeint, daß die große Nation, so unerschrocken sie im Anstürmen sei, doch schwer Unglücksfälle zu ertragen wisse. Was sich jetzt vor unseren Augen vollzieht, straft diese Verleumdung Lügen. Die Haltung der Bevölkerung zeigt keine Entmuthigung, sondern eine

patriotische Wuth gegen die Angreifer Frankreichs, welche hier ihr Grab finden sollen. Alle Franzosen werden sich wie ein Mann erheben! Voll Enthusiasmus ruft Alles: Auf zu den Waffen, siegen oder sterben! Während unsere Soldaten heroisch den Boden des Vaterlandes vertheidigen, ist Europa mit Recht voll Unruhe über die Erfolge Preußens. Man weiß nicht, wie weit der Ehrgeiz dieser unersättlichen Macht gehen könnte, wenn ein definitiver Triumph sie noch mehr anstachelte. Es ist ein unveränderliches Gesetz der Geschichte, daß jedes Volk, welches durch außergewöhnliche Erfolge das allgemeine Gleichgewicht stört, gegen seine Siege eine Reaction wachruft und alle anderen Völker sich zu Feinden macht. Wer ist denn überhaupt interessirt an der Herstellung eines deutschen Reiches, wer kann denn überhaupt wünschen, daß die Nord- und die Ostsee ein preußischer See würden? Ist es vielleicht Schweden, Norwegen und Dänemark, welche der Triumph Preußens vernichten würde? Oder ist es etwa Rußland, welches mehr als eine andere Macht Interesse hat, das Gleichgewicht des Nordens gegen das Vordrängen des Germanenthums zu wahren? Ist es vielleicht England, welches als große Seemacht, als Schützer Dänemarks sich weiteren Fortschritten der preußischen Marine entgegenstellen muß? Ist es vielleicht Holland, welches bereits lange genug durch die Intriguen Bismarck's bedroht war? Was Oesterreich betrifft, so würde die Wiederherstellung eines deutschen Reichs unter dem Hause Hohenzollern der gefährlichste Schlag nicht nur für die Dynastie Habsburg, sondern überhaupt für die Existenz der austro-ungarischen Monarchie sein. Preußen würde sicherlich versuchen, dem Wiener Cabinet Versprechungen zu machen, aber man weiß, welcher Glaube dem Worte Bismarck's beizumessen ist. (!) Eine angebliche Garantie, welcher Art sie auch sein möge, könnte niemals stärker sein, als die Bande, welche Preußen mit dem ehemaligen deutschen Bunde verknüpften, und welche Preußen doch, ohne seiner Verpflichtungen eingedenk zu sein, in so gewaltthätiger Weise zerrissen hat. Ein definitiver Triumph der Hohenzollern wäre für Italien nicht minder traurig als für Oesterreich. Ein deutsches Reich würde sich um jeden Preis Küstenländer zu verschaffen suchen, und zwar im Süden wie im Norden. Es würde nach dem Besitze Venedigs, Triests, Amsterdams streben. Die Regeneration Italiens würde gefährdet sein. Wir appelliren an die Regierungen und an die

Völker Europas, um Europa dem preußischen Despotismus zu entreißen, um uns, sei es durch Allianzen oder Sympathien, bei der Wahrung des europäischen Gleichgewichts zu unterstützen. Für England, Dänemark, Schweden liegen schon Anzeichen vor für eine solche Wendung. Oesterreich und Italien rüsten bereits. Unser Patriotismus ist allen Gefahren gewachsen. Je ernster die Umstände sein werden, desto größere Energie wird die Nation entfalten."

Das sieht schon aus wie ein Verzweiflungsschrei, der die Völker aufrütteln will und sie warnen vor Gefahren, die ihnen nicht bekannt sind, der das Mißtrauen in ihnen zu erwecken sucht für eine Macht, der selbst bisher Niemand traute, die man nur fürchtete oder wenigstens nicht zum Feinde haben mochte. Die Regierung, welche selbst das Princip des Uebermuths, der Lüge, der Ländergier, der Herrschsucht für ihre Aufgabe hielt, suchte nun alle diese Untugenden dem Gegner zu insinuiren, nicht um sich Freunde und Alliirte zu schaffen, die konnte sie nicht mehr herbeizaubern, sondern um die übrigen Mächte zu bewegen, aus eigener Initiative der Ausnützung der Siege Deutschlands entgegenzutreten. Hatte sie sich bis jetzt verhaßt gemacht, nun zeigte sie sich lächerlich. Der Herzog von Gramont sendete eine Circulardepesche auf telegraphischem Wege an die Gesandten Frankreichs im Auslande mit der Erklärung des Kaisers, daß Frankreich keinen Frieden schließen werde, so lange eine fremde Macht auf französischem Boden stehe. Das officiöse Berliner Organ, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, machte über die Ausfälle recht kräftige Bemerkungen, an die vielleicht später einmal zu erinnern nothwendig sein wird. Sie sagte: „Wir möchten mit diesen Unverschämtheiten ein- für allemal fertig werden. Wir wollen deshalb einen außerordentlichen Fall setzen. Wir wollen annehmen, der Kaiser selbst ließe sich herbei, mit denkbar feierlichsten Versicherungen seine Unschuld zu bekräftigen. Was würde die Folge sein? Ein welterschütterndes europäisches Gelächter. Dieser Fürst, dessen Name als Napoleon III. schon eine Lüge ist; dessen Thron sich aufgebaut hat auf dem Bruche feierlicher Zusagen — seine Herrschaft in Frankreich ist als eine innere französische Angelegenheit von Europa geduldet, aber dem notorischen Wahrheitsfeinde und seinen Helfershelfern Glauben zu schenken — so tief ist die Welt niemals gesunken gewesen. Und daß man den einseitigen Behauptungen der französischen Agenten

Glauben schenken sollte, wo sie nach jedem Strohhalm haschen, um sich und ihren Meister zu retten, eine derartige Voraussetzung ist in unseren Augen eine Beleidigung der öffentlichen Moral, deren wir uns nicht schuldig machen wollen." Der Ministerrath in seiner Angst überschüttet die Pariser mit Proclamationen; da ist am 8. August noch eine solche erschienen, die das Volk beruhigen und befriedigen soll: „Pariser! Unsere Armee concentrirt und bereitet sich zu neuen Anstrengungen vor; sie ist von Energie und Vertrauen beseelt. In Paris tumultuiren (s'agiter), hieße gegen sie kämpfen und die im entscheidenden Augenblicke ihr so unerläßliche moralische Kraft schwächen. Unsere Feinde rechnen darauf. Denn soeben hat man im Hauptquartier einen preußischen Spion ergriffen, bei dem sich folgende Zeilen fanden: „Muth, Paris erhebt sich, die französische Armee wird zwischen zwei Feuer genommen werden." Wir bereiten die Bewaffnung des Volkes und der Hauptstadt vor, morgen wird der gesetzgebende Körper seine Thätigkeit mit der unserigen vereinen. Alle guten Bürger werden sich verbinden, um Aufläufe und Demonstrationen zu verhindern. Diejenigen, welche sofort Waffen verlangen, haben sich nur auf dem Rekrutirungsbüreau zu melden, wo sie dieselben augenblicklich erhalten werden, um an die Grenze eilen zu können."

Inzwischen ist auch in Rom die Ordre ausgeführt, des schleunigsten die französische Besatzung das italienische Gebiet räumen zu lassen, und dieselbe ist hastig eingeschifft. Nach französischen Blättern soll der Papst zu den französischen Officieren, als er die Nachricht von deren Abmarsche erhielt, gesagt haben: „Ich weiß aus sicherer Quelle, daß die Regierung Ihres Landes in diesem Augenblick damit umgeht, Rom der französischen Soldaten zu berauben; möge es nach dem Willen des Allmächtigen geschehen. Was mich anbelangt, so möchte ich in diesem ernsten Augenblicke Frankreich keines einzigen seiner Soldaten berauben. Die unter Euch, welche in ihr Vaterland zurückkehren wollen, um ihren Degen dem Dienste desselben zu weihen, sind von jetzt an frei, es zu thun." Transportschiffe werden noch nach Afrika geschickt, um neue Truppen zu holen. Aus dem Süden zieht man zusammen, was noch entbehrlich ist. Im Elsaß hat man eine wahnsinnige Furcht vor den Preußen den Gemüthern eingeflößt, wer über ein Fuhrwerk nach der schweizer Grenze verfügen kann, spannt an und fährt dem neutralen Boden zu. Zu

Hüningen und Sanct Louis, hart an der Grenze, kam es am 7. August Abends und in der Nacht zu Scenen, die jeder Beschreibung spotten. Verzweifelte Volkshaufen, mit ihrer Habe beladen, nach Fuhrwerken und nach der Eisenbahn schreiend, drängten sich auf der Heerstraße, und die Kutscher, die als Deutsche erkannt wurden, waren dabei ihres Lebens nicht sicher. Flüche, Verwünschungen über diese „feige, niederträchtige Armee", die sich von den „preußischen Hunden" hat schlagen lassen, hört man da von allen Seiten, über diese Armee, die noch vor wenigen Tagen vergöttert, umarmt und mit gutem elsäßer Wein in einem permanenten Rausche erhalten wurde. Die wohlhabenden Leute fuhren, auf ihrer zu einem Trümmerhaufen übereinander gethürmten Habe sitzend, gesenkten Hauptes, betend und weinend in die alten Thore von Basel ein. Die Bauern im Elsaß waren sehr fanatisirt und versuchten sogar, die benachbarten Pfälzer ebenfalls gegen die „Preußen" aufzuwiegeln. In der Nähe von Weißenburg haben sie sich sogar mit Sensen an der Action betheiligen wollen, bis sie von den Husaren niedergeritten oder zersprengt wurden. Unter den Gefangenen von Weißenburg befanden sich auch zwei katholische Geistliche und Bauern; man weiß, woher die Aufhetzereien kamen.

16. Zustände und Ereignisse in Paris. Ministerwechsel. Legislative.

Hatte in Paris die falsche Siegesnachricht, nachher die unvorsichtige Aeußerung eines deutschen Handlungsbuchhalters die Masse bereits in Bewegung gebracht, so daß sie Wechselhandlungen zu schließen befahl bis zur Einnahme von Berlin und die bedauerlichsten Demonstrationen vor einigen deutschen Bankhäusern in der Rüe Richelieu machte, so ließ sich jetzt die Gährung nicht mehr niederhalten; es war also der Belagerungszustand in der Hauptstadt proclamirt, unter diesem tagen vom 9. August ab die Kammern. Diese sollen jetzt die persönliche Verantwortlichkeit mit dem Kaiser theilen, der allein nicht mehr wagt, die letzten Maßnahmen der Verzweiflung zu treffen. Soll er es wagen, dem Volke die Waffen in die Hand zu geben nach den Meutereien der Mobilgarde in Chalons, und dabei den Belagerungszustand aufrechterhalten: das sind furchtbare Widersprüche. Er ist rathlos. Jetzt kommen die Folgen der Un-

selbstständigkeit, in der man das Volk achtzehn Jahre lang gelassen hat; die Unklarheit und Verworrenheit, die entnervende Sittenlosigkeit, auch der Mangel an jeder wirklichen Anhänglichkeit an das Oberhaupt und seine Familie im größten Theile der Bevölkerung tragen jetzt ihre Früchte. Mit Recht mußte daher der Großsiegelbewahrer den meuterischen Massen zurufen: „Wenn ihr diese Manifestationen fortsetzet, werden sie den Preußen mehr nutzen als ein Sieg!“ Das Durcheinander ist ein furchtbares. Millionen Gewehre! Volksbewaffnung! Artilleristischer Luftballon! Spione! Nach der Grenze! So wirbeln die Ausrufe und Rathschläge durcheinander. Sofortige Beseitigung der Minister war auch einer dieser Gedanken der Pariser, und die Freunde der Minister bestürmten diese früh Morgens, noch vor Eröffnung der Kammersitzung ihre Entlassung zu nehmen. Sie saßen in den Tuilerien in Permanenz, während von der Kaiserin nichts zu hören war. Die Kammern wurden eröffnet. Im Senat hielt Parieu eine Ansprache, die mit Schweigen aufgenommen wurde. In der Legislativen las Ollivier eine Darlegung der Verhältnisse vor. Er äußerte unter vielfachen Unterbrechungen durch die Linke: „Wir haben bedenkliche Niederlagen erlitten, aber unsere Lage ist weit entfernt verzweifelt zu sein; es hieße ein Verbrechen gegen das Vaterland begehen, wenn man mit Personenfragen nur eine Minute verlieren wollte; möge man die Minister mit Vorwürfen überhäufen, sie würden schweigen und nur die vorgeschlagenen Maßregeln vertheidigen.“

Mehrere Deputirte stellen den Antrag, den Vorsitz des Ministeriums dem General Trochü zu übergeben. Der interimistische Kriegsminister Dejean bringt Vorlagen ein, betreffend die sofortige Bewaffnung und Vervollständigung der Organisation der Nationalgarde in Paris und den Departements auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1831. Redner schreibt die Niederlagen der absoluten Untüchtigkeit des Generals en chef zu und fordert demgemäß, daß der Kaiser das Commando niederlege, und daß der gesetzgebende Körper die Leitung der Angelegenheiten des Landes in die Hand nehme. Dieser Antrag ruft eine unbeschreibliche Bewegung hervor; die Linke zollt demselben Beifall, während die Majorität dagegen protestirt. Cassagnac sagt, ein solcher Antrag sei der Anfang der Revolution (Tumult). Picard verlangt, daß die gegenwärtig noch in Paris be-

findlichen Regimenter an die Grenze geschickt werden sollen; wenn man der Pariser Bevölkerung Waffen verweigere, so müsse sie sich auf jede mögliche Weise damit versehen. Er verlangt schließlich eine Veränderung des Ministeriums. Jerome David, der dem Kampfe bei Weißenburg beigewohnt, sagt: „Wenn unsere Soldaten uns hörten, würden sie uns zurufen: unterlaßt die inneren Zwistigkeiten, bewahrt der Armee das Vertrauen, da sie ganz Frankreich hinter sich hat." Keratry fordert die Abdankung des Kaisers; er wird zur Ordnung gerufen. Die Sitzung wird suspendirt.

Vor dem Palast der Legislative war eine ungeheure Menschenmenge versammelt, welche der Resultate harrte. Es sind bereits militärische Versichtsmaßregeln getroffen, und die Eingänge des Palastes müssen durch die Behörde frei erhalten werden. Aus Metz ist unterdeß Mittags eine Depesche eingegangen, wonach der Marschall Bazaine das Obercommando über die vor Metz vereinigten Truppen übernommen habe.

In der Abendsitzung beantragt Düvernois folgende Tagesordnung: Die Kammer, entschlossen, ein Ministerium zu unterstützen, das fähig ist, die Vertheidigung des Landes zu organisiren, geht zur Tagesordnung über. Ollivier erklärt im Namen der Regierung, daß sie diese Tagesordnung nicht acceptiren könne. Trotzdessen nimmt aber die Kammer die Tagesordnung nach dem Antrage Düvernois' an. Auf Verlangen Ollivier's wird hierauf die Sitzung unterbrochen. Nachdem sie wieder eröffnet worden, theilt Ollivier mit, daß der Marschall Palikao mit der Neubildung des Cabinets beauftragt sei.

Die Regentin hatte diesen bereits zu sich berufen und er traf zu rechter Zeit von Lyon ein. Sie wollte aber nicht die Ernennung Trochü's zugeben, den sie eher hätte zur Flotte in die Ostsee wollen abgehen lassen, denn die Hofclique, wie Leboeuf, Frossard u. A., standen mit ihm auf gespanntem Fuße. Man war ohnedies bereits in Verlegenheit, daß aus den Provinzen Nachrichten eintrafen, nach denen die demokratische Partei bei den Gemeinderathswahlen ganz oder theilweise gesiegt hatte. Es war darum von der Regierung eine ganze Reihe von Telegrammen aus den Provinzialstädten veröffentlicht worden über Kundgebungen des Nationalgeistes und über die Rufe: Es lebe der Kaiser! Am 10. August kündigt Palikao die neuen Minister an: Palikao Krieg, Chevreau Inneres, Magne

Finanzen, Düvernois Handel, Rigault Marine, David öffentliche Arbeiten, Auvergne Aeußeres, Grandperret Justiz, Brame Unterricht, Büsson Präsident des Staatsraths. Die Signatur dieses Cabinets ist die Rettung der Dynastie an erster Stelle.

Graf Palikao, der sich nach dem 2. December 1851 Montauban nannte, gilt in Paris für einen natürlichen Sohn Ludwig Philipp's. Er machte sich durch die Gefangennahme Abdel Kader's bekannt und war durch die Expedition nach China und durch die Plünderung des kaiserlichen Sommerpalastes in Peking berüchtigt, die ihm und dem Staatsschatze bedeutenden Gewinn brachte; er sollte im Anfange des Krieges den Befehl über ein Corps der Ostseeflotte übernehmen, um an den deutschen Küsten sein Plünderungsgeschäft wieder aufzunehmen. Es fehlte aber an Transportschiffen, und die Absendung von Landungstruppen mußte unterbleiben. Auch aus Afrika waren düstere Geschichten über ihn in Umlauf, er sollte dort einen ungeduldigen Gläubiger haben ermorden lassen. Das ist der Minister des Krieges und Präsident. Marineminister ist Rigault de Genouilly geblieben. Grandperret ist der durch seinen Servilismus bekannte Generalprocurator von Paris; Chevreau ist ein talentvoller, ehrgeiziger Mann, Büsson-Billault ein Emporkömmling des Kaiserreichs, der Cultusminister Brame ein Fabrikant, wegen seines starren Katholicismus zur Beruhigung des Klerus gewählt, Jerome David ein Anhängsel der Bonapartes, endlich Düvernois der Redacteur des Peuple français, des vom Kaiser unterhaltenen Journals.

Diesen Männern mußte das Ministerium vom 2. Januar weichen, das noch kürzlich Vertrauensvota erhalten und dem Kaiser sowie dem Volke mit der Kriegserklärung einen Dienst erwiesen zu haben meinte; nur zehn Stimmen hatten sich noch zu seinen Gunsten erhoben. Einen wirklichen Dienst hat es ihnen weder durch den Krieg noch durch seine Maßnahmen am Anfange des Krieges erwiesen. Man denke an die Aufhebung der Zollvereinsbestimmungen, an den Zwangscours der Banknoten, zwar unter seinen Nachfolgern erst genehmigt, aber von ihm bereits eingebracht, der als dem Banquerott zuführend erachtet wurde. Aber seinen Nachfolgern war noch Schlimmeres vorbehalten, eine Schande für das Jahrhundert, ein Makel für das französische Volk: die Ausweisung aller Deutschen von französischem Boden und die Spionriecherei! Man möchte fast glauben,

die Minister hätten damit ein Ableitungsmittel für die Aufregung der Bevölkerung von sich selbst und der Regierung gesucht und gefunden. Den ersten Anstoß dazu gab das officiöse Blatt „Pays", welches folgende Mittheilung brachte: „Die aus dem Großherzogthum Baden ausgewiesenen Franzosen sind bis zur schweizer Grenze, an welche sie gebunden geführt wurden, der unwürdigsten Behandlung ausgesetzt gewesen. Mehrere wurden ihrer Effecten beraubt und waren genöthigt, 24 Kreuzer für die Miethe des Kerkers zu bezahlen, wo man sie, um sie gegen Gewaltthätigkeiten der Bevölkerung zu schützen, in Gewahrsam gebracht hatte. Es ist augenscheinlich, daß dieses nicht fortdauern darf. Es giebt hunderttausend Deutsche, Preußen, Bayern, Badenser, Württemberger in Paris. Wir dulden diese Leute, wir haben ihnen gestattet, während acht Tagen „Vive la paix" zu rufen. Es sind eben so viele Spione, die jeden Tag Renseignements nach Berlin senden. Sie thun sogar mehr, und dieser Tage versicherten sie, sich so viel baares Geld zu schaffen, als nur möglich, um es ihren Landsleuten zu senden. Wir haben die ritterliche und edelmüthige Thorheit so weit getrieben, an die Tafel des Marschalls Leboeuf zwei gefangene badische Officiere zu ziehen, von denen der eine am Morgen einen französischen Sergeanten getödtet hatte. Wir haben das Recht, diesseits ebenfalls Drohungen laut werden zu lassen. Wenn dies fortdauert, wenn die Achtung vor den Personen nicht streng bei den feindlichen und kriegführenden Parteien beobachtet wird, so werden wir die Ersten sein, Repressalien zu verlangen und zu nehmen. Möge die Regierung wohl Acht haben, sie ist es, welche uns auf das gehässige Auftreten der Deutschen aufmerksam macht; es ist an ihr, die nöthigen Schritte zu thun, um zu verhindern, daß sich solche Infamien erneuern. Wenn es anders sein wird, so werden wir die Pariser Bevölkerung bitten, die sofortige Ausweisung der Preußen und ihrer Verbündeten zu verlangen. Es ist schön, heldenmüthig zu sein, aber man darf diesem Gefühl nicht bis zur Dummheit und Tölpelei Raum geben." Eine solche Aufforderung mußte bei der Pariser Skandalsucht ihre Wirkungen bald ausüben.

Und was lag diesem Angriffe für eine Thatsache zu Grunde? Es waren eine Anzahl von Pariser Dirnen nebst Begleitern in Baden-Baden auch nach der Kriegserklärung in so frecher Weise aufgetre-

ten, daß man sie per Schub an die Grenze bringen mußte. Wenn ihre Koffer dort nicht gleich zur Hand waren, so hatten sie nur das Schicksal vieler anderen Reisenden in dieser Zeit. Der erste Versuch, der Erbitterung gegen Baden wegen dessen lebhaften Einverständnisses mit dem Norddeutschen Bunde Luft zu machen, war vollständig mißglückt. Graf Kératry hatte in der Legislative den Antrag gestellt, daß alle badischen Städte und Dörfer der Plünderung preisgegeben werden sollten, falls Baden, welches das Petersburger Protokoll nicht unterzeichnet habe, Sprengkugeln für das Kleingewehr in Anwendung bringen sollte. Bald stellte sich aber heraus, daß Baden dem Petersburger Protokoll der internationalen Militärcommission vom 11. December 1868 beigetreten sei, wonach der Gebrauch explodirender Geschosse unter 400 Grammen ($^4/_5$ Pfund) Gewicht ausgeschlossen ist. Mit diesem Versuche hatte man sich also blamirt. Die gegenwärtige Anklage hatte bessern Erfolg, der, erst unscheinbar, immer größere Dimensionen annahm und schließlich auch noch an Stelle des fehlenden Enthusiasmus den Ausbruch der rohesten Gewalt gegen die Deutschen zur Folge hatte. Zuerst erließ Pietri, der Polizeipräfect, folgende Verordnung: „Wir, Polizeipräfect: in Anbetracht des Artikels 5 des 12. Messidor des Jahres VIII, und in Erwägung, daß mehrere den Ländern, welche mit Frankreich im Kriege sind, angehörige, in Paris oder im Bereiche der Polizeipräfectur residirende Fremde sich Manövern gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates überlassen, befehlen, was folgt: Art. 1. Jeder aus Preußen, den Ländern des Nordbundes, Bayern, Württemberg, dem Großherzogthum Hessen und dem Großherzogthum Baden gebürtige Fremde, welcher in diesem Augenblicke in Paris oder in dem Bereiche der Polizeipräfectur residirt, muß sich in drei Tagen bei dem Polizeicommissar des Viertels seines Domicils einstellen, um eine Aufenthaltsermächtigung zu erhalten. Art. 2. Jeder aus den ebenbezeichneten Ländern gebürtige Fremde, welcher der vorstehenden Verfügung in der festgesetzten Frist nicht Folge leistet, wird verhaftet werden. Art. 3. Die vorstehende Verordnung findet keine Anwendung auf die Fremden, welche durch eine andere Naturalisation ihre ursprüngliche Nationalität verloren haben, noch auf die, welchen durch Ermächtigung der Regierung zugelassen worden ist, ihr Domicil in Frankreich aufzuschlagen."

Der erste Schritt war gethan; um die weiteren zu erreichen, werden jetzt allerhand Gerüchte verbreitet, um gegen die in Paris wohnenden Deutschen oder, wie sie alle jetzt nur heißen, die „Preußen", eine allgemeine Aufregung herbeizuführen. Da wird also ausgesprengt, die Preußen hätten auf den Wällen von Paris Kanonen vernagelt, und beim Bierbrauer Reuter seien Minengänge, um beim Heranstürmen der Preußen das Fort Ivry in die Luft zu sprengen. Aber es stellte sich in Folge Untersuchung der Militärbehörden heraus, daß überhaupt keine Kanone vernagelt worden, und daß die unterirdischen Gewölbe Reuter's Felsenkeller zur Kühlhaltung des Bieres für die Pariser waren. Dennoch wurde dies und Anderes geglaubt. Es reichte jetzt hin, daß Jemand deutsch sprach oder daß man ihn am Accent in der Aussprache des Französischen als Deutschen erkannte, um von hohem und niederem Pöbel sofort verhöhnt, insultirt oder gar gemißhandelt zu werden. Er ist ein Preuße! ein Spion! schrie Alles. Ebenso ging es in den größeren und kleineren Städten der Provinzen. Machte man doch etwas später in einer Grenzstadt der Frau Fürstin Metternich, Gemahlin des österreichischen Gesandten in Paris, auf ihrer Reise nach Brüssel sehr bedenkliche Geberden, als sie einige Worte deutsch sprach, so daß diese Dame sich veranlaßt fand, mit einer kräftigen Bemerkung den Verdacht von sich abzuleiten, als wäre sie eine Deutsche!

Chevreau, der ehrenwerthe Minister des Innern, früher Seine-Präfect, theilt der Legislativen mit, die Regierung bereite die Austreibung aller Deutschen von französischem Boden vor. Die Erklärung des Ministers, daß man anfänglich die Abreise der Deutschen verhindert habe, um dem Feinde keine Streitkräfte zuzuwenden, daß man aber sodann in letzterer Zeit mit der massenhaften Ausweisung thätig vorwärtsschreite, veranlaßte den Marquis de Piennes zu folgender Anfrage: „Ich ersuche den Minister des Innern, das Wort „ausweisen" (expulser), welches er soeben genannt, näher zu erklären. Es hätte seine bedenklichen Uebelstände vom Gesichtspunkte der Humanität und der Civilisation, wenn man ohne Unterschied alle Personen aus Frankreich oder sogar nur aus Paris verjagen würde, welche den Nationen angehören, mit denen wir im Kriege sind." Da ruft man schon: „Genug! genug! Tagesordnung!" Eugen Pelletan meint: „Es geht aus den Worten des Ministers hervor, daß die

Regierung zwei Fehler begangen hat. Der erste war, die Deutschen an der Abreise verhindert zu haben, als sie fortwollten; es war das eine Verletzung des Völkerrechts. Der zweite Fehler würde sein, sie unter den gegenwärtigen Umständen auszuweisen, denn augenscheinlich, wenn die Fremden unter den Schutz der amerikanischen und englischen Gesandtschaft gestellt sind, so wollen sie das Völkerrecht achten und es zur Achtung bringen. Ach! die Geißel des Krieges ist groß genug, daß man ihr nicht braucht Unschuldige zum Opfer zu bringen, die sich durchaus keines Vergehens schuldig gemacht haben." Diese Worte wurden mehreremal durch Ausrufe der Ungeduld und Lärm unterbrochen, der sich später noch vergrößert. Der Minister Düvernois erwidert: „Die Preußen haben unsere Landsleute ausgewiesen!" Ihm entgegnet Pelletan noch: „Wenn Deutsche da sind, die conspiriren, so haben Sie etwas Besseres zu thun, als sie auszuweisen: Sie haben sie vor das Kriegsgericht zu stellen. Das ist es, was die Gerechtigkeit erheischt, und ich sage mehr..." Der Redner wird unterbrochen. Minister des Innern: „Ich sage dem Herrn Pelletan, daß es selbstverständlich außer Zweifel ist, daß eine Maßregel, wie diejenige, um welche es sich handelt, Mittelwege (tempéraments) zuläßt, und daß, wenn Männer als friedliche Bürger bezeichnet werden, welche durch langen Aufenthalt, durch ihre Gewohnheiten, durch ihre Familienbande so zu sagen naturalisirt sind, wir nicht die Grausamkeit haben, sie aus Frankreich zu verweisen. Ich glaube nicht, daß es nöthig gewesen wäre, das zu sagen." Mehrere Mitglieder der Linken bemerken: „Alsdann sind wir vollkommen einverstanden."

Daß dies ein leeres Spiel mit Worten gewesen ist, hat außer hundert anderen Fällen die Behandlung des norddeutschen Bundesconsuls Schlenker in Lyon, der, zugleich bayerischer, württembergischer und badischer Consul, ein badischer Unterthan, unter unerhörten Gewaltmaßregeln verhaftet wurde. Die französischen Behörden haben eine forcirte Liquidation seines Vermögens eingeleitet, obgleich er vollkommen zahlungsfähig war. Die ganze Welt hat mit Entrüstung diese Behandlungsweise gerichtet als einen Act der barbarischen Gewalt eines auf der niedrigsten Stufe der Civilisation stehenden Volkes und seiner Regierung. Das Einverständniß macht die Linke der Legislativen mit verantwortlich für all' das Unheil,

die Pein, die Verluste, die persönlichen Leiden und Quälereien, welchen die ausgewiesenen und jetzt von Pöbel und Polizei verfolgten, gemißhandelten und gehetzten Deutschen ausgesetzt sind, wobei es dem amerikanischen Gesandten, selbst den guten Willen vorausgesetzt, und den amerikanischen Consuln in den Städten, unter deren Schutz die Deutschen gestellt waren, nicht einmal gelang, sie zu schützen. Ja zuletzt war selbst die Polizei nicht mehr fähig und im Stande (man kann auch nicht den guten Willen überall voraussetzen), die Gemaßregelten vor den Insulten des Pöbels nur einigermaßen zu bewahren. Die Schritte des englischen und österreichischen Botschafters haben keinen Erfolg gehabt, der Fanatismus der Pariser, Lyoner und anderer Bevölkerungen und — Behörden kannte keine Grenzen. Die englische Regierung und die österreichische, die sich doch gern in Alles mischten, thaten dem Treiben keinen Einhalt. Die Türkei wurde an der Austreibung der Griechen verhindert und gab dieselbe der Entrüstung der übrigen Staaten gegenüber auf. Die französische Regierung, unter der Regentin und dem blut- und beutegierigen Palikao, ebenso wie später unter der republikanischen Regierung der Herren Favre und Gambetta, wurde weder von den fremden Regierungen wegen der flagranten Verletzung des Völkerrechts bedroht, noch gab sie die empörendste Ausführung auf jenem Mittelwege des Herrn Chevreau von selbst auf. Wenn man sich hierdurch überzeugt hat, auf welche niedrige Stufe der Civilisation das französische Volk durch die Kaiserherrschaft gebracht worden ist, so wird dies später noch greller im Kriege hervortreten, wo weder Verträge geachtet werden, noch dem Gefühl für die Leidenden im Geringsten Rechnung getragen wird. Ob es Zufall war, oder ob von solchem Standpunkte aus Regimenter, welche größtentheils mit „non“ beim Plebiscit gestimmt hatten (es waren 64,000 Nons), in der Schlacht bei Wörth da aufgestellt wurden, wo sie fast ganz aufgerieben werden mußten, wie z. B. das 36. Regiment, das nur 65 „Oui“ abgegeben, wird sich kaum ermitteln lassen.

V. Abtheilung.

Schlachten um Metz.

17. Die deutschen Armeen.

Während im Innern Frankreichs solche Zustände eintraten, welche das Kaiserreich dem Abgrunde immer näher brachten, waren die deutschen Armeen außerordentlich thätig gewesen. Dem Gegner war es bis dahin fast unmöglich geworden, über die Aufstellung der deutschen Armeen sich genau zu informiren, da alle Eisenbahnen in die Combinationen des Transports hineingezogen waren, auf einer Linie Truppen verschiedener Corps, je nachdem ihre Mobilmachung vollendet war, transportirt wurden, die später kommenden Corps in die erste Linie der Marschirenden eintraten, und dies noch so fortdauerte, als die Têten schon mit dem Feinde kämpften. Dagegen waren die Führer der deutschen Armeen über die Stellungen des Feindes genügend aufgeklärt, da die Corps desselben sich an der Grenze formirten und wochenlang dort ruhig stehen blieben. Seine Hauptkräfte hatten sich an der Saar concentrirt, während die Armee Mac Mahon's sich in einer gewissen Isolirung befand. Dieser stand zunächst Süddeutschland gegenüber und sollte hier mit seinen Horden einfallen. Der drohende Angriff dieses Feindes wurde durch die Schlachten bei Wörth und Weißenburg von Süddeutschland abgewendet und der Feind von der Armee des Kronprinzen auf seinem eigenen Gebiete aufgesucht. Die Armee Mac Mahon's war in vollständigster Auflösung zurückgeworfen worden. Von Mahon's Flucht wird in einer französischen Zeitung (Moniteur universel) folgende Beschreibung gemacht: „Sonntag den 7. August brachte ein Extrazug einen Theil der Verwundeten vom 6. nach Nancy. Der Marschall begleitete sie, da er selbst Lebensmittel für sein Armeecorps abzuholen kam. Der Feind hatte ihm seine sämmtlichen Vorräthe weggenommen, seine Truppen hatten seit achtundzwanzig Stunden nichts gegessen. Der Marschall begab sich zu Fuß vom Bahnhof zum Café Boillot, dem Sammelplatz der Officiere;

er war unkenntlich, vom Kopf bis zum Fuß vom dicksten Schmutz bedeckt, seine Hände waren geschwärzt, die eine seiner Epauletten hatte ihm ein Schuß weggerissen, die Schöße seines Waffenrocks waren von Kugeln durchlöchert, er hatte nur noch die Hälfte seines Fernrohrs, die andere hatte eine Kugel zerstört, welche ihm die Hand leicht verwundete. Ein Bekannter fragte ihn dort nach einem Kürassierregiment; „Kürassiere," antwortete er, „giebt es nicht mehr!"

Auch an der Saar war der Sieg, wenn selbst blutig, doch von großer Wichtigkeit gewesen, obwohl ursprünglich ein größerer Angriff noch nicht beabsichtigt worden war. Von beiden Seiten traten aber größere Massen zum Kampfe hinzu, und so gelang es 26 deutschen Bataillonen, einen großen Theil der französischen Hauptmacht aus fast uneinnehmbaren Positionen zu werfen. Auf allen Punkten beginnt diese nun den Rückzug anzutreten und setzt ihn bis zur Mosel fort, und zwar in solcher Eile, daß Massenvorräthe zurückgelassen werden mußten, z. B. Tabak, sowie gegen 10,000 Decken, Hafer, Brot, Mehl, Champagner und andere Weine. Große Haufen Officierbagage, Bibliotheken, Waffen, Munition, Uniformen rc. lagen bunt durcheinander, auch Massen feiner Damengarderobe unter der Officierbagage; vierzehn Husaren, welche solche Garderobe auch in Mac Mahon's Lager erbeuteten, probirten die Krinolinen, Chignons, Hüte u. s. w. zum allgemeinen Vergnügen selbst an.

Auch die Mosel überschritten die Franzosen noch und nahmen erst dort Stellung. Jetzt begann sofort der weitere Vormarsch der deutschen Truppen auf Metz und Nancy, wohin ihnen fünf Straßen offenstanden, nämlich von Saarlouis über Bolchen (Boulay) und les Etangs nach Metz; von Saarbrücken über Forbach, St. Avold und Foligny nach Metz; von Saargemünd über Hecken, Gros Tenquin und Chateau-Salins nach Nancy; von Saargemünd über Saar-Alben, Dieuze und Marsal nach Nancy; und von Hagenau über Buxweiler und Saar-Union, wo sich eine Straße rechts über Saar-Alben, links über Fenestrange abzweigt. Unaufhaltsam folgten die Colonnen dem Feinde bis unter die Kanonen von Metz und bemächtigten sich verschiedener Uebergänge über Mosel und Meurthe, sie besetzten Nancy, Lüneville, Pont à Mousson, so daß bald eine große Strecke französischen Bodens in ihren Händen war. Nur Straß-

burg und einige größere und kleinere Festungen, wie Bitsch und Pfalzburg, blieben im Besitz französischer Besatzungen; dieselben wurden von deutschen Truppen cernirt, und die Eisenbahnen, welche von Straßburg nach Hagenau, Paris und Lyon führen, wurden von denselben, hauptsächlich badischen Truppen, occupirt, welche am 4. August bei Steinmauern über den Rhein gegangen waren. Die Aufforderung des General Beyer, welcher die Festung Straßburg cernirte, zur Uebergabe wurde von dem Commandanten, General Uhrich, abgewiesen.

General Beyer erließ an die Elsässer folgende Ansprache: „Ein Mahnruf und ein Warnungsruf an die Bewohner des Elsasses! Ich muß ein ernstes Wort an Euch richten. Wir sind Nachbarn. Wir haben in friedlichen Zeiten traulich mit einander verkehrt. Wir sprechen dieselbe Sprache. Ich rufe Euch an: laßt die Sprache des Herzens, die Stimme der Menschlichkeit in Euch zu Worte kommen. Deutschland ist im Kriege mit Frankreich, in einem von Deutschland nicht gewollten Kriege. Wir mußten in Euer Land eindringen. Aber jedes Menschenleben, jedes Eigenthum, das geschont werden kann, betrachten wir als einen Gewinn, den die Religion, die menschliche Gesittung segnet. Wir stehen im Kriege. Bewaffnete kämpfen mit Bewaffneten in ehrlicher, offener Feldschlacht. Den unbewaffneten Bürger, den Bewohner der Städte und Dörfer wollen wir schonen. Wir halten strenge Mannszucht. Dafür aber müssen wir erwarten — und ich fordere es hiermit strengstens — daß die Einwohner dieses Landes sich jeder offenen und geheimen Feindseligkeit enthalten. Zu unserm tiefsten Schmerze haben Aufreizungen, Grausamkeiten und Rohheiten uns genöthigt, strenge Sühne eintreten zu lassen. Ich erwarte daher, daß die Ortsvorsteher, die Geistlichen, die Lehrer ihre Gemeinden, die Familienhäupter ihre Angehörigen und Untergebenen dazu anhalten, daß keinerlei Feindseligkeit gegen meine Soldaten geübt werde. Jedes Elend, das vermieden werden kann, ist eine Gutthat vor dem Auge des höchsten Richters, das über alle Menschen wacht. Ich ermahne Euch. Ich warne Euch. Seid dessen eingedenk!

Der Commandirende der großh. bad. Division:
Generallieutenant von Beyer.

Nachschrift. Ich befehle, daß diese Mahnung an die Rath-

häuser aller Städte und Dörfer angeheftet werde, und es wird wohlgethan sein, wenn Ihr dieselbe auch in die Nachbargebiete schickt."

Sobald König Wilhelm das französische Gebiet betreten hatte, wurde eine in Saarbrücken gedruckte Proclamation am 11. August von ihm an das französische Volk erlassen, deren amtlicher Wortlaut deutsch folgender ist:

„Wir Wilhelm, König von Preußen, thun den Bewohnern der durch die deutschen Armeen besetzten französischen Gebietstheile zu wissen, was folgt: Nachdem Napoleon die deutsche Nation, welche wünschte und noch wünscht, mit dem französischen Volke in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Lande angegriffen hatte, habe Ich den Oberbefehl über die deutschen Armeen übernommen, um diesen Angriff zurückzuweisen; Ich bin durch die militärischen Ereignisse dahin gekommen, die Grenzen Frankreichs zu überschreiten. Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, einer vollkommenen Sicherheit ihrer Personen und ihres Eigenthums zu genießen, und zwar so lange, als sie Mich nicht selbst durch feindselige Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechtes berauben werden, ihnen Meinen Schutz angedeihen zu lassen. Die Generale, welche die einzelnen Corps commandiren, werden durch besondere Bestimmungen, welche zur Kenntniß des Publikums werden gebracht werden, die Maßregeln festsetzen, welche gegen die Gemeinden oder gegen einzelne Personen, die sich in Widerspruch mit den Kriegsgebräuchen setzen, zu ergreifen sind; sie werden in gleicher Weise Alles festsetzen, was sich auf die Requisitionen bezieht, welche durch die Bedürfnisse der Truppen als nöthig erachtet werden, sie werden auch die Coursdifferenz zwischen deutscher und französischer Währung feststellen, um so den Einzelverkehr zwischen den Truppen und den Einwohnern zu erleichtern.*)

Wilhelm."

Es kann gleich hier bemerkt werden, daß diese Proclamation in Paris unterdrückt wurde und so gar nicht zur Kenntniß der Pariser gelangt ist. Eine zweite Proclamation wurde am 13. August aus dem Hauptquartier von St. Avold erlassen, welche in Uebersetzung

---

*) Beilage 11. Der amtliche französische Text dieser Proclamation.

folgendermaßen lautet: „Wir Wilhelm, König von Preußen, haben beschlossen und beschließen, was folgt:

Art. 1. Die Aushebung ist abgeschafft in der ganzen Ausdehnung des französischen, von deutschen Truppen besetzten Territoriums.

Art. 2. Die Agenten der Civilbehörden, welche der in obigem Artikel enthaltenen Bestimmung zuwiderhandeln, sei es, daß sie die Losung der Ausgehobenen bewirken oder erleichtern, sei es, daß sie dieselben veranlassen, sich ihr zu unterwerfen, oder ihnen Stellungsordres übermitteln, oder durch irgend ein anderes Mittel, werden ihrer Functionen enthoben und in Deutschland deternirt werden, bis über ihre Infreiheitsetzung weiter beschlossen sein wird.

Art. 3. Die commandirenden Generale der verschiedenen deutschen Armeecorps werden beauftragt, über die Ausführung des gegenwärtigen Decrets zu wachen, welches Gesetzeskraft erhält für jedes durch die deutschen Truppen besetzte Departement, sobald es in einem der dazu gehörigen Orte bekannt gemacht sein wird."

Außerdem wurden in allen Orten von den Militärcommandanten Bekanntmachungen angeschlagen, in denen die Ablieferung der Waffen, Erleuchtung der Häuser bei Nacht, Verabreichung von Wasser an die Truppen 2c. gefordert wurde.*) Für die eroberten Provinzen wird bald eine Civil- und Militärverwaltung organisirt; es werden Präfecten, Gouverneure ernannt, Postanstalten und Telegraphen etablirt, die beschädigten Eisenbahnen ausgebessert, auch eine neue Strecke zur Umgehung der Festung Metz nach Pont-à-Mousson angelegt, eine Eisenbahnverwaltung in Nancy eingerichtet, dem man jetzt wieder den deutschen Namen „Nanzig" gegeben hat.

Alle diese Anordnungen gehen aus dem Hauptquartier des Königs hervor, welches gegen tausend Personen umfaßt. Da sind im unmittelbaren Gefolge Oberhof- und Hofmarschälle, Stallmeister, der Leibarzt, Geheimsecretäre, Chiffreure, Livreediener (81), Trainsoldaten (mit 40 Pferden). Dann folgt das Civilcabinet, das Militärcabinet, Adjutantur und Generaladjutantur, das Kriegsministerium mit Militär- und Civilbeamten, das Feldoberproviantamt, Generalinspecteure, Generalstab mit 16 höheren Officieren, Generalquartiermeister,

*) Beilage 12.

Ingenieurgeographen, Druckerei für Metallographie mit einem Oberdrucker, eine Eisenbahnexecutivcommission, das Feldjägercorps, Feldoberpostamt, Militärtelegraphie, Stabswache. Außerdem Prinzen und andere hohe Personen, der Bundeskanzler mit Geheimen Legationsräthen, die Militärbevollmächtigten Rußlands und Amerikas, Zeitungscorrespondenten und endlich der Feldpolizeidirector mit mehreren Beamten. So ist nach allen Richtungen hin für eine Uebersicht über das Ganze während der Action gesorgt. Hinter den vormarschirenden Truppen wird durch das kriegüberdeckte Land sofort der Feldtelegraph in einem Netze ausgebreitet; in wenigen Stunden sind einige Meilen von der Pionierabtheilung übersponnen mit der größten Präcision und Schnelligkeit. Ueber diese und alle anderen Einrichtungen wacht die Feld- und Kriegspolizei mit Hülfe der Armeegensdarmen, welche zu je zwei oder vier Reitern auftauchen und wieder verschwinden, und überall die Heerespolizei, nöthigenfalls auch die Landespolizei in den occupirten feindlichen Gebieten wahrnehmen. Dieselben haben bedeutende Machtvollkommenheit bei Ausübung ihres Amtes und werden ganz besonders ausgewählt mit Rücksicht auf Zuverlässigkeit und Befähigung zu diesem Vertrauensamte. Die Wichtigkeit aller solcher Einrichtungen liegt auf der Hand. Es sind aber auch andere Vorkehrungen zum Besten des Heeres und des Landes getroffen. Den Soldaten waren nicht nur aus dem Volke zum Theil bedeutende Prämien für Eroberung von Kanonen und Fahnen oder Adlern ausgesetzt, sondern auch der Staat hat für Eroberung eines Geschützes, das vom Feinde vertheidigt wurde, 60 Ducaten, für eine Fahne (oder Adler) 40 Ducaten Prämie bestimmt. Für die Verwundeten sind reichliche Vorkehrungen getroffen, eine große Anzahl Aerzte sind für die Regimenter angestellt, eine Menge Kranken- oder Verwundetenträger sind angestellt, alle Vorrichtungen für Transporte besorgt (nur die nach amerikanischer Art eingerichteten Eisenbahnwagen für Verwundete fehlen fast gänzlich), und vom Volke sind die großartigsten Sammlungen und Beschaffungen von Lebens-, Labe- und Verbandmitteln veranstaltet worden.

Man wird sich eine Vorstellung von dem Umfange dieser Sendungen machen können, wenn man bedenkt, daß sich unter denen aus Hamburg allein nach Mainz 55,000 Flaschen Rothwein, 3800 Fl. Portwein, 11,000 Pfd. gebrannter Kaffee, 500 Pfd. Thee, 170 Cent-

ner Zucker, 250 Ctr. Reis, 120 Ctr. Salz, 60 Ctr. Backobst, 20 Ctr. Rauchfleisch, 100 Ctr. Schinken, 150 Kisten Citronen, 1500 Dosen Fleischextract und 50 Mille Cigarren befanden, und unter denen aus Bremen nach Mannheim 60,000 Fl. Rothwein, 1500 Fl. Cognac und Portwein, 5000 Fl. Porter, 60 Mille Cigarren, 12 Ctr. Rauchtabak, 30 Ctr. gebrannter Kaffee, 1000 Stück Schinken u. s. w. Das Alles ist durch Delegirte der Vereine an die Hauptdepots abgeführt worden. In dieser Weise sind die Sendungen aus allen größeren Orten Deutschlands erfolgt. Ob die Depotverwaltungen überall angemessen eingerichtet gewesen sind, daß die Spenden auch gehörig vertheilt und ausgegeben wurden, läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Klagen sind leider nicht ausgeblieben, daß das nicht im vollen Umfange der Fall gewesen sei; mit welcher Berechtigung muß vorläufig dahingestellt bleiben. Im Auslande haben die Deutschen in allen Ländern der Erde ihre Beiträge zu den Sammlungen geleistet, nicht nur aus Amerika, auch aus Ostindien und den afrikanischen Ländern.

Bei all' den Sorgen für den Krieg und dessen Leitung wurden aber an höchster Stelle auch die Interessen der Heimath wahrgenommen. Der Generalgouverneur General Vogel von Falckenstein hatte ein Ausfuhrverbot für die Nord- und Ostseeküste am 3. August erlassen. Es erregte das mancherlei Bedenken, hatte die Aufmerksamkeit sofort im Hauptquartier auf sich gezogen und Mißbilligung gefunden; am 5. August war an der Börse zu Stettin schon bekannt, daß dasselbe auf des Königs Befehl aufgehoben sei.

Die Südarmee war nach den Schlachten am 4. und 6. August über die Vogesen gegangen, erlangte durch eine Rechtsschwenkung mit dem Centrum (2. Armee) bald Fühlung, ging nun gemeinsam mit ihr gegen die Mosellinie vor und rückte so in die große Linie der deutschen Offensive ein. Bis dahin war die Richtung des Rückzuges der französischen Armee bekannt, und man wußte, daß Napoleon am 11. Morgens eine Heerschau über die in und bei Metz concentrirten Truppen abgehalten hatte, nur waren Zahl und Corps derselben nicht in Erfahrung zu bringen. Aber schon am nächsten Tage fehlte alle Fühlung mit dem Feinde, und es schien, als wenn die als beabsichtigt angekündigte Rückwärtsbewegung zur Marne begonnen habe. Es war dies wahrscheinlich, wenn es die Absicht war,

die dort in Bildung begriffenen, sowie die im Lager von Chalons stehenden Mobilgarden aufzunehmen und heranzuziehen, um die Lücken zu ergänzen. Nach Metz hatten sich aus der ganzen Umgegend Massen von Bauern mit Hab und Gut, wie Bewohner aus Ortschaften, in denen die Preußen erwartet wurden, geflüchtet. Zu erfahren war also dort wenig. Die ausgeschickten Vorposten hatten kleine Scharmützel mit dem Feinde zu bestehen, es wurden auch einige Recognoscirungspiquets abgeschnitten, aber noch immer war man der Meinung, daß man es nur mit der Besatzung von Metz zu thun hätte. Erst der 14. August brachte darüber vollständige Klarheit. Noch am 13. ließen verschiedene Recognoscirungen darauf schließen, daß einem Ueberschreiten der Mosel keine Hindernisse französischerseits entgegengesetzt werden würden. Die Franzosen hatten weder die steinerne, aus dem sechszehnten Jahrhundert stammende Brücke, noch kleine hölzerne Häuser am linken Moselufer zerstört. Auch die sieben unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl stehenden Armeecorps, welche an diesem und dem nächsten Tage an verschiedenen Stellen den Fluß überschritten, stießen nirgends auf irgend welches Hinderniß.

18. Die Schlachten bei Metz vom 14—18. August.

Während dieser Zeit hatte aber eine Recognoscirung gegen Metz stattgefunden, welche den Feind antraf. Die Avantgarde der ersten Armee hatte wahrgenommen, daß die unter dem Schutze der Festung lagernden französischen Corps ihren Abzug begannen. Da ließ General Steinmetz die Arrièregarde des französischen Corps Decaen angreifen und zwang dadurch das ganze im Abzug begriffene dritte Corps, dann bald auch diejenigen von l'Admirault und Frossard Front zu machen, denen sich fünf Divisionen entgegenstellten. Ein heftiger Kampf entwickelte sich dadurch und wurde für die preußischen Truppen zugleich ein blutiger, da die Franzosen durch Schützengräben geschützte Stellungen einnahmen. Diese wurden aber daraus vertrieben, nachdem die Artillerie eine günstige Stellung hatte gewinnen und ein kräftiges Feuer eröffnen können, so daß bei eintretender Dunkelheit der Feind auf das Glacis zurückgeworfen war. Die preußischen Truppen drangen bis Bellecroix und Corny bis in den Bereich der neu angelegten Forts vor.

Es wird von einigen Seiten behauptet, daß dieses, wohl auch

das nächste Gefecht mehr Blut gekostet habe, als die durch dieselben erreichten Vortheile erheischt hätten; ein zu hitziges Vorgehen am ersten Tage auf ungeeignetem Terrain hätte vermieden werden sollen und können. Spätere strategische Darstellungen werden darüber mehr Licht verbreiten, gegenwärtig läßt sich noch nichts nachweisen, eben so wenig ist zu bestimmen, wie sich die Erfolge anders gestaltet haben würden. Steinmetz behielt noch das Commando, erst später fanden sich weitere Differenzen. Gewiß ist, daß der officielle Bericht nicht ohne Grund mit den Worten beginnt: „Den 14. August gegen vier Uhr Nachmittags glaubte unsere vor Metz befindliche Avantgarde den Abmarsch der unter dem Schutze der Festung noch lagernden Corps zu erkennen.“ Vielleicht hat sie sich darin geirrt, möglich aber auch, daß gerade dadurch der Uebergang der zweiten Armee über die Mosel gedeckt wurde und gelingen konnte. Der Kaiser war am 14., wie man behauptet, noch in Metz und von dort Mittags oder Nachmittags auf Verdün zu ausgefahren, um seinen weiteren Rückzug zu beginnen. Die preußenfeindliche österr.-ungar. Wehrzeitung giebt über diese Abreise einen nichts weniger als schmeichelhaften Bericht, dem wir einige Stellen entlehnen. Nachdem sie einige Bemerkungen über das Gepäck gemacht, das aufgeladen wurde, den Prinzen Napoleon hat fortreiten lassen, „jedenfalls aus dem Bereiche der streitenden Armee“, und noch einige Officiere geschildert, wie das „brutale Gesicht Bazaine's“, dessen Adjutanten, dann Changarnier u. s. w., läßt sie den Kaiser einsteigen und fährt dann fort: „Der Kaiser ist sehr gebeugt und seine Haare sind schneeweiß; aber jener schlaue, überlegene Zug ist noch an den Rändern seines Henriquatre zu bemerken. Ich dachte an die Fabel vom erschlagenen Fuchs, der, ehe man sich's versah, wieder aufsprang und biß. Sein Prinz, zu seiner Linken, ist schmächtig und schwächlich und machte ein sehr unbehagliches Gesicht.“ ... „Napoleon ist etwas abergläubisch. Er vermied den näheren Weg über „Pont des morts“ und wählte den Umweg über den Pont Pontifroy. Als der Kaiser vor dem dichtesten Volkshaufen vorbeikam, ertönte ein Ruf: „Vive l'Empereur!“ Es war eine Kinderstimme. Das Volk blieb lautlos.“ Der berichtende Augenzeuge setzt hinzu: „Mir hat das weh gethan; es wäre besser gewesen, das Kind hätte auch geschwiegen. Durch seinen Ruf bemerkte man erst recht, daß die Anderen nicht rufen wollten.“

Preußische Ulanen waren, nach französischen Berichten, nahe daran, den Kaiser abzufangen, wurden aber abgeschnitten und selbst gefangen genommen. In einem andern solchen Berichte ist bald darauf Napoleon nochmals in Gefahr gewesen, erreicht und gefangen zu werden. Es ist nicht so unwahrscheinlich, daß solche Gerüchte überhaupt nur ausgestreut wurden, um den Kaiser zu glorificiren, wie sehr er bei der Action thätig gewesen und wie muthig er sich erwiesen hat. Der Muth scheint in der gegenwärtigen Kaiserfamilie sonst nicht gerade eine hervorragende Eigenschaft zu sein. So sagte der Kaiser in einer Proclamation an die Einwohner von Metz: „Ich verlasse Euch, um gegen die Invasion Frankreichs zu kämpfen, und vertraue Eurem Patriotismus die Vertheidigung von Metz an.“

Der commandirende General der preußischen Truppen hatte an Bazaine den Antrag gestellt, Zeit zu gewähren zur Beerdigung der gefallenen Soldaten, der von jenem bereitwillig angenommen wurde. Die französischen Zeitungen und die Regierung hatten den Antrag lügenhafter Weise für ein Gesuch um Waffenstillstand ausgegeben.

Durch die Schlacht am 14. August bei Courcelles war festgestellt, daß Bazaine mit der Armee noch in und um Metz stand. Daß er beabsichtigte, diese Stellung zu verlassen, stellte sich in der zwei Tage darauf erfolgten Schlacht von Mars-la-Tour oder Vionville am 16. August heraus, nachdem der Kaiser durch den Kampf am 14. an der für den 15. August, den Napoleonstag, vorbereiteten bataille rangée verhindert worden war. Zu dieser sollte noch die kaiserliche Garde eintreffen. Da diese Absichten vereitelt waren, wurde nun der ernstliche Rückzug nach Verdün auf Chalons angetreten, um ein geeignetes Terrain zur Schlacht zu wählen. Dieser Rückzug wurde durch die Schlacht vom 16. aufgehalten. Einschließlich der Garde, welche eben eingetroffen, waren fünf französische Corps in dieser blutigen Schlacht in Thätigkeit, während wegen des bergigen Terrains die preußischen Armeecorps erst nach und nach in den Kampf eintreten konnten, weshalb die ersten Theile viele Stunden den fürchterlichen Kampf gegen den überlegenen Feind auszuhalten hatten. Prinz Friedrich Karl war aus dem Hauptquartier in einer Stunde $3^1/_2$ Meile geritten, um zu rechter Zeit den Oberbefehl auf dem Schlachtfelde zu übernehmen. Es erscheint dies auffallend und läßt sich, bis die genaueren Berichte, die in späterer Zeit wohl von dem

Generalstabe dürften herausgegeben werden, erscheinen, nur durch Bemerkungen aus englischen Blättern einigermaßen erklären. Die Steinmetz'sche Armee sollte nicht südlich, sondern nördlich von Metz über die Mosel gehen, dort den Feind angreifen, wobei dann die zweite Armee von Süden gegen denselben abrückte. Die erste Armee kam dann auf höherem Terrain den Franzosen entgegen und hatte den Vortheil der Stellung gegen die niedriger stehende französische Armee. Hier soll der Zwiespalt zwischen dem Generalstab und dem General entstanden sein; so die englischen Blätter.

Die tapfere deutsch-preußische Armee überwand aber auch so die furchtbaren Schwierigkeiten, die Franzosen konnten ihr auch unter günstigeren Stellungen nicht widerstehen, und die Bazaine'sche Armee wurde geschlagen und gegen Metz gedrängt; nur ein geringer Theil sollte nach Westen entkommen sein, doch ist dies nicht bestätigt worden. Nach Paris wurde die Unwahrheit berichtet, Bazaine habe die Schlacht gewonnen und sich nur zurückgezogen, um von Metz aus die Munition zu vervollständigen. Er griff auch keineswegs am nächsten Tage den Gegner an, wie dies danach zu erwarten gewesen wäre, sondern befestigte seine Stellung und wartete darin den Angriff ab, der natürlich erfolgte, um den Sieg und die Beseitigung der französischen Armee vollständig auszuführen. Am 18. August drang die Armee unter dem Oberbefehl des Königs gegen Bazaine vor, der Feind wurde zurückgedrängt, und nachdem das 12. (königl. sächsische) Armeecorps, die Garde und das 9. (Schlesw.-Holst.) Armeecorps auf Waldwegen in die Flanke gefallen waren, vollständig geschlagen und durch ein gemeinsames Vorgehen auf der ganzen Linie gegen Abend bei Gravelotte gezwungen, unter dem Schutze der Nacht sich in die Festung Metz zurückzuziehen. So wurde die französische Hauptarmee, welche nach den ersten Schlägen am Rhein und an der Saar mit größter Anstrengung wieder gesammelt worden war, von Neuem vollständig erschüttert und an jeder freien Wirksamkeit gelähmt, vor Allem von dem Zusammenwirken mit einer neu zu sammelnden Armee bei Chalons abgedrängt. Frankreichs Heer ist in Stücke geschlagen und dadurch zu jeder umfassenden Kriegsunternehmung unfähig gemacht.

Obwohl jeder Theil des deutschen Heeres ein Muster von Tapferkeit gegeben hatte, muß doch als eine besonders hervorragende

That, die zum Gelingen nicht wenig beigetragen hatte, als ein Zeugniß persönlicher Tapferkeit neben der Leitung des großen Ganzen, Folgendes erwähnt werden. In Folge des überraschenden und gewaltigen Vorstoßes der französischen Heereshaufen bei Gravelotte begann gegen sieben Uhr Abends ein Theil der ermatteten und grausam decimirten Infanterie auf dem rechten Flügel in's Wanken zu kommen, an einzelnen Stellen in bedenklicher Weise zurückzuweichen. Näher und näher rückte das Nachtdunkel, das Schicksal des Tages hing daran, daß auch auf diesem Flügel ein entschiedener Erfolg errungen würde. General von Moltke hatte mit schmerzvoller Ungeduld die zur Vervollständigung des Sieges so nothwendigen Tagesstunden gezählt. Als der eben erwähnte böse Unfall seine Berechnungen zu durchkreuzen drohte, ward sein erregtes Hinschauen nach Südosten, woher die Pommern des zweiten Armeecorps kommen mußten, immer unruhiger. Endlich, im raschesten Vorwärts, erschienen die Pommern, Moltke ihnen sofort entgegen. Wie er bei ihnen anlangt und die Vordersten, das in aller Welt bekannte Gesicht erkennend, seinen Namen weitergeben, zieht er rasch den Degen, ruft kurze Worte in die Reihen und sprengt dann hoch zu Roß weit voraus den Höhen zu. Eine unbeschreibliche Begeisterung erfüllt die wackeren Truppen; durch die Colonnen hindurch zieht sich ein tausendstimmiges Hurrah. „Der Chef des Generalstabs der Armee im Handgemenge!" heißt es unter den Officieren. Man eilt ihm nach, der Sturmschritt der Pommern wird zum Wettlauf, und so bringt Alles in kurzer Zeit von einer Höhe zur andern; der Tag ist entschieden. Als es den Adjutanten gelang, ihren Chef aus dem Feuer herauszubringen, war der Sturm unter persönlicher Führung des Generals von Fransecky im Wesentlichen vollbracht, und gemessenen Schrittes ritt Moltke der Stelle zu, wo er seinen königlichen Feldherrn vermuthen mußte. „Majestät, der Sieg ist unser; der Feind zieht sich zurück!" Ein kräftiges Hurrah der Umstehenden erfolgte. Der König saß neben einer Gartenmauer diesseits Rezonville auf einer Leiter, die man von einem Bauernwagen genommen und als Sitz für ihn eingerichtet hatte; das eine Ende derselben lag auf einer Decimalwage, das andere auf einem todten französischen Grauschimmel. Um ihn waren Bismarck, Roon, Prinz Karl (Vater), der Großherzog von Weimar und einige andere Hohe Personen und

Generale versammelt. Der König trank nun aus einem abgebrochenen Tulpenglase, das ein herbeigeholter Marketender brachte, einen Labetrunk für den Augenblick, den gewiß ungewohnten schlechten sogenannten Rothspohn. Diese Scene wird durch ein Bild Otto Günther's dem deutschen Volke zu einer unvergeßlichen gemacht werden.

König Wilhelm berichtet über diesen wichtigen Sieg an die Königin selbst: „Rezonville, 19. August. Das war ein neuer Siegestag gestern, dessen Folgen noch nicht zu ermitteln sind. Gestern gingen das 12., das Garde- und das 9. Corps gegen die nördliche Straße Metz-Verdün bis St. Marcel und Doncourt vor, gefolgt vom 3. und 10. Corps, während das 7. und 8., sodann auch das 2. bei Rezonville gegen Metz stehen blieben.

Als jene Corps rechts schwenkten in sehr waldigem Terrain gegen Varneville und St. Privat, begannen diese Corps den Angriff gegen Gravelotte, nicht heftig, um die große Umgehung gegen die starke Position Amanvillers-Chatel bis zur Metzer Chaussee abzuwarten. Diese weite Umgehung trat erst um vier Uhr in's Gefecht, mit dem Pivotcorps, dem 9., um zwölf Uhr. Der Feind setzte in den Wäldern heftigen Widerstand entgegen, so daß nur langsam Terrain gewonnen wurde.

St. Privat wurde vom Gardecorps, Varneville vom 9. Corps genommen. Das 12. Corps und Artillerie des 3. griffen nun in das Gefecht ein. Gravelotte wurde von den Truppen des 7. und 8. Corps und die Wälder von beiden Seiten genommen und behauptet. Mit großen Verlusten, um die durch die Umgehung zurückgedrängten Truppen nochmals anzugreifen, wurde ein Vorstoß über Gravelotte bei einbrechender Dunkelheit unternommen, der auf ein so enormes Feuer hinter Schützengräben en étage und Geschützfeuer stieß, daß das eben eintretende 2. Corps den Feind mit dem Bayonnette angreifen mußte und dessen feste Position vollständig nahm und behauptete. Es war 8½ Uhr, als das Feuer auf allen Punkten nach und nach schwieg.

Bei jenem letzteren Vorstoß fehlten die historischen Granaten von Königgrätz nicht, aus denen Mich diesmal Minister Roon entfernte. Alle Truppen, die Ich sah, begrüßten Mich mit enthusiastischem Hurrah. Sie thaten Wunder der Tapferkeit gegen einen

gleich braven Feind, der jeden Schritt vertheidigte und oft Offensivstöße unternahm, die jedesmal zurückgeschlagen wurden.

Was nun das Schicksal des Feindes sein wird, der in dem verschanzten, sehr festen Lager der Festung Metz zusammengedrängt steht, ist noch nicht zu berechnen.

Ich scheue mich nach Verlusten zu fragen, Namen zu nennen, da nur zu viele Bekannte genannt werden, oft unverbürgt. Dein Regiment soll sich brillant geschlagen haben. Waldersee verwundet, ernst, aber nicht tödtlich, wie man sagt.

Ich wollte hier bivouakiren, fand aber nach einigen Stunden eine Stube, wo Ich auf dem mitgeführten königlichen Krankenwagen ruhte, und da Ich nicht ein Stück Meiner Equipage von Pont à Mousson bei mir habe, völlig angezogen seit dreißig Stunden bin.

Ich danke Gott, daß er uns den Sieg verliehen.

Wilhelm."

Der Kaiser Napoleon hatte bereits am 16. seine Flucht von der Armee fortgesetzt und war in Chalons am 17. angekommen; gut war er nicht empfangen worden.

In einem Resümé über die Schlachten sagt der preußische Staatsanzeiger: „Wie die Schlachten bei Weißenburg und Wörth in den ersten gemeinschaftlichen Kämpfen preußischer Truppen und denen Bayerns, Württembergs und Badens blutig die neue Waffenbrüderschaft besiegelt haben, so ist an den siegreichen Schlachten bei Metz auch den zum ersten Male gemeinsam kämpfenden Truppen des Norddeutschen Bundes, namentlich den Sachsen und Hessen, die Feuertaufe geworden. Deutsche Treue und deutsche Einigkeit haben das Volk in Waffen vom Fels zum Meere, vom fernsten Osten bis jenseit des Rheinstromes entschlossen gegen den gemeinsamen Erbfeind und unter der ruhmvollen Führung seiner Fürsten, Prinzen und Heerführer zu Erfolgen geführt, welche Zeugnisse der Vaterlandsliebe und des deutschen Heldenmuths darlegen. Groß sind die aus allen Theilen des so geeinigten Vaterlandes gebrachten Opfer, doch je größer sie sind, um so fester muß die Hoffnung Platz greifen, daß das Blut unserer Helden, daß die auf den Feldern der Ehre Gebliebenen das festeste Band deutscher Einheit bilden werden." Und an einer andern Stelle heißt es dort: „Wenn die Edelsten des deutschen Volkes fallen, so habe es den Trost, daß dieser Kampf

nicht wieder vergebens gekämpft werde, wie von unseren Vätern gegen ein Volk voll Herrschsucht und Uebermuth, das Deutschland seine schönsten Gebiete geraubt. Es wird dem Könige vergönnt sein, den dauernden Völkerfrieden herzustellen, im Herzen Europas durch ein großes, einiges deutsches Vaterland, als Hort der Gottesfurcht, edler Sitte und wahrer Freiheit."

Die deutschen Armeen hatten in diesen Kämpfen mehr denn 6000 Gefangene gemacht, die Franzosen sollen außer diesem Verluste noch an 12,000 Todte und bis 30,000 Verwundete gehabt haben.

Metz ist ein fester Platz erster Klasse, mit einer Kriegsbesatzung von wenigstens 10,000 Mann. Es hat eine Bevölkerung von einigen 50,000 Einwohnern. Die Festung ist Depotplatz und Pulverfabrik, hat innere Festungswerke und sieben detachirte Forts, 600 bis nahe an 1100 Fuß hoch, hinter denen befestigte Lager von bedeutendem Flächenraum sind, welche die Aufnahme einer großen Armee ermöglichen. Zur vollständigen Cernirung von Metz wurde nun die Armee des Prinzen Friedrich Karl und des General Steinmetz zurückgelassen, wogegen die Armee des Kronprinzen, neben welcher jetzt noch eine vierte Armee zu deren Unterstützung gebildet wurde, unter dem Commando des Kronprinzen von Sachsen, den Vormarsch auf Paris unternahm, dem auch das königliche Hauptquartier folgte. Der Kronprinz von Sachsen hatte sich in den Schlachten bei Metz so ausgezeichnet, daß der König sich bewogen sah, durch diese Einrichtung ihn zum selbstständigeren Heerführer zu machen.

19. Eindrücke der Schlachten auf die europäischen Staaten. Amerika.

Während nach den Siegen von Weißenburg, Wörth und Spichern Alles in Verblüffung war, weil fast in allen Staaten die Zuversicht vorherrschte, die französischen Waffen müßten den Sieg erringen, und sich dieses Erstaunen kaum einigermaßen beruhigt hatte, da kam die Kunde von den neuen großartigen Siegen und von dem Enthusiasmus des jetzt durch Blut und Eisen geeinigten deutschen Volkes. Wir lesen in Berichten aus Stuttgart über den Siegesjubel, der bis tief in die Nacht hinein kein Ende finden wollte. „Hoch Deutschland! Hoch Preußen!" ertönte es immer und immer wieder mit neuer Macht. Vor dem Schloß hatte sich bald

eine dichte Menschenmenge gesammelt und wiederholte ihre Rufe so lange, bis der König und die Königin auf dem Balkon erschienen. Der König dankte und die Königin (Olga, Großfürstin von Rußland) gab durch Schwenken ihres weißen Tuches ein Zeichen des Einverständnisses mit den Gefühlen, die das Volk bewegten. Am lebhaftesten ging es noch weiter zu vor der Wohnung des preußischen Gesandten. Dort ertönten Hochrufe auf den König von Preußen und auf den Kronprinzen, welche sich mit immer steigender Macht wiederholten, bis auch der preußische Gesandte am Fenster erschien. Er dankte und sagte: dieser glänzende Sieg, welcher erfochten sei, sei hauptsächlich der Einigkeit der deutschen Stämme, dem festen Zusammenhalten von Nord und Süd zu danken. Er schloß mit einem Hoch auf den König von Württemberg, in welches die Menge lebhaft einstimmte. Nach den ersten Schlachten hatten die Könige bereits telegraphische Glückwünsche an den König von Preußen geschickt, die auf dieselbe Art beantwortet wurden.

In Bayern war die Stimmung eine eben so lebhafte über die Siege. Ein Altbayer, der noch kurz vorher, nach eigenem Geständniß, ein lebhafter Preußenhasser war, sagte in diesen Tagen: „Jetzt sind wir nimmer zu trennen, jetzt muß das Alles im deutschen Lande Eins bleiben, und Ihr Preußen werdet nun begreifen, was Ihr an uns für Leut' im Krieg und Frieden habt. Es ist auch Keiner dem Bismarck mehr bös, und das will viel sagen, denn den hatten wir gar nicht gemocht!" Die Stimmung in den altbayerischen Provinzen ist gänzlich verändert; auf dem Lande fängt sich der Preußenhaß an zu legen, seitdem die Leute erfahren haben und gesehen, was für eine Sorte Krieger die Franzosen bei Wörth in den Kampf geführt hatten. Von den fanatischen Priestern, welche noch beim Anfange des Krieges mehrfach das Landvolk ängstlich gemacht, indem sie den Preußen die Ursache des Krieges zur Last legten, haben viele nun selbst ihre Gesinnung vollständig geändert, bekennen offen ihren Irrthum, bedauern ihn und wetteifern jetzt mit den Nationalen, die Uebel des Krieges zu mildern. Dazu tragen noch die Briefe bei, welche von den Truppen aus dem Felde eintreffen und alle mit Bewunderung von den Preußen, von der Tapferkeit, Bildung und Zuvorkommenheit derselben gegen die Bayern sprechen. Die Pfarrer lesen den Leuten die Briefe zwei, drei Mal vor und stimmen

dann gern ein in das Hoch auf den Kronprinzen, auf den König, auf das einige Deutschland, auf das deutsche Parlament und auf Bismarck, den Teufelskerl, wie sie sich ausdrücken. Solcher Umschwung ist nach vierjähriger systematisch betriebener Aufhetzung des Volkes in zwei Wochen eingetreten.

In Baden natürlich erzeugte die rasch umlaufende Kunde von den neuen Siegen (die ersten waren nur einige Meilen von der Hauptstadt erfochten worden) einen unbeschreiblichen Jubel. Abends um acht Uhr war die Nachricht von den drei Schlachten bei Metz dort eingetroffen. Gegen zehn Uhr bewegte sich eine Schaar Sänger, wie nach dem Wörther Siege, mit Fackeln vor das großherzogliche Schloß unter dem Gesange der Wacht am Rhein. Grüne und rothe bengalische Flammen erhellten den weiten Platz, und eine zahllose Menge erfüllte ihn, deren begeisterte Hochs zum Sternenhimmel drangen. Die Frau Großherzogin (des Königs Wilhelm Tochter) erschien auf dem Balkon, sichtlich ergriffen, so daß sie keine Worte fand und nur das Tuch gegen die jubelnde Menge schwang. Der Vorlesung des Telegramms durch den herantretenden Hofmarschall folgte erneuter brausender Hochruf. Es folgte der Gesang des deutschen Liedes und der Ruf ließ sich hören: „Hoch dem Kaiser von Deutschland!" Am nächsten Tage flaggte die Stadt, viele Fahnen waren mit Kränzen umwunden. Die vor Straßburg schon genommenen Geschütze donnerten zur Feier des Sieges.

Ebenso zeigte sich der froheste Eindruck, allgemeinster Jubel in Preußen, in Berlin, wo der Königin die Hochs und Hurrahs gebracht wurden, ebenso in den Staaten des Norddeutschen Bundes, vor Allem in Sachsen, dessen Kronprinz zum Gelingen des Werkes mit den Seinigen in so hervorragender Weise beigetragen hatte. Hier war überall Freude, die nur einigermaßen durch die Verluste der vielen Familien getrübt wurde, immerhin aber das reinste Gefühl des Patriotismus für die Errungenschaften, für die Bestrafung des hochmüthigen Friedensstörers und seiner beutegierigen Horden war.

Ein ganz anderer Eindruck war es, den die Siege in den übrigen Ländern Europas machten. Wenn in Oesterreich auch die deutsche Bevölkerung sehr wohl fühlte, daß jeder Sieg Deutschlands auch in ihrem Interesse sei, daß ihr der Schutz Deutschlands dadurch gegen die zu sehr überhandnehmende Uebermacht der Ungarn und

Slawen desto sicherer werde, so giebt es doch unter dieser Solche, welche erst als Oesterreicher gelten wollen und dann erst Deutsche sind. Insofern kommt deren Interesse schon dem der Militärpartei näher, welche gern die Revanche für 1866 herbeiführen möchte und geglaubt hatte, dem Staate zu Rüstungen rathen zu müssen, um bei der geeigneten Gelegenheit, also sobald die Deutschen geschlagen wären, gegen dieselben einzutreten. Diese militärischen Vorkehrungen schienen nun allerdings einige Zeit in Aussicht genommen zu sein, wenigstens wollte jene Partei es gern glauben lassen und sprengte theils selbst Gerüchte von Rüstungen aus, die sich jedoch, mit Ausnahme von Galizien, wo sogar schon die rothen Hosen sollen angeschafft gewesen sein, nur auf Ankäufe einiger Pferde beschränkten, die den Friedensbedarf noch kaum deckten. Die Regierung erklärte, sie werde die strikte Neutralität beobachten, was darum wohl glaublich sein könnte, weil zu Rüstungen Geld gehört, das dort nicht so leicht beschafft war. Hatte daher der Herzog von Gramont in Paris versichert, Oesterreich wolle eine 300,000 Mann starke Hülfsarmee für Frankreich aufbringen, so war das eine Unwahrheit, da das von vornherein Oesterreich nicht in den Sinn gekommen war. Die Vorwürfe, mit denen es von Paris überhäuft wurde, waren daher ungerechtfertigt. Daß Oesterreich Versuche machte, eine neue Anleihe zu contrahiren, und vertrauliche Verhandlungen mit Bankierhäusern führte, läßt sich nicht leugnen; nach den neuesten Siegen scheinen dieselben indeß abgebrochen worden zu sein.

Was die Neutralitäts-Unterhandlungen zwischen Oesterreich, England, Italien und Rußland betrifft, so sind dieselben besonders darauf hingezielt, jede dieser Mächte zu binden, ohne Mittheilung an die übrigen nicht aus der Neutralität herauszutreten. Von Italien, sagt man, es ist aber wahrscheinlicher von Oesterreich, waren die Anträge dazu an England ausgegangen, da dessen Regierung wohl genügende Gründe haben mußte, Alliirte der Neutralität zu haben, um nicht durch seine Verpflichtungen gegen Frankreich gezwungen zu werden, aus derselben herauszutreten. England war gern bereit, auch die übrigen Mächte dazuzuziehen, und dies veranlaßte einen Austausch der Ideen, die es als wünschenswerth herausstellten, daß jede Macht in diesem Neutralitätsverhältniß auch die entsprechenden Mittel in Händen habe, um den gehörigen Nachdruck

zu geben. Italien hatte bereits Rüstungen gemacht, von England wußte man es auch, obwohl es hier weniger zu Tage tritt. Rußland war ebenfalls vorbereitet, wenn auch nicht zu diesem Zwecke, und Oesterreich wollte nun gern auch dafür Sorge tragen, um nöthigenfalls dem Sieger auf weiterer Siegeslaufbahn Einhalt thun zu können. Während dieser Unterhandlungen entwickelte sich das verdiente Schicksal Frankreichs weiter, und der Zweck des Uebereinkommens schien nicht erfüllt werden zu sollen.

In England war ein Umschlag der öffentlichen Meinung erfolgt, welche den Interessen Deutschlands sich mehr und mehr zuwendete. Ja man fing an, die Besitznahme Lothringens und des Elsasses durch Deutschland empfehlenswerth und nothwendig zu finden, und meinte, für England sei, wenn man überhaupt an der Idee des europäischen Gleichgewichts festhalten wolle, ein mächtigeres Deutschland immer noch von geringerer Gefahr, als ein selbst schwächeres Frankreich. So finden die deutschen Siege, welche der Botschafter des Norddeutschen Bundes, Graf Bernstorff, sofort veröffentlichte, in allen Kreisen die freudigste Erregung und die Sammlungen zur Hülfeleistung für die verwundeten und erkrankten Krieger fließen reichlicher. Es soll damit nicht gesagt werden, daß auch das englische Ministerium sich vollständig der öffentlichen Meinung angeschlossen habe, welches offenbar sehr franzosenfreundliche Ansichten kundgab. Wenn daher auch die Nachricht, England habe sich mit Rußland dahin geeinigt, eine Zerstückelung Frankreichs zu verhindern, sich nicht bestätigt, so erkennt man darin sehr wohl das mißglückte Bestreben Englands, bezüglich des Grafen Granville, eine solche Einigung zu Stande zu bringen. Denn selbst russische Journale erklären ganz offen: „Man kann sich wohl denken, wie England seiner commerziellen Interessen halber es gern gesehen hat, daß zwei wichtige Nebenbuhler im Welthandel sich gegenseitig aufreiben, dann aber auch keinen zum Genusse der Früchte gelangen lassen möchte, welche er durch die kolossalen Opfer an Geld und Blut errungen hat; es ist uns aber bei der geraden, offenen und großherzigen Politik unseres Kaisers schlechterdings unmöglich, nur zu denken, daß die russische Regierung die Absicht hegen könnte, Deutschland der gerechten Entschädigungen für einen Krieg zu berauben, zu dem es in der offen ausgesprochenen Absicht seines Ver-

derbens gezwungen wurde, nachdem es, seit Jahren bedroht, die ungeheuren Lasten eines bewaffneten Friedens getragen hat." Sind doch selbst in Warschau Sammlungen für die deutschen Krieger durchgesetzt worden, nachdem die Polizei den Versuch gemacht hatte, dieselben zu inhibiren, wogegen in Riga die Hälfte der Summen von den Behörden für die Franzosen erzwungen wurde.

Der Kronprinz Humbert von Italien und die Herzogin von Genua beglückwünschten den Kronprinzen von Preußen. Der schwere Druck, welcher auf Italiens Entschließungen durch Napoleon's Einfluß ausgeübt wurde, fängt sich mit dem herannahenden Sturze des Kaiserreichs an, zu erleichtern. Wenn in der Note vom 2. August noch der Herzog von Gramont bei Gelegenheit der Abberufung der französischen Truppen aus Rom auf die Convention vom 15. September 1864 hinweist und Italiens Verpflichtung in Erinnerung bringt, das päpstliche Gebiet nicht anzugreifen, die auch Visconti Venosta, der Minister des Auswärtigen, am 4. August noch anerkennt, — so vergehen doch nur wenige Wochen, nach denen sich die italienische Regierung dieser Fesseln entledigt. Nach den Siegen von Metz beschließt bereits der Ministerrath, dem Drängen des Volkes nachzugeben und Rom zu occupiren. Beide Theile, die italienischen wie die päpstlichen Truppen, machen sich zum Kampfe bereit, nur werden noch Versuche von verschiedenen Seiten gemacht und Unterhandlungen versucht, einen Kampf zu vermeiden. Der König von Italien versucht alles Mögliche selbst, um durch Vorstellungen den Papst zu einem Entschlusse zu bewegen, sich dem Schutze Italiens zu übergeben; er schickt Bevollmächtigte, Briefe, selbst der preußische Gesandte in Rom verwendet sich, um das Blutvergießen zu verhindern. Es scheint Alles vergeblich. Man befestigt Rom, stellt Kanonen auf und verhaftet Hunderte von Verdächtigen. Aber der langjährige Schutz des Patrimoniums Petri ist seinem Ende nahe, und man wünscht dort dem ehemaligen Beschützer von Rom nur noch, daß ihn Gott nicht ebenso verlassen möge, wie er dessen Stellvertreter und Rom im Stiche gelassen habe. Jetzt fängt man sogar dort an für Preußens Siege zu beten und hebt die wohlwollende Gesinnung der preußischen Regierung gegen die katholische Kirche und die Jesuiten (!) besonders hervor. Ob der protestantischen Bevölkerung Preußens diese Art von Lobeserhebungen gerade so

angenehm sind, als sie schmeichelhaft für die Regierung zu sein scheinen, mag dahingestellt bleiben. Die Berliner Vorgänge in Moabit haben keinen Beweis dafür geliefert. Jedenfalls liegen da nur ganz selbstsüchtige Bestrebungen zu Grunde, deren etwaige Erfolge für Deutschland keinen Segen schaffen werden. —

Einen Augenblick sehen wir uns hier noch außer Europa um, in einem Lande, das durch nationale Verwandtschaften, Interessen und Gefühle dem Herzen Europas so nahe steht, wie keins der außerdeutschen Länder: Amerika. Es ist ganz unmöglich, über die Sympathien hinwegzugehen, welche ein großer Theil seiner Bevölkerung, aus Deutschen bestehend, der deutschen Sache entgegenbringt. Sobald die ersten Nachrichten von dem deutsch-französischen Conflicte nach Amerika kamen, fand die Sache Deutschlands sofort die wärmsten Sympathien beim Präsidenten der Union, dem General Grant, welcher eine Botschaft an den Senat und an das Repräsentantenhaus folgenden Inhalts erließ: „Neueste Berichte aus Europa melden den nahen Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Norddeutschland. Mit Rücksicht hierauf weist gesunde Politik auf die Wichtigkeit irgend welcher Gesetzgebung hin, welche die Handelsmarine dieses Landes zu vergrößern zum Ziele hat. Die Schiffe dieses Landes sind gegenwärtig unzureichend, um den gesteigerten Handelsverkehr der Vereinigten Staaten, der durch den Kriegszustand in Europa bedingt wird, vermitteln zu können; ich empfehle demnach dem Congresse, zu berücksichtigen, daß die Interessen des Landes gefördert werden durch die unseren Bürgern gebotene Gelegenheit, im Auslande gebaute Schiffe für den Handelsverkehr dieses Landes mit fremden Ländern anzukaufen. Die Gesetzeskraft einer diesem Zwecke entsprechenden Bill kann dahin beschränkt werden, daß sie dem dringendsten Bedürfniß abhilft. Der Postdampferdienst der Vereinigten Staaten mit dem Auslande ist in einem hohen Grade von den Bremer und Hamburger Dampferlinien abhängig. Das Postdepartement hat mit den beiden obengenannten Compagnien und resp. mit der Williams- und Guion-Linie einen schriftlichen Contract abgeschlossen für regelmäßigen, ununterbrochenen Dienst für den Zeitraum von zwei Jahren. Das einzige Arrangement, welches mit der Inman- und Cunard-Linie abgeschlossen werden konnte, ist ein temporäres und kann jederzeit abgebrochen werden. Die norddeutschen

Linien sind erster Klasse in Bezug auf Schnelligkeit und Ausrüstung — deren Dampfer machen die Reise über den Atlantischen Ocean gewöhnlich 24 bis 36 Stunden schneller, als die der Williams- und Guion-Linie. Sollten die norddeutschen Dampfer durch Frankreich blokirt oder aufgehalten werden, so würde unser Postverkehr mit fremden Nationen bedeutend gestört, außer der Congreß ergreift ein Mittel für dessen Schutz. Ich halte es für angemessen, dem Congresse zu empfehlen, den Termin seiner Vertagung zu verschieben, zu dem Zwecke, um die hierin berührte Frage in Betracht zu ziehen." Man durfte von dem Congreß, an dem die Baumwollenbarone betheiligt sind, nicht gar viel Erbauliches erwarten, wie es sich vom englischen Wollsack auch nach der Erfahrung gezeigt hat. Der Congreß vertagte sich dennoch, und man muß gestehen, daß derselbe, der großen Masse deutscher Bevölkerung Amerikas gegenüber, seine Pflicht damit versäumte. Den Bemühungen des Präsidenten gelang es nicht, ohne die nöthigen Bewilligungen des Congresses etwas zu thun, er konnte nur auf Innehaltung der strengsten Neutralität bedacht sein. Aber das Volk, so weit es nicht geistig den Südstaaten der Union verwandt ist, zeigte desto unzweideutiger seine Sympathien, die sich nicht allein durch Sammlungen kennzeichneten, sondern auch durch den Beschluß, die Regierung der Vereinigten Staaten zu energischem Wirken für das Princip der Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekriege aufzufordern. Wie günstig daher die Erklärung des Gesandten des Norddeutschen Bundes in dieser Beziehung aufgenommen wurde, zeigt die Antwort des Staatssecretärs des Aeußern. Freiherr von Gerolt, der Gesandte des Norddeutschen Bundes zu Washington, war unter dem 18. Juli telegraphisch benachrichtigt worden, daß zufolge Allerhöchster Verordnung von demselben Tage (Bundesgesetzblatt S. 485) französische Handelsschiffe der Aufbringung und Wegnahme durch die Fahrzeuge der Bundeskriegsmarine nicht unterliegen sollen. Er hatte davon die Regierung der Vereinigten Staaten Tags darauf in Kenntniß gesetzt und erhielt in Erwiderung dessen die nachstehende Antwort (übersetzt) des Staatssecretärs Hamilton Fish:

„Washington, 22. Juli 1870. Staatsdepartement.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Briefes vom 19. d. M. zu bekennen, mittelst dessen Sie der Regierung den Text einer De-

pesche des Grafen Bismarck mittheilen, wonach Privateigenthum auf hoher See, ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeit, der Wegnahme durch Schiffe Sr. Maj. des Königs von Preußen nicht unterliegen wird.

In Erfüllung des in Ihrer Note ferner ausgesprochenen Wunsches, ist diese Mittheilung Seitens dieses Departements amtlich veröffentlicht worden.

Es ist jetzt nahezu ein Jahrhundert verflossen, seit die Vereinigten Staaten durch John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson und Preußen unter der Regierung des Großen Friedrich für zehn Jahre, vom Tage seiner Unterzeichnung an gerechnet, einen Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen, durch welchen festgestellt wurde, daß, im Falle unglücklicherweise ein Krieg zwischen den beiden vertragenden Theilen ausbrechen sollte, alle Handelsschiffe, welche dem Austausche der Erzeugnisse der verschiedenen Plätze dienen und somit den Bezug der nothwendigen Bedürfnisse und gewohnten Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens erleichtern oder verallgemeinern würden, frei und unbelästigt sollten verkehren dürfen; so wie daß keiner der vertragenden Theile einem bewaffneten Privatfahrzeuge Vollmacht bewilligen oder ausstellen solle, welche dieses berechtigen würde, solche Handelsschiffe zu nehmen oder zu zerstören, oder solchem Handel Unterbrechung zu bereiten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit großem Vergnügen die erneuerte Zustimmung eines großen und erleuchteten deutschen Staates zu den im Vertrage von 1785 aufgestellten Grundsätzen entgegen, zu deren Anwalt diese Regierung sich seitdem gemacht hat, so oft ihr die Gelegenheit dazu gegeben war. Im Jahre 1854 sagte Präsident Pierce in seiner Jahresbotschaft an den Congreß: „„Sollten die leitenden Mächte in Europa sich zu dem Vorschlage vereinigen, als ein Gesetz des internationalen Rechtes, Privateigenthum zur See von der Wegnahme durch bewaffnete Kreuzer, dieselben seien öffentliche oder private, auszuschließen, so würden die Vereinigten Staaten auf diesen breiten Grundlagen ihnen bereitwillig begegnen.““ Als im Jahre 1856 diese Regierung eingeladen worden war, der Pariser Declaration ihre Zustimmung zu geben, erwiderte der damalige Staatssecretär, Mr. Marcy: „„Der Präsident schlägt vor, dem ersten Absatze in der Erklärung des Pariser Congresses folgende Worte beizufügen: und daß das Privateigenthum

von Unterthanen oder Bürgern eines kriegführenden Theiles auf hoher See, mit Ausnahme der Kriegscontrebande, von der Wegnahme durch öffentliche bewaffnete Fahrzeuge des andern kriegführenden Theiles ausgeschlossen sein soll. — Mit dieser Abänderung wird die Regierung der Vereinigten Staaten die Bestimmung zusammen mit den anderen drei in dieser Declaration enthaltenen Grundsätzen annehmen.'" Und wiederum im Jahre 1861 erneuerte Mr. Seward das Anerbieten, der Declaration des Congresses zu Paris die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu geben, und sprach dabei die Voraussetzung aus, daß die nämliche Abänderung getroffen werden möchte.

Die Depesche des Grafen Bismarck, welche Sie in Ihrem Briefe vom 19. d. mittheilten, beweist, daß Norddeutschland willens ist, diesen Grundsatz (selbst ohne Gegenseitigkeit) in dem Kriege anzuerkennen, welcher bedauerlicherweise zwischen diesem Lande und Frankreich ausgebrochen ist. Dies giebt uns Grund zu hoffen, daß die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten bald die Genugthuung haben werden, diesen Grundsatz allgemein anerkannt zu sehen, als eine weitere Einschränkung und Milderung, welche die moderne Civilisation der Kriegskunst auferlegt.

Empfangen Sie, mein Herr ... (gez.) Hamilton Fish."

Frankreich schloß sich diesem Abkommen nicht an, sondern zog es vor, obwohl es sich stets rühmte, an der Spitze der Civilisation zu stehen, seinen Kriegsschiffen doch wenigstens eine Beschäftigung zu geben und die Wegnahme des Privateigenthums zu gestatten.

Die Versammlungen der Deutschen in der Union waren überall großartige; die hervorragendsten Bürger z. B. New-Yorks, Kaufleute, Gelehrte standen auf den Tribünen und hielten begeisterte Reden; es nahmen dort über 4000 Personen an der Demonstration Theil. Ebensolche Nachrichten kamen aus allen Staaten der Union, und wie bereits bemerkt wurde, reiche Spenden für die Verwundeten folgten bald nach.

20. Die Neutralität Englands und die Verletzung des Völkerrechts durch Frankreich.

England hatte für die Innehaltung einer reellen Neutralität nichts gethan; es ließ Waffenlieferungen an Frankreich mit der zu-

gehörigen Munition (noch bis in den September) zu, ohne dagegen einzuschreiten. Eben so wenig wollte es sich darüber gerechtfertigte Vorwürfe machen lassen. In Folge directer und indirecter Reclamationen erließ die englische Regierung an ihre Vertreter in Deutschland folgende merkwürdige Note:

„Auswärtiges Amt, 11. August.

Ihrer Maj. Regierung hat mit großem Bedauern vernommen, daß in Deutschland die Ansicht verbreitet ist, Großbritannien weiche von der neutralen Haltung, welche es beschlossen und erklärt hatte, zu beobachten, ab, indem es Frankreich Gelegenheit biete, gewisse zum Kriege nützliche Artikel, wie Kriegsmunition, Pferde und Kohlen, zu erlangen, während die gleichen Gelegenheiten den verbündeten deutschen Staaten nicht in gleicher Weise offenstünden. Es ist nicht auffallend, daß in einem Augenblick der Aufregung, wie gegenwärtig, das deutsche Volk empfindlicher als gewöhnlich die Haltung von Nationen bewacht, welche nicht am Kampfe Theil nehmen, und es ist nicht zu verwundern, daß dabei zeitweise unbegründete Gerüchte als Thatsachen genommen und einigermaßen voreilig Vorgänge als Verletzungen der Neutralität beurtheilt werden, die in ruhiger Zeit unbedenklich mit der Unparteilichkeit des Urtheils, welche die Deutschen auszeichnet, als im strengsten Einklange mit den Gebräuchen des internationalen Rechts und Herkommens erklärt werden würden. Ihrer Maj. Regierung hat nach Austausch der Kriegserklärung ohne Zeitverlust den Entschluß Großbritanniens, eine neutrale Haltung zwischen den streitenden Parteien einzunehmen, kundgethan, und diese Haltung ist bisher treu beobachtet worden. Es ist nicht wahr, daß Gelegenheiten geboten oder Beschränkungen auferlegt worden sind, welche nicht in gleicher Weise auf beide Parteien Anwendung finden. Die von Ihrer Maj. Regierung gethanen Schritte waren streng in Uebereinstimmung mit den vorliegenden Präcedenzfällen und mit den Grundsätzen, durch welche sich neutrale Nationen, Preußen mit eingeschlossen, in den letzten Kriegen haben leiten lassen. Es scheint indessen, daß man jetzt wünscht, Großbritannien möge weitergehen und nicht nur seinen Unterthanen die Pflichten der Neutralität einschärfen, sondern auch dieselben in einer Weise und in einem Grade zur Ausführung bringen, welche durchaus ungewöhnlich wäre. Es wird verlangt, England solle die Ausfuhr von Kriegscontrebande nicht nur verbie-

ten, sondern absolut verhindern, d. h. es solle bestimmen, welche Artikel als Kriegscontrebande zu betrachten sind, und es solle seine Häfen in einer Weise bewachen, daß die Ausfuhr von solchen Artikeln zur Unmöglichkeit würde. Es bedarf nur geringer Ueberlegung, um zu der Ueberzeugung (!) zu gelangen, daß dieses eine Aufgabe ist, welche einer neutralen Macht kaum aufgebürdet werden kann. Verschiedene Nationen haben zu verschiedenen Zeiten verschiedene Ansichten darüber gehabt, welche Artikel unter Kriegscontrebande einzurechnen sind, und eine allgemeine Entscheidung über diesen Gegenstand ist bisher noch nicht erzielt worden. So werden z. B. starke Vorstellungen gegen den Kohlenexport nach Frankreich gemacht; es ist indessen von preußischen Schriftstellern von bedeutendem Rufe festgehalten worden, Kohlen seien keine Kriegscontrebande und keine Macht, weder kriegführende noch neutrale, könne sie dazu erklären. Wenn aber auch dieser Punkt klar bestimmt wäre, so ist es doch über allen Zweifel gewiß, daß der Charakter als Kriegscontrebande lediglich von der Bestimmung abhangen würde. Die neutrale Macht könnte kaum angehalten werden, den Export von solchen Fouragen nach neutralen Häfen zu verhindern, und wenn das einmal der Fall ist, wie könnte es zur Zeit des Auslaufens eines Schiffes entschieden werden, ob die angebliche neutrale Bestimmung des Schiffes echt oder falsch sei. Die Frage der Bestimmung eines Cargo muß von dem Prisengerichte eines Kriegführenden entschieden werden, und Preußen konnte kaum im Ernst vorschlagen, die britische Regierung in allen Fällen verantwortlich zu halten, wo ein britisches Schiff mit einer Ladung Kriegscontrebande bei dem Versuche, in einen französischen Hafen einzulaufen, weggenommen würde. Ihrer Maj. Regierung zweifelt nicht, daß, sobald sich die jetzige Aufregung gelegt hat, die deutsche Nation es ihr zum Lobe nachsagen wird, daß sie ehrlich und nach bestem Vermögen den Verpflichtungen der Neutralität nachgekommen ist, und sie wird bestärkt in dieser Ueberzeugung durch die Erinnerung, daß, als Preußen in derselben Lage war, wie heute England, sein Verhalten auch ein ähnliches war, und es sich außer Stande sah, scharfe Einschränkungsverbote gegen die Ausfuhr unzweifelhafter Kriegsmunition bei seinen Unterthanen durchzuführen. Während des Krimkrieges wurden Waffen und Munition stark von Preußen nach Rußland eingeführt, und Waffen aus belgischen Fabriken fanden ihren

Weg ebenfalls dahin, und zwar über preußisches Gebiet trotz eines von Preußen erlassenen Decrets, welches die Waffentransporte aus einem fremden Staate untersagte. Das Nachdenken über diese Punkte dürfte die deutsche Nation geneigt machen, die gegenwärtig von Ihrer Maj. Regierung eingenommene Haltung in gerechterem Lichte zu sehen. Hinsichtlich der Ausfuhr von Pferden und Munition aus England ist aus den letzten Tabellen des britischen Zollamtes ersichtlich, daß die Zahl der im Juli und August nach Deutschland und Belgien exportirten Pferde sich auf annähernd 413 beläuft, während 583 nach Frankreich gingen. Bezüglich der Kriegsmunition, die während derselben Zeit ausgeführt wurde, stellt sich nach den amtlichen Berichten heraus, daß nach Frankreich nichts (?) exportirt wurde und nur nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen folgende Sendungen gingen: Nach Belgien Geschützmunition im Werthe von 369 Pfd. Sterl., Kugelblei oder Eisen nur 1 Ctr. Nach Hamburg an letzterem nur 5 Ctr., nach Holland an beiden Artikeln 32 Ctr. Es ist nicht unstatthaft, hierbei die kürzlich vom amerikanischen Staatssecretär in Washington einem auswärtigen Gesandten gegenüber ausgesprochenen Ideen in Betreff der Pflichten der Neutralen bezüglich des Handels mit Kriegsmaterial anzuführen. Er soll (!) gesagt haben, daß Waffen und Munition stets von Neutralen als Artikel des erlaubten Handels während eines Krieges betrachtet worden seien, und daß die Vereinigten Staaten das Recht beanspruchten, sie allen Kriegführenden ohne Unterschied zu liefern. Dabei wurde hinzugefügt, es seien während des Bürgerkrieges diese Artikel massenweise in England, Frankreich und Belgien gekauft worden. Es dürfte auch bemerkt werden, daß die belgische Regierung zwar jüngst durch Decret vorläufig den Trans- wie den Export von Waffen und Munition verboten hat, aber von diesem Verbote Artikel ausnimmt, welche nachweislich für neutrale Regierungen bestimmt sind, und sich formell das Recht der freien Ausfuhr für die Folge vorbehält. Ich bleibe 2c. gez. Granville."

Diese Aeußerungen des englischen Ministers kritisiren sich schon selbst, wenn man die früher mitgetheilten Noten desselben in seiner Rolle als Friedensvermittler damit vergleicht. Dort wie hier sieht man in ihm den anhänglichen Freund der kaiserlichen Regierung. Und was die Anspielungen auf den russisch-englisch-französischen

Krieg von 1854/55 betrifft, in dem Preußen eine ähnliche Rolle gespielt haben soll, so hat der Earl nur die Behauptung ausgesprochen, ist aber den Beweis schuldig geblieben, daß die damalige Lage eine der gegenwärtigen gleiche gewesen sei und daß Preußen in gleicher Weise verfahren. Das Ministerium des Aeußern ist auch nicht die gebührende Abfertigung schuldig geblieben, wie sich später bei Fortsetzung des Verfahrens und einer Berufung auf amerikanische Unterstützung durch Waffensendungen herausstellen wird. Man kann aber auch ruhig darüber hinweggehen, denn weder die verkauften Pferde haben der französischen Cavallerie zu etwas Anderem genutzt als zur Speise, noch haben die gelieferten Kohlen den Kriegsschiffen zu einem bessern Erfolge verholfen, wie die Gewehre dem Heere.

Daß dieselbe Macht aber nach solchem Verfahren die bereitwillige Friedensvermittelung von ihrem europäischen Standpunkte versucht und die übrigen Staaten zur Mithülfe veranlassen möchte, um wie vor fünfundfünfzig Jahren Deutschland die Früchte seines Erfolges zu verkümmern, das ist noch sonderbarer. Schon am 19. August kam aus Köln folgende Depesche: „Die englische Regierung hat wiederholt im Hauptquartier des Königs Wilhelm ihre Vermittelung für den Frieden angeboten. Se. Majestät hat diese Anerbietungen in würdevoller Weise abgelehnt, indem er darauf aufmerksam machte, daß Deutschland, muthwillig herausgefordert, lediglich die Pflicht und das Recht der Selbstvertheidigung ausübe, und daß es nunmehr den rauflustigen Nachbar für immerdar unschädlich machen und unverrückbare Bürgschaften des Friedens erkämpfen müsse."

Hier war es die Freundschaft Englands für Frankreich und vielleicht auch die zunehmende Mißgunst gegen die zunehmende Macht Deutschlands, welche diese Schritte veranlaßt. Aber für höhere Gesichtspunkte, wie für die Achtung vor dem Eigenthum der ausgewiesenen Deutschen in Paris und Gefühl für Menschlichkeit, hatte England, so weit wenigstens bekannt geworden ist, kein Wort. Und in dieser Beziehung wäre dessen Vermittelung bei der französischen Regierung erforderlich gewesen, denn darin war auf das Unglaublichste von dieser verfahren worden. Freilich mag England, das so gern Andere an frühere Vorgänge erinnert, wie in der Note vom 11. August geschah, sich selbst erinnert haben, daß es in Ostindien

selbst das Möglichste an Grausamkeit gegen die Einwohner geleistet hat, was gegen einen überwundenen Feind nur geschehen kann. Frankreich war es, das sich gerühmt hatte, an der Spitze der Civilisation einherzuschreiten. Es muß dazu bemerkt werden, daß die Bildung der Franzosen schon eine solche ist, welche dem widerspricht. Zwar rühmte der ehemalige Kriegsminister Leboeuf, daß die Soldaten lesen, schreiben und rechnen lernen, daß sie Unterricht in Geographie, Arithmetik u. s. w. während der Dienstzeit hatten; und doch konnten von 130 gefangenen französischen Officieren, welche in Königsberg über die Alimentbeträge quittiren mußten, 17 ihren Namen nicht schreiben, und von den nach der Festung Neisse gebrachten Gefangenen glaubten viele, sie kämen nach Oesterreich! Aber man könnte glauben, menschliches Gefühl sei ihnen angeboren oder anerzogen worden, wie man es von allen gebildeten Nationen voraussetzt. Auch darin täuscht man sich. Oder es könnte vermuthet werden, sie würden geschlossene Verträge und Conventionen achten, und jedem Regimente könnten darüber die einfachsten Begriffe und Bestimmungen beigebracht werden. Es durfte ihnen nur begreiflich gemacht werden, daß man weder auf eine weiße Fahne und deren Träger, noch auf eine weiße Fahne oder Binde mit einem rothen Kreuze schießen dürfe; das wäre schon verstanden worden. Auch das war nicht der Fall. Oder daß man wehrlose, nur ihrer Beschäftigung nachgehende Bewohner nicht blos darum verfolge, weil sie der Nationalität des Feindes angehören. Ueber die Austreibung der Deutschen haben alle Zeitungen die verschiedensten Mittheilungen gebracht, welche die abscheulichste Behandlung bei dieser Gelegenheit constatiren. Nicht genug, daß man aus Frankreich ruhige, fleißige, von ihrem Erwerbe lebende Deutsche vertrieb, machte man zu Bettlern wohlhabende Leute, man holte sie bei Nacht ab, sperrte sie ein und dann schaffte man sie über die Grenze, ohne ihnen auch nur Zeit oder Erlaubniß zu geben, ihr Eigenthum oder ihre Ersparnisse mitzunehmen. Solche kamen noch am besten weg; viele Andere hatten auch noch unter der Anschuldigung der Spionage die empörendsten Insulten und körperliche Beschädigungen zu erdulden, ja später schlug der Pöbel mehrere Personen todt. Deutsche, welche bereits naturalisirt waren, mit Französinnen verheirathet, mußten fort, andere, welche die Erlaubniß zum ferneren Aufenthalte

von den Behörden erhalten hatten, wurden dennoch weggetrieben. Arbeiter, für welche sich ihre französischen Meister oder Arbeitgeber verwendet hatten, durften auch nicht bleiben. So ließ man den Zorn über die Niederlagen und die eigene Schwäche an wehrlosen Leuten aus. Da nützten auch die Vorstellungen der Verständigen nichts. Michel Chevalier sprach in der Revüe des deux Mondes geradezu aus: „Wenn Paris das germanische Element seiner Bevölkerung verliert, so braucht es zehn oder zwanzig Jahre, um für diesen Verlust Ersatz zu gewinnen." Das wurde nicht mehr beachtet. Der amerikanische Gesandte in Paris, dem der Schutz der Deutschen übertragen war, schützte sie nicht oder konnte sie nicht schützen. (Ob er es nicht so eifrig betreiben wollte, läßt sich schwer nachweisen.) Jedenfalls hat der Gesandte des Norddeutschen Bundes bei der Regierung in Washington darüber Beschwerde geführt. Die neutralen Staaten, einschließlich England, haben keinen Protest dagegen bei der französischen Regierung eingebracht!

Die Genfer Convention vom Jahre 1864, welche 1868 noch Zusatzartikel erhielt, war in ihrer ursprünglichen Form von ersterem Jahre wenigstens von allen europäischen Staaten anerkannt worden, und die beiden kriegführenden Mächte hatten sich auch über die Gültigkeit der Zusatzartikel für den gegenwärtigen Kampf geeinigt. Hiernach gilt als oberster Grundsatz: der verwundete, kampfunfähig gemachte Feind ist kein Feind mehr, vielmehr der Hülfe bedürftig und empfohlen. Die durch eine weiße Fahne mit rothem Kreuze kenntlich gemachten Verbandplätze, Ambulancen, Feldlazarethe, Reservelazarethe, Militärhospitäler u. s. w. sind, ausgenommen den Fall, wenn sie von einer militärischen Macht bewacht und vertheidigt werden, neutral (d. h. unverletzlich und in jeder Weise zu schonen), so lange sich nämlich Kranke und Verwundete in denselben befinden. Unverletzlich sind demgemäß nicht nur die darin befindlichen Verwundeten und Kranken, sondern auch die darin beschäftigten Aerzte, Krankenwärter und Wärterinnen, Intendantur-, Sanitäts- und Verwaltungsbeamten, sowie die Mitglieder der Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, sobald sie die weiße Binde mit dem rothen Kreuze tragen und mit einem Atteste versehen sind, das sie zum Tragen einer solchen Binde berechtigt. Alle diese Personen dürfen nicht verletzt oder gefangen genommen werden. Gleiche Neu-

tralität genießen die Transporte von Kranken und Verwundeten aus den Lazarethen; auf den Verbandplätzen ist auch das Material neutral und darf nicht weggenommen werden.

Aber die Franzosen beachteten diese Bestimmungen nicht, sie schossen auf Aerzte und Krankenträger, so daß mehrere schwer verwundet wurden. Ja sie steckten in der Schlacht bei Metz mit ihren Granaten ein Lazareth in Brand, in welchem 200 Verwundete lagen, die so ihr Leben in den Flammen verloren. Als nach der Schlacht bei Wörth sich die Südarmee des französischen Lagers bemächtigte, stellte sich zum größten Erstaunen heraus, daß die französischen Verwundeten und Gefangenen nichts von dem Genfer Vertrage wußten, so daß sogar die französischen Aerzte und die zur Verpflegung Zurückgelassenen sich als Kriegsgefangene betrachteten. Es ergab sich, daß weder die französische Verpflegungsmannschaft, noch die Aerzte das vertragsmäßige weiße Band mit rothem Kreuze trugen, sondern erst nach Ankunft der Deutschen einen weißen Lappen mit durch Stecknadeln kreuzweise angehefteten rothen Tuchschnitzeln anlegten, daß die französischen Wagen zum Transport Verwundeter keineswegs mit dem Zeichen versehen waren. Auf die Frage deutscher Aerzte, warum die durch die Genfer Convention gesetzmäßigen Neutralitätszeichen dort nicht eingeführt seien, antworteten ihre französischen Collegen, daß sie dieselben um keinen Preis angelegt hätten, da sie sonst den Hohn und Spott der Officiere ihrer Armee über die von denselben sogenannte „Lebensversicherung“ nicht hätten ertragen können. — Bei Pont à Mousson wurde wiederholt auf die Verbandplätze geschossen. Ferner wird von unerhörten Mißhandlungen eines Verwundeten-Transports von 150 Mann Deutschen in Metz berichtet, welche unter den Augen des Commandos ungestört verübt wurden: die Weiber spieen den Verwundeten in's Gesicht, die Zuaven tractirten sie mit Peitschenhieben und beraubten sie ihrer Uhren. Noch abscheulicher zeigen sich die französischen Soldaten auf dem Schlachtfelde. Bei Rezonville wurde ein schwerverwundeter Landwehrlieutenant von ihnen so lange gehauen und gestochen, bis er förmlich zerhackt war. Es ist durch authentische Zeugen festgestellt, daß im Gefecht bei Forbach die Turkos den schwerverwundeten Deutschen Arme und Beine abschnitten und die Kopfhaut vom Kopfe zogen, ganz abgesehen von den Hyänen von Weibern, die auf dem Schlachtfelde den Ver-

wundeten die Augen ausstachen, und den Geistlichen, welche die Brunnen vergifteten.

Es ist eine der ältesten Bestimmungen des Völkerrechtes, daß auf Parlamentäre, welche sich mit einer weißen Fahne und einem Trompetensignal dem Feinde nähern, nicht geschossen werden darf. Auch diese achteten die Franzosen nicht; sie schossen bei mehreren Gelegenheiten auf die Parlamentäre und verwundeten oder tödteten sie. So wurde vor Marsal am 14. August auf den Hauptmann Hanfstengl, vor Metz am 19. auf den Oberstlieutenant von Winterfeld, den Hauptmann von Winterfeld und den Trompeter, welcher verwundet, vor Toul auf einen Trompeter, welcher getödtet wurde, vor Verdün auf den Rittmeister von Stechow, vor Straßburg auf einen Oberstlieutenant geschossen. Alle diese Personen hatten sich im Augenblicke des gegen sie gerichteten Angriffs unter den allen Völkern bekannten Zeichen als Parlamentäre kundgegeben, und der Zweck ihres Erscheinens war zum Theil nur das Interesse für französische Verwundete und deren Pflege. Später wurde die Ausflucht gebraucht, dieselben hätten sich nur umsehen wollen und wären demnach als Spione betrachtet und behandelt worden. Um diesem Benehmen noch die Krone aufzusetzen, warfen die Franzosen in ihren Lügenzeitungen den Deutschen gerade Das vor, was sie selbst ausführten, wenn sie die wehrlosen verwundeten oder sterbenden Feinde massacrirten, ihnen mit den Kolben den Schädel zerschlugen oder sie in brennende Häuser trugen. In Betreff der Greuelthaten bei der Einäscherung von Bazeilles, wo dies vorkam, welche besonders der englische Herzog von Fitz-James den Bayern und Preußen vorwarf, haben sich bereits Augenzeugen gemeldet (wie H. Voget aus Frankfurt a/M. in der Augsburger A. Zeitung vom 18. Septbr.), welche die Unwahrheiten in des Herzogs Darstellung nachwiesen und durch Thatsachen beweisen, wie hier die Einwohner gegen den Feind verfahren; auf die Krankenträger haben sie geschossen, aus dem Hinterhalt haben sogar Weiber Gewehre auf die Soldaten abgefeuert und Verwundete in die brennenden Häuser geschleppt.

Wo bleiben nun noch die Rücksichten der französischen Regierung auf die Familien der Gefallenen und Verwundeten. Frankreich gab es nicht zu, daß deutsche und französische Verwundete, von denen zahlreiche Transporte nach dem Innern gehen sollten, zum

Theil durch Belgien befördert werden könnten, um so schneller in die Hospitäler zu gelangen, wenn zugleich mehrere Wege und Eisenbahnen benutzt werden. Verlustlisten giebt es dort nicht, die man veröffentlichte; nur in einem Büreau in Paris sollten Erkundigungen eingezogen werden; wie weit dort Auskunft ertheilt worden ist, läßt sich nicht nachweisen; weither muß es damit nicht gewesen sein, denn mehrfach hat man sich an die preußischen Behörden, durch Vermittelung der Wiener Gesandtschaft, gewendet, um Mittheilungen zu erhalten. Wie groß der Schmerz über die vielen Verluste in Deutschland ist, hat sich vielfach kundgegeben; bei allem Enthusiasmus über die Siege waltet doch das menschliche Gefühl vor und die Trauer läßt sich dabei nicht unterdrücken. Die Verluste in Frankreich sind aller Wahrscheinlichkeit nach noch viel größer. Haben wir aber in den Pariser Zeitungen auch nur einmal dem Schmerze darüber Ausdruck geben sehen! Da hat man nicht einen Artikel um die gefallenen Söhne des Vaterlandes trauern hören, nur den Rachedurst wie in einem Rausche haben sie ausgedrückt, ja ein für die gebildeten Klassen geschriebenes Blatt hat dazu aufgefordert, den feindlichen Verwundeten, die nicht gut transportabel seien, mit dem Kolben den Garaus zu machen. Sind die Feinde mit heißem Wasser begossen worden, so hat ein Prinz von Joinville, ein Orleans, solche Thaten als rühmliche Werke anerkannt und bewundert.

In solchen finsteren Thaten drückt sich der französische Patriotismus aus Oder haben sich in Frankreich etwa Dichter gefunden, die demselben Ausdruck gegeben hätten? Sie sangen und singen die Marseillaise, das ist ihr Marsch-, ihr Kriegs-, ihr Revolutionslied, und außerdem haben sie nichts. Wie ganz anders hat der Enthusiasmus und die Begeisterung für den zweiten Freiheitskrieg gegen den Erbfeind die deutschen Dichter entflammt! Die Zauberkraft, welche auf Alt und Jung die Gedichte von Freiligrath, Geibel, Gottschall, Redwitz, Schneckenburger und die Compositionen einiger dieser Lieder von beliebten Musikern ausübten, ist ein sicheres Zeichen, welches Volk in der Cultur und Civilisation höher stand und auf wessen Seite die Hoffnungen eines Sieges gerechtfertigt waren. Wir konnten uns nicht versagen, einen Theil jener schönen und kräftigen Lieder in einem Anhange aufzunehmen.*)

*) Anhang. Einige deutsche Gedichte von Freiligrath, Geibel xc.

Sehr wahr sind die Worte, welche der Geh. Med.-Rath Professor Dr. Dübois-Reymond, Rector Magnificus der Berliner Universität, am 3. August 1870 aussprach: „Die Franzosen geben sich gern als Nachfolger der alten Römer aus, von denen sie freilich nur die Laster geerbt und von deren Colonisationstalent sie keine Ahnung haben; aber auch sie glauben sich zur Weltherrschaft berufen und sehen den Krieg als angenehme Aufregung und gewinnbringendes Geschäft an. Diese sträfliche Kriegswuth ist der Ursprung des jetzt wieder hereinbrechenden Unglücks und der Chauvinismus eine pandemische Form von Geisteskrankheit. So paßt das heutige französische Volk nicht in die heutige europäische Völkerfamilie, da es in unserm Sinne kein civilisirtes Volk ist und das celtische Blut, das Irland zu Grunde richtet, auch in ihm steckt."

Um so mehr muß die Humanität der deutschen Heerführer auf französischem Boden gerühmt werden, welche sich, obwohl man ihnen gerade am meisten nachstellte, sich dadurch auszeichneten, daß sie den Bewohnern bewiesen, daß nicht gegen sie der Krieg geführt werde. So hatten des Beispiels wegen die Bewohner von Nanzig dem Kronprinzen eine Eingabe mit der Klage übergeben, daß ihrer Stadt seit dem Rückzuge der Franzosen die sämmtlichen Communicationen mit den übrigen Landestheilen abgeschnitten worden seien. Sie baten um rasche Wiederherstellung der Verbindungen, damit der darniederliegende Geschäftsbetrieb wieder in Aufnahme käme und die zur Verproviantirung auch der Truppen nothwendigen Lebensmittel von entfernteren Orten herbeigeschafft werden könnten. In Folge dessen war eine Proclamation nachstehender Art erlassen worden:

„Deutschland führt Krieg gegen den Kaiser der Franzosen, nicht gegen die Franzosen. Die Bevölkerung hat keine feindlichen Maßregeln zu befürchten.

Ich beschäftige mich damit, der Bevölkerung, insonderheit der Stadt Nancy, die durch die französische Armee unterbrochenen Communicationsmittel wieder herzustellen. Ich hoffe, daß Gewerbe und Handel sich wieder beleben und daß alle Behörden auf ihrem Platze bleiben werden.

Ich beanspruche für den Unterhalt der Armee nur den Ueberschuß der Vorräthe, der zur Ernährung der französischen Bevölkerung nicht gebraucht wird.

Die friedliebende Bevölkerung, insonderheit die Stadt Nancy, darf auf die größte Schonung rechnen.

Der Oberbefehlshaber der III. Armee, Friedrich Wilhelm,
Kronprinz von Preußen."

In Folge dieser Proclamation wurde die preußische Feldpost dieser Armee mit Briefen von Einwohnern Nancys überfluthet.

In gleicher Weise ist die Bevölkerung Frankreichs stets, wenn auch mitunter unverdientermaßen, wie Nanzig behandelt worden, natürlich so lange und sobald sie sich verständig benommen hat. Schlug aber, wie es vorgekommen ist, an einem Orte der Hufschmied dem Husaren, der sich das Pferd beschlagen ließ, mit seinem Hammer, als er das Pferd hielt, den Schädel entzwei, dann wurde freilich das Kriegsrecht in scharfer Weise zur Geltung gebracht, und die Wuth mag vielleicht in wenigen Fällen die Grenzen des Nothwendigen haben überschreiten lassen.

21. Die Zustände in Frankreich nach den Siegen bei Metz.

„Wenn Alles nicht hilft, so wird eine große Schlacht bei Chalons helfen!" So hatten die Minister und Generale in Paris noch am 14. August gesprochen, und ihnen nach die Zeitungen. Man merkte daher die Absicht, als das officielle Journal die Mittheilung von einem Siege bei Metz am 15. August brachte, und traute nicht recht, da man doch erfahren hatte, wie sehr die Armee hin und her zog. Erst sollte sie über die Saar, dann ging sie an die Nied zurück, dann nach Metz; später, als der Kaiser beseitigt und Bazaine zum Oberfeldherrn ernannt war, sollte eine Schlacht bei Chalons stattfinden; jetzt hieß es wieder Verdün-Metz. In Paris, sowie in verschiedenen Provinzialorten hatten bereits lärmende Scenen der Ungeduld stattgefunden, so in Marseille, in Bordeaux, wo die Nationalgarde mit Steinen geworfen wurde. Vom Kaiser selbst hörte man nichts mehr, noch weniger von seinem Sohne. Gar bald wurde so der Kaiser dem Volke gleichgültig, ja man betrachtet ihn nach Kurzem nur noch für ein Uebel, das man einige Zeit mit Geduld tragen müsse. „Mag er seinen Weg nehmen, wohin er will, nur zu uns soll er nicht zurückkehren," sagten die Pariser der hohen und niederen Klassen, deren patriotische Aufwallung allein der Nationalehre, nicht

aber dem Empire gilt. In Chalons sagten die Leute: „Nous n'en voulons plus!“

Die Kaiserin sieht sich bereits von manchen Seiten vernachlässigt, die beiden Nichten der Kaiserin und alle Hofdamen, mit Ausnahme der dienstthuenden, haben Paris verlassen. Man sagt, sie bringe den halben Tag betend in der Tuilerien-Kapelle zu. In der übrigen Zeit hat sie bereits ihre Gedanken auf eine Flucht gerichtet; zahlloses Gepäck wurde nach England expedirt, und in einem der Häfen des Kanals sollte seit dem 15. August ein Dampfschiff bereitstehen. Es wurde erzählt, sie habe den Marschall Baraguay d'Hilliers über die Lage befragt und die Antwort erhalten, die Ruhe in der Hauptstadt werde bald wieder hergestellt sein. „Aber wir, aber die Dynastie!“ habe die Kaiserin gefragt, und der Marschall habe geantwortet: „O was das betrifft, so kümmert sich kein Mensch darum; Frankreich denkt nur daran, die Preußen um jeden Preis zu verjagen; das Uebrige wird sich später finden!“ Diese gerade Antwort hatte die Ungnade von Madame zur Folge. Die Situation wird dadurch ebenso charakterisirt, wie durch die Ausfälle, die sich trotz des Belagerungszustandes die Presse erlauben kann. Das sind die Beweise für den zunehmenden Verfall des kaiserlichen Ansehens. Ein vorher streng dynastisches Blatt „Soir“ von Ed. About sagt z. B.: „Armes Frankreich! Es hat jenem Manne Alles gestattet und Alles verziehen, der ihm zuerst sagte: „„das Kaiserreich ist der Friede!““ der ihm darauf sagte: „„das Kaiserreich ist der Ruhm und der Sieg, es ist die Revision der schimpflichen Verträge, die Berichtigung der Grenzen, der Krieg der Principien, der Krieg der Interessen, der Krieg der Abenteuer, aber der beständig glückliche Krieg und das von Tag zu Tag immer blendendere Prestige des französischen Namens.““ Frankreich hat Alles geglaubt, was man ihm sagte, es hat an den Stern seines Herrn geglaubt, wie es an die Uneigennützigkeit Morny's, an die sittliche Strenge Troplong's, an das Genie Rouher's und an den Liberalismus Ollivier's glaubte. Welch ein Erwachen! Heute ist das Kaiserreich die Niederlage durch die Unfähigkeit der Führer, es ist die Panik der Generale, es ist die Invasion mit ihrem ganzen Gefolge von Schmerzen und Elend, es ist der preußische Soldat, der heute als Herr auftritt in drei oder vier Departements, und zwar nach einem Feldzuge von acht

Tagen! ... Das Schamgefühl, das uns heute niederdrückt, wird bald in Elend ersticken. Ave, Caesar! Man hat wohlgethan, die Verantwortlichkeit des Kaisers in der Verfassung Ollivier's aufrecht zu erhalten."

Hatte die Regierung officiell bis jetzt dem Volke möglichst die Wahrheit verschwiegen, so wurde zur Vertuschung der Metzer unglücklichen Schlachten ein förmliches Lügensystem eingerichtet. Die Schlachten von Courcelles und Vionville (14. und 16. August) werden als Siege Bazaine's über den Prinzen Friedrich Karl angegeben, und der halbofficielle Constitutionnel meint, die Gloire des Oberbefehlshabers und der heroischen Armee werde durch diese Siege über den stolzesten der preußischen Generale und über die Armee, welche für die Elite der ganzen preußischen Armee galt, noch erhöht. „Die Tage des 15. (!) und 16. August," fährt er in seiner Lügenchronik fort, „werden in goldenen Lettern im militärischen Kalender Frankreichs verzeichnet werden." Dies Pröbchen von der amtlichen Journalistik in Paris wird genügen. Von anderer Seite wird ganz richtig bemerkt, Bazaine wäre in seinen Depeschen nicht so zurückhaltend, schüchtern und bescheiden gewesen, wenn er nur eine einem Siege ähnliche Schlacht geschlagen hätte. Diese Depesche Bazaine's meldet vom 16. August: „Diesen Morgen griff der Prinz Friedrich Karl den linken Flügel unserer Aufstellung an. Die Cavalleriedivision Forton und das Corps Frossard hielten gut Stand. Die bei Rezonville aufgestellten Truppen erschienen allmälig auf dem Schlachtfelde; der Kampf dauerte bis in die sinkende Nacht hinein. Des Abends erschien ein neues Armeecorps, welches unsern linken Flügel abzuschneiden suchte, wir behaupteten jedoch überall unsere Stellung und brachten dem Feinde große Verluste bei. Auch unsere Verluste sind erheblich. Um acht Uhr Abends war der Feind auf der ganzen Linie zurückgewichen. Die Anzahl der bei der Schlacht betheiligten Truppen wird auf 120,000 Mann veranschlagt." Das Wort Sieg kommt in der ganzen Depesche nicht vor. In einer andern heißt es: „Ich habe gestern während des ganzen Tages zwischen Doncourt und Vionville eine Schlacht geliefert und den Feind zurückgeworfen. Wir blieben in unseren Positionen. Ich unterbreche meine Bewegung auf einige Stunden, um die Munition zu ergänzen. Wir hatten den Prinzen Friedrich Karl und Steinmetz vor uns."

Es war kein Siegesjubel in Paris zu hören, keine Fahne, kein Licht zeigte sich, kein Kanonenschuß ließ sich zur Victoriafeier vernehmen. Das Volk war mit den ausgestreuten Gerüchten nicht mehr zu betrügen, auch Sensationsnachrichten, wie die von der Eroberung preußischer Geschütze und von dem angeblichen Tode des Prinzen Albrecht von Preußen, machten keinen Eindruck mehr; man glaubte sie doch nicht. Bei aller Kampfbegeisterung war die Volksstimmung eine gedrückte, und man befürchtete jetzt schon das Schlimmste und versicherte deshalb immerwährend, daß, wenn selbst die Preußen noch einmal siegten und wenn sie bis Paris gelangen sollten, sie doch ihr Grab in Frankreich finden würden. Die Prinzen von Orleans, welche bereits in der Nähe passen, ob sie bald etwa die Erbschaft des Kaiserthums antreten können, melden sich, um in's Heer einzutreten. Aber man nimmt sie nicht an; es ist ihnen auch weniger darum zu thun, ihr Schwert zu ziehen, als dem Lande ihren Patriotismus in Erinnerung zu bringen.

Der Kaiser war bereits am Abend des 17. in Chalons angekommen und ließ die inzwischen zum Theil neu organisirte Armee Mac Mahon's Revüe passiren. Aber es tönte nicht wie sonst: „Es lebe der Kaiser!“ auch nur von einer einzigen Stimme, sondern nur ein Lebehoch auf Mac Mahon und der Ruf: „Gegen den Feind!“ Da zog sich der Kaiser, nachdem er sich mehrere Tage nicht hatte sehen lassen, zunächst nach Reims zurück. Diese Verhältnisse wurden in Paris bald bekannt; aber man sprach nicht vom Kaiser, auch die Zeitungen brachten nichts über ihn; er ist schon bei Lebzeiten ein todter Mann. In der Verzweiflung, die nun über ihn kommt, streckt er seine Arme jetzt nach allen Gegnern und mißliebigen Männern aus. Er giebt Changarnier, den er am 2. December 1851 wie einen Verbrecher verhaften und nach Mazas schleppen ließ, eine Stelle in seinem Generalstabe; er verleiht Trochü, der ob seiner orleanistischen Gesinnung und seines Buches in große Ungnade gefallen war, ein wichtiges Commando. Jetzt appellirt er an das Nationalgefühl; jetzt sieht er sich nicht mehr nach Helfershelfern, sondern nach ehrlichen Leuten um. Vergebens sucht man in der langen Reihe von Männern, die den Staatsstreich unterstützten, nach makellosen Namen. Nun kommt das Blut, das er auf den Barrikaden verspritzen ließ, und der Fluch der in Cayenne verschmachteten Opfer über ihn.

Trochü ist am 18. August erster Gouverneur von Paris und Commandant aller Vertheidigungskräfte der Hauptstadt. Nun ist das Triumvirat fertig: Palikao ist das Haupt der politischen Regierung, Trochü Befehlshaber der Pariser Armee, Bazaine der der Rheinarmee. Trochü erläßt sogleich am Tage seiner Ernennung an die Pariser eine Proclamation, in der kein Wort vom Kaiser, von der Regentin oder der Dynastie vorkommt, auch nichts davon, wer ihn ernannt hat. Dieselbe lautet: „Einwohner von Paris! In der Gefahr, worin sich das Land befindet, bin ich zum Gouverneur von Paris und zum Obercommandanten der Truppen ernannt worden, die beauftragt sind, die Hauptstadt im Belagerungszustande zu vertheidigen. Paris übernimmt die Rolle, die ihm zukommt, und will der Mittelpunkt sein der großen Anstrengungen, der großen Opfer und der großen Beispiele. Ich schließe mich dem aus ganzem Herzen an; es wird die Ehre meines Lebens sein und die glänzende Bekrönung meiner Laufbahn, die bis heute den wenigsten von Euch bekannt ist. Ich habe das vollständigste Zutrauen zu dem Erfolge unseres glorreichen Unternehmens, aber unter einer Bedingung, deren Charakter dringend und ohne Einschränkung ist, und ohne welche unsere Anstrengungen mit Ohnmacht geschlagen sein würden. Ich rede von der guten Ordnung und verstehe darunter nicht nur die Ruhe in den Straßen, sondern die Ruhe in Euren Wohnungen, die Ruhe Eures Geistes, die Achtung vor den Befehlen der verantwortlichen Behörde, die Ergebenheit in die von der Lage untrennbaren Opfer, und endlich die ernste und gesammelte Heiterkeit einer großen militärischen Nation, welche unter höchst bedeutenden Umständen mit fester Entschlossenheit die Leitung ihrer Geschicke in die Hand nimmt. Und ich werde, um der Lage das so wünschenswerthe Gleichgewicht zu sichern, mich nicht auf die Vollmachten beziehen, die ich durch den Belagerungszustand und die Gesetze besitze; ich werde sie von Eurem Patriotismus fordern; ich werde sie erlangen, von Eurem Zutrauen erlangen, indem ich selbst der Bevölkerung von Paris ein unbegrenztes Zutrauen zeige. Ich richte den Anruf an alle Männer von allen Parteien, da ich selbst, wie man es in der Armee weiß, keiner andern Partei angehöre, als der des Landes. Ich rufe ihre Ergebenheit an, ich fordere von ihnen, daß sie durch die moralische Autorität die Hitzigen, die sich nicht selbst halten können,

mäßigen und mit ihren eigenen Händen solchen Menschen ihr Recht widerfahren lassen, die keiner Partei angehören, und die in den öffentlichen Unglücken nur die Gelegenheit sehen, ihren abscheulichen Gelüsten zu genügen. Und um ein Werk zu vollenden, nach welchem, ich erkläre es, ich in die Dunkelheit zurücktreten werde, aus der ich hervortrete, nehme ich einen der Wahlsprüche der Provinz Bretagne an, in der ich geboren bin: Mit Gottes Hülfe für das Vaterland!

Paris, 18. August 1870. General Trochü."

In ähnlicher Weise ist auch die Proclamation an die National- und Mobilgarde, sowie an die Land- und Seetruppen von Paris abgefaßt. Zur Erklärung des letzteren Ausdruckes muß bemerkt werden, daß die Marine einen großen Theil an Officieren und Mannschaften hat hergeben müssen zur Bedienung der Schiffsgeschütze in den Forts von Paris und einigen anderen Festungen. Daher sah man solche auch unter allen Gefangenen, die nach Deutschland gebracht wurden.

Hören wir nun, was die Minister in Paris dem harrenden Volke und der Legislativen für Auskunft über die Lage der Armee geben, und was sie für unsinnige Mittheilungen machen, welche die Kammer, die noch weniger weiß als die Minister, ruhig hinnimmt, obwohl geradezu unwahre und unmögliche Behauptungen aufgestellt werden. In der Sitzung der Legislativen vom 18. August gab der Kriegsminister einige Nachrichten vom Kriegsschauplatze, wo es, wie er sagt, recht gut steht. General Steinmetz habe seine Verbindung mit dem Kronprinzen nicht bewirken können (!), er sei mit großem Verlust auf St. Michiel zurückgeworfen worden. Palikao wußte also nicht das Geringste von den Verhältnissen, er wollte etwas von der Schlacht am 16. erzählen, wußte aber nicht einmal, daß es sich um eine solche Verbindung gar nicht handelte. Am 20. ging in Paris ein dunkles Gerücht um, wonach der Marschall Bazaine am 18. eine Schlacht verloren habe. Dasselbe trat an der Börse mit solcher Beharrlichkeit auf, daß die Abgeordneten sich Nachmittags damit beschäftigten. Mit Ungeduld erwarteten sie den Kriegsminister, der um drei Uhr eintraf und die tröstliche Erklärung gab, daß der Marschall Bazaine am 18. drei feindliche Armeecorps, die ihn angriffen, „in die Steinbrüche von Jaumont" (!) zurückgeworfen habe — wobei man sich beruhigte. Es war auch nicht ein wahres Wort an dieser Erklärung.

Zu gleicher Zeit theilt er mit, daß die Befestigungsarbeiten von Paris im besten Fortgange seien, er gesteht damit also wieder zu, daß der Feind doch auf Paris marschiren werde. Zwei Tage darauf sagt derselbe Minister: „Seit heute Morgen haben wir von Bazaine gute Nachrichten vom 19. August, die ich nicht detailliren kann. Dieselben zeigen bei Bazaine Energie und Vertrauen, die wir theilen. Die Vertheidigungsarbeiten von Paris schreiten fort, wir sind bereit, jeden Feind zu empfangen.“ Einen Antrag Keratry's, neun Deputirte zu wählen, um sie dem Vertheidigungsausschusse beizugeben, bekämpft Palikao entschieden; es scheint ihm das Mißtrauen der Legislativen bedenklich zu werden, das in jenem Antrage liegt. Seit der letzten Nachricht, meldet das Journal officiel, sei die Regierung wegen der unterbrochenen Telegraphenverbindung ohne Kenntniß, sie habe aber Grund, anzunehmen, daß Bazaine's Plan (nach Chalons zu kommen) noch nicht erreicht sei. Die heroische Tapferkeit der Soldaten einem überlegenen Feinde gegenüber lasse das Gelingen der ferneren Operationen erhoffen. Feindliche Plänkler seien bei St. Dizier erschienen. Am 23. erklärte der Minister des Innern (diesmal), daß die Regierung keine weiteren Mittheilungen vom Kriegsschauplatze erhalten habe.

Jetzt tritt Gambetta, Deputirter der Linken, bereits mit einem Angriffe gegen das „Verschweigungssystem“ auf. Seine Bemerkung: „das Land müsse seine schwere Lage kennen, damit es an seine Vertheidigung denke,“ erregt einen furchtbaren Tumult. Er ließ sich aber nicht stören, sondern warf der Regierung vor, daß sie seit vierzehn Tagen Frankreich betrüge, worauf ihm das Wort entzogen und die Sitzung geschlossen wurde. Am nächsten Tage bestieg Jules Favre die Tribüne. „Unser Unglück,“ sagte er, „verdanken wir einer verhängnißvollen Leitung, ob Unfähigkeit oder Verrath, das weiß ich nicht, das wird sich aufklären. Leider können wir heute angesichts des Heldenmuthes unserer Generale und unserer Soldaten nur sagen: Wäre Frankreich gut geleitet gewesen, so würde es unbesieglich gewesen sein. Dies beweist, daß man in der Krisis, worin wir uns befinden, die Politik von der Vertheidigung nicht trennen kann. Es ist in der That die Politik der Regierung, welche das Vaterland in's Verderben gestürzt hat, und es muß darin nothwendig ein Wechsel eintreten. Dreimal verflucht sei Derjenige, welcher eine vorübergehende Gewalt auf den Trümmern des Vaterlandes aufrichten wollte: wir

können darum aber in dem Systeme nicht beharren, welches uns in's Verderben gestürzt hat. Wir können nicht mehr gestatten, daß man uns sage: die Regierung wacht, das ist genug. Sind wir Sklaven, die zum Kampfe marschiren im Gefolge der Armee eines Tyrannen, oder sind wir ein freies Volk, welches sich für seine Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit seines Landes schlägt? Man sagt uns, was die Fehler betrifft, so werden wir später darüber klarer sehen. Nein, sogleich müssen wir darin klar sehen; das ist unerläßlich für das Heil Frankreichs. Wie, meine Herren, wollen Sie nicht, daß man dem Volke sage, wofür es sterben soll? Ob für das Vaterland, ob für Institutionen, welche die Ursache alles unseres Unglücks sind? (Man unterbricht den Redner mehrmals durch Tumult und Geschrei.) Wie, der gesetzgebende Körper hat Vertrauen zu diesen Institutionen? Dann möge er es doch aussprechen; so wage er doch dem französischen Volke zu sagen, daß es sich für die Erhaltung des Kaiserreichs und der Dynastie schlägt." Selbst Thiers erklärte, nach seiner Meinung seien mehr die Institutionen als die Personen am Unglück Frankreichs schuld. Schließlich wurde Keratry's Antrag abgelehnt, aber schon auf 54 Stimmen war die Opposition gewachsen. Als Gambetta nach Mittheilungen vom Kriegsschauplatze frägt, erklärt Minister Chevreau, daß Bazaine zu sehr beschäftigt sei, als daß er einen Bericht senden könne. Das läßt sich die Kammer Alles bieten!

Nachdem man nun endlich die Thatsache nicht mehr abzuleugnen vermocht hat, daß die Hauptarmee in Metz cernirt und der eigentliche Kern der französischen Streitkräfte von Paris abgeschnitten ist, versucht man die französische Nation für so viele vereitelte Hoffnungen mit der Versicherung zu trösten, es habe gar nicht in der Absicht des Marschalls Bazaine gelegen, sich von Metz zurückzuziehen. Es wird damit der „wohlüberlegte Plan" in Verbindung gebracht, daß die Rheinarmee, gestützt auf die Befestigungen von Metz, die Hauptmasse der deutschen Armee in dieser Gegend festhalten und dadurch auf dem rechten Flügel so schwächen würde, daß der linke Flügel es nicht wagen könne, isolirt und in der Flanke bedroht weiter gegen Paris vorzudringen. Genauere Aufschlüsse über die Lage der Armee zu geben, weigert sich auch jetzt noch Palikao und meint, die Preußen verbreiten sich über das Land, um glauben

zu machen, daß sie größeres Terrain einnähmen, als in Wirklichkeit der Fall ist. Ein großer Tumult entsteht Seitens der Rechten in der Kammer, als der Deputirte Ordinaire verlangt, „Monsieur Bonaparte" solle das Land für die Invasion schadlos halten; aber er wurde nicht zur Ordnung gerufen. Inzwischen hatte man das Lager von Chalons geräumt, einen Theil ausgebrannt und verwüstet. Die Zelte standen noch, aber die von den Soldaten früher errichteten Statuen und Monumente waren zertrümmert, der Boden mit Trümmern aller Art bedeckt, denn die Soldaten hatten bei dem beschleunigten Abzuge ihre Tornister leichter gemacht: überall lagen Schuhe, Hemden, Gamaschen, Bürsten, Cigarrenbüchsen u. s. w. vor den Zelten, überall zeigten sich die Spuren der Eile und der Entmuthigung. Die Nationalgarde war von Chalons nach St. Maur bei Paris zurückgezogen, wie sie es verlangt hatte, als man sie nicht gegen den Feind führte, und der General Trochü erließ einen Tagesbefehl in populärer Form an dieselbe, nach welchem die Gardisten ihn mit dem Rufe begrüßten: „Es lebe der General Trochü, es lebe Frankreich!" Der General hatte gesagt: „Ich habe Eure unverzügliche Zurückberufung nach Paris gefordert, weil Ihr zur Rückkehr berechtigt waret, weil Ihr dort Eure Pflicht zu erfüllen habt, weil ich auf Euch mein ganzes Vertrauen setze. Ich wußte nicht, daß der größte Theil der Lagermittel und die sämmtlichen Kasernirungsmittel den willigen und patriotischen Leuten hatten zur Verfügung gestellt werden müssen, die von allen Punkten des Reiches herbeigeeilt sind, um die Hauptstadt zu vertheidigen. Ihre Zahl ist Legion. Ihr werdet also in den ersten Momenten nicht Alles nach Eurer Bequemlichkeit finden und in der Beziehung das Loos Eures Generals en chef theilen, der, ohne Officiere, ohne Pferde und ohne irgend welche Mittel für ein Organisirungs-Commando, keineswegs Alles nach seiner Bequemlichkeit hat, das versichere ich Euch. Indessen Ihr habt ein Bivouak gehabt, und binnen kurzer Zeit werden die moralischen Prüfungen, die Ermüdungen, die in der Lage, darin wir uns befinden, unvermeidlichen Entbehrungen Veteranen aus Euch gemacht haben. Ich zähle darauf, daß Ihr ohne zu murren werdet leiden können, wie Ihr darauf zählen könnt, daß ich das Mögliche thun werde, um Eure Lage zu verbessern. Sie ist übrigens eine

nützliche Vorbereitung auf die Opfer, welche die Zukunft von Euch fordern kann. Auf baldiges Wiedersehen!“

Das erregte großes Mißvergnügen bei den kaiserlich Gesinnten, bei einem großen Theile der Legislativen und Palikao; dieser ließ den General nicht in der Legislativen zu, er gerirte sich als alleiniges Haupt der Regierung. Auch war er erbittert darüber, daß der General ohne Weiteres einige Gardisten entließ, deren Anwesenheit daheim als Ernährer nothwendig war.

Am 26. August erklärte der Minister des Innern: „Wir glaubten vorgestern und gestern noch hoffen zu dürfen, daß der Feind seine Bewegung nach der Hauptstadt aufgeben werde; die gestern Abend und heute früh eingegangenen Nachrichten melden aber im Gegentheil, daß er seinen Marsch auf Paris fortsetzt. Die Bevölkerung muß sich also auf eine Belagerung gefaßt machen und sich auf längere Zeit verproviantiren.“ Es werden dann noch besondere Bestimmungen erlassen, und die Regierung selbst veranlaßt die nöthigen Vorkehrungen. Viele der bemittelten Bewohner von Paris verlassen schon jetzt die Hauptstadt.

Der Kaiser kam nicht zurück, sondern reiste von Reims am 24. August schon nach Rethel, wo er die Nacht zubrachte. Das Gefolge desselben und seines Sohnes bestand aus drei Generalen, zwei Ordonnanzofficieren, dem Arzte und seinen Secretären. Da die Verbindungen bereits durch die Plänkler der deutschen Armee gestört sind, müssen jene die Nachrichten an die Kaiserin zu überbringen suchen. Der Prinz Napoleon ist angeblich mit einem Auftrage des Kaisers nach Florenz gegangen; er beeilt sich nicht zurückzukehren, er ist auch kein Schlachtenheld. Auch von den übrigen Verwandten des Kaisers hört man nichts.

VI. Abtheilung.

Schlachten bei Sedan. Napoleon. Republik in Paris.

22. Fortschritte der deutschen Armee. Schlachten bei Beaumont, Sedan und Noisseville.

Aus den Mittheilungen der französischen Minister wurde schon bekannt, daß die deutsche Armee, oder vielmehr ein Theil derselben, nach den Schlachten bei Metz den Marsch auf Paris aufgenommen habe. Allerdings konnte jetzt nur ein Theil dazu verwendet werden, denn die Cernirung von Metz mit der Bazaine'schen Armee, welche in dieser Art kaum im Hauptfeldzugsplan gelegen haben mochte, und deren Verschuldung der Generalstab dem zu hitzigen oder auf dem nicht vorgeschriebenen Wege erfolgten Vorgehen eines Theils der Armee beimaß, erforderte eine bedeutende Streitmacht. Weil die Vorposten wie die Armee den Geschützen der großen detachirten Forts nicht ausgesetzt sein dürfen, ist der Umgürtungskreis ein sehr umfangreicher und wurde auf wenigstens fünf Meilen geschätzt. Die feindliche eingeschlossene Armee hielt man für mindestens 100,000 Mann stark, obwohl sich später herausstellte, daß sie mehr als um die Hälfte größer war. Es mußten deshalb fünf Armeecorps davor liegen bleiben, die andernfalls mit zum weiteren Angriff verwendet werden konnten. Hierzu kam als fernerer Uebelstand, daß die Feldherren noch nicht zu vollständiger Kenntniß gelangt waren, wo sich die wieder gebildete Armee Mac Mahon's befände. Die Avantgarde, Cavallerie mit reitender Artillerie, mußte daher weite Vormärsche und Recognoscirungen machen, um dem Gros der Armee die Maßnahmen der feindlichen Truppen und wo möglich deren Aufenthaltsort mittheilen zu können, ihm den Weg zu bereiten, allerhand Erkundigungen einzuziehen und Lebensmittel herbeizuschaffen. War die Vermuthung richtig, daß sich Mac Mahon auf Paris zurückgezogen habe, so konnte man ungesäumt mit der größeren Hälfte der Armee, welche vom Kronprinzen von Preußen und dem Kronprinzen von Sachsen befehligt wurde, auf Paris losrücken. War Mac Mahon

aber nach einer andern Richtung gegangen, so mußte die Absicht eines Flankenangriffs oder des Versuchs einer Entsetzung von Metz vorausgesetzt werden. So weit daher oft die Avantgarde voraus war, so vorsichtig mußte das Gros der Armee nachmarschiren. Dazu kam noch ein anderer Umstand. Je weiter die Truppen vorrückten, desto französischer wurden die Leute, und kann die deutsche Sprache desto weniger gebraucht werden; es herrscht die Verwirrung einer fremden Eroberung. So hieß es in einer Correspondenz: „Nach dem ruhigen Temperament der Grenzbewohner sind die Truppen nun unter Leute gekommen, die durch Das, was um sie vorgeht, bitter gekränkt werden. Doch durch die Mannszucht und das gute Benehmen der Soldaten haben sie sich bewogen gefühlt, denselben nicht in unangemessener Weise gegenüberzutreten, und nur selten hatten diese Veranlassung, Strafcontributionen einzutreiben." Die Proclamation des Maire von Chalons (Herrn Périer) zeugt, obwohl sie in Paris bitter getadelt wurde, von der natürlichen Einsicht eines verständigen Mannes, der das Wohl der Bürger im Auge hat. Er sagt darin: „Die preußischen Truppen können in jedem Augenblick vor unseren Thoren erscheinen. Wir haben in Chalons kein Mittel, ihr Vorrücken aufzuhalten oder auch nur zu verzögern. Wir beschwören unsere Mitbürger, ihre patriotischen und schmerzlichen Gefühle zu beherrschen und sich jedes feindseligen Actes zu enthalten. Diese Acte hätten nicht nur kein nützliches Resultat, sondern könnten nur Unglück über die Bauwerke unserer Stadt, über unsere Häuslichkeit und Familien bringen." Außerdem mußte dem Erscheinen von bewaffneten Banden im Rücken entgegengesehen werden, die mit kriegsministeriellen Erlaubnißscheinen auf die Menschenjagd gingen, wie man es nicht anders nennen kann, die Franctireurs.

Die Armee nimmt von Metz zuerst eine theils westliche, theils südwestliche Richtung, so daß zu Hauptquartieren Bar le Düc und St. Dizier gewählt und die beiden Hauptrouten Troyes-Paris und Chalons-Paris eingeschlagen werden, nordwärts also das Thal der Marne und die Eisenbahnlinien über Epernay und Chateau-Thierry, südwärts den Flußlauf der Seine sowie die demselben sich anschließende Bahn über Nogent und Fontainebleau stets beherrschend. Leider wird der gerade Weg rückwärts auf Nancy durch die Festung Toul gesperrt, welche belagert werden muß, da sie einen Theil der

nächsten Zufuhrwege verschließt. Dann wendet sich aber der Marsch wieder mehr nordwestlich auf Chalons allein, während Cavallerie nördlich recognoscirt. Man hatte nach Berichten der belgischen Blätter und Andeutungen in Pariser Zeitungen zunächst erkannt, daß Mac Mahon eine Aufgabe im freien Felde zu lösen habe. Von den ersteren theilte sogar die Indépendance belge ohne Rückhalt mit, daß Mac Mahon sich der belgischen Grenze nähere, daß er am 24. August sein Hauptquartier in Mezières gehabt habe, und am 27. August sagt sie, der Marschall sei von Reims aus über Rethel vorgegangen und beabsichtige eine Operation gegen den rechten Flügel der gegen Paris vorrückenden deutschen Armee. Diese Mittheilung gewinnt um so mehr Boden, nachdem man Gewißheit von einer Concentration der belgischen Neutralitätstruppen nach jener Grenze hin erhalten hat. Der Armee-Oberleitung wurden diese Nachrichten telegraphisch aus dem Ministerium in Berlin mitgetheilt und zugleich noch die Meldung, daß nach derselben Quelle das Hauptquartier Mac Mahon's in Sedan sei und daß sich auch der Kaiser Napoleon dort befinde. Es bestätigt sich jetzt, was man in diesen Tagen in Paris erzählte, daß der Vormarsch der deutschen Armee auf Paris einen Aufschub erlitten habe, indem die Armee eine abweichende Direction erhielt. Das große Hauptquartier rückt statt nach Vitry le Français, einer kleinen Festung südlich von Chalons, am 26. bereits nach Clermont ab, einem unbedeutenden Städtchen von 3000 Einwohnern, sieben Meilen nördlich von Bar le Düc, an der Eisenbahn zwischen der Festung Verdün und der Stadt Menehould. Am 27. stieß bei Büsanzy, fünf Meilen südlich von Sedan, eine sächsische Reiterabtheilung, eine Escadron Ulanen mit einer Batterie, wirklich auf ein Regiment französischer Chasseurs, welches nach einem lebhaften Gefecht geworfen und zersprengt wurde. Dasselbe gehörte dem Failly'schen Corps an von der Mac Mahon'schen Armee, wodurch deren Anwesenheit bestätigt wurde und wonach sich nun die weiteren Operationen richten konnten. Der Marsch geht daher rasch in dieser Richtung weiter, das Hauptquartier von Clermont über Varennes nach Grandpré im Departement der Ardennen. Die vorausziehenden Truppen hatten mehrere Vorpostengefechte, unter Anderm wurde ein Dorf Voncy (am 29.) zwischen Vouziers und Attigny, von Infanterie, namentlich Turkos, besetzt, hoch und stark

gelegen, von zwei abgesessenen Husarenschwadronen erstürmt und die Besatzung gefangen genommen. Drei Gardeulanen brachten Abends zwei Generalstabsofficiere Mac Mahon's als Gefangene ein. Auch bei Nouart fand an demselben Tage ein Vorpostengefecht statt, das als der Anfang der Schlacht bei Beaumont am 30. gilt, in welcher die Truppen Mac Mahon's mit denen des Kronprinzen von Sachsen zusammenstießen, letztere mit dem rechten Flügel an die erste Armee (Steinmetz) sich anlehnend und vom bayerischen Corps von der Tann unterstützt. Durch den siegreichen Erfolg dieser Schlacht wurde die Entsetzung Bazaine's verhindert, Mac Mahon über die Maas nach Mouzon und Carignan, dann, als die Verfolgung durch die Dunkelheit gehemmt war, am nächsten Tage (31.) in fortgesetzter Schlacht nordwestlich in der Richtung auf die Festungen Sedan und Mezières nach der belgischen Grenze zurückgedrängt und das Zeltlager der Franzosen genommen. Natürlich schloß sich nun die Südarmee an die des Kronprinzen von Sachsen schleunigst näher an, so daß mehrere Corps derselben bald zur Unterstützung herankommen konnten. So wurde am 1. September der Feind auf's Neue auf dem rechten Ufer der Maas angegriffen. Die Schlacht verbreitete sich rund um Sedan, bis die französische Armee, nachdem bereits im Felde über 20,000 Gefangene gemacht waren, in die Festung zurückgewiesen wurde. Napoleon, der mit eingeschlossen war (der Sohn war entkommen), ließ noch am Abend die Capitulation und seinen Degen anbieten. Der Brief des Königs Wilhelm an die Königin Augusta schildert das Gesammtereigniß der Tage so erschöpfend, daß es am angemessensten erscheint, denselben als die sicherste Quelle über den Gang desselben mitzutheilen.

„Vendresse, südlich Sedan, 3. September 1870.

Du kennst nun durch meine drei Telegramme den ganzen Umfang des großen geschichtlichen Ereignisses, das sich zugetragen hat. Es ist wie ein Traum, selbst wenn man es Stunde für Stunde hat abrollen sehen!

Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte und ich nun diesen weltgeschichtlichen Act erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Verbündeten ausersehen hat, das Geschehene zu vollbringen und uns

zu Werkzeugen seines Willens bestellt hat. Nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demuth Gottes Führung und seine Gnade zu preisen.

Nun folge ein Bild der Schlacht und deren Folgen in gedrängter Kürze. Die Armee war am Abend des 31. und am 1. früh in den vorgeschriebenen Stellungen angelangt rund um Sedan. Die Bayern hatten den linken Flügel bei Bazeilles an der Maas, daneben die Sachsen gegen Moncelle und Daigny, die Garde gegen Givonne noch im Anmarsch, das 5. und 11. Corps gegen St. Menges und Fleigneux; da hier die Maas einen scharfen Bogen macht, so war von St. Menges bis Doucherγ kein Corps aufgestellt, in diesem Orte aber Württemberger, die zugleich den Rücken gegen Ausfälle von Mezières deckten. Die Cavalleriedivision Graf Stollberg in der Ebene von Doucherγ als rechter Flügel. In der Front gegen Sedan der Rest der Bayern.

Der Kampf begann trotz dichten Nebels bei Bazeilles schon früh am Morgen, und es entspann sich nach und nach ein sehr heftiges Gefecht, wobei Haus für Haus genommen werden mußte, was fast den ganzen Tag dauerte und in welches die Erfurter Division Schöler (aus der Reserve, 4. Corps) eingreifen mußte. Als ich um acht Uhr auf der Front von Sedan eintraf, begann die große Batterie gerade ihr Feuer auf die Festungswerke. Auf allen Punkten entspann sich nun ein gewaltiger Geschützkampf, der stundenlang währte, und während dessen von unserer Seite nach und nach Terrain gewonnen wurde. Die genannten Dörfer wurden genommen.

Sehr tief eingeschnittene Schluchten mit Wäldern erschwerten das Vordringen der Infanterie und begünstigten die Vertheidigung. Die Dörfer Illy und Floing wurden genommen, und zog sich allmälig der Feuerkreis immer enger um Sedan zusammen. Es war ein grandioser Anblick von unserer Stellung auf einer dominirenden Höhe hinter jener genannten Batterie, rechts vom Dorfe Frénois vorwärts, oberhalb St. Torey.

Der heftige Widerstand des Feindes fing allmälig an nachzulassen, was wir an den aufgelösten Bataillonen erkennen konnten, die eiligst aus den Wäldern und Dörfern zurückliefen. Die Cavalerie suchte einige Bataillone unseres 5. Corps anzugreifen, welche vortreffliche Haltung bewahrten; die Cavallerie jagte durch die Ba-

taillons-Intervallen durch, kehrte dann um und auf demselben Wege zurück, was sich dreimal von verschiedenen Regimentern wiederholte, so daß das Feld mit Leichen und Pferden besäet war, was wir Alles von unserm Standpunkte genau mit ansehen konnten. Ich habe die Nummer dieses braven Regimentes noch nicht erfahren können.

Da sich der Rückzug des Feindes auf vielen Stellen in Flucht auflöste und Alles, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, in die Stadt und nächste Umgebungen sich zusammendrängte, aber noch immer keine Andeutung sich zeigte, daß der Feind sich durch Capitulation aus dieser verzweifelten Lage zu ziehen beabsichtige, so blieb nichts übrig, als durch die genannte Batterie die Stadt bombardiren zu lassen; da es nach zwanzig Minuten ungefähr an mehreren Stellen bereits brannte, was mit den vielen brennenden Dörfern in dem ganzen Schlachtkreise einen erschütternden Eindruck machte — so ließ ich das Feuer schweigen und sendete den Oberstlieutenant von Bronsart vom Generalstabe als Parlamentär mit weißer Fahne ab, der Armee und Festung die Capitulation antragend.

Ihm begegnete bereits ein bayrischer Officier, der mir meldete, daß ein französischer Parlamentär mit weißer Fahne am Thore sich gemeldet habe. Der Oberstlieutenant von Bronsart wurde eingelassen, und auf seine Frage nach dem General en chef wurde er unerwartet vor den Kaiser geführt, der ihm sofort einen Brief an mich übergeben wollte. Da der Kaiser fragte, was für Aufträge er habe, und zur Antwort erhielt: „Armee und Festung zur Uebergabe aufzufordern," erwiderte er, daß er sich dieserhalb an den General von Wimpffen zu wenden habe, der für den blessirten Mac Mahon soeben das Commando übernommen habe, und daß er nunmehr seinen Generaladjutanten Reille mit dem Briefe an mich absenden werde. Es war sieben Uhr, als Reille und Bronsart zu mir kamen; Letzterer kam etwas voraus, und durch ihn erfuhren wir erst mit Bestimmtheit, daß der Kaiser anwesend sei.

Du kannst Dir den Eindruck denken, den es auf mich vor Allem und auf Alle machte! Reille sprang vom Pferde und übergab mir den Brief seines Kaisers, hinzufügend, daß er sonst keine Aufträge habe. Noch ehe ich den Brief öffnete, sagte ich ihm: „Aber ich verlange als erste Bedingung, daß die Armee die Waffen niederlege."

Der Brief fängt so an: „N'ayant pas pu mourir à la tête de mes troupes je dépose mon épée à Votre Majesté," alles Weitere mir anheimstellend.

Meine Antwort war, daß ich die Art unserer Begegnung beklage und um Sendung eines Bevollmächtigten ersuche, mit dem die Capitulation abzuschließen sei. Nachdem ich dem General Reille den Brief übergeben hatte, sprach ich einige Worte mit ihm als altem Bekannten, und so endigte dieser Act. — Ich bevollmächtigte Moltke znm Unterhändler und gab Bismarck auf, zurückzubleiben, falls politische Fragen zur Sprache kämen; ritt dann zu meinem Wagen und fuhr hierher, auf der Straße überall von stürmischen Hurrahs der heranziehenden Trains begrüßt, die überall die Volkshymne anstimmten. Es war ergreifend! Alles hatte Lichter angezündet, so daß man zeitweise in einer improvisirten Illumination fuhr. Um elf Uhr war ich hier und trank mit meiner Umgebung auf das Wohl der Armee, die solches Ereigniß erkämpfte.

Da ich am Morgen des 2. noch keine Meldung von Moltke über die Capitulationsverhandlungen erhalten hatte, die in Donchery stattfinden sollten, so fuhr ich verabredetermaßen um acht Uhr früh auf das Schlachtfeld und begegnete Moltke, der mir entgegenkam, um meine Einwilligung zur vorgeschlagenen Capitulation zu erhalten, und mir zugleich anzeigte, daß der Kaiser früh fünf Uhr Sedan verlassen habe und nach Doncherh gekommen sei. Da derselbe mich zu sprechen wünschte und sich in der Nähe ein Schlößchen mit Park befand, so wählte ich dies zur Begegnung. Um zehn Uhr kam ich auf der Höhe von Sedan an; um zwölf Uhr erschienen Moltke und Bismarck mit der vollzogenen Capitulationsurkunde; um ein Uhr setzte ich mich mit Fritz in Bewegung, von der Cavallerie-Stabswache begleitet. Ich stieg vor dem Schlößchen ab, wo der Kaiser mir entgegenkam. Der Besuch währte eine Viertelstunde; wir waren Beide sehr bewegt über dieses Wiedersehen.

Was ich Alles empfand, nachdem ich noch vor drei Jahren Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht gesehen hatte, kann ich nicht beschreiben. Nach dieser Begegnung beritt ich von halb drei bis halb acht Uhr die ganze Armee von Sedan.

Der Empfang der Truppen, das Wiedersehen des decimirten Gardecorps — das Alles kann ich Dir heute nicht beschreiben; ich

war tief ergriffen von so vielen Beweisen der Liebe und Hingebung.

Nun lebe wohl. Mit tiefbewegtem Herzen am Schlusse eines solchen Briefes. Wilhelm."

So war der Wunsch der Königin Louise von Preußen auf das Glänzendste in Erfüllung gegangen. Als die Königin nämlich in Folge der raschen Fortschritte der französischen Armee genöthigt war, von der Hauptstadt aufzubrechen und sich nach Stettin zu wenden, sprach sie zu ihren ältesten Söhnen: „Weinet künftig in der Erinnerung dieser Stunde über Eure unglückliche Mutter; aber handelt auch! Befreit dann Euer Volk von der Erniedrigung! Werdet Männer und Helden und fordert die Ehre von den Franzosen zurück; sonst seid Ihr unwürdige Prinzen und Enkel Friedrich's des Großen."

Der gefangene Kaiser wurde unter Militärescorte über die Grenze gebracht und kam wenige Tage nachher auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel an, das ihm der König zum Aufenthaltsorte angewiesen hatte, statt ihn auf eine Festung zu schicken. So begegnete die Großmuth des Siegers dem Gefangenen, der noch am 31. August in einer Proclamation in Sedan die Soldaten aufgefordert hatte, die Eindringlinge zurückzuwerfen, da es, Gott sei Dank, noch Männer von Muth in Frankreich gäbe; „und wenn es Feiglinge giebt," sagte er weiter, „so wird das Militärgesetz und die öffentliche Achtung ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen."

So erblaßte der Glanz des zweiten Kaiserreichs, das seinen Officieren bereits die Bänder zu Decorationen vor dem Ausmarsche ertheilt hatte, welche die Personification des Hochmuths beim Einzuge in Berlin sie wollte anlegen lassen. Eben so überflüssig wie diese waren die Sammlungen zu einem Ehrendegen für Mac Mahon, der, verwundet in einem Dorfe bei Sedan liegend, mit gefangen genommen wurde.

Am 30. August kam der Wind in der Gegend von Sedan und Mezières von Westnordwest, trug daher den Schall des Kanonendonners genau in der Richtung nach dem etwa zwölf Meilen entfernten Metz. Hatte nun Bazaine diesen oder andern Wind von dem Herannahen Mac Mahon's: gerade vom 31. Morgens bis zum Mittag des 1. September versuchte derselbe fast unausgesetzt mit

mehreren Corps unter dem Schutze des Forts St. Julien nach Norden durchzubrechen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl wurden alle diese Versuche in ruhmvollen Kämpfen, die unter dem Namen der Schlacht bei Noisseville zusammenzufassen sind, zurückgeschlagen. Der Feind versuchte dabei nächtliche Ueberfälle, bei denen er von den Ostpreußen mit Kolben und Bayonnetten zurückgeworfen wurde. Diese Schlachten sollen alle verhältnißmäßig nicht sehr große Verluste den deutschen Armeen gebracht haben. Dagegen wurden sehr bedeutende Massen Franzosen gefangen genommen und französische Geschütze erbeutet. Es wird später eine kurze Uebersicht derselben gegeben werden; vorläufig sei hier erwähnt, daß in den letzten Schlachten weit über 100,000 Gefangene gemacht wurden.

23. Ueber die Capitulation von Sedan.

Es ist jetzt noch nachzuholen eine nähere Mittheilung über die Unterhandlungen wegen der Capitulation und über deren wichtigen Inhalt selbst. Die ersteren werden des Genauesten durch den nachstehenden Bericht des Grafen Bismarck an Se. Maj. den König wiedergegeben.

„Doucherh, den 2. September 1870.

Nachdem ich mich gestern Abend auf Ew. Königl. Majestät Befehl hierher begeben hatte, um an den Verhandlungen über die Capitulation theilzunehmen, wurden letztere bis etwa ein Uhr Nachts durch die Bewilligung einer Bedenkzeit unterbrochen, welche General Wimpffen erbeten, nachdem General von Moltke bestimmt erklärt hatte, daß keine andere Bedingung als die Waffenstreckung bewilligt werden und das Bombardement um neun Uhr Morgens wieder beginnen würde, wenn bis dahin die Capitulation nicht abgeschlossen wäre. Heut' früh gegen sechs Uhr wurde mir der General Reille angemeldet, welcher mir mittheilte, daß der Kaiser mich zu sehen wünsche und sich bereits auf dem Wege von Sedan hierher befinde. Der General kehrte sofort zurück, um Sr. Maj. zu melden, daß ich ihm folgte, und ich befand mich kurz darauf etwa auf halbem Wege zwischen hier und Sedan, in der Nähe von Frénois dem Kaiser gegenüber. Se. Maj. befand sich in einem offenen Wagen mit drei höheren Officieren und eben so vielen zu Pferde daneben. Persönlich bekannt waren mir von letzteren die Generale Castelnau, Reille, Moskwa,

der am Fuße verwundet schien, und Vaubert. Am Wagen angekommen, stieg ich vom Pferde, trat an der Seite des Kaisers in den Schlag und fragte nach den Befehlen Sr. Maj. Der Kaiser drückte zunächst den Wunsch aus, Ew. Königl. Maj. zu sehen, anscheinend in der Meinung, daß Allerhöchstdieselben sich ebenfalls in Donchery befänden. Nachdem ich erwidert, daß Ew. Maj. Hauptquartier augenblicklich drei Meilen entfernt, in Vendresse, sei, fragte der Kaiser, ob Ew. Maj. einen Ort bestimmt hätten, wohin er sich zunächst begeben solle, und eventuell, welches meine Meinung darüber sei. Ich entgegnete ihm, daß ich in vollständiger Dunkelheit hierher gekommen und die Gegend mir deshalb unbekannt sei, und stellte ihm das in Donchery von mir bewohnte Haus zur Verfügung, welches ich sofort räumen würde. Der Kaiser nahm dies an und fuhr im Schritt gegen Donchery, hielt aber einige hundert Schritt von der in die Stadt führenden Maasbrücke vor einem einsam gelegenen Arbeiterhause an und fragte mich, ob er nicht dort absteigen könne. Ich ließ das Haus durch den Legationsrath Grafen Bismarck-Bohlen, der mir inzwischen gefolgt war, besichtigen; nachdem gemeldet, daß seine innere Beschaffenheit sehr dürftig und eng, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser ab und forderte mich auf, ihm in das Innere zu folgen. Hier hatte ich in einem sehr kleinen, einen Tisch und zwei Stühle enthaltenden Zimmer eine Unterredung von etwa einer Stunde mit dem Kaiser. Se. Maj. betonte vorzugsweise den Wunsch, günstigere Capitulationsbedingungen für die Armee zu erhalten. Ich lehnte von Hause aus ab, hierüber mit Sr. Maj. zu unterhandeln, indem diese rein militärische Frage zwischen dem General von Moltke und dem General von Wimpffen zu erledigen sei. Dagegen fragte ich den Kaiser, ob Se. Maj. zu Friedensverhandlungen geneigt sei. Der Kaiser erwiderte, daß er jetzt als Gefangener nicht in der Lage sei, und auf mein weiteres Befragen, durch wen seiner Ansicht nach die Staatsgewalt Frankreichs gegenwärtig vertreten werde, verwies mich Se. Maj. auf das in Paris bestehende Gouvernement. Nach Aufklärung dieses aus dem gestrigen Schreiben des Kaisers an Ew. Maj. nicht mit Sicherheit zu beurtheilenden Punktes erkannte ich und verschwieg dies auch dem Kaiser nicht, daß die Situation noch heute wie gestern kein anderes praktisches Moment als das militärische darbiete, und

betonte die daraus für uns hervorgehende Nothwendigkeit, durch die Capitulation Sedans vor allen Dingen ein materielles Pfand für die Befestigung der gewonnenen militärischen Resultate in die Hand zu bekommen. Ich hatte schon gestern Abend mit dem General von Moltke nach allen Seiten hin die Frage erwogen: ob es möglich sein würde, ohne Schädigung der deutschen Interessen dem militärischen Ehrgefühl einer Armee, die sich gut geschlagen hatte, günstigere Bedingungen als die festgestellten anzubieten. Nach pflichtmäßiger Erwägung mußten wir Beide in der Verneinung dieser Frage beharren. Wenn daher der General von Moltke, der inzwischen aus der Stadt hinzugekommen war, sich zu Ew. Maj. begab, um Allerhöchstdenenselben die Wünsche des Kaisers vorzulegen, so geschah dies, wie Ew. Maj. bekannt, nicht in der Absicht, dieselben zu befürworten.

Der Kaiser begab sich demnächst in's Freie und lud mich ein, mich vor der Thür des Hauses neben ihn zu setzen. Se. Maj. stellte mir die Frage, ob es nicht thunlich sei, die französische Armee über die belgische Grenze gehen zu lassen, damit sie dort entwaffnet und internirt werde. Ich hatte auch diese Eventualität bereits am Abend zuvor mit General von Moltke besprochen und ging unter Anführung der oben bereits angedeuteten Motive auch auf die Besprechung dieser Modalität nicht ein. In Berührung der politischen Situation nahm ich meinerseits keine Initiative, der Kaiser nur insoweit, daß er das Unglück des Krieges beklagte und erklärte, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genöthigt worden sei.

Durch Erkundigungen in der Stadt, insbesondere durch Recognoscirungen der Officiere vom Generalstabe, war inzwischen, etwa zwischen neun und zehn Uhr, festgestellt worden, daß das Schloß Bellevüe bei Frénois zur Aufnahme des Kaisers geeignet und auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich meldete dies Sr. Maj. in der Form, daß ich Frénois als den Ort bezeichnete, den ich Ew. Maj. zur Zusammenkunft in Vorschlag bringen würde, und deshalb dem Kaiser anheimstellte, ob Se. Maj. sich gleich dahin begeben wolle, da der Aufenthalt innerhalb des kleinen Arbeiterhauses unbequem sei und der Kaiser vielleicht einiger Ruhe bedürfen würde. Se. Maj. ging hierauf bereitwillig ein, und geleitete ich den Kaiser, dem eine Ehrenescorte von Ew. Maj. Leib-Kürassierregiment voranritt, nach

dem Schlosse Bellevüe, wo inzwischen das weitere Gefolge und die Equipagen des Kaisers, deren Ankunft aus der Stadt bis dahin für unsicher gehalten zu werden schien, von Sedan eingetroffen waren. Ebenso der General von Wimpffen, mit welchem, in Erwartung der Rückkehr des Generals von Moltke, die Besprechung der gestern abgebrochenen Capitulationsverhandlungen durch den General von Podbielski, im Beisein des Oberstlieutenants von Verdy und des Stabschefs des Generals von Wimpffen, welche beiden Officiere das Protokoll führten, wieder aufgenommen wurde. Ich habe nur an der Einleitung derselben durch die Darlegung der politischen und rechtlichen Situation nach Maßgabe der mir vom Kaiser selbst gewordenen Aufschlüsse theilgenommen, indem ich unmittelbar darauf durch den Rittmeister Grafen von Nostiz im Auftrage des Generals von Moltke die Meldung erhielt, daß Ew. Maj. den Kaiser erst nach Abschluß der Capitulation der Armee sehen wollten — eine Meldung, nach welcher gegnerischerseits die Hoffnung, andere Bedingungen, als die abgeschlossenen, zu erhalten, aufgegeben wurde. Ich ritt darauf, in der Absicht, Ew. Maj. die Lage der Dinge zu melden, Allerhöchstdenenselben nach Chéry entgegen, traf unterwegs den General von Moltke mit dem von Ew. Maj. genehmigten Texte der Capitulation, welcher, nachdem wir mit ihm in Frénois eingetroffen, nunmehr ohne Widerspruch angenommen und unterzeichnet wurde. Das Verhalten des Generals von Wimpffen war, ebenso wie das der übrigen französischen Generale in der Nacht vorher, ein sehr würdiges, und konnte dieser tapfere Officier sich nicht enthalten, mir gegenüber seinem tiefen Schmerze darüber Ausdruck zu geben, daß gerade er berufen sein müsse, achtundvierzig Stunden nach seiner Ankunft aus Afrika und einem halben Tag nach seiner Uebernahme des Commandos seinen Namen unter eine für die französischen Waffen so verhängnißvolle Capitulation zu setzen; indessen der Mangel an Lebensmitteln und Munition und die absolute Unmöglichkeit jeder weiteren Vertheidigung lege ihm als General die Pflicht auf, seine persönlichen Gefühle schweigen zu lassen, da weiteres Blutvergießen in der Situation nichts mehr ändern könne. Die Bewilligung der Entlassung der Officiere auf ihr Ehrenwort wurde mit lebhaftem Danke entgegengenommen als ein Ausdruck der Intentionen Ew. Maj., den Gefühlen einer Truppe, welche sich tapfer

geschlagen hatte, nicht über die Linie hinaus zu nahe zu treten, welche durch das Gebot unserer politisch-militärischen Interessen mit Nothwendigkeit gezogen war. Diesem Gefühle hat der General von Wimpffen auch nachträglich in einem Schreiben Ausdruck gegeben, in welchem er dem General von Moltke seinen Dank für die rücksichtsvollen Formen ausdrückt, in denen die Verhandlungen von Seiten desselben geführt worden sind. Bismarck."

Die Capitulation selbst lautete wörtlich:

„Zwischen den Unterzeichneten, dem Generalstabschef des Königs Wilhelm von Preußen, Oberfeldherrn der deutschen Armeen, und dem General en chef der französischen Armee, Beide mit Vollmachten von Ihren Majestäten, dem Könige Wilhelm und dem Kaiser Napoleon, versehen, ist die nachstehende Convention abgeschlossen worden:

Art. 1. Die französische Armee unter dem Oberbefehl des Generals von Wimpffen giebt sich, da sie gegenwärtig von überlegenen Truppen bei Sedan eingeschlossen ist, kriegsgefangen.

Art. 2. In Rücksicht auf die tapfere Vertheidigung dieser französischen Armee erhalten alle Generale, Officiere und im Range von Officieren stehenden Beamten die Freiheit, sobald dieselben ihr Ehrenwort schriftlich abgeben, bis zur Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Waffen nicht wieder zu ergreifen und in keiner Weise den Interessen Deutschlands zuwider zu handeln. Die Officiere und Beamten, welche diese Bedingungen annehmen, behalten ihre Waffen und die ihnen persönlich gehörigen Effecten.

Art. 3. Alle Waffen und Kriegsmaterial, bestehend in Fahnen, Adlern, Kanonen, Munition u. s. w., werden in Sedan einer von dem französischen General eingesetzten militärischen Commission übergeben, die sie sofort den deutschen Commissären überantworten wird.

Art. 4. Die Festung Sedan wird in ihrem gegenwärtigen Zustande spätestens am . . . September zur Disposition Sr. Maj. des Königs von Preußen gestellt.

Art. 5. Die Officiere, welche nicht die im Art. 2 erwähnte Verpflichtung eingegangen sind, sowie die Truppen werden entwaffnet und geordnet nach ihren Regimentern oder Corps in militärischer Ordnung übergeben. Diese Maßregel wird am 2. September anfangen und am 3. beendet sein. Es werden diese Detachements auf

das Terrain geführt, welches durch die Maas bei Iges begrenzt ist, um den deutschen Commissären durch die Officiere übergeben zu werden, welche dann ihr Commando ihren Unterofficieren abtreten. Die Stabsärzte sollen ohne Ausnahme zur Pflege der Verwundeten zurückbleiben.

Gegeben zu Frénois, am 2. September 1870.

von Moltke. Graf Wimpffen."

In Betreff der Ausführung dieser Capitulation sind von Seiten des Generalstabschefs im großen Hauptquartier noch besondere Bestimmungen erlassen. Es sind darin Anordnungen darüber, welche Truppentheile die Bewachung, Verpflegung und Abführung der Gefangenen, über die Linien, auf denen die Gefangenen abgeführt werden, über Verwendung der Pferde, Aufräumung des Schlachtfeldes u. s. w.

Als die Capitulation Sr. Maj. dem Könige auf der Höhe über Doucherty überbracht wurde, befahl Se. Maj die Vorlesung derselben vor den versammelten Fürstlichkeiten. Als die Vorlesung des Actenstückes beendet war, sprach der König, besonders zu den anwesenden Fürsten gewendet, aber an alle Anwesenden gerichtet: „Sie wissen nun, meine Herren, welch großes geschichtliches Ereigniß sich zugetragen hat. Ich verdanke dies den ausgezeichneten Thaten der vereinigten Armeen, denen ich mich gerade bei dieser Veranlassung gedrungen fühle, meinen königlichen Dank auszusprechen, um so mehr, als diese großen Erfolge wohl geeignet sind, den Kitt noch fester zu gestalten, der die Fürsten des Norddeutschen Bundes und meine anderen Verbündeten — deren fürstliche Mitglieder ich in diesem großen Momente zahlreich um mich versammelt sehe — mit uns verbündet, so daß wir hoffen dürfen, einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen. Allerdings ist unsere Aufgabe mit Dem, was sich unter unseren Augen vollzieht, noch nicht vollendet, denn wir wissen nicht, wie das übrige Frankreich es aufnehmen und beurtheilen wird. Darum müssen wir schlagfertig bleiben; aber schon jetzt meinen Dank Jedem, der ein Blatt zum Lorbeer- und Ruhmeskranze unseres Vaterlandes hinzugefügt."

Als man dann in die Stadt Sedan hineinkam, bot sich den Blicken ein merkwürdiger Anblick dar, den man kaum beschreiben konnte. Eine recht hübsche Stadt so in Schlamm und Schmutz! In

den Wallgräben lagen die Todten und die gefallenen Pferde von den Ratten benagt, und der Geruch der verwesenden Körper konnte nur einigermaßen durch bald angezündete große Feuer getilgt werden. Die Einwohner waren froh, als die deutschen Truppen hineinkamen, nachdem mehrere Tage die französischen wie die wilden Bestien getobt und geraubt hatten, da keine Disciplin mehr aufrechterhalten werden konnte.

24. Siegesfeier. Friedensvermittelungsversuche. Adressen.

Am Morgen des 3. September ließ die Königin Augusta die Siegesdepesche auf den Anschlagssäulen bekannt machen, die sie früh in der fünften Stunde empfangen hatte, und nach allen Seiten brachte der Telegraph die Nachrichten in's Land. Berlin feierte einen Siegesmorgen, wie es noch keinen gesehen. Tausende durchwogten die Straßen; vor dem königlichen Palais standen Menschenmassen, dem Könige, der Königin und der Armee Vivats zurufend. Die Königin erschien wiederholt dankend auf dem Balkon. Das Friedrichsdenkmal wurde von der Jugend beflaggt, welche die Nationalhymne und die Wacht am Rhein sang, die Straßen durchzog und auch vor Bismarck's, Roon's und Moltke's Hause Lieder erschallen ließ. Die Geschäfte feierten fast alle im Siegesjubel. Auf den Straßen wehte Flagge an Flagge, auf den Dächern, an den Fenstern, selbst der entlegensten Gegenden, zeigte sich das Festgewand der allgemeinen Stimmung. In allen übrigen größeren Städten Deutschlands war die Jubelnachricht ebenfalls nach neun Uhr bereits bekannt, und um zwölf Uhr donnerten die Kanonen Victoria.

Während sich die Armeen zu diesem Schlage vorbereitet hatten, traten allgemeine Gerüchte über Friedensvermittelungen der neutralen Mächte, auch besonders Englands, auf, welche die deutsche Bevölkerung im Hinblicke auf die gewonnenen Schlachten und das dabei in Strömen geflossene Blut der Ihrigen mit großer Besorgniß erfüllten. Ueberall traten daher die Männer der verschiedensten politischen Parteien zusammen, um sich über die Wege zu berathen, die man einzuschlagen habe, um den unzeitigen Friedensverlockungen entgegenzutreten, ohne doch den Leitern des Kampfes vorzugreifen. So trat in Berlin ein Comité zusammen, welches eine Adresse an den König

berieth und einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen beabsichtigte. Beides wurde in einer großen Versammlung festgestellt und angenommen. Der Wortlaut der Adresse an den König war folgender: „Um Ew. Maj. und deren Verbündete schaarte sich, als der Krieg unvermeidlich war, einmüthig die Nation. Sie gelobte, treu auszuharren in dem Kampfe für die Sicherheit, Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes. Gott hat die Waffen gesegnet, welche für die gerechte Sache mit unübertroffener Tapferkeit geführt werden. Mit Strömen des edelsten Blutes sind die Siege errungen worden, doch unerwartet schnell haben sie dem vorgesteckten Ziele uns nahe gebracht. Gewaltige Anstrengungen stehen noch bevor; das deutsche Volk ist zu jedem Opfer entschlossen, welches den höchsten nationalen Aufgaben gewidmet ist. Aber in der Mitte der ernsten und gehobenen Stimmung werden wir beunruhigt durch die immer wiederkehrenden Berichte, daß fremde Einmischung, die doch die Schrecken des Krieges nicht abzuwenden wußte, jetzt bemüht sei, den Preis unserer Kämpfe nach ihrem Ermessen zu begrenzen. Das Andenken an die Vorgänge nach der glorreichen Erhebung unserer Väter lebt frisch in unserm Gedächtniß und mahnt Deutschland, daß es die Forderungen seiner Wohlfahrt allein berathe. Darum nahen Ew. Maj. wir abermals mit dem Gelöbniß, treu auszuharren, bis es der Weisheit Ew. Maj. gelingt, unter Ausschluß jeder fremden Einmischung Zustände zu schaffen, welche das friedliche Verhalten des Nachbarvolkes besser als bisher verbürgen, die Einheit und Freiheit des gesammten deutschen Reiches begründen und gegen jede Anfechtung sicherstellen."

In der Adresse der Königsberger Kaufmannschaft hieß es u. A.: „Jetzt tauchen Gerüchte auf, daß sich diplomatische Interventionen für die künftigen Friedensverhandlungen vorbereiten. Ew. Maj. fester königlicher Sinn wird jede unberechtigte Einmischung abweisen. Mit Ew. Maj. verwirft das Volk jede Vermittelung, die, ohne sich um Verhütung des furchtbaren Kampfes ernstlich bemüht zu haben, die Resultate desselben mitbestimmen wollte. Eine deutsche Kaufmannschaft, deren unmittelbares Interesse gewiß auf schleunige Herbeiführung des Friedens hinweist, hat uns in einer zahlreichen Versammlung einstimmig mit der Erklärung beauftragt: daß wir alle Opfer und Schmerzen des Krieges lieber noch weiter tragen, als

Deutschland abermals durch fremde Einmischung die Früchte seiner blutigen Anstrengungen verkümmern lassen wollen!"

In dem Aufrufe an das deutsche Volk wurde daran erinnert, daß schon einmal dasselbe durch fremde Mißgunst in den Jahren 1813, 14, 15 um den vollen Lohn seiner Siege, um die Erfüllung seiner heißesten Wünsche betrogen worden sei. Der besiegte Feind wurde geschont und begünstigt, die deutschen Grenzen blieben gefährdet und der erneuten Angriffslust des Feindes ausgesetzt; statt der Einheit des deutschen Reiches wurde uns die Schwäche des alten Bundes auferlegt. Ein halbes Jahrhundert hat Europa im bewaffneten Frieden die Schuld der Diplomatie gebüßt. Die Welt muß erfahren, daß Herrscher und Volk entschlossen sind, jetzt nachzuholen, was 1815 uns vorenthalten worden ist: ein freies, einiges Reich und geschützte Grenzen. Ganz Deutschland wird dann aufgefordert, sich der Adresse anzuschließen.

Diese Ansichten wurden überall in Deutschland getheilt, sie äußerten sich auch im Süden, wo gleichfalls ähnliche Resolutionen gefaßt, Adressen übergeben und abgeschickt wurden. Diese Lage änderte sich nun mit einem Schlage. Durch die Siege von Beaumont und Sedan und die Gefangennehmung Napoleon's war die Versicherung gegeben, daß eine Vermittelung weder angenommen worden, noch daß man sie zu befürchten hatte; diese Antwort war verständlich für Deutschland ebenso wie gegen die mißgünstigen Friedensstifter, jetzt konnte davon nicht mehr die Rede sein, und die bald nachfolgenden Ereignisse in Paris thaten ihr Bestes, um jene Versuche zu verleiden. Selbst das englische Weltblatt, die Times, welche in ungehörigster Art den Deutschen die Wege anzuweisen versuchte, welche sie gehen sollten, kam bald von dem Irrthume zurück und erklärte sich damit einverstanden, was in der Stuttgarter Volksversammlung ausgesprochen wurde mit den Worten: „Die Wiedergewinnung von Elsaß und Lothringen ist für das deutsche Reich die einzige Bürgschaft gegen die französischen Gelüste; sie ist der nationale Preis des nationalen Kampfes und Sieges. Durch den Beitritt der Südstaaten, durch die Erwerbung der so lange verloren gewesenen deutschen Provinzen muß aus dem Norddeutschen Bunde ein deutscher Bundesstaat werden. Ein einziges Volk, ein Heer, ein

Reichstag, ein deutsches Staatswesen sind für Deutschland und Europa die Gewähr des dauernden, sichern Friedens."

In München, in Karlsruhe wie in allen süddeutschen Städten folgten ebenso die Siegesfreude und der Jubel, Hurrahs, Flaggenschmuck, Illumination, Fackelzüge, begeisterte Reden. Die Könige bebegrüßen und beglückwünschen einander, wie die Prinzen, nehmen die Glückwünsche und Adressen des Volkes entgegen und beantworten sie in der erfreulichsten Weise. Ein Cabinetsschreiben z. B. des Königs von Württemberg beantwortet die Adresse der Bürger. Der König theilt die Gefühle des Dankes für das Heer; er hoffe, daß ein baldiger Friede Deutschland dauernde Garantie nach außen und eine innere Gestaltung bringen werde, welche die nationale Zusammengehörigkeit aller Berechtigten und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in richtigerem Verhältniß zur Geltung bringen werde. Hierzu werde der König als deutscher Fürst das Seinige beitragen.

Die Friedensvermittelungssucht war für jetzt beruhigt, zudem hatten die Neutralen durch die Entlassung Varnbüler's aus dem Ministerium in Stuttgart einen Alliirten zu verlieren vermeint, auf den sie bei den Friedensvermittelungen große Hoffnungen gesetzt haben mochten. Auch dem österreichischen Reichskanzler wird zu dieser Zeit das Vermitteln etwas vergangen sein (bis auf die Hoffnung, durch Bayern noch Einwirkung üben zu können, um die innere Einheit in Frage zu stellen), ebenso wie die Versuche mit Rüstungen, wenn dieselben überhaupt dem deutsch-französischen Kriege, und nicht, wie man recht wohl vermuthen konnte, der durch Rußland auferweckten orientalischen Frage galten, wobei Oesterreich eben so wenig eine große Rolle spielen wird, wie gegenwärtig, da Rußland längst Alles vorbereitet hat, um jetzt, nachdem es an Frankreich seinen Hauptgegner verloren hat, auf der Balkanhalbinsel sich festzusetzen. Preußen oder Deutschland wird Rußland daran nicht hindern, wie dieses seine Neutralität im jetzigen Kriege auf's Unzweideutigste bewahrt hat; am allerwenigsten würde Deutschland in den Sinn kommen, zu Gunsten Oesterreichs aus der dann zu erwartenden Neutralität herauszutreten, da dessen Gesinnungen bekannt genug sind. Wenn Oesterreich auch die Reden der einzelnen Mitglieder seines diplomatischen Körpers nicht zu vertreten vermag und eine Rede des Hofraths Klaczko im galizischen Landtage durch

dessen scheinbare Entlassung beantwortet hat (derselbe bezieht nämlich sein Gehalt aus dem Dispositionsfonds fort), so ersieht man daraus, welche Elemente der in trostloser Lage sich befindende Staat enthält. Ein vollkommener Franzosenfreund und Pole, hatte dieser Hofrath die Franzosen als „die edlen Träger der Humanität", die universelle Nation gerühmt und diesem Volke die Deutschen als ruhm- und beutegierig gegenübergestellt, geradezu aufgefordert, dem Kaiser von Oesterreich zu sagen, er möge das Gleichgewicht in Europa vertheidigen. Oesterreich könne über das Schicksal der Welt entscheiden, da Preußen und Frankreich erschöpft seien. „Hoffen wir," fährt der Hofrath fort, „daß die österreichischen Minister Verstand und im gegebenen Falle auch genug Macht besitzen werden. Ich glaube, daß eine solche offene, unumwundene Sprache unsererseits dem Monarchen nicht unangenehm sein könnte, übrigens hat der Landtag das Recht zu sagen, was er fühlt."

Wenn nun Oesterreich auch diesen Verlockungen nicht folgte, aus der Neutralität herauszutreten, so waren doch die Grundlagen da, welche bei einer weniger glücklichen Kriegführung diesen Staat veranlaßt hätten, auch die übrigen Neutralen zur Mitaction zu bewegen. Dem hatten der Sieg bei Sedan und seine Folgen Grenzen gesetzt. Auch wurden die übrigen Staaten in eine ganz andere Stellung den kriegführenden Parteien gegenüber schon durch den Regierungswechsel gebracht, der sich jetzt in Frankreich vollzog. —

25. Nebenkriegsschauplatz im Elsaß. Straßburg.

Die deutschen Heere setzten sich sofort nach den Schlachten in Bewegung nach Paris, und zwar jetzt in westlicher und südwestlicher Richtung, so daß für die Requisitionen und Fouragirung theilweise andere Strecken gewählt werden können, als bei den vorhergehenden Märschen. So befinden sich beispielsweise am 5. September bereits größere Corps drei Meilen vor St. Quentin, die württembergische Division bei Rethel und preußische Cavallerie ist auf der Eisenbahnstation Fismes zwischen Reims und Soissons eingetroffen. Die Hauptstraßen der Bewegung sind diese und über Chalons, Epernay und Chateau Thierry südlich davon, wogegen nun die Richtung über Troyes, die früher eingeschlagen war, als zu entfernt liegend, nicht mehr in Betracht gezogen wird.

Es ist hier auch noch als Nebenkriegsschauplatz Straßburg zu besprechen und dessen Umgegend. Die Festung umgiebt die Stadt von mehr als 85,000 Einwohnern, welche durch die Ill mit dem Rheine in Verbindung steht. Die Front nach dem Rheine zu hat die stärkste Befestigung mit einer von der Stadtbefestigung umschlossenen Citadelle. Diese Befestigungen sind alt, aber sehr fest und mit so viel bombensicheren Räumen, als zur Beherbergung der Besatzung, eines Theils der Bewohner und eines großen Vorraths an Munition und Lebensmitteln, wie auch Vieh nothwendig sind.

Nach der Aufforderung zur Uebergabe erklärten sich zwei Drittel der Einwohner dafür, doch der Commandant, Divisionsgeneral Uhrich, drohte mit der Beschießung der Stadt aus der Citadelle, und die Uebergabe unterblieb. Anfänglich war die Cernirung nicht ausreichend zu ermöglichen und darum auch die Zerstörung der Eisenbahn nach dem Süden nicht hinreichend, so daß noch bedeutende Vorräthe an Proviant und Vieh in die Stadt gebracht worden sein sollen. Zunächst wurde die Eisenbahn von Weißenburg über Sulz, Hagenau, Bischweiler und Vendenheim wieder vollständig hergestellt. Die Züge fuhren seit Mitte August mit Militär und Material hin und her, bis ganz nahe gegen Straßburg. In Vendenheim war eine deutsche Telegraphenstation errichtet, die Beamten der französischen Ostbahn versahen den Dienst, in Hagenau war die französische Polizeimannschaft in Function gelassen. Die Einwohner lebten einige Zeit mit den deutschen Truppen im besten Einvernehmen. Klagen hörte man von Niemand, als von den Wirthen an der Heerstraße, welche Tag und Nacht nicht aus den Kleidern kamen und durch das vielerlei deutsche Geld ganz confus wurden. Die Zollgrenze ist im Verkehr Deutschlands mit dem Elsaß geöffnet, umgekehrt aber ist das Verhältniß beim Alten geblieben. Die kaiserlich französischen ausschließlich privilegirten Tabaksverschleißer sind mit Kassen und Vorräthen verschwunden. Daher war daran einige Zeit, wie an Salz, Mangel; seitdem kamen aber beide Artikel aus Deutschland.

Die Beschießung begann am 18. August. Die französische Artillerie erwiderte das Feuer, aber sie schoß weniger nach den Angreifern, als nach den Häusern von Kehl, wo sie auch die weiße Fahne mit dem rothen Kreuze nicht achtete, und steckte sowohl in der Stadt

als im Dorfe mehrere Häuser in Brand. Die Leute in der Umgegend wurden aufgehetzt gegen die Deutschen, und in einem Dorfe predigte ein Geistlicher gegen sie, forderte zur Widerspenstigkeit auf und erklärte, die Preußen wollten die Leute katholisch machen, plünderten, raubten und mordeten. Auf Anzeige des besser gesinnten und besorgten Maire erhielt der Geistliche zwanzig Mann Einquartierung und wurde unter Androhung standrechtlicher Behandlung gezwungen, am Napoleonstage von der Kanzel zu erklären, daß er Tags zuvor gelogen habe, und daß sich Alles im Gegentheile verhalte. Vom Obercommando wurde übrigens angeordnet, daß Alles vermieden werde, was Grund zu Gehässigkeiten zwischen Elsässern und badischen Truppen geben könnte. In Folge der heftigen Beschießung waren die Einwohner geneigt, weiße Fahnen aufzustecken; Uhrich verhinderte sie aber daran. Am 26. August erschien der Bischof von Straßburg zum Zweck eines Vermittelungsversuches in Schiltigheim, wo das Hauptquartier war. Auf seinen Wunsch, mit dem Höchstcommandirenden oder dessen Stellvertreter zu sprechen, begab sich der Chef des Generalstabes dahin, wo der Bischof ihn erwartete. Derselbe äußerte nun zunächst seine Ansicht, daß die Beschießung der Stadt eine im Kriegsrecht nicht begründete Handlungsweise sei, und bat, dieselbe möge aufhören. Es wurde ihm geantwortet, wenn Frankreich die ernste Absicht gehegt habe, die Vertheidigungsfähigkeit der Stadt mit möglichster Schonung der Bürgerhäuser und der Bügerschaft zu vereinbaren, so hätte es ebenso handeln sollen, wie man bei den hervorragenden deutschen Festungen, die zugleich bedeutende Städte seien, längst gehandelt habe: es hätte nämlich Außenwerke anlegen und diese zum Schwerpunkte der Vertheidigungsfähigkeit machen sollen. Jetzt aber, nachdem Frankreich dies in sträflichem Leichtsinn oder einfältigem Hochmuth versäumt, von der deutschen Armee verlangen, daß sie die Stadt schonen solle, dabei angesichts des Umstandes, daß die alterthümliche Befestigungsweise dem Angriffe Schwierigkeiten bereite, welchen nur durch gleichzeitige Beschießung der Stadt begegnet werden könne, das sei doch zu viel verlangt. Zudem habe Frankreich durch die zur Belustigung des kaiserlichen Prinzen unternommene Beschießung von Saarbrücken und die jetzt noch in raffinirtester Weise fortdauernde von Kehl gar kein Beispiel einer nachahmenswerthen Großmuth gegeben. Der Herr

Bischof meinte zwar, man wisse nicht, wo die deutschen Geschütze stünden, und vermuthe dieselben in den Häusern von Kehl; aber es konnte dem die Thatsache entgegengehalten werden, daß die rechtsrheinischen Batterien eine ganze halbe Stunde von Kehl entfernt sind und dies dem Gouverneur nothwendig bekannt sein muß. In zweiter Linie verlangte der Bischof sodann, es möge der ganzen Einwohnerschaft (nicht nur den Frauen und Kindern) gestattet werden, die Festung zu verlassen. Hierauf konnte selbstredend nicht eingegangen werden. Endlich bat er um vierundzwanzig Stunden Waffenstillstand, damit die Bürgerschaft auf den Gouverneur einwirken könnte. Oberstlieutenant von Lesczynski erwiderte, daß er dies gewähren wolle, wenn er binnen einer Stunde Gewißheit darüber habe, daß der Gouverneur überhaupt unterhandeln wolle. Auch habe er nichts dagegen, wenn der Gouverneur Officiere herausschicke, um sich von der durchaus hoffnungslosen Lage der belagerten Stadt zu überzeugen. Darauf verabschiedete sich der Bischof mit seinem Begleiter in freundlichster Weise. Einen Augenblick nachher wurde auf den Oberstlieutenant von Lesczynski, obwohl derselbe die Parlamentärflagge selbst in der Hand trug, ein förmliches Rottenfeuer eröffnet und die Fahne ganz von Kugeln durchlöchert!

Nachdem sich die bloße Beschießung als vergeblich erwiesen, wurde eine förmliche Belagerung des Platzes angeordnet, welche schwierige Vorbereitungen und Herbeischaffung von schweren Belagerungsgeschützen erforderte. Diese Arbeiten schreiten fort, nur werden sie durch Ausfälle der Besatzung mehrfach gestört.

In den übrigen Theilen des Elsasses unternehmen Municipalgarden und bewaffnete Bauern Angriffe gegen die Truppen, die jedoch siegreich zurückgeschlagen und mit auferlegten Contributionen bestraft werden.

26. Vorgänge in Paris.

Der Kaiser Napoleon war am 5. September Abends kriegsgefangen von der Reise aus Sedan durch Belgien und über Köln und Gießen auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel angekommen. Seine Begleiter hatten ihn mit großer Rücksicht behandelt, wie z. B. die Locomotive vor Köln außerhalb der Stadt gewechselt wurde, damit der Zug im Centralbahnhof keinen Aufenthalt haben dürfte. Auch

hielten die ihn begleitenden preußischen Officiere durch beschwichtigende Handbewegungen von den Wagenfenstern aus die Menschenmenge, welche die Brückenrampe occupirte, von feindseligen Kundgebungen ab. Von seinen Soldaten hörte man nicht, daß sie, wie die Grenadiere der alten Garde, geweint und geklagt hätten über die traurige Mähr,

„Daß Frankreich verloren gegangen,
Besiegt und zerschlagen das tapfere Heer,
Und der Kaiser, der Kaiser gefangen!"

Die Pariser waren bis zum Abend des 2. September noch ohne Nachrichten über den Ausgang der Mac Mahon'schen Operationen. Die Zeitungen berichteten, der Kampf am 30. August sei unentschieden geblieben, der am 31. aber zu Gunsten der französischen Truppen ausgefallen, nachdem die Preußen sich, wie bei Metz, unter die Kanonen von Sedan hätten locken lassen. Man hatte den Parisern bisher von der Vereinigung Mac Mahon's mit Bazaine vorerzählt, ja das Journal der Kaiserin, „la France", wollte sogar ganz genaue Nachrichten über Uneinigkeit der preußischen Führer haben. Noch am 27. hatte es seinen Lesern vorerzählt, daß Bazaine jede Correspondenz, auch der Privaten, verboten habe, um das Geheimniß über die Operationen zu bewahren. Dann rühmt es sich, in die Geheimnisse des preußischen Kriegsraths eingeweiht zu sein, der in Pont-à-Mousson gehalten und zu dem alle Prinzen der königlichen Familie und alle Generale hinzugezogen worden wären: einstimmig hätten sie sich dahin ausgesprochen, Position auf dem occupirten Terrain zu nehmen und sich auf dem rechten Moselufer zu verschanzen; nur der König allein sei entgegengesetzter Ansicht gewesen. „Ich will auf Paris marschiren," habe er gesagt, „und ich will diese Prahlhänse von Parisern in Kurzem zu meinen Füßen sehen!" Das Anrücken des Kronprinzen auf Paris habe die Hauptstadt nicht beunruhigt, da die Ausrüstung und Verproviantirung derselben vollendet sei und alle Forts auf einen langen Widerstand eingerichtet seien; Preußen spiele ein verzweifeltes Spiel, die Lage seiner Heere sei die allerverkehrteste, Bazaine halte den Prinzen Friedrich Karl und Steinmetz zurück, decimire und vernichte sie u. s. w.

Es scheint aber vielmehr, als wenn die Lage Frankreichs diejenige gewesen sei, die nur durch ein verzweifeltes Spiel von seiner

Regierung aufrechterhalten werden konnte, und man sich durch keinerlei Ereignisse und Verhältnisse warnen ließ. Es kamen z. B. die aus Afrika noch erwarteten, mitunter als angekommen gemeldeten arabischen Reiter- und Turkoregimenter nicht an; statt dessen schrieb man von der marokkanisch-algierischen Grenze, daß die Nachricht von den Siegen Preußens bis zu den nomadisirenden Tribus der kleinen Sahara gedrungen und eine allgemeine Erhebung der Araber zur Abschüttelung des französischen Jochs nicht unwahrscheinlich sei. Ebenso zeigte sich aus aufgefangenen Briefen, daß der vernünftigere Theil der Bevölkerung, auch im Heere, durchaus nicht so enthusiasmirt für den Krieg und das Regierungssystem sei, als es die Zeitungen darstellten. Ein höherer Officier schrieb in einem Briefe z. B.: „Man ist hier (Paris) lediglich auf die officiellen, absichtlich Alles verschweigenden Mittheilungen der Regierung, sowie auf die Uebertreibungen stets schwarz sehender Geister angewiesen... Paris ist ruhig. Diese Ruhe ist aber nicht die einer patriotischen Hingebung, sondern verdankt ihr Entstehen dem festen Glauben an das Ende des Kaiserreichs." Man sieht sehr wohl ein, daß die Regierung nicht mehr im Stande ist, sich aufrechtzuerhalten, daß ihr Ansehen im Inlande dahin ist, wie es im Auslande gesunken ist. Alle Welt weiß, daß sie nicht mehr die Wahrheit sagen kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, und selbst in England ist es dem französischen Gesandten Lavalette nur mit den äußersten Anstrengungen gelungen, gegen Zahlung von 105 Pfd. Sterl. (700 Thlr.) einen Artikel für Frankreich im Standard aufgenommen zu sehen. Fremde Zeitungen werden in Paris entweder verboten oder gar nicht mehr ausgegeben, wie die meisten deutschen.

Bei dem Herannahen der deutschen Heere nach den Metzer Schlachten wurde nur noch ein Decret vom Kaiser unterzeichnet, betreffend die Einsetzung eines Vertheidigungsausschusses, zu dessen Mitgliedern zwei Senatoren und die Deputirten Darü, Depuy, Talhouet und Thiers ernannt werden. Der Letztere erklärt: er habe ursprünglich ohne den Beschluß der Kammer diese Mission nicht annehmen wollen, glaube aber bei dem Ernst der Situation sie annehmen zu müssen, vorausgesetzt, daß die Kammer sie ratificire. Die Kammer erklärt, die Regierung sei der Ansicht gewesen, daß Thiers als Begründer der Pariser Befestigungen berufen sein müsse, zu deren Ver-

theidigung beizutragen. In den letzten Tagen des August fängt es an sich in der Legislativen zu regen. Die Deputirten Jules Favre, Ferry und Gambetta gehen mit der Rechten wiederholt in's Gericht, indem sie ihr in der der öffentlichen vorhergehenden geheimen Sitzung vorwerfen, daß sie stets nur Kniebeugungen vor dem Despotismus und Aufmunterung für das persönliche Regiment bereit gehabt hätte, indem sie sich dabei die heuchlerische Maske des Parlamentarismus anlegte. Besonders heftig sind die Angriffe Favre's gewesen, welcher der Rechten fünf Mal die Bezeichnung „Verräther" in's Gesicht schleuderte. Erst beim sechsten Male bäumte sich die Rechte wüthend auf. Bald schließt sich die liberale Presse an. Außer Palikao, Magne und Düvernois werden die Minister für regierungsunfähig erklärt und aufgefordert, die Entlassung zu nehmen. Chevreau sieht sich genöthigt, um doch etwas zu thun, bei der Regentin die Absetzung des Maire von Epernay zu beantragen, weil er den Einwohnern gerathen habe, sich dem Marsche des Feindes nicht zu widersetzen!

Was die Franzosen selbst thaten, dessen beschuldigten sie die deutschen Armeen in derselben lügenhaften Weise, wie die Gefechtsberichte lauteten. Auch ist es bekannt, daß die Regierung in Frankreich gar keine Mittheilungen über den Inhalt der Genfer Convention gemacht hatte. So konnte Fürst Latour d'Auvergne im Senat freilich gegen die Behauptung protestiren, daß die Truppen w i s s e n t l i c h das Völkerrecht in irgend einer Weise verletzt hätten. Er verliest dort eine Depesche an die Vertreter Frankreichs im Auslande über diese Angelegenheit, voll der nichtswürdigsten und unwahrsten Beschuldigungen gegen die Deutschen. Die Verlesung dieser Depesche riß die Senatoren zu den heftigsten Ausrufen gegen die Preußen fort. „Es sind Räuber!" „Gemeine Canaillen!" „Man muß für diese Burschen kein Mitleid haben!" „Man schieße sie nieder wie Hunde!" und ähnliche Zornausbrüche erfüllten den Saal. Hätte man damals schon etwas von den 1500 Verhaftsbefehlen gewußt, welche zur Insceneseßung eines neuen Napoleonischen Staatsstreiches von Herrn Pietri bereits auch gegen Leute abgefaßt waren, denen nichts weiter vorgeworfen werden konnte, als daß sie nicht Verehrer Napoleon's waren, — die Sachen hätten etwas anders gestanden. Es konnten von jenen Papieren nur noch 300 dem Feuer entzogen werden. Das sollte das Resultat des Besuches

der Herren Rouher und Granier beim Kaiser in Chalons oder in Reims sein.

Nach einer heftigen Sitzung am 1. September voller Angriffe auf die Minister wurden denselben am nächsten Tage wegen des angeblichen Ausbleibens der Mittheilungen von der Armee harte Vorwürfe gemacht, die endlich am 3. September den Grafen Palikao veranlaßten, folgende Erklärung zu geben: „Der Minister hat keine officiellen Depeschen erhalten, da alle Verbindungen der Armee mit Paris unterbrochen sind; Depeschen und Nachrichten aber, welche ihm aus den sichersten Quellen zukommen, stimmen darin überein, daß sie die Lage als eine sehr schlimme darstellen. Marschall Bazaine wäre demzufolge trotz unerhörter Anstrengungen auf Metz zurückgeworfen worden und dort eingeschlossen. Was die Armee des Marschalls Mac Mahon betrifft, so sei dieselbe nach hartnäckigen Kämpfen und Wundern der Tapferkeit während des 30. und 31. August, des 1. und 2. September in zwei Theile zerrissen worden: die eine Hälfte befinde sich in Mezières, die andere in Sedan." „Und General de Failly, was ist aus ihm geworden?" ruft eine Stimme von der Linken. „Er," antwortet der Minister, „ach, sprechen Sie nicht von ihm, wer weiß, ob er zu dieser Stunde noch lebt. Wir wissen," fügt er hinzu, „daß General Vinoy wenig hat helfen können, da er auf seinem Marsche angehalten worden ist. Seine Armee von 40,000 Mann wird sich vielleicht auf Paris haben zurückziehen können. Was endlich Paris betrifft, so habe ich in diesem Augenblick noch 80,000 Mann Truppen für die Vertheidigung disponibel, ohne 200,000 Mann Mobilgarde und die Nationalgarde zu rechnen. In fünf Tagen werde ich 500,000 Mann haben. Lassen wir uns durch unser Unglück nicht niederschlagen; handeln wir und kämpfen wir mit Feuer." Diese letzten Worte wurden von der Kammer mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es erhob sich darauf Jules Favre: „Wir haben in diesem Augenblicke an nichts Anderes zu denken, als an das Heil des in Gefahr befindlichen Vaterlandes; Frankreich, geeinigt durch Solidarität des Schmerzes und der Unabhängigkeit, muß wissen, daß es nur noch auf sich allein zählen kann. Möge die Nation sich um einen Mann schaaren, den Sie Alle bezeichnen werden (General Trochü) und welcher militärisches Talent mit der Liebe zur Freiheit und zur französischen Nation ver-

bindet.“ Es entstand ein heftiger Lärm, Graf Palikao sprang auf und rief: „Ich kenne den Mann, auf welchen Herr Favre anspielt, und ich erkläre, daß derselbe zu viel Ehre besitzt, um die Rolle anzunehmen, welche man ihm ertheilen zu wollen scheint.“ Der Minister erklärte später den Deputirten, nicht Menschen fehlten, sondern Officiere und Unterofficiere, um sie zu instruiren.

Am 3. September Abends acht Uhr begab sich der Deputirte Dréolle, nachdem er die Nachricht von der Capitulation von Sedan und der Gefangennahme Napoleon's erfahren, zum Präsidenten Schneider, um ihn um sofortige Zusammenberufung der Kammer zu bitten. Die Kenntniß der Thatsachen fing sich bereits an überall zu verbreiten und ließ sich nicht mehr unterdrücken. Viele Abgeordnete hatten sich bereits eingefunden, debattirten lebhaft die Lage, und man beschloß eine Sitzung zu halten. Man ließ daher um ein Uhr (Nachts) sämmtliche Tribünen öffnen, die indessen fast leer blieben. Eine Viertelstunde später trat Präsident Schneider in den Saal, er hatte nicht, wie sonst, den Großcordon der Ehrenlegion angelegt. Bald nachher kam Palikao, ihm folgte die Rechte, die schon Besprechung gehalten hatte. Die Bänke der Linken füllten sich schnell; Thiers war auf seinem Posten. Der Präsident erhob sich bleich und verstört; er verlas mit Mühe folgende mit Bleistift auf einem Blatt Papier aufgezeichneten Worte: „Meine Herren Deputirten! Eine ernste, schmerzliche Nachricht ist mir heute Abend mitgetheilt worden. Ich habe sofort die Kammer zusammenberufen, wie dies meine Pflicht gegen dieselbe, gegen die Nation war... Ich habe unter so peinlichen Umständen keine andere Verantwortlichkeit, als die Verpflichtung, Sie hier zu versammeln. Ich ertheile dem Herrn Kriegsminister das Wort, um die in der gestrigen Sitzung von ihm abgegebene Erklärung zu vervollständigen.“ Eine tiefe Stille folgte diesen Worten. Palikao bestieg die Tribüne: „Meine Herren Deputirten! Ich habe die schmerzliche Aufgabe, Ihnen anzukündigen, was meine Worte Sie bereits vorausahnen ließen. Nach drei Tagen heldenmüthiger Kämpfe ist unsere Armee auf Sedan zurückgedrängt und dort von so überlegenen Streitkräften eingeschlossen worden, daß sie capituliren mußte. Der Kaiser ist zum Gefangenen gemacht worden. Es ist uns, den Ministern, nicht möglich, einen sofortigen Entschluß zu fassen, weil wir nicht die Zeit gehabt haben, uns

untereinander zu verständigen. Ich schlage daher der Kammer vor, die Berathung zu vertagen."

Der Präsident schlägt eine Mittagssitzung vor, und als Gambetta ihn unterbricht, sagt er: „In der unglücklichen, ausnahmsweisen Lage, in der wir uns befinden, haben wir ernste Pflichten zu erfüllen. Ich verlange von der Kammer, nicht über den Vorschlag abzustimmen." Favre spricht sich nicht gegen den Antrag aus, hält es aber für Pflicht, Berathungen über die zum Heile des Vaterlandes geeigneten Schritte herbeizuführen, und legt ohne ein Wort der Erläuterung folgenden Antrag auf dem Büreau nieder:

„Antrag auf Absetzung: Art. 1. Louis Napoleon und seine Dynastie sind der Befugnisse, welche ihnen die Verfassung übertragen hat, für verlustig erklärt. Art. 2. Es wird eine Commission von ... Mitgliedern (die Kammer wird die Zahl bestimmen) ernannt, welche die Aufgabe hat, die Vertheidigung bis zum Aeußersten fortzusetzen (!) und den Feind zu vertreiben. Art. 3. General Trochü wird in seinen Functionen als Generalgouverneur von Paris bestätigt."

Die Kammer trennte sich inmitten eines eisigen Schweigens.

Am Morgen des 4. September veröffentlicht das Journal officiel folgende Proclamation des Ministerrathes: „Franzosen! Ein Unglück hat Frankreich betroffen. Nach dreitägigen heldenmüthigen Kämpfen der Armee Mac Mahon's gegen 300,000 Feinde wurden 40,000 Mann (!?) zu Gefangenen gemacht. General Wimpffen, welcher den Oberbefehl über die Armee an Stelle des schwerverwundeten Mac Mahon übernommen hatte, unterzeichnete die Capitulation. Dieser grausame Unglücksschlag soll unsern Muth nicht erschüttern. Paris ist heute im Vertheidigungsstande. Die militärischen Kräfte des Landes organisiren sich, und binnen wenigen Tagen wird eine neue Armee unter den Mauern von Paris stehen. Eine andere Armee formirt sich an den Ufern der Loire. Euer Patriotismus, Eure Einigkeit, Eure Energie werden Frankreich retten! Der Kaiser ist in diesem Kampfe zum Gefangenen gemacht. Die Regierung weiß sich Eins mit den großen Staatskörpern; sie wird alle Maßregeln treffen, welche der Ernst der Ereignisse mit sich bringt."

Als nach ein Uhr (am 4. September) die Mittagssitzung eröffnet worden war, versuchte der Kriegsminister durch einen Antrag,

der ihn zum Generalstatthalter einsetzte, den Favre'schen zu beseitigen. Es war dies wohl der Anfang zu dem beabsichtigten Staatsstreiche, denn schon hatte er militärische Vorkehrungen getroffen. Er drang aber gegen die lebhaftesten Vorwürfe deshalb nicht mehr durch, die Kammer beschloß, die Anträge der Reihe nach von einer Commission vorberathen zu lassen, die dann sofort Bericht erstatten sollte. Die Deputirten ziehen sich zurück.

Da werden die Barrièren und Thüren zum Sitzungssaale eingeschlagen, mit dem Geschrei: „Die Absetzung, die Absetzung!" dringt Nationalgarde und Volk herein, ein Volkshaufe singt die Marseillaise. Der Präsident gebietet Ruhe, man hört nicht darauf; Gambetta stellt die Ruhe einen Augenblick her, aber bald darauf verdoppelt sich der Tumult. Der Ruf: „Es lebe die Republik!" wird jetzt gehört. Der Präsident hebt die Sitzung auf.

Der Senat schloß seine Sitzungen in Folge der Nachrichten aus der Legislativen.

Während dieser Zeit hatten sich auch auf den Straßen tumultuarische Scenen wiederholt, Volkshaufen durchzogen die Stadt, an den Amtsgebäuden und Magazinen wurden die kaiserlichen Wappen zerstört, Nationalgarden genöthigt, den kaiserlichen Adler vom Czako zu nehmen. Die an verschiedenen Punkten aufgestellten Truppen bewahrten überall eine vollständig passive Haltung. Mittags war schon der Tuilerienpalast dem Volke geöffnet, welches ihn nach allen Richtungen durchströmte, ohne daß übrigens Unordnungen dabei vorfielen. Die Kaiserin hatte sich, nachdem ihr Pietri, bereits eilig, um selbst zu entkommen, von Dem, was vorgehe, Nachricht gebracht, von allen Uebrigen verlassen, nur mit einer Kammerfrau und geschützt von Herrn von Lesseps in einem Fiaker nach dem Bahnhofe geflüchtet und war auf einem Schiffe, das ihr zur Disposition gestellt war, von Déonville nach England entkommen. Dort traf sie mit ihrem Sohne zusammen, der über Belgien entflohen war.

Von der Linken wurde die Sitzung der Legislativen Nachmittags noch einmal im Speisesaal des Corps législatif unter Thiers' Vorsitz aufgenommen, um die Absetzung zu beschließen. Darauf eilten Gambetta und andere Mitglieder nach dem Rathhause, wo die geschäftige Menge bereits sämmtliche Ja-Zettel vom letzten Plebiscit herausgeholt, zerstreut und so den Platz damit wie besäet hatte.

Leider wurde dabei auch ein von Vernet gemaltes Portrait der Kaiserin zerrissen. Die Bibliothek wurde durch die Bemühungen ihres Bibliothekars vor der Vernichtung bewahrt, Büsten und Sessel entgingen der Verwüstung nicht. Aus den Fenstern vieler Privathäuser warf man auch die Büsten des Kaisers hinaus.

27. Dritte französische Republik.

Noch an demselben Tage bildete die Linke der Kammer eine provisorische Regierung der Nationalvertheidigung, deren Mitglieder Favre, Simon, Picard, Pelletan, Crémieux, Ferry, Glais-Bizoin, Rochefort, Arago, Gambetta, Leflo, Magnin, Lavertügeon, Fourichon, Dorian sind. Trochü ist Präsident, zugleich bekleidet mit militärischen Vollmachten für die Nationalvertheidigung.

Jüles Favre, Vicepräsident und Minister des Aeußern, über einundsechzig Jahre alt, ist in Lyon geboren und hat in Paris zur Zeit der Julirevolution die Rechte studirt, wurde Advocat in Lyon und 1836 in Paris. Nach der Februarrevolution wurde er Generalsecretär im Ministerium des Innern. Zum Deputirten des Departements der Loire erwählt, gab er seine Entlassung als Beamter. Im Jahre 1849 im Departement der Rhone gewählt, wurde er einer der Führer der demokratischen Partei und dann Redner der äußersten Linken. Der Staatsstreich entfernte ihn sechs Jahre vom politischen Leben; nachher in die Kammer gewählt, verweigerte er den Eid. 1858 wurde er in Paris zum Deputirten gewählt, wo er anerkannter Führer der Opposition (von fünf Mitgliedern) war. Er war der Hauptvertheidiger Orsini's. In neuester Zeit ist er bei einer Wahl gegen Rochefort in Paris gewählt worden.

Gambetta, der jetzige Minister des Innern, 1838 geboren, ist seit 1858 Advocat in Paris. Machte sich bei der Subscription für das Baudin-Denkmal (Baudin war Barrikadenkämpfer) populär. Seit 1869 ist er Deputirter für Marseille.

Leflo ist der Kriegsminister, bereits sechsundsechzig Jahre alt. War in Afrika Brigadegeneral geworden und unterstützte als Deputirter der Rechten die Politik Napoleon's; wurde später aber dessen Gegner und am 2. December beim Staatsstreiche verhaftet und ausgewiesen. Er lebte in Belgien und seit 1859 wieder in Frankreich.

Magnin, Minister des Handels und Ackerbaues, war Hüttendirector und in Dijon Handelsgerichtspräsident, er ist seit 1863 Mitglied der Kammer.

Simon, der Unterrichtsminister, war Lehrer der Geschichte und Philosophie an der Sorbonne im Jahre 1839, seine Vorlesungen wurden aber am 8. December 1851 geschlossen. Er gehörte in letzter Zeit zu den beliebtesten Rednern der Opposition.

Zum Finanzminister ist Ernst Picard gewählt, seit 1844 Advocat in Paris. Früher hatte er die Candidatur Ollivier's unterstützt, seitdem sich dieser aber der Regierung näherte, hat er sich von ihm getrennt.

Der vierundsiebenzigjährige Crémieux, von jüdischen Eltern zu Nimes geboren, Advocat früher in Aix, seit 1830 in Paris, hat das Justizministerium übernommen. Die Februarrevolution machte ihn bereits zum Justizminister, er verließ aber nach wenigen Monaten diese Stellung, weil er die Verfolgung Louis Blanc's nicht billigte. Er zeigte wenig Sympathien für den ersten Präsidenten Cavaignac und begünstigte die Candidatur Napoleon's. Er trat aber nach dessen Wahl zur Bergpartei, wurde beim Staatsstreiche gefangen und nach Mazas gebracht. Seit 1869 ist er Deputirter von Paris.

Fourichon, Marineminister, hat bisher keine politische Rolle gespielt, und Dorian, der Minister für öffentliche Arbeiten, war Deputirter für einen Wahlkreis der Loire.

Von den Mitgliedern der Regierung, welche keine Ministerportefeuilles haben, ist Arago, der Sohn des Astronomen, früher kurze Zeit Gesandter in Berlin, zu nennen, sein Oheim Etienne Arago ist Maire von Paris; ferner Glais-Bizoin, ein alter Advocat, ebenso Ferry, Deputirter von Paris, und Rochefort, den man aus dem Gefängnisse in den Ministerrath holte. Keratry, einst Adjutant Bazaine's in Mexiko, ist Polizeipräfect.

Am 5. September veröffentlicht das Journal officiel de la République française folgende Proclamation: „Franzosen! Das Volk hat die Kammer hinter sich zurückgelassen, welche nur zögernd für die Rettung des gefährdeten Vaterlandes arbeitete. Das Volk hat die Republik verlangt: es hat seine Vertreter nicht auf die Höhe der Macht gestellt, sondern sie inmitten von Gefahren eingesetzt.

Die Republik hat die Invasion von 1792 besiegt. Die Republik ist proclamirt. Die Revolution vollzieht sich im Namen des Rechts und der allgemeinen Wohlfahrt. Bürger! Wachet über die Stadt, die Euch anvertraut ist! Morgen werdet Ihr zusammen mit der Armee die Rächer des Vaterlandes sein."

Das Journal veröffentlicht ferner ein Decret, welches den gesetzgebenden Körper auflöst und den Senat, sowie die Stellung eines Vorsitzenden des Staatsraths abschafft. Die Fabrication und der Handel mit Waffen sind völlig freigegeben. Eine vollständige Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen ist erlassen.

Die Republik wird bald auch in Lyon, Bordeaux und anderen großen Städten proclamirt.

Beim Wechsel dieser Regierung fiel es allgemein auf, daß sich nicht eine von den einflußreichen Stimmen zur Vertheidigung des Kaiserreichs fand, daß keiner von den vielen Freunden der Napoleoniden auch nur ein Wort zur Rettung der Dynastie gewagt hat. Die officiösen Zeitungen erwähnen derselben gar nicht mehr, mit Ausnahme des ehemaligen Leiborgans der Kaiserin, der „France", welche offen ausspricht, daß sie auf die Seite der neuen Machthaber tritt, da auf die Regierungsform wenig ankomme. Und Herrn Ollivier's Organ, der Moniteur, bringt an der Spitze die Worte: „Die Absetzung des Kaisers und der Dynastie ist ausgesprochen. Die Republik ist proclamirt. Großer Enthusiasmus in Paris. Die Menge durchzieht die Straßen mit dem Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe die Nation, es lebe Frankreich! Nicht die geringste Unordnung. Frankreich giebt in diesem Augenblicke Europa ein großes Schauspiel durch diese friedliche Revolution. Es lebe Frankreich!"

Wo war Herr Rouher geblieben, wo der ältere Granier (den jüngeren brachte man als gefangenen Zuavenofficier nach Breslau und von da auf die Festung Cosel), wo die vielen Senatsmitglieder und die Mitglieder der Rechten in der Legislative? Geflohen war Alles, seitdem Gefahr drohte, seitdem der Glanz erlosch, der sie mit bestrahlt hatte! Das liegt auch im Sinne der Proclamation des neuen Polizeipräfecten an die Einwohner von Paris, in der es u. A. heißt: „Die Deputirten der Linken haben, nach dem Verschwinden ihrer Collegen von der Mehrheit, die Absetzung proclamirt.

Einige Augenblicke darauf wurde die Republik im Hotel de Ville verkündet u. s. w." Auch der Maire von Paris erläßt eine Proclamation an die Bürger, das Journal officiel ebenso an die Präfecten, und der neue Finanzminister Picard, zugleich Redacteur einer Zeitung (Electeur libre) erzählt die Lüge von der erfolgreichen Beschießung Hamburgs und läßt mit Initialen in diesem Journal die Worte drucken: Les Prussiens sont mis hors du droit des nations! (Die Preußen sind außerhalb des Völkerrechts gestellt.) Ein würdiges Mitglied einer republikanischen Regierung, das nur von den Socialisten und der Straßendemokratie übertroffen werden konnte.

Der Minister des Aeußern und Vicepräsident der Regierung der Nationalvertheidigung, Jules Favre, erläßt am 6. September eine Circulardepesche an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande, in welcher*) er daran erinnert, daß er persönlich stets für eine Politik des Friedens gewesen sei und empfohlen habe, Deutschland frei über seine Geschicke bestimmen zu lassen. Er versucht dann nach dem Falle der Dynastie Preußen die Schuld aufzubürden, wenn es den argen Krieg fortsetze, und erklärt, sie würden auch jetzt keinen Fuß breit Landes oder nur einen Stein der Festungen abtreten, weil ein schimpflicher Friede über kurz oder lang immer wieder einen Krieg auf Leben und Tod erzeugen würde. Dann zählt er alle Punkte auf, die ihm Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang des Krieges gewähren. Und wenn Paris selbst unterliegen sollte, auf seinen Ruf werde sich Frankreich erheben und Paris rächen u. s. w. Er hofft, daß die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit siegen werde, die er auf seiner Seite zu haben meint.

Um das Reich der Redensarten zu vervollständigen, kommt Victor Hugo in Paris an, der sich zum Präsidenten der Republik auserkoren glaubt und erst eine Ansprache an das französische Volk hält, als wenn er es schon wäre, sich dann aber auch mit einer solchen voll geschraubter Tiraden an das deutsche Volk wendet. Aus der ersteren genügt die Mittheilung einzelner Stellen: „Bürger!" so begann er; „die Worte fehlen mir, um Euch auszudrücken, bis zu welchem Grade mich der unausdrückbare Empfang ergriff, den mir das hochherzige Volk von Paris bereitet hat. Bürger! Ich hatte

*) Beilage 13.

gesagt, an dem Tage, wo die Republik wiederkehrt, kehre ich auch wieder. Da bin ich! Zwei große Dinge rufen mich, die Republik und die Gefahr. Ich komme, meine Pflicht zu thun. Was ist meine Pflicht? Es ist die Eurige, die Pflicht unser Aller. Paris vertheidigen, Paris hüten, Paris retten, heißt mehr als Frankreich retten, heißt die Welt retten. Paris ist das Centrum, das eigentliche Centrum der Menschheit. Paris ist die heilige Stadt. Wer Paris angreift, greift das ganze menschliche Geschlecht in Masse an. Paris ist die Hauptstadt der Civilisation, welche nicht ein Königreich oder Kaiserreich, sondern die gesammte Menschheit in ihrer Vergangenheit und Zukunft ist. Und wißt Ihr, warum Paris die Stadt der Civilisation ist? Weil es die Stadt der Revolution ist. Eine solche Stadt, ein solcher Lichtherd, ein solches Centrum der Geister, Herzen und Seelen, ein solches Hirn des universellen Gedankens sollte verletzt, gebrochen, im Sturm genommen werden durch eine Invasion Wilder? Das kann nicht sein, das wird nicht sein. Nie! Nie! Nie!" Die zweite ist eben so reich an dem höheren Blödsinn, es kann also auf deren Mittheilung nach der vorhergehenden Probe verzichtet werden.

Die provisorische Regierung ist übrigens überaus thätig; eine Proclamation folgt nach der andern, an denen namentlich Trochü fruchtbar ist; allerhand Decrete erscheinen. Das eine schafft den Senat ab, ein anderes hebt den Zeitungsstempel auf, noch andere entbinden die Beamten ihres Eides, schaffen den politischen Eid ab. Die Gesandten in London, Wien, Petersburg werden abberufen, sämmtliche Truppen werden angewiesen, sich auf Paris zurückzuziehen — die Ausweisung der Deutschen wird fortgesetzt! Die ganze übrige Aufmerksamkeit concentrirt sich auf die Vertheidigung der Hauptstadt, gegen welche die deutsche Armee jetzt mit Macht heranrückt, es werden aber die unsinnigsten Maßregeln ergriffen. Mehrere Meilen im Umkreise von Paris werden die Bewohner gezwungen, mit Hab und Gut sammt Mundvorräthen in die Stadt zu kommen; man überlegt nicht, daß man bei einer Einschließung dann um so mehr Esser hat. Was sie nicht mitbringen können, soll zerstört werden. Die Wälder werden theilweise ganz verbrannt, die kostspieligsten Eisenbahn- und Chausseebrücken werden zerstört oder in die Luft gesprengt, die Regierung selbst theilt sich in zurückbleibende und nach Tours über-

siedelnde Mitglieder. Unter die ersten gehören Trochü und Favre sowie Gambetta, den Grafen Rochefort ernennt man zum Vorsitzenden der Commission für die Barrikadenvertheidigung in den Straßen, welche den etwa einziehenden Feind bekämpfen soll. Zugleich wird für Verproviantirung in möglichst großem Maßstabe gesorgt, indem man Heerden von Schlachtvieh zur Stadt bringt (und viel mehr bezahlt, als geliefert werden). Die Wahlen für eine constituirende Versammlung werden vorbereitet, die möglichst bald vorgenommen werden sollen.

Beilagen.

Actenstücke 1—13.

1. Proclamation der Königin Isabella bei ihrer Thronentsagung. (Juni 1870.)

An die Spanier!

Die lange Periode meiner Regierung ist in vielen Fällen eine unheilvolle und traurige gewesen, unheilvoll und traurig in höherem Grade noch für mich als für irgend einen Andern, da das Rühmliche gewisser Thatsachen, die während der Zeit, in der ich die Geschicke unseres theuren Vaterlandes gelenkt, erzielten Fortschritte mich nicht haben können vergessen lassen, daß ich, die ich den Frieden und die zunehmende öffentliche Wohlfahrt liebte, meine edelsten, tiefwurzelnden Gefühle, mein edelstes Wollen, meine heißesten Wünsche für das Glück des heißgeliebten Spaniens beständig durch Handlungen, die nicht von meinem Willen abhingen, habe fruchtlos machen sehen.

Als Kind hörte ich meinen Namen von Tausenden von Helden proclamiren; allein meine Wiege umgaben die Schrecken des Krieges. Als Erwachsene war ich nur darauf bedacht, die Projecte zu unterstützen, die mir gut schienen, namentlich aber solche, die mir Euer Glück in Aussicht stellten. Allein der heiße Kampf der Parteien ließ es nicht zu, daß die Achtung vor den Gesetzen und die Liebe zu wahren Reformen Wurzel schlage. In dem Alter, wo die Vernunft in der eigenen Erfahrung und in der Erfahrung Anderer eine Stütze gewinnt, ward ich durch die heftigen Leidenschaften der Menschen, die ich nicht mit Eurem Blute, das mir theurer ist als das eigene Leben, bekämpfen wollte, auf fremden Boden, fern dem Throne meiner Vorfahren, auf jenen freundlichen, gastfreien und erhabenen Boden geführt, der doch gleichwohl nicht mein Vaterland, noch das Vaterland meiner Kinder ist.

Das ist kurz die politische Geschichte der fünfundreißig Jahre, in denen ich auf Grund meines mir durch Ueberlieferung gewordenen Rechtes die höchste Vertretung, die Regierung der Völker geübt, die Gott, das Gesetz, das persönliche Recht und der Volkswunsch meiner Fürstensorge anvertraut hatten.

Mustere ich diesen Zeitraum, so finde ich darin Nichts, auf Grund dessen ich mich anklagen könnte, vorsätzlich zu den Uebeln, die man mir zur Last legen will, und zu dem Unglück, das ich nicht habe abwenden können, beigetragen zu haben. Als constitutionelle Königin habe ich aufrichtig die Grundgesetze in Ehren gehalten. Spanierin vor allen Dingen und den Söhnen Spaniens eine zärtliche Mutter, hege ich gegen sie alle die nämliche Zuneigung. Das Unglück, welches meinem so oft hartgeprüften Herzen abzuwenden nicht möglich gewesen, habe ich nach Kräften gemildert. Nichts war erquickender für mein Herz, als zu verzeihen und zu belohnen, und ich habe nichts unterlassen, um zu verhindern, daß meine Unterthanen um meinetwillen Thränen vergossen. Jene Wünsche und Gefühle haben nichtsdestoweniger hingereicht, um von mir, auf dem Throne und fern dem Throne, die bitteren Prüfungen abzuwenden, die mein Leben mit Schmerz erfüllt haben. Gewillt, sie mit Resignation zu dulden und mich den Rathschlüssen der göttlichen Vorsehung zu fügen, glaube ich noch frei, aus freien Stücken eine letzte Handlung als Die begehen zu können, welche alle ihre Handlungen ohne Ausnahme der Begründung Eures Glückes, der Sicherung Eurer Ruhe gewidmet hat.

Zwanzig Monate sind verflossen, seit ich die fremde Erde betreten, weil mir vor den Uebeln bangte, die in crasser Verblendung die hartnäckigen Vertheidiger eines ungesetzlichen Strebens, welches die Gesetze des Königreichs, das Votum so vieler Versammlungen, der Grund des Sieges und die Erklärungen der Regierungen des civilisirten Europa verdammten, wieder heraufbeschwören zu wollen nicht Anstand nahmen. Während der zwanzig Monate habe ich nicht aufgehört, mit betrübter Seele gewissenhaft auf den Wiederhall der Klagerufe zu hören, der aus meinem Spanien, das ich nie vergessen werde, zu mir herüberdringt. Einer zuversichtlichen Hoffnung voll Betreffs seiner Zukunft, mit glimpflichem Auge seine Integrität, seine Größe, seine Unabhängigkeit überwachend, voller Erkenntlichkeit mit Bezug auf die Wünsche Derer, die mir zugethan gewesen und noch zugethan sind, nicht eingedenk der schweren Beleidigungen, die mir von Solchen zugefügt worden, die mich verkennen oder mich beschimpfen wollten, strebe ich für meine Person nach Nichts, will ich nur die Wünsche meines Herzens und Das zum Ausdrucke bringen, was die getreuen Spanier mit Freuden werden begrüßen müssen, indem ich ihrem ritterlichen Geiste und dem Adel ihrer erhabenen Gesinnungen das Schicksal der traditionellen Dynastie und das Erbe von hundert Königen anvertraue.

Das die Handlung, von der ich zu Euch rede, das der letzte Beweis der Zuneigung, die ich Euch immerdar geweiht, der letzte Beweis, den ich Euch geben kann und will.

So wisset denn, Spanier, daß ich kraft eines an meinem Wohnorte Paris in Gegenwart der Mitglieder meiner königlichen Familie, sowie der Großen, der Würdenträger, der Generale und Staatsmänner Spaniens, welche darin aufgezählt sind, unterzeichneten feierlichen Actes auf meine königliche Autorität und alle meine politischen Rechte, ohne dabei irgend einer Gewaltthätigkeit zu unterliegen und lediglich aus eigenem Antriebe und ganz freiem Willen, verzichtet habe, indem ich Alles auf meinen

vielgeliebten Sohn Don Alphons, Prinzen von Asturien, übertrage. Den Gesetzen meines Vaterlandes entsprechend, behalte ich mir alle bürgerlichen und persönlichen Rechte vor, welche dieselben und insbesondere das Gesetz vom 12. Mai 1865 mir einräumen. Ich werde demnach Don Alphons unter meinem Schutz und meiner Vormundschaft behalten, so lange er außerhalb seines Vaterlandes weilen wird und bis ich ihn, durch eine Regierung und durch Cortes, die das rechtmäßige Votum seiner Nation vertreten, ausgerufen, in Eure Hände überliefere. Alphons XII. soll also von heute ab Euer erster König sein, ein spanischer König, der König der Spanier, nicht der König einer Partei. Liebet ihn mit derselben Aufrichtigkeit, wie er Euch liebt. Achtet und beschützt seine Jugend mit der unerschütterlichen Anhänglichkeit Eurer edlen Herzen, während ich in glühenden Gebeten zum Allmächtigen lange Tage des Friedens und Gedeihens für Spanien, für meinen unschuldigen Sohn aber Segen, Weisheit, Vorsicht, Geradheit in der Regierung und mehr Glück auf dem Thron erflehen werde, als seine unglückliche Mutter fand, welche Eure Königin gewesen ist.

Isabella.

---

2. Proclamation Napoleon's vom 24. April 1870.

Franzosen! Die Verfassung von 1852, welche kraft der Gewalt, die Ihr mir verliehen hattet, erlassen und durch acht Millionen Stimmen, mit welchen das Kaiserreich wieder hergestellt worden war, ratificirt wurde, hat Frankreich achtzehn Jahre der Ruhe und des Gedeihens verschafft, welche nicht ohne Ruhm waren. Diese Verfassung hat die Ordnung sichergestellt und allen Verbesserungen freien Weg gebahnt. Je mehr die öffentliche Sicherheit sich befestigte, ein desto größerer Spielraum wurde der Freiheit gewährt. Aber die nach und nach eingetretenen Veränderungen haben die auf dem Plebiscit beruhenden Grundlagen der Verfassung berührt, welche nicht ohne Berufung an die Nation modificirt werden können. Es wird daher unerläßlich sein, daß das neue constitutionelle Uebereinkommen ebenso vom Volke gebilligt werde, wie es früher bei den Verfassungen der Republik und des Kaiserreiches geschehen ist. In diesen beiden Zeitpunkten glaubte man, so wie ich selbst es heute glaube, daß Alles, was ohne Euch geschieht, ungesetzlich sei. Die Verfassung des kaiserlichen und demokratischen Frankreich hat die Fundamentalbestimmungen auf eine kleine Anzahl zurückgeführt, welche nicht ohne Eure Zustimmung geändert werden können, sie wird hierdurch den Vorzug haben, den vollzogenen Fortschritt endgiltig zu befestigen und die obersten Grundsätze der Regierung vor politischen Schwankungen sicherzustellen. Die nur zu oft in unfruchtbaren leidenschaftlichen Streitigkeiten verloren gegangene Zeit wird in Zukunft nützlicher angewendet werden, um die Mittel aufzusuchen, das moralische und materielle Wohlbefinden des größten Theiles der Bevölkerung zu fördern. Ich wende mich an Euch Alle, die Ihr seit dem 10. December 1848 alle Schwierigkeiten überwunden, mich an Eure Spitze zu stellen, an Euch, die Ihr mich seit zweiundzwanzig Jahren ohne Unterlaß durch Eure Abstimmungen stark gemacht,

durch Euren Beistand gestützt, durch Eure Liebe belohnt habt. Gebt mir einen neuen Beweis Eures Vertrauens! Wenn Ihr bei der Abstimmung Euer bejahendes Votum abgeben werdet, so werdet Ihr die Drohungen der Revolution beschwören, Ihr werdet Ordnung und Freiheit auf eine sichere Grundlage stellen, und Ihr werdet für die Zukunft die Uebertragung der Krone an meinen Sohn erleichtern. Ihr habt mir vor achtzehn Jahren fast einstimmig die ausgedehnteste Gewalt übertragen, seid heute eben so zahlreich, um der Umgestaltung der kaiserlichen Regierungsform zuzustimmen. Eine große Nation kann nur dann ihre volle Entwickelung erlangen, wenn sie sich auf Einrichtungen stützt, welche zu gleicher Zeit die Dauerhaftigkeit und den Fortschritt verbürgen. Man hat gefordert, daß ich mich an Euch wende, um die in den letzten zehn Jahren vollzogenen liberalen Reformen genehmigen zu lassen; antwortet mit Ja!

Ich werde im Glauben an mich selbst und treu meinem Ursprunge in Eure Gedanken eindringen, mich an Eurem Willen stärken und, auf die Vorsehung vertrauend, nicht aufhören, ohne zu ermüden an dem Wohlstande und an der Größe Frankreichs zu arbeiten.

Paris, 23. April 1870. Napoleon.

---

3. Senatusconsult.

Abschnitt I.

Art. 1. Die Verfassung erkennt an, bestätigt und garantirt die großen, 1789 proclamirten Principien, welche die Grundlagen des Staatsrechts der Franzosen bilden.

Abschnitt II.

Art. 2. Die in der Person Napoleon's III. durch das Plebiscit vom 21. und 22. November 1852 hergestellte kaiserliche Würde ist erblich in der directen und legitimen Nachkommenschaft von Mann zu Mann nach der Reihenfolge der Erstgeburt und mit dem beständigen Ausschlusse der Frauen und ihrer Nachkommenschaft.

Art. 3. Wenn Napoleon III. kein Kind männlichen Geschlechts hat, kann er die legitimen Kinder und Nachkommen der männlichen Linie der Brüder Napoleon's I. annehmen. Die Formen der Adoptation werden von einem Gesetze festgestellt. Wenn nach der Adoptation Napoleon III. Kinder männlichen Geschlechts erhält, so können seine Adoptivsöhne nur zur Nachfolge nach seinen legitimen Nachkommen berufen werden. Die Adoptation ist den Nachfolgern Napoleon's III. und ihrer Nachkommenschaft untersagt.

Art. 4. In Ermangelung eines legitimen directen oder Adoptiverben werden der Prinz Napoleon (Joseph Charles Paul) und seine directe und legitime Nachkommenschaft von Mann zu Mann in der Reihenfolge der Erstgeburt und mit dem beständigen Ausschlusse der Frauen und ihrer Nachkommenschaft auf den Thron berufen.

Art. 5. In Ermangelung eines legitimen oder Adoptiverben Napoleon's III.

und der Nachfolger der Seitenlinie, welche ihre Rechte aus dem vorstehenden Artikel ableiten, ernennt das Volk den Kaiser und regelt in seiner Familie die Erbfolge von Mann zu Mann mit Ausschluß der Frauen und ihrer Nachkommenschaft. Ueber das Project zum Plebiscit wird der Reihe nach vom Senat und gesetzgebenden Körper durch den Antrag des als Regierungsrath constituirten Ministerraths beschlossen. Bis zum Augenblicke, wo die Wahl des neuen Kaisers beendet, werden die Staatsgeschäfte von den Ministern im Amte geleitet, welche sich als Regierungsrath constituiren und nach der Majorität der Stimmen beschließen.

Art. 6. Die Mitglieder der Familie Napoleon's III., welche eventuell zur Erblichkeit berufen sind, und ihre Nachkommenschaft beider Geschlechter gehören zur kaiserlichen Familie. Sie können sich nicht ohne die Ermächtigung des Kaisers verheirathen. Ihre ohne diese Ermächtigung eingegangene Ehe benimmt jedes Recht auf die Erblichkeit sowohl dem, welcher sie vollzogen, als seinen Nachkommen. Indeß, wenn aus dieser Ehe keine Kinder bestehen, so wird der Prinz, welcher sie eingegangen, im Fall der Auflösung derselben durch Todesfall sein Erbrecht wiedererlangen. Der Kaiser bestimmt die Titel und Bedienstungen der übrigen Mitglieder seiner Familie. Er hat volle Autorität über sie; er regelt ihre Pflichten und Rechte durch Statuten, die Gesetzeskraft haben.

Art. 7. Die Regentschaft des Kaiserreichs ist durch den Senatsbeschluß vom 17. Juli 1856 geregelt.

Art. 8. Die eventuellen Falles zur Erblichkeit berufenen Mitglieder der kaiserlichen Familie nehmen den Titel französische Prinzen an. Der älteste Sohn des Kaisers trägt den Titel: Kaiserlicher Prinz.

Art. 9. Die französischen Prinzen sind Mitglieder des Senats und des Staatsrathes, wenn sie ihr achtzehntes Jahr erreicht haben. Sie können nur mit der Zustimmung des Kaisers ihren Sitz dort einnehmen.

Abschnitt III. Von der Form der Regierung des Kaisers.

Art. 10. Der Kaiser regiert mit der Unterstützung der Minister, des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsrathes.

Art. 11. Die gesetzgebende Macht wird collectiv vom Kaiser, dem Senat und dem gesetzgebenden Körper ausgeübt.

Art. 12. Die Initiative zu den Gesetzen gehört dem Kaiser, dem Senat und dem gesetzgebenden Körper an. Die aus der Initiative des Kaisers hervorgehenden Gesetze können nach seiner Wahl dem Senat oder dem gesetzgebenden Körper zugesandt werden. Indeß muß jedes Steuergesetz zuerst vom gesetzgebenden Körper votirt werden.

Abschnitt IV. Vom Kaiser.

Art. 13. Der Kaiser ist vor dem französischen Volke verantwortlich, an das er immer einen Aufruf erlassen kann.

Art. 14. Der Kaiser ist das Staatsoberhaupt. Er befehligt die Land- und Seestreitkräfte, erklärt den Krieg, schließt die Friedens-, Allianz- und Handelsverträge, ernennt zu allen Stellen, erläßt die zur Ausführung nothwendigen Reglements und Decrete.

Art. 15. Die Justiz wird in seinem Namen ausgeübt. Die Unabsetzbarkeit der Richter wird aufrechterhalten.

Art. 16. Der Kaiser hat das Recht, zu begnadigen und Amnestien zu erlassen.

Art. 17. Er sanctionirt und veröffentlicht die Gesetze.

Art. 18. Die zukünftig durch internationale Verträge an den Zoll- oder Posttarifen angebrachten Modificationen werden nur kraft eines Gesetzes obligatorisch.

Art. 19. Der Kaiser ernennt die Minister und setzt sie ab. Die Minister beschließen im Conseil unter dem Vorsitz des Kaisers. Sie sind verantwortlich. Sie können nur durch den Senat oder den gesetzgebenden Körper in Anklagezustand versetzt werden.

Art. 20. Die Minister können Mitglieder des Senats oder des gesetzgebenden Körpers sein. Sie haben Zutritt zu der einen wie der andern Versammlung und das Recht, das Wort zu ergreifen jedesmal, wenn sie es verlangen.

Art. 21. Die Minister, die Mitglieder des Senats, des gesetzgebenden Körpers und jene des Staatsrathes, die Officiere der Armee und der Flotte, die Gerichtsbeamten und die öffentlichen Angestellten haben folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser."

Art. 22. Die Senatsbeschlüsse über die Dotationen der Krone und der Civilliste vom 12. December 1852 und 23. April 1856 verbleiben in Kraft. Es wird jedoch durch ein Gesetz für die in den Artikeln 8, 11 und 16 des Senatsbeschlusses vom 12. December 1852 vorhergesehenen Fälle bestimmt werden. In Zukunft werden die Dotationen der Krone und die Civilliste für die ganze Dauer der Regierung von der nach Regierungsantritt des Kaisers vereinigten gesetzgebenden Versammlung festgestellt werden.

Abschnitt V. Vom Senat.

Art. 23. Der Senat besteht aus: 1) den Cardinälen, den Marschällen, den Admiralen; 2) den Staatsbürgern, welche der Kaiser zur Würde der Senatoren erhebt.

Art. 24. Die Ernennungsdecrete der Senatoren lauten auf die Person. Sie tragen die Erwähnung der Dienste und nehmen Bezug auf die Berechtigung, auf welche sich die Ernennung begründet.

Art. 25. Die Senatoren sind unabsetzbar und auf Lebenszeit ernannt.

Art. 26. Die Zahl der Senatoren kann auf zwei Drittel jener der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, mit Einbegriff derer, welche es nicht von Rechts wegen sind, gebracht werden. Der Kaiser kann nicht mehr als zwanzig Senatoren jährlich ernennen.

Art. 27. Der Präsident und die Vicepräsidenten des Senats werden vom Kaiser ernannt. Sie werden aus den Senatoren gewählt.

Art. 28. Der Kaiser beruft und vertagt den Senat. Er spricht den Schluß der Sessionen aus.

Art. 29. Die Sitzungen des Senats sind öffentlich. Eine Antragstellung von fünf Mitgliedern genügt, damit der Senat in geheimer Sitzung deliberiren kann.

Art. 30. Der Senat beräth über die Gesetzesvorschläge und stimmt über sie ab.

Abschnitt VI. Vom gesetzgebenden Körper.

Art. 31. Die Abgeordneten werden durch das allgemeine Stimmrecht ohne namentliche Abstimmung erwählt.

Art. 32. Sie werden auf einen Zeitraum von nicht weniger als sechs Jahren ernannt.

Art. 33. Der gesetzgebende Körper beräth über die Gesetzesvorschläge und stimmt über sie ab.

Art. 34. Der gesetzgebende Körper erwählt bei Eröffnung einer jeden Session die Mitglieder seines Vorstandes.

Art. 35. Der Kaiser beruft, vertagt, prorogirt und löst den gesetzgebenden Körper auf. Im Falle einer Auflösung muß der Kaiser einen neuen binnen eines Zeitraums von sechs Monaten zusammenberufen. Der Kaiser spricht den Schluß der Sessionen des gesetzgebenden Körpers aus.

Art. 36. Die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers sind öffentlich. Eine Antragstellung von fünf Mitgliedern genügt, damit derselbe in geheimer Sitzung beräth.

Abschnitt VII. Vom Staatsrathe.

Art. 37. Der Staatsrath ist unter der Leitung des Kaisers mit der Redaction der Gesetzprojecte und den Reglements öffentlicher Verwaltung und mit der Lösung der Schwierigkeiten, welche in Administrativdingen entstehen, betraut.

Art. 38. Der Staatsrath betheiligt sich vor dem Senate und dem gesetzgebenden Körper im Namen der Regierung bei der Discussion über die Gesetzesprojecte.

Art 39. Die Staatsräthe werden vom Kaiser ernannt und abgesetzt.

Art. 40. Die Minister haben Rang, Sitz und beschließende Stimme im Staatsrathe.

Abschnitt VIII. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 41. Das Petitionsrecht wird beim Senate und beim gesetzgebenden Körper ausgeübt.

Art. 42. Es werden abgeschafft die Artikel 19, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33 der Verfassung vom 14. Januar 1852; der Artikel 2 des Senatsbeschlusses vom 25. December 1852; die Artikel 5 und 8 des Senatsbeschlusses vom 8. September 1869 und alle Bestimmungen, welche im Widerspruch mit der gegenwärtigen Verfassung stehen.

Art. 43. Die Bestimmungen der Verfassung vom 14. Januar 1852 und jene der seit jener Epoche promulgirten Senatsbeschlüsse, welche nicht in der gegenwärtigen Verfassung aufgenommen sind und welche nicht durch den vorhergehenden Artikel außer Wirksamkeit gesetzt werden, bleiben in Gesetzeskraft.

Art. 44. Die Verfassung kann nur durch das Volk auf Antrag des Kaisers abgeändert werden.

Art. 45. Die Abänderungen und Zusätze, welche die gegenwärtige Verfassung dem Plebiscit vom 20. und 21. December 1852 bringt, werden der Zustimmung des Volkes unterbreitet.

4. Circular des Bundeskanzlers Grafen Bismarck an die Gesandten des Norddeutschen Bundes.

Berlin, den 18. Juli 1870.

Das Auftreten der französischen Minister in den Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers am 15. d. M., und die dort mit dem feierlichen Charakter amtlicher Erklärungen vorgebrachten Entstellungen der Wahrheit haben den letzten Schleier von den Absichten hinweggenommen, welche schon keinem Unbefangenen mehr zweifelhaft sein konnten, seit das erstaunte Europa zwei Tage zuvor aus dem Munde des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vernommen hatte, daß Frankreich mit dem freiwilligen Verzicht des Erbprinzen nicht befriedigt sei und noch mit Preußen Verhandlungen zu führen habe. Während die übrigen europäischen Mächte mit Erwägungen beschäftigt waren, wie sie dieser neuen und unerwarteten Phase begegnen und vielleicht auf diese angeblichen Verhandlungen, deren Natur und Gegenstand Niemand ahnen konnte, einen versöhnenden und vermittelnden Einfluß üben sollten, hat die französische Regierung es für gut befunden, durch eine öffentliche und feierliche Erklärung, welche den Drohungen vom 6. d. M. unter Entstellung bekannter Thatsachen neue Beleidigungen hinzufügte, die Verhältnisse auf eine Spitze zu treiben, wo jeder Ausgleich unmöglich und, indem den befreundeten Mächten jede Handhabe der Einwirkung entzogen würde, der Bruch unvermeidlich werden sollte.

Schon seit einer Woche konnte es für uns keinem Zweifel mehr unterworfen sein, daß der Kaiser Napoleon rücksichtslos entschlossen sei, uns in eine Lage zu bringen, in der uns nur die Wahl zwischen dem Kriege oder einer Demüthigung bliebe, welche das Ehrgefühl keiner Nation ertragen kann. Hätten wir noch Zweifel hegen können, so hätte uns der Bericht des königlichen Botschafters über seine erste Unterredung mit dem Herzog von Gramont und Herrn Ollivier nach seiner Rückkehr aus Ems, in welcher Ersterer den Verzicht des Erbprinzen als Nebensache bezeichnete, und beide Minister die Zumuthung aussprachen, Se. Majestät der König solle einen entschuldigenden Brief an den Kaiser Napoleon schreiben, dessen Publication die aufgeregten Gemüther in Frankreich beschwichtigen könne, aufgeklärt. Abschrift dieses Berichts füge ich bei; er bedarf keines Commentars. Der Hohn der französischen Regierungspresse anticipirte den erstrebten Triumph; die Regierung aber scheint gefürchtet zu haben, daß ihr der Krieg dennoch entgehen könnte, und beeilte sich, durch ihre amtlichen Erklärungen vom 15. d. M. die Sache auf ein Feld zu verlegen, auf dem es keine Vermittelung mehr giebt, und uns und aller Welt zu beweisen, daß keine Nachgiebigkeit, welche innerhalb der Grenzen nationalen Ehrgefühls bliebe, ausreichend sein würde, um den Frieden zu erhalten.

Da aber Niemand in Zweifel darüber war und sein konnte, daß wir aufrichtig den Frieden wollten und wenige Tage zuvor keinen Krieg für möglich hielten; da jeder Vorwand zum Kriege fehlte und auch der letzte, künstlich und gewaltsam geschaffene Vorwand, wie er ohne unser Zuthun erfunden, so auch von selbst wieder verschwunden war; da es somit gar keinen Grund zum Kriege gab, blieb

den französischen Ministern, um sich vor dem eigenen, in der Mehrheit friedlich gesinnten und der Ruhe bedürftigen Volke scheinbar zu rechtfertigen, nur übrig, durch Entstellung und Erfindung von Thatsachen, deren Unwahrheit ihnen actenmäßig bekannt war, den beiden repräsentativen Körperschaften und durch sie dem Volke einzureden, es sei von Preußen beleidigt worden, um dadurch die Leidenschaften zu einem Ausbruch aufzustacheln, von dem sie sich selbst als fortgerissen darstellen konnten.

Es ist ein trauriges Geschäft, die Reihe dieser Unwahrheiten aufzudecken; glücklicherweise haben die französischen Minister diese Aufgabe abgekürzt, indem sie durch die Weigerung, die von einem Theil der Versammlung geforderte Vorlage der Note oder Depesche zu gewähren, die Welt darauf vorbereitet haben, zu erfahren, daß dieselbe gar nicht existire.

Dies ist in der That der Fall. Es existirt keine Note oder Depesche, durch welche die preußische Regierung den Cabinetten Europas eine Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. Es existirt nichts als das aller Welt bekannte Zeitungstelegramm, welches den deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen, nach dem Wortlaute der Zeitungen, mitgetheilt worden ist, um sie über die Natur der französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu informiren, und welches überdies nichts Verletzendes für Frankreich enthält.

Der Text desselben erfolgt hierbei. Weitere Mittheilungen haben wir über den Incidenzfall an keine Regierung gerichtet.

Was aber die Thatsache der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, betrifft, so bin ich, um diese Behauptung in ihr rechtes Licht zu stellen, von Seiner Majestät dem König ermächtigt worden, Eurer .... mit dem Ersuchen der Mittheilung an die Regierung, bei der Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, die beiden anliegenden Actenstücke zu übersenden, von denen das erste eine auf Befehl und unter unmitelbarer Approbation Seiner Majestät des Königs redigirte buchstäblich getreue Darstellung der Vorgänge in Ems, das zweite den amtlichen Bericht des Flügeladjutanten Seiner Majestät vom Dienst über die Ausführung des ihm gewordenen Auftrages enthält.

Es wäre unnöthig, darauf hinzuweisen, daß die Festigkeit der Zurückweisung französischer Anmaßung in der Sache zugleich in der Form mit aller rücksichtsvollen Freundlichkeit umgeben gewesen ist, welche eben so sehr den persönlichen Gewohnheiten Seiner Majestät des Königs, wie den Grundsätzen internationaler Höflichkeit gegen die Vertreter fremder Souveräne und Nationen entspricht.

In Bezug endlich auf die Abreise unseres Botschafters bemerke ich nur, wie es dem französischen Cabinet bekannt war, daß diese keine Abberufung, sondern ein von dem Botschafter aus persönlichen Rücksichten erbetener Urlaub war, bei welchem der Letztere die Geschäfte dem ersten Botschaftsrath, der ihn schon öfter vertreten, übergab und dies wie üblich anzeigte. Auch die Angabe ist unwahr, daß Seine Majestät der König mir, dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Candidatur des Prinzen Leopold Mittheilung gemacht habe. Ich habe gelegent-

lich durch eine bei den Verhandlungen betheiligte Privatperson vertraulich Kenntniß von dem spanischen Anerbieten erhalten.

Wenn hiernach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in Nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwig's XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt, und denen Napoleon III., wie wir glaubten, glücklich widerstanden hatte.

Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instincte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbstständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten.

Schmerzlich ist es, zu denken, daß durch einen so riesenhaften Kampf, wie ihn die nationale Erbitterung und die Größe und Macht der beiden Länder in Aussicht stellen, die friedliche Entwickelung der Civilisation und des nationalen Wohlstandes, die in steigender Blüthe begriffen war, auf viele Jahre gehemmt und zurückgedrängt wird. Aber wir müssen vor Gott und Menschen die Verantwortung dafür Denen überlassen, welche durch ihr frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre und der Freiheit Deutschlands willen, den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen; wie wir schon jetzt des Beistandes der gesammten deutschen Nation durch die sich immer steigernden Zeichen der freudigen Opferwilligkeit sicher sind und auch die Zuversicht hegen dürfen, daß Frankreich für einen so muthwillig und so rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden werde. v. Bismarck.

---

5. Gramont's Circulardepesche.

Paris, 21. Juli 1870.

Mein Herr! Sie kennen schon die Verkettung der Thatsachen, die uns zu einem Bruch mit Preußen geführt haben. Die Mittheilung, welche die Regierung des Kaisers am 15. d. Mts. von der Tribüne der großen Staatskörperschaften gemacht hat und deren Text ich Ihnen zugesandt habe, hat Frankreich und Europa die raschen Wandlungen einer Unterhandlung auseinandergesetzt, in welcher in dem Maße, als wir unsere Bemühungen verdoppelten, den Frieden zu erhalten, sich die geheimen Pläne eines Gegners enthüllten, der entschlossen ist, ihn unmöglich zu machen. Sei es, daß das Berliner Cabinet den Krieg für die Durchführung der Pläne, die es von langeher gegen die Selbstständigkeit der deutschen Staaten vorbereitete, für nöthig erachtete, sei es, daß es nicht zufrieden, im Mittelpunkte Europas eine allen seinen Nachbarn furchtbar gewordene militärische Macht errichtet zu haben, die so erworbene Macht benutzen wollte, um

das internationale Gleichgewicht definitiv zu verrücken (déplacer) — die vorbedachte Absicht, uns die für unsere Sicherheit, sowie für unsere Ehre unerläßlichen Garantien zu verweigern, zeigt sich in seinem ganzen Benehmen auf das Augenscheinlichste (avec la dernière évidence).

Folgendes war ohne Zweifel der gegen uns combinirte Plan: Ein durch uneingestandene Vermittler insgeheim vorbereitetes Einverständniß sollte, wenn die Sache nicht vor der Zeit an's Licht gekommen wäre, die Dinge bis zu dem Punkte führen, wo die Candidatur eines preußischen Prinzen plötzlich den versammelten Cortes offenbart worden wäre. Eine durch Ueberraschung gewonnene Abstimmung, ehe das spanische Volk die Zeit zum Nachdenken gehabt hätte, sollte — so hatte man gehofft — den Prinzen Leopold von Hohenzollern zum Erben des Scepters Carl's V. proclamiren. Auf diese Weise würde sich Europa einer vollendeten Thatsache gegenüber befunden haben, und auf unsere Willfährigkeit für das große Princip der Volkssouveränetät speculirend, rechnete man darauf, daß Frankreich, trotz einer vorübergehenden Verstimmung, gegenüber dem scheinbar ausgedrückten Willen einer Nation, für welche man alle unsere Sympathien kannte, stehen bleiben würde.

Sobald sie von der Gefahr unterrichtet wurde, hat die Regierung nicht gezaudert, sie den Vertretern des Landes wie allen europäischen Cabinetten anzuzeigen; gegen dieses Manöver wurde das Urtheil der öffentlichen Meinung sein rechtmäßigster Bundesgenosse. Die unparteiischen Geister haben sich nirgends über die wahre Lage der Dinge getäuscht; sie haben rasch begriffen, daß, wenn wir peinlich davon berührt waren, Spanien in dem ausschließlichen Interesse einer ehrgeizigen Dynastie eine Rolle vorgezeichnet zu sehen, die sich für die Loyalität dieses ritterlichen Volkes so wenig geziemt, den Instincten und den Ueberlieferungen der Freundschaft so wenig entsprach, die es mit uns verbinden, wir nicht den Gedanken haben konnten, unsere beständige Achtung für die Unabhängigkeit seiner nationalen Entschließungen zu verleugnen.

Man hat gefühlt, daß die wenig skrupulöse Politik der preußischen Regierung hier allein im Spiele war. Diese Regierung ist es in der That, die, sich durch das gemeine Recht nicht für gebunden glaubend und die Regeln verachtend, denen die größten Mächte die Weisheit gehabt haben, sich zu unterwerfen, es versucht hat, dem getäuschten Europa eine so gefährliche Ausdehnung ihres Einflusses aufzuerlegen. Frankreich hat die Sache des Gleichgewichts in die Hände genommen, d. h. die Sache aller Völker, die durch unverhältnißmäßige Vergrößerung eines königlichen Hauses bedroht sind.

Indem es so handelt, stellte es sich dann, wie man glauben machen wollte, in Widerspruch mit seinen eigenen Maximen? Sicherlich nicht. Jede Nation, wir sprechen es gern aus, ist Herrin ihrer Geschicke. Dieses von Frankreich laut bestätigte Princip ist eines der Grundgesetze der modernen Politik geworden. Aber das Recht jedes Volkes, wie jedes Individuums, ist durch das Recht Anderer beschränkt, und es ist einer Nation untersagt, unter dem Vorwande, ihre eigene Souveränetät auszuüben, die Existenz oder die Sicherheit eines benachbarten Volkes zu bedrohen. In diesem Sinne sagt einer unserer großen Redner, Herr von La-

martine, im Jahre 1847, daß, sobald es sich um die Wahl eines Souveräns handle, eine Regierung niemals das Recht habe, Ansprüche zu erheben, aber stets das Recht habe, Einspruch zu thun. Diese Doctrin ist von allen Cabinetten unter Umständen ausgesprochen, die denjenigen analog sind, in welche uns die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern versetzt hat, namentlich im Jahre 1831 in der belgischen, im Jahre 1830 und 1862 in der griechischen Frage.

In der belgischen Angelegenheit ließ sich die Stimme Europas selbst vernehmen; die fünf Großmächte fällten die Entscheidung. Die drei Höfe, welche die Sache des griechischen Volkes in die Hand nahmen, waren, indem sie sich von einem Gedanken allgemeinen Interesses leiten ließen, unter sich einverstanden, den Thron Griechenlands nicht für einen Prinzen ihrer Familie anzunehmen.

Die Cabinette von Paris, London, Wien, Berlin und Petersburg, die in der Londoner Conferenz vertreten waren, eigneten sich dieses Beispiel an; sie machten daraus eine allgemeine Verhaltungsregel bei Verhandlungen, bei denen der Weltfriede engagirt war, und huldigten so feierlich diesem großen Gesetze des Gleichgewichts der Kräfte, welches die Grundlage des europäischen politischen Systems ist.

Vergebens bestand der belgische Nationalcongreß trotz dieses Beschlusses darauf, den Herzog von Nemours zu wählen. Frankreich unterwarf sich der Verpflichtung, welche es übernommen hatte, und wies die von den belgischen Abgeordneten nach Paris gebrachte Krone zurück. Aber Frankreich legte seinerseits dieselbe Nöthigung auf, der es sich unterzogen hatte, dadurch, daß es die Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg, die man derjenigen des französischen Prinzen entgegengesetzt hatte, mit Ausschließung belegte.

In Griechenland bekämpfte die Regierung des Kaisers bei der letzten Thronvacanz zugleich die Candidatur des Prinzen Alfred von England und diejenige eines andern Herzogs von Leuchtenberg.

England, das Gewicht unserer Vorstellungen anerkennend, erklärte in Athen, daß die Königin ihrem Sohne es verbiete, die Krone Griechenlands anzunehmen. Rußland gab eine ähnliche Erklärung in Bezug auf den Herzog von Leuchtenberg ab, obwohl dieser Prinz nach seiner Abstammung nicht durchaus als ein Mitglied der kaiserlichen Familie angesehen werden durfte.

Endlich hat der Kaiser Napoleon freiwillig dieselben Grundsätze in einer im „Moniteur" vom 1. September 1860 veröffentlichten Note für maßgebend erklärt, um die Candidatur des Prinzen Mürat für den Thron von Neapel abzuweisen.

Preußen, dem wir nicht verfehlt haben, diese Präcedenzien in's Gedächtniß zurückzurufen, schien einen Augenblick unseren Vorstellungen nachgeben zu wollen. Der Prinz Leopold trat von seiner Candidatur zurück; man durfte sich schmeicheln, daß der Friede nicht werde gestört werden. Aber diese Hoffnungen machten bald neuen Beunruhigungen, dann der Gewißheit Platz, daß Preußen, ohne ernstlich seine Ansprüche zurückzuziehen, nur Zeit zu gewinnen suchte. Die anfangs ausweichende, dann entschiedene und hochmüthige Sprache des Familienhauptes der Hohenzollern, seine Weigerung, auch künftig den ausgesprochenen Verzicht aufrecht zu erhalten, die Behandlung, die unserm Botschafter widerfuhr, welchem eine mündliche Ansage jede weitere Mittheilung über den Gegenstand seines versöhn-

lichen Auftrages untersagte, endlich die Oeffentlichkeit, welche man diesem ungewöhnlichen Vorgehen durch die preußischen Zeitungen und durch die Mittheilung an die Cabinette gab, alle die aufeinanderfolgenden Symptome von Angriffsplänen mußten auch in den voreingenommensten Gemüthern jeden Zweifel beseitigen. Ist noch irgend eine Täuschung gestattet, wenn ein Souverän, der über eine Million Soldaten verfügt, die Hand auf seinem Degenknopf, erklärt, daß er sich vorbehalte, seine Entschließung nur aus sich und nach den Umständen zu fassen? Wir waren auf dem äußersten Punkt angelangt, wo eine Nation, welche fühlt, was sie sich schuldig ist, nicht mehr über die Anforderungen ihrer Ehre verhandelt.

Wenn diese letzten Zwischenfälle dieses peinlichen Streites aber auch nicht hinreichendes Licht über die durch das Berliner Cabinet genährten Pläne verbreiteten, so drückt ein Umstand, der zur Zeit noch weniger bekannt ist, doch der Haltung desselben den entscheidenden Stempel auf.

Der Gedanke, einen Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron zu erheben, war nicht neu. Schon im März 1869 war er uns durch unsern Gesandten zu Berlin angedeutet worden, und war derselbe alsbald aufgefordert worden, dem Grafen Bismarck bemerklich zu machen, wie die kaiserliche Regierung eine solche Eventualität auffassen werde. Graf Benedetti hat in mehreren Unterredungen, welche er über diesen Gegenstand sowohl mit dem Kanzler des Norddeutschen Bundes als mit dem mit der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten betrauten Unterstaatssecretär gehabt hatte, es nicht unbekannt gelassen, daß wir es nicht würden zulassen können, daß ein preußischer Prinz dazu gelangte, jenseits der Pyrenäen zu regieren.

Der Graf Bismarck seinerseits hatte erklärt, daß wir uns nicht mit einer Combination zu beschäftigen brauchten, welche er selbst für unausführbar erachtete, und in Abwesenheit des Bundeskanzlers zu einer Zeit, als Herr Benedetti geglaubt hatte, sich ungläubig und dringlich zeigen zu sollen, hatte Herr von Thile sein Ehrenwort dafür eingelegt, daß der Prinz von Hohenzollern im Ernst Candidat für die spanische Krone weder wäre, noch werden könnte.

Wenn man die Wahrhaftigkeit so ausdrücklicher amtlicher Versicherungen in Zweifel ziehen müßte, so würde der diplomatische Verkehr aufhören, ein Pfand des europäischen Friedens zu sein; er würde nur eine Falle oder eine Gefahr sein. Sobald unser Botschafter diese Erklärungen unter allem Vorbehalt uns übermittelte, hatte die Regierung des Kaisers es also für angezeigt erachtet, sie günstig aufzunehmen. Sie hat es sich versagt, deren guten Glauben bis zu dem Augenblicke in Zweifel zu ziehen, wo plötzlich sich die Combination enthüllt hat, welche das augenscheinliche Gegentheil derselben ist. Unvermuthet von ihrem uns gegebenen Worte zurücktretend, ohne auch nur den Versuch zu machen, durch irgend welchen Schritt sich uns gegenüber von seiner Verflichtung zu entbinden, hat Preußen uns eine wahre Täuschung bereitet. Aufgeklärt über den Werth, welchen die förmlichsten Versicherungen preußischer Staatsmänner haben, hatten wir seitdem die gebieterische Pflicht, für die Zukunft unsere Ehrlichkeit gegen neue Mißachtung durch ausdrückliche Garantien sicherzustellen. Wir mußten also, wie

wir gethan haben, darauf bestehen, die Gewähr zu erhalten, daß ein Verzicht, welcher nur mit seinen Unterscheidungen gegeben war, diesmal ein definitiver und ernstlich gemeinter sei.

Es ist klar, daß der Berliner Hof vor der Geschichte die Verantwortlichkeit für den Krieg trägt, welchen er die Mittel in der Hand hatte zu vermeiden und welchen er gewollt hat. Und unter welchen Umständen hat er den Kampf gesucht? Nachdem Frankreich seit vier Jahren ihm die Beweise einer unveränderten Mäßigung gegeben hat, indem es sich mit einer vielleicht übertriebenen Aengstlichkeit enthalten hat, die unter der Vermittelung des Kaisers abgeschlossenen Verträge anzurufen, deren absichtliches Außerachtlassen aus allen Acten einer Regierung hervorgeht, welche schon in dem Augenblicke darauf gesonnen hat, sich von denselben zu befreien, wo sie dieselben unterzeichnete.

Europa ist Zeuge unserer Haltung gewesen und hat sie mit der Preußens während dieses ganzen Zeitraums vergleichen können. Es mag heute über die Gerechtigkeit unserer Sache sich aussprechen. Welches auch das Schicksal der Schlachten sein mag, wir erwarten ohne Unruhe das Urtheil unserer Zeitgenossen wie das der Zukunft. Genehmigen u. s. w. Gramont.

---

6. Aus Salazar's Flugschrift.

Die ganze Welt erkennt, daß, wenn im Allgemeinen Niemand ein Prophet in seinem Vaterlande ist, dieses Sprichwort in Spanien zum Glaubenssatze geworden ist, weil in der geschichtlichen Entwickelung des Landes der Neid leider eine große Rolle gespielt hat und es genügt, daß Jemand sich in dem Kreise der Politik hervorthue, um ihn zur Zielscheibe der Eifersucht und blutiger Erbitterung von Seiten seiner Widersacher zu machen.

Ich glaube sicher, daß ein Mann, der katholisch würde, um den Thron des heiligen Ferdinand zu besteigen, nur Verachtung einernten würde. Unser Volk ist nicht das hellenische; und wenn Heinrich IV. den Glauben seiner Bearnesen aufgab, weil Paris eine Messe werth sei, so hat es doch auf dem Grunde der spanischen Gesellschaft stets einen Sauerteig ritterlicher Gefühle gegeben, die sich gegen eine solche unwürdige Handlung empörten.

Der Prinz Friedrich Karl, der Neffe des Königs von Preußen, der Held von Sadowa, welcher der evangelischen Religion angehört, befindet sich in derselben Lage, wie die Söhne der Königin Victoria, und seine Thronbesteigung würde eine diplomatische Eifersucht hervorrufen, welche ernste Verwickelungen zur Folge haben könnte.

Die Wahl des Königs von Portugal Dom Luis I., der beide Kronen behalten würde, müßte die iberische Einheit erschweren, statt befördern. Auch vergegenwärtige man sich wohl, daß die Portugiesen die Idee einer engeren Vereinigung mit Spanien dann aufnehmen, wenn sie mit ihrer Regierung nicht zufrieden sind, und sich wiederum mehr und mehr von ihr entfernen, wenn wir nach verderblichen Wegweisern wandern.

Man sagt, daß die Portugiesen die Kundgebungen ihres Uebelwollens gegen Spanien übertreiben; aber man lasse nicht außer Acht, daß der Schwache stets den Starken fürchtet. Man betrachte die Frage aus einem höheren Standpunkte und verliere nichts aus dem Auge, zumal jetzt, wo unser Gebiet in Amerika bedroht ist, was das Ideal unserer Bestrebungen für die Zukunft sein muß: Portugal und Gibraltar.

Mit Dom Fernando wäre der Grundsatz der directen Erbfolge gewahrt geblieben, und da der Sohn von Dom Luis beide Kronen geerbt haben würde, hätte sich die Einheit in derselben Weise vollzogen, wie sie zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts erzielt worden wäre, wenn das Geschick, welches uns verfolgt, nicht das Leben des Prinzen Miguel, des Erben des katholischen Königspaares (Ferdinand und Isabella) und des Königs Dom Manuel von Portugal in der Blüthe geknickt hätte.

Vor acht Monaten schlug ich an zweiter Stelle die Candidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern vor, des Bruders der vorigen Königin Stephanie von Portugal; indem die Portugiesen, die in dem letzten Prätendenten schon das Recht von Gottes Gnaden verworfen hatten, bei gelegener Zeit ihre Blicke auf einen Herrscher richten könnten, der ihre Bestrebungen besser befriedigte.

Nach den vorausgegangenen Umständen thäte uns in diesem erhabenen Gedanken auch als König von Spanien ein Fürst von hervorstechenden Geistesgaben noth, der unseren Nachbarn sympathisch wäre. Don Leopoldo ist dies in hohem Grade, und seine Gemahlin, die Infantin Donna Antonia, Schwester des regierenden Königs, würde ihrer Nachkommenschaft das Blut der Braganza überliefern.

Während dieser Herrschaft würden wir die Bande einer vollständigen Aussöhnung herstellen, und die iberische Idee, welche in Portugal aus den angeführten Gründen gelitten hat, würde sich mit größerer Gewalt wieder erheben, als zur Zeit Pedro's V. und seiner Gemahlin Stephanie, welche allzu früh im Jahre 1861 Jenen entrissen wurden, die es damals für möglich erachteten, in Spanien das ruhmreiche Beispiel Maria's und Wilhelm's nachzuahmen, jenes ausgezeichneten Herrscherpaares, dem England die Befestigung seines parlamentarischen Systems verdankt, während die Regierung Jakob's II. die öffentliche Freiheit in die höchste Gefahr gebracht hatte.

Von den beiden Töchtern Dom Fernando's ist die Infantin Antonia die einzige, die eine Ehe eingegangen ist, an welcher das portugiesische Volk und die königliche Familie volles Gefallen gefunden haben. In der That ist die Vereinigung Leopold's und Antoniens eine Musterehe unter allen Gesichtspunkten, und das glückliche Schauspiel, welches dieses junge Paar bietet, würde wohlthätig auf unsere Sitten einwirken.

Das Alter Leopold's könnte nicht angemessener sein. Mit vierunddreißig Jahren hat der Mensch die Fülle seiner Fähigkeiten erlangt und besitzt schon die nothwendige Erfahrung in den schwierigsten Obliegenheiten.

Der Prinz Leopold ist katholisch, wie seine ganze Familie, sehr gebildet, von klarem Verstande, und hat wie viele Deutsche eine besondere Vorliebe für die

spanische Literatur. Er ist der älteste Bruder des Herrschers von Rumänien, durch seine Heirath doppelt verschwägert mit Königen von Portugal (Pedro und Luis), ein Verwandter des Königs der Belgier, indem seine Schwester, Prinzessin Marie, mit dem Grafen von Flandern, dem Bruder Leopold's II., vermählt ist; verwandt ebenfalls mit dem Kaiser Napoleon, weil seine Mutter der Familie Beauharnais angehört, und er steht in entfernter Verbindung mit der königlichen Familie von Preußen, obwohl er nicht von dem erstgeborenen Zweige, dem protestantischen, abstammt. Es knüpfen ihn an sein Vaterland Bande genug, daß wir nicht das Spielzeug nationaler Nebenbuhlerei werden; aber nicht so viele, daß sie, von einem engen Kreise eingeschlossen, die Freiheit der Bewegung für die spanische Politik in Frage stellten. Sein Vermögen gehört zu den beträchtlichsten in Europa, und wenn ich nicht irre, so hat er durch den Tod seines Vetters, des Fürsten von Hechingen, Anwartschaft auf die Besitzthümer, welche derselbe in Spanien hinterlassen hat, sowie auf einen andern hochberühmten Titel von Castilien (die Grafschaft Villalba). Was ich aber gelesen habe, ist, daß er alle Würden und Güter in Deutschland erbt.

Don Leopoldo's Erbfolge ist durch drei Söhne gesichert, von denen der älteste schon ungefähr sechs Jahre zählt, und beide Ehegatten sind von höchst anmuthvoller Gestalt, was nicht gering zu schätzen ist für die Länder des Südens, welche von Natur den Spott lieben und in ihrem ganzen Gedankengange die Schönheit des Geistes besser verstehen, wenn sie von der Schönheit der Gestalt begleitet ist. Zeugniß dessen ist in der politischen Sphäre die Mühe, die man sich gab, Joseph Bonaparte eines Auges zu berauben, um vor dem Volke die Lächerlichkeit seiner Sache zu erhöhen.

Einen leichten Einwurf habe ich gegen jene Candidatur vernommen: daß es nämlich schwer sei, den Familiennamen des Prinzen Leopold auszusprechen. In England giebt es Millionen Einwohner, die nicht wissen, wie ihre geliebte Königin Victoria mit ihrem Familiennamen heißt. Ist denn nicht sein Name Leopoldo? Er wird also Leopoldo I., König der Spanier, heißen; und in der That ist dieses Zusammentreffen von guter Vorbedeutung für die kleinlichen Grübler, die da nicht wollten, daß man an einem Dienstag (dem „Unglückstage" in Spanien) über die Verfassung abstimme. Belgien zauderte gerade wie wir lange Zeit, ehe es einen König erwählte; es ernannte eine provisorische Regierung und eine Regentschaft, es richtete seinen Blick im Anfang auf zwei Candidaten, den Herzog von Leuchtenberg und den Herzog von Nemours, und es wählte schließlich einen deutschen Prinzen, der auch Leopold hieß, dessen Söhne katholisch sind, der Belgien zu einer geachteten Nation gemacht hat durch die vollkommene Freiheit, deren es genießt, durch die ungeheure Entwickelung seiner Wohlfahrt und seines Reichthums und durch die heitere Ruhe, in der es rings um sich die angefressenen Elemente des alten Europa sich bewegen sieht.

Der Prinz Leopold gehört dem katholischen Bestandtheile der Provinzen des südlichen Deutschland an, welcher die Pflichten der Religion mit den Bestrebungen des Jahrhunderts zu vereinigen weiß. Aus ihnen fließt jene Auswanderung, welche so viel dazu beigetragen hat, den Katholicismus in den Vereinigten

Staaten populär zu machen. Das nordamerikanische Volk war den Grundsätzen und Ceremonien der katholischen Kirche feindselig, und das Beispiel der fanatischen und unwissenden irischen Bevölkerung diente eben nicht dazu, den Schein zu verändern; aber der Katholicismus greift in erstaunenswerther Weise um sich in Folge des gebildeten Einflusses der deutschen Einwanderung.

Er hat jene einfache Bildung der Fürsten des nördlichen Europa empfangen, daß sie, ohne von ihrer Stellung herabzusteigen, sich unter die Menge mischen, um sich mit den Bedürfnissen des Volkes bekannt zu machen. In Spanien kann ein König besser als in irgend einem andern Lande mit geringer Mühe die Gunst des Volkes erlangen, weil der Charakter unserer Nation eine eigenthümliche Mischung von Sanftmuth und Stolz, von volksthümlicher Offenheit und aristokratischem Gefühle ist.

Ein deutscher Prinz wird uns ein größeres Gesichtsfeld eröffnen als das der Pyrenäen; er gehört jener germanischen Nation an, die sich auf die Höhe der ersten Völker der Welt in Kunst, Wissenschaft und selbst im Gewerbfleiße erhebt, wie sie es in der letzten Weltausstellung bewiesen hat. Und wenn es sähe, daß wir einen seiner Söhne begünstigten, würde Deutschland seine Verbindungen mit uns enger knüpfen und uns vielleicht einen Theil jener schönen Bevölkerung zusenden, die heute das Capital, den Fleiß, die Klugheit, deren wir so sehr bedürfen, den Vereinigten Staaten zubringt.

Die bisher der Aufsuchung eines Monarchen gewidmete Zeit kann sich in ein Element der Stärke für die neue Dynastie verwandeln, welche für das vergossene Blut nicht verantwortlich sein wird, und die durch die Neugestaltung der Dinge verletzten religiösen, staatlichen und wirthschaftlichen Interessen werden nicht gegen sie ihren Fluch schleudern.

Ein König, gleich auf dem Boden der Septemberrevolution gewählt, wäre mit großer Verantwortlichkeit belastet gewesen; und wenn sich heute ein Monarch mit dem Oelzweige in der Hand darbietet, hat er zu seinen Gunsten den unschätzbaren Vortheil, der Bevorzugte in einem offenen Wettstreite zu sein, worin das Verdienst und die Sympathien aller Candidaten geprüft worden sind, die später eine Gefahr oder eine Hoffnung für das Land hätten sein können.

---

7. Sagasta's Circularschreiben vom 7. Juli.

Herr Botschafter! Ew. Excellenz sind die wichtigen Erklärungen bekannt, die am 11. Juni in der Sitzung der constituirenden Cortes vom Herrn Präsidenten des Ministerrathes gegeben wurden. Indem er den Repräsentanten der spanischen Nation die bis dahin erfolglosen Schritte darstellte, die geschehen waren zum Zwecke, einen Candidaten zu finden, welchen sie kraft ihrer unbestreitbaren Souveränetät hingestellt haben, verkündete ihnen der Präsident des Ministeriums, daß zuerst die provisorische Regierung, dann die Executivgewalt und später die Regierung S. H. des Regenten ihn mit einem unbeschränkten Vertrauen beehrt hätten, ihn bevollmächtigend, alle Schritte zu thun und alle Unterhandlungen zu

unternehmen, die nöthig waren, um in einer Frage von so hoher Bedeutung einen genugthuenden Erfolg zu erzielen. Mit diesen Vollmachten ausgestattet, hatte der Marschall Prim zur Erfüllung seiner schwierigen Mission außer seiner hohen persönlichen politischen Stellung die moralische Autorität der ganzen Regierung, die Kraft, welche die Einigkeit der Meinungen und der Handlungen verleiht, und die Garantie der unbedingtesten Verschwiegenheit.

Man war also berechtigt, zu hoffen, daß er, trotz des unglücklichen Erfolges seiner ersten Schritte, alle Arten von Schwierigkeiten besiegen können und daß es ihm gelingen werde, seinen Collegen in der Regierung und der Zustimmung der constituirenden Cortes einen Candidaten vorzustellen, würdig, die Krone von Spanien zu tragen, und zugleich annehmbar für alle Männer der großen monarchisch-liberalen Partei. Die Regierung hatte dieses Zutrauen, welches nicht getäuscht worden ist, und heute hat sie die Genugthuung, Ew. Excellenz durch meine Vermittelung anzuzeigen, daß der Rath der Minister, am 4. d. M. zu La Granja unter dem Vorsitze S. H. des Regenten versammelt, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Candidaten für den Thron von Spanien bezeichnet hat. Die günstigen Umstände, in welchen sich der Prinz befindet, und die gute Aufnahme, welche seine Anmeldung in der öffentlichen Meinung des Landes gefunden hat, geben der Regierung die angenehme Hoffnung, daß ihr Candidat demnächst von den Cortes mit einer großen Majorität zum Könige ernannt werden und daß damit die ruhmreiche constituirende Periode, die im September 1868 begann, ihren Abschluß finden werde.

Gestern, sobald es möglich war, aus der Zurückhaltung hervorzutreten, welche uns bisher von der Klugheit geboten war, beeilte ich mich, Ew. Excellenz telegraphisch Kenntniß von dem Beschlusse der Regierung und den Maßregeln zu geben, die sie unverzüglich treffen wollte, um ihn den Cortes zur Gutheißung vorzuschlagen, indem sie sich streng an die Vorschriften des Staatsgrundgesetzes und an die durch das Gesetz über die Königswahl aufgestellten Regeln anschloß. Indem ich Ew. Excellenz ersuchte, der ... Regierung hierüber Mittheilung zu machen, gab ich Ihnen einige Andeutungen über die wahre politische Bedeutung dieses Ereignisses, welches in nichts unsere Beziehungen mit den anderen Mächten berühren darf, ungeachtet des großen Einflusses, den es auf die Zukunft des spanischen Volkes auszuüben bestimmt ist.

Die durch die Septemberrevolution, welche die politischen Zustände unseres Landes so durchgreifend geändert hat, geschaffene Lage hat sich ohne Schwierigkeit unter einer provisorischen Form bis zu dem Tage erhalten, an dem die Cortes sich für die monarchische Verfassung des Landes entschieden. Aber von diesem Augenblicke an war das Provisorium eine Gefahr, weil es die Idee, die sich als das Bestreben des spanischen Volkes enthüllt hatte, ohne die mächtige Bestätigung der Thatsachen ließ.

Wenn die Regierung nicht das Mittel fände, diese Idee zu verwirklichen, so würden ihre Feinde natürlich an Macht gewinnen angesichts dieses Provisoriums, welches unsinnigen Hoffnungen aller Art Thür und Thor offen ließ. Es entstand daraus eine schwierige Lage, die wir nur kraft der beständigen Anstreng-

ungen unserer Regierung und der Weisheit der großen Mehrzahl der Spanier überwinden konnten. Bewundernswerth ist ohne Zweifel das Schauspiel, welches unser Vaterland vor der ganzen Welt gegeben hat, indem es den Zeitraum von zwei Jahren inmitten einer Ruhe zurücklegte, von der sich unter sonst entsprechenden Verhältnissen kein Beispiel findet, selbst nicht in der Geschichte derjenigen Völker, welche sich für die civilisirtesten halten.

Nichtsdestoweniger forderte die öffentliche Meinung, sowohl in Spanien als im Auslande, gebieterisch die Beendigung dieser Lage. Im Inlande herrschte die eifrige Sehnsucht, das Werk der Revolution zu krönen; im Auslande haben die befreundeten Regierungen oftmals, wie Ew. Excellenz gewiß Gelegenheit gehabt hat zu erfahren, den Wunsch ausgedrückt, in unserm Lande eine endgiltige Lage geschaffen zu sehen, die alle Furcht vor zukünftigen Wirren entfernen würde.

Das ist der glückliche Erfolg, den die spanische Regierung heute die Ehre hat zur Kenntniß der ... Regierung durch Vermittelung Ew. Excellenz zu bringen, und ich zweifle nicht, daß er von diesem Hofe mit der lebhaftesten Befriedigung wird aufgenommen werden. Die herzlichen Beziehungen, welche glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehen, werden, ich schmeichle mir, auf demselben freundschaftlichen Fuße fortdauern, denn derselbe Geist und derselbe Wunsch, sie zu bewahren, werden stets auch in der Folge die spanische Regierung beseelen. Diese hat, was die auswärtigen Beziehungen anlangt, sich bis auf diesen Tag bemüht, sich mit der öffentlichen Meinung und gleichzeitig mit dem Wohlergehen der Nation im Einklange zu erhalten. Wenn Prinz Leopold dazu gelangt, den spanischen Thron zu besteigen nach dem Votum der souveränen Cortes, so wird er constitutioneller König sein mit einer Verfassung, welche die demokratischste ist von allen, die in den mit liberalen Staatseinrichtungen versehenen Ländern bestehen. Seine Regierung wird mithin nicht entrathen können, wie jetzt, so auch in der Folge, den Eingebungen des öffentlichen Geistes zu gehorchen, der sich nicht ändern wird, weil ein Fremder die erste Beamtenstelle der Nation einnimmt. Von dem Augenblicke an, wo er den Thron San Fernando's besteigt, wird er Spanier sein und in dieser Eigenschaft das Werk der Septemberrevolution in ausschließlich spanischem Gesichtspunkte fortsetzen und befestigen. Hauptsächlich mit der politischen inneren Wiedergeburt der Nation beschäftigt, wird er die strengste Neutralität nach außen beobachten, was ihm gestatten wird, alle seine Kräfte der Entwickelung der sittlichen und materiellen Interessen des Landes zu widmen, und nichts wird die Bahn ändern können, welche die spanische Nation sich vorgezeichnet hat.

Deshalb hat die Regierung Seiner Hoheit, ihre freie Action benutzend, die ihr nothwendige monarchische Lösung vorzubereiten, allein auf eigene Verantwortung gehandelt und sich direct mit dem Prinzen Leopold in's Vernehmen gesetzt, ohne einen einzigen Augenblick daran zu denken, daß ihre Ehre ihr gestatte, mit dem geringsten Einflusse eines fremden Cabinets zu transigiren. Ich lenke ganz besonders die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf diesen Punkt, weil viel darauf ankommt, festzustellen, daß die Regierung des Regenten in dieser Sache nur ihren eigenen Regungen gefolgt ist und daß kein nationales

Interesse im Auslande und noch weniger ein ausländisches Interesse ihren Vorsitzenden im Verlaufe dieser Unterhandlung geleitet hat. Nur der Wunsch, den Willen der Nation und den Auftrag zu erfüllen, den der Regent und seine Collegen im Cabinet ihm ertheilt, hat ihn bewogen', zur Bewerbung um den Thron Spaniens einen großjährigen Prinzen aufzufordern, der, freier Herr seines Handelns, mit verwandtschaftlichen Beziehungen zu den meisten regierenden Häusern, ohne bei irgend einem derselben zur Thronfolge berechtigt zu sein, in dieser Stellung jeden Gedanken einer Feindseligkeit gegen irgend welch' eine Macht ausschloß.

Somit berührt die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen in keiner Weise die freundlichen Beziehungen Spaniens zu den anderen Mächten und kann und darf noch weniger die Beziehungen, welche dieselben unter sich haben können, berühren. Ew. Excellenz, wohl überzeugt von den Absichten, die die spanische Regierung bei dem Entschlusse, welcher den Cortes vorgelegt werden wird, geleitet haben, wird diesen gemäß ihr Verhalten regeln in Allem, was in dieser Angelegenheit sich auf die Ausübung ihrer Functionen bezieht;! ich erwarte von Ihrem Eifer und Ihrer Einsicht, daß sie der treue Dolmetsch der Absichten sein werden, von welchen die Regierung Sr. Hoheit beseelt ist. Wollen Sie dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorlesen und demselben eine Abschrift davon hinterlassen. Gott bewahre Ew. Excellenz viele Jahre!

Madrid, 7. Juli 1870. Unterz.: Praxedes M. Sagasta.

---

8. Gramont's Circulardepesche vom 24. Juli.

Mein Herr! Das Berliner Cabinet hat über die Unterhandlungen von Ems verschiedene Actenstücke und darunter eine Depesche des Freiherrn von Werther veröffentlicht, welche Bericht erstattet über eine Unterredung, die wir Beide während seines letzten Aufenthalts in Paris gehabt haben. Diese Actenstücke zeigen die von der kaiserlichen Regierung aus diesem Anlaß beobachtete Haltung nicht in ihrem wahren Lichte, und der Bericht des Herrn von Werther insbesondere schreibt mir Aeußerungen zu, die ich in mehreren Punkten zu berichtigen für meine Pflicht halte.

Der preußische Botschafter hat sich in unserm Gespräch, sowie ich selbst, hauptsächlich über die Erwägung verbreitet, daß der König, indem er seine Erlaubniß zu der Candidatur des Prinzen von Hohenzollern gab, niemals die Absicht gehabt hätte, den Kaiser zu kränken, und niemals hätte vermuthen können, daß diese Combination Frankreich Verdruß machen könnte. Ich mache meinem Widerpart bemerklich, daß, wenn dem so wäre, eine ausdrückliche Zusicherung dieser Art die Verständigung, die wir anstrebten, wohl zu erleichtern vermöchte. Ich kann eben so wenig die Bemerkungen anerkennen, welche mir der Freiherr von Werther über die Erklärung vom 6. Juli in den Mund legt. Ich habe keineswegs zugegeben, daß parlamentarische Rücksichten für die Kundgebung be-

stimmend gewesen seien. Ich habe unsere Sprache aus der Lebhaftigkeit der Kränkung erklärt, die wir empfangen hatten, und keineswegs die persönliche Stellung der Minister als entscheidenden Beweggrund ihres Verhaltens geltend gemacht. Ich habe nur gesagt, daß kein Ministerium in Frankreich das Vertrauen der Kammer und der öffentlichen Meinung bewahren könnte, wenn es in einen Ausgleich willigte, der nicht eine ernstliche Bürgschaft für die Zukunft enthielte. Ich muß ferner der Darstellung des Herrn von Werther insofern widersprechen, als ich den Kaiser keineswegs von Frankreich getrennt habe. Nichts in meinen Worten konnte den Vertreter Preußens zu der Annahme berechtigen, daß nicht eine enge Gemeinschaft der Eindrücke zwischen dem Souverän und der ganzen Nation herrschte.

Nach diesen Vorbehalten gelange ich zu dem hauptsächlichen Vorwurf, welchen das Berliner Cabinet gegen uns erhebt. Wir hätten, sagt man, absichtlich die Discussion vor den König von Preußen gebracht, statt sie mit seiner Regierung einzuleiten. Allein als unser Geschäftsträger am 4. Juli meinen Instructionen gemäß bei Herrn von Thile erschien, um ihn von den Nachrichten zu unterhalten, die uns aus Spanien zugegangen waren, welches war da die Sprache des Herrn Staatssecretärs? Nach seinen eigenen Ausdrücken „war diese Sache der preußischen Regierung ganz unbekannt und existirte für sie gar nicht." Was konnten wir angesichts der Haltung des Cabinets, welches sich das Ansehen gab, für den Zwischenfall gleichgiltig zu sein und ihn nur als die preußische Königsfamilie berührend zu betrachten, Anderes thun, als uns an den König selbst wenden? So mußten wir gegen unsern Wunsch unsern Botschafter auffordern, sich mit dem Souverän in Verbindung zu setzen, statt mit seinem Minister zu unterhandeln. Ich habe lange genug an den europäischen Höfen geweilt, um zu wissen, wie unvortheilhaft diese Art der Unterhandlung ist, und alle Cabinette werden meinen Worten glauben, wenn ich versichere, daß wir diesen Weg nur darum eingeschlagen haben, weil uns alle anderen verschlossen waren. Wir bedauern, daß Graf Bismarck sich nicht, sobald er den Ernst des Streites erkannte, nach Ems begeben hat, um seine natürliche Rolle des Vermittlers zwischen dem Könige und unserm Botschafter wieder aufzunehmen; aber sind wir denn für die Isolirung verantwortlich, in welcher Se. Maj. offenbar absichtlich blieb und die der Kanzler wahrscheinlich seinen Plänen für förderlich hielt? Und wenn, wie das Berliner Cabinet hervorhebt, die Kriegserklärung, welche ihm von unserm Geschäftsträger überreicht wurde, unsere erste schriftliche und officielle Mittheilung war, wer trägt die Schuld daran? Richtet man etwa Noten an Souveräne? Konnte unser Botschafter sich eine solche Abweichung von den Gebräuchen gestatten, als er mit dem König unterhandelte, und ist der Mangel eines jeden vor der Kriegserklärung zwischen den beiden Theilen ausgetauschten Documents nicht die nothwendige Folge des uns auferlegten Zwanges, die Discussion in Ems fortzuführen, statt sie in Berlin zu lassen, wohin wir sie am Anfang gebracht hatten?

Bevor ich diese Berichtigung schließe, will ich noch bei einer letzten Bemerkung des Berliner Cabinets verweilen. Nach einem in den Blättern vom 23. Juli

erschienenen Berliner Telegramm bestritten die Herren von Bismarck und von Thile eine Stelle in meiner Circulardepesche vom 21. und erklärten sie, daß „seit dem Tage, da sie von dem an den Prinzen von Hohenzollern gerichteten Antrage sprechen gehört, die Frage der Candidatur des Prinzen für den spanischen Thron niemals der Gegenstand des geringsten officiellen oder Privatgesprächs zwischen ihnen und Herrn Benedetti gewesen sei. In dieser Form ist die Behauptung eine zweideutige: sie scheint sich lediglich auf die Beziehungen unseres Botschafters zu dem preußischen Ministerium seit der Annahme des Prinzen Leopold zu erstrecken. In diesem Sinne wäre sie nicht im Widerspruche mit Dem, was wir selbst gesagt haben; wenn man sie aber auf den früheren Verkehr ausdehnen will, so ist sie nicht mehr der Wahrheit gemäß, und ich beweise dies am besten, indem ich hier eine Depesche citire, welche unser Botschafter Graf Benedetti, unter dem 31. März 1869, an den damaligen Minister des Aeußern, Marquis von Lavalette, gerichtet hat. Dieselbe lautet, wie folgt:

„Berlin, 31. März 1869. Herr Marquis! Ew. Exc. hat mich gestern telegraphisch aufgefordert, mich darüber zu versichern, ob die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron einen ernstlichen Charakter hätte. Ich habe heute früh Gelegenheit gehabt, Herrn von Thile zu sehen, und glaubte ihn fragen zu können, ob ich den hierüber in Umlauf gesetzten Gerüchten einige Bedeutung beimessen sollte. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich Werth darauf legte, genau unterrichtet zu sein, indem ich ihm bemerklich machte, daß eine solche Eventualität die kaiserliche Regierung zu unmittelbar interessirte, als daß es nicht meine Pflicht wäre, die Gefahr derselben zu melden, sobald uns Gründe vorlägen, welche an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung glauben ließen. Ich sagte auch meinem Widerpart, daß ich die Absicht hätte, Ihnen über unsere Unterredung zu berichten. — Herr von Thile gab mir die ausdrücklichste Versicherung, daß er keinen Augenblick Kenntniß von irgend einem Anzeichen gehabt habe, welches zu einer solchen Vermuthung berechtigen könne, und daß der spanische Gesandte in Wien während seines kürzlichen Aufenthaltes in Berlin nicht einmal darauf angespielt hätte. Indem er so sprach, glaubte der Unterstaatssecretär, ohne daß ihn irgend Etwas in meinen Bemerkungen zu einer solchen Kundgebung herausfordern konnte, sogar sein Ehrenwort engagiren zu sollen. Wie er sagt, hätte Herr Rances sich darauf beschränkt, den Grafen von Bismarck, welcher vielleicht die Durchreise dieses Diplomaten benutzen wollte, um sich über die Lage in Spanien zu unterrichten, von der Art und Weise zu unterhalten, wie die Wahl des künftigen Souveräns vorbereitet würde. Dies ist im Wesentlichen Alles, was mir Herr von Thile gesagt hat, wobei er wiederholt auf seine erste Erklärung zurückkam, daß von dem Prinzen von Hohenzollern für die Krone von Spanien nicht die Rede gewesen sei und nicht die Rede sein könne. Genehmigen Sie u. s. w.

(gez.) Benedetti."

Nach diesem Citat halte ich weitere Ausführungen über einen Punkt für überflüssig, den wir als definitiv erwiesen betrachten können. Genehmigen Sie u. s. w. Gramont.

---

9. Gramont's Circulardepesche vom 3. August.

Meine Herren...! Wir kennen heute die weitere Ausführung des von dem Herrn Grafen Bismarck an den Gesandten Preußens in London gerichteten Telegramms, um England die angeblichen Geheimnisse mitzutheilen, in deren Besitz zu sein der Bundeskanzler angiebt. Seine Depesche fügt keine wesentliche Thatsache zu denen, welche er schon vorgebracht hatte. Wir finden darin nur einige Unwahrscheinlichkeiten mehr. Die öffentliche Meinung hat bereits Behauptungen ihr Recht widerfahren lassen, welche keine Autorität gewinnen durch die Kühnheit, womit man sie wiederholt, und wir betrachten als endgiltig festgestellt, trotz alles Leugnens, daß der Kaiser Napoleon niemals an Preußen einen Vertrag vorgeschlagen hat zum Zwecke, von Belgien Besitz zu ergreifen. Diese Idee gehört dem Herrn von Bismarck an, sie war eins der Hülfsmittel der Politik ohne Skrupel, welche, wie wir hoffen, ihrem Ende nahe ist. Ich würde mich also enthalten, auf Behauptungen zurückzukommen, deren Falschheit heute feststeht, wenn der Verfasser der preußischen Depesche, mit einem Mangel an Tact, dem ich zum ersten Male in solchem Grade in einem diplomatischen Documente begegne, nicht Verwandte des Kaisers citirt hätte als Träger von compromittirenden Botschaften und Confidenzen. Mit welchem Widerwillen ich mich auch genöthigt sehe, um dem preußischen Kanzler zu folgen, einen meinen Gewohnheiten so entgegengesetzten Weg einzuschlagen, so überwinde ich dieses Gefühl, weil es meine Pflicht ist, die perfiden Andeutungen zurückzuweisen, welche, gegen Mitglieder der kaiserlichen Familie gerichtet, augenscheinlich den Kaiser selbst zu treffen suchen. In Berlin war es, wo Herr von Bismarck, die Initiative der Ideen ergreifend, deren erste Conception er uns heute zuschreiben will, in den folgenden Worten den französischen Prinzen ansprach, welchen er heute mit Verachtung aller Convenienzen in seine Polemik hereinzieht. „Sie suchen," sagte er ihm, „eine unmögliche Sache; Sie wollen die Rheinprovinzen nehmen, die deutsch sind. Warum wollen Sie sich nicht lieber Belgien aneignen, wo ein Volk existirt, welches denselben Ursprung, dieselbe Religion hat und dieselbe Sprache spricht? Ich habe das schon dem Kaiser sagen lassen; wenn er auf meine Ansichten einginge, so würden wir ihm helfen, Belgien zu nehmen. Was mich betrifft, wenn ich Herr wäre und nicht durch den Eigensinn des Königs gehindert würde, so wäre das schon gethan." Diese Worte des preußischen Kanzlers wurden so zu sagen wörtlich am französischen Hofe wiederholt durch den Grafen von der Goltz. Dieser Gesandte machte so wenig Geheimniß daraus, daß die Zahl der Zeugen, welche sie gehört haben, beträchtlich ist. Ich füge noch hinzu, daß zur Zeit der Weltausstellung die Eröffnungen Preußens mehr als einer hohen Person bekannt wurden, welche davon genaue Notiz nahm und sich derselben noch erinnert. Es war dieses außerdem bei dem Herrn Grafen Bismarck kein vorübergehender Einfall, sondern ein wohlüberlegtes Project, an welches sich seine ehrgeizigen Pläne anknüpften, und er verfolgte die Ausführung davon mit einer Ausdauer, welche seine häufigen Ausflüge nach Frankreich, sowohl nach Biarritz als nach anderen Orten, hinreichend beweisen. Er scheiterte an dem unerschütterlichen Willen des Kaisers, der sich immer weigerte, an einer Politik sich zu betheiligen, die seiner Loyalität unwürdig wäre.

Ich verlasse jetzt diesen Gegenstand, den ich zum letzten Mal berührt habe, mit der festen Absicht, nicht mehr auf ihn zurückzukommen, und ich gelange zu einem wirklich neuen Punkte der Depesche des Herrn von Bismarck: „Ich habe Grund, zu glauben," sagt er, „daß, wenn der Vertrag nicht veröffentlicht worden wäre, Frankreich uns nach der Vollendung unserer beiderseitigen Rüstungen das Anerbieten gemacht haben würde, die Vorschläge, welche es uns früher gemacht hatte, auszuführen, wenn wir uns zusammen an der Spitze von einer Million wohlbewaffneter Soldaten im Angesicht des unbewaffneten Europa befänden, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht auf Grund der Vorschläge des Herrn Benedetti auf Kosten Belgiens Frieden zu schließen." Es würde sich für die Regierung des Kaisers nicht ziemen, eine solche Versicherung zu ertragen. Im Angesichte Europas fordern die Minister Sr. Maj. den Herrn von Bismarck auf, irgend eine Thatsache beizubringen, welche voraussetzen läßt, daß sie direct oder indirect, auf officiellem Wege oder durch Vermittelung geheimer Agenten die Absicht gezeigt haben, sich mit Preußen zu vereinigen, um mit ihm gegen Belgien das Attentat zu verüben, welches gegen Hannover vollzogen wurde. Wir haben mit Herrn von Bismarck keine Unterhandlungen eröffnet, weder über Belgien noch über irgend einen andern Gegenstand. Weit entfernt, den Krieg zu suchen, wie man uns anklagt, haben wir Lord Clarendon gebeten, beim preußischen Minister zu interveniren, um eine wechselseitige Entwaffnung hervorzurufen, welche wichtige Mission Lord Clarendon aus Freundschaft für Frankreich und aus Hingebung an die Ideen des Friedens vertraulich zu übernehmen keinen Anstand nahm. Hier folgen die Worte, mit denen Graf Darü, in einem Briefe vom 1. Februar, die Absichten der Regierung dem Marquis Lavalette, unserm Gesandten in London, erklärte: „Ich würde mich sicherlich nicht in diese Angelegenheit mischen, noch auch eine Einmischung Englands verlangen, wenn es sich einfach nur um einen banalen und rein formellen Schritt handelte, der nur den Zweck hätte, Herrn von Bismarck eine Gelegenheit zum erneuten Ausdruck seiner Weigerung zu geben. Es handelt sich um einen festen, ernsten, positiven Schritt. Der erste Staatssecretär scheint vorauszusehen, daß Herr von Bismarck eine erste Erregung von Unzufriedenheit und Unmuth verspüren wird. Das ist möglich, aber nicht sicher. In dieser Voraussicht ist es vielleicht gut, das Terrain vorzubereiten, so daß eine negative Antwort gleich von Anfang an vermieden wird. Ich bin überzeugt, daß die Ueberlegung und die Zeit den Kanzler dahin bringen werden, den Schritt Englands in ernste Betrachtung zu ziehen; wenn er nicht vom ersten Tage ab jede Eröffnung zurückgewiesen hat, wird Preußens und Deutschlands Interesse sich sehr bald laut genug geltend machen, um sein Widerstreben zu besänftigen. Er wird die Meinung seines ganzen Landes gegen sich aufwiegeln wollen. Wie würde in der That seine Lage sein, wenn wir ihm den einzigen Vorwand wegnähmen, hinter den er sich verschanzen kann, nämlich die Bewaffnung Frankreichs?" Der Graf Bismarck antwortete darauf, er könne es nicht über sich gewinnen, dem Könige die Mittheilung der britischen Regierung vorzulegen, und er sei über die Ansichten seines Souveräns hinreichend unterrichtet, um den Eindruck auf ihn vorhersehen zu können. Der König Wilhelm, sagte er, würde in dem Schritte

des Londoner Cabinets sicherlich den Beweis einer Aenderung in den Gesinnungen Englands gegen Preußen erblicken. Schließlich faßte der Bundeskanzler seine Erklärung dahin zusammen: „Es sei für Preußen unmöglich, ein militärisches System zu modificiren, welches so tief mit den Traditionen des Landes verwachsen sei, eine der Grundlagen seiner Constitution bilde und ganz normal sei." Graf Darü ließ sich durch diese erste Antwort nicht abschrecken. Am 13. Februar schrieb er an Herrn von Lavalette: „Ich hoffe, daß Lord Clarendon sich nicht für geschlagen halten und den Muth nicht verlieren wird. Wir werden ihm nächstens Gelegenheit geben, auf die Angelegenheit zurückzukommen, wenn es ihm passend scheint, um die unterbrochene Conversation mit dem Bundeskanzler wieder aufzunehmen. Unsere Absicht ist in der That, unser Contingent zu vermindern; wir würden es bedeutend vermindert haben, wenn wir eine günstige Antwort vom Kanzler des Norddeutschen Bundes erlangt hätten; wir werden es weniger vermindern, weil die Antwort negativ ist, aber wir werden es vermindern, die Reduction wird, wie ich hoffe, 10,000 Mann betragen; diese Zahl werde ich vorschlagen. Wir werden auf diese Weise durch Handlungen, die immer mehr als Worte gelten, unsere Absichten, unsere Politik bestätigen. Neun Contingente, jedes um 10,000 Mann vermindert, machen eine Gesammtverminderung von 90,000 Mann. Das ist schon etwas, es ist ein Zehntel der bestehenden Armee, ich bedaure, nicht mehr thun zu können. Das Gesetz über das Contingent wird nächstens vorgelegt werden. Lord Clarendon wird alsdann beurtheilen, ob es an der Zeit ist, Herrn von Bismarck vorzustellen, daß die preußische Regierung allein in Europa der Friedensliebe keine Concessionen macht, und daß sie sich somit in eine bedenkliche Stellung bringt inmitten der europäischen Gesellschaften, weil sie aller Welt gegen sich Waffen leiht, und auch den Bevölkerungen, die erdrückt werden von den Militärlasten, die sie ihnen auferlegt."

Lebhaft gedrängt, hielt Graf Bismarck es für nöthig, Lord Clarendon einige neue Erklärungen zu geben. Diese Erklärungen, wie wir sie durch einen Brief des Herrn von Lavalette, datirt vom 23. Februar, kennen, waren voller Reticenzen. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes war auf seinen ersten Entschluß zurückgekommen und hatte sich mit dem König Wilhelm über den von England empfohlenen Vorschlag unterhalten; aber Se. Maj. hatte ihn abgelehnt. Zur Stütze dieser Abweisung zog der Kanzler die Furcht vor einem eventuellen Bündnisse Oesterreichs mit Süddeutschland an und die Neigung zur Vergrößerung, welche Frankreich haben könnte. Voran aber stellte er vor Allem die Besorgnisse, welche ihm die Politik Rußlands einflößte, und erging sich bei dieser Gelegenheit in eigenthümlichen Betrachtungen über den Petersburger Hof, welche ich lieber mit Stillschweigen übergehe, da ich mich nicht entschließen kann, verwundende Insinuationen zu reproduciren. Das sind die Gründe für die Nichtannahme, wie sie Graf Bismarck dem loyalen und gewissenhaften Anliegen entgegensetzte, welches auf die Bitte der kaiserlichen Regierung durch Lord Clarendon wieder und wieder erneuert wurde.

Wenn also Europa unter Waffen geblieben ist, wenn eine Million Menschen im Begriffe stehen, sich auf den Schlachtfeldern zu verwunden, so ist es nicht mehr

erlaubt, es zu leugnen; die Verantwortlichkeit für einen solchen Zustand der Dinge gebührt Preußen; denn Preußen hat jeden Gedanken an Entwaffnung zurückgestoßen, als wir ihm den Vorschlag dazu zukommen ließen und als wir anfingen, ihm das Beispiel zu geben.

Erklärt sich dieses Betragen übrigens nicht aus der Thatsache, daß in derselben Stunde, wo Frankreich sein Contingent verminderte, das Berliner Cabinet im Dunkeln die provocirende Candidatur eines preußischen Prinzen organisirte? Welche Verleumdungen auch der Bundeskanzler erfunden haben mag, wir sind ohne Furcht; er hat das Recht verloren, Glauben zu finden. Das Gewissen Europas und die Geschichte werden sagen, daß Preußen den gegenwärtigen Krieg gesucht hat, indem es gegen Frankreich, welches mit Ausbildung seiner politischen Einrichtungen beschäftigt war, eine Beleidigung schleuderte, welche keine stolze und muthige Nation hätte annehmen dürfen, ohne die Verachtung der Völker zu verdienen.

Genehmigen Sie 2c. gez. Gramont.

---

10. Vertragsentwurf zwischen England und Preußen in Betreff Belgiens.

Ihre Maj. die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und Se. Maj. der König von Preußen haben in dem festen Entschluß, die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens, wie solche in dem 7. Artikel des am 19. April 1839 in London gezeichneten Vertrages zwischen Belgien und den Niederlanden bestimmt war, welcher Artikel nach dem Quintupelvertrag von 1839 ausdrücklich dieselbe Kraft und Gültigkeit haben sollte, als sei er in den Text des Quintupelvertrages eingefügt, beschlossen, untereinander einen Separatvertrag abzuschließen, der, ohne die Bedingungen des genannten Quintupelvertrages zu beeinträchtigen oder zu entkräftigen, eine Ergänzung und Beifügung desselben bilden soll. Sie haben daher als ihre Bevollmächtigten zu diesem Zwecke ernannt (folgen die Namen), welche einander ihre Vollmachten mittheilten und, nachdem solche in richtiger und gültiger Form befunden worden, zur Einigung und zum Abschluß über folgende Artikel gelangten.

Art. I. Da Se. Maj. der König von Preußen erklärt hat, daß ungeachtet der Feindseligkeiten, in welche der Norddeutsche Bund mit Frankreich verwickelt ist, es sein bestimmter Entschluß bleibt, die Neutralität Belgiens zu achten, so dieselbe von Frankreich respectirt wird, so erklärt Ihre Maj. die Königin von Großbritannien und Irland ihrerseits, daß, falls im Laufe der erwähnten Feindseligkeiten die französischen Heere jene Neutralität verletzen sollten, sie bereit sein wird, mit Seiner Preuß. Maj. für die Vertheidigung derselben in solcher Weise zu cooperiren, als beiderseitig zu vereinbaren ist, und zu diesem Zwecke ihre See- und Landstreitkräfte zu ihrer Beobachtung zu verwenden, überhaupt in Verbindung mit Sr. Preuß. Maj. dann und in der Folge die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens aufrechtzuerhalten.

Es ist dabei klar festgehalten, daß Ihre Maj. die Königin des Vereinigten

Königreiches sich durch diesen Vertrag nicht anheischig macht, an den allgemeinen Operationen des gegenwärtig zwischen dem Norddeutschen Bunde und Frankreich geführten Krieges über die Grenzen Belgiens hinaus, wie solche in dem Vertrage zwischen Belgien und Holland vom 19. April 1839 bestimmt sind, sich zu betheiligen.

Art. II. Se. Maj. der König von Preußen ist seinerseits einverstanden, in dem im vorstehenden Artikel besprochenen Falle mit Ihrer Maj. der Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland zu cooperiren, seine See- und Landstreitkräfte zu dem vorbezeichneten Zwecke zu verwenden und vorkommenden Falles sich mit Ihrer Maj. über die separaten oder gemeinschaftlich zur Sicherung der Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens zu treffenden Maßregeln zu einigen.

Art. III. Dieser Vertrag soll für die hohen contrahirenden Parteien für die Dauer des jetzigen Krieges zwischen dem Norddeutschen Bunde und Frankreich und auf zwölf Monate nach Ratification eines etwa zwischen diesen Mächten abzuschließenden Friedensvertrages bindende Kraft haben, und nach Ablauf dieser Frist wird die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens, so weit die hohen contrahirenden Parteien betroffen sind, wiederum wie zuvor auf dem ersten Artikel des Quintupelvertrages vom 19. April 1839 ruhen.

Art. IV. Der jetzige Vertrag soll ratificirt werden 2c.

---

11. König Wilhelm's Proclamation vom 11. August 1870.

(Französischer Text.)

Nous Guillaume, roi de Prusse, faisons savoir ce qui suit aux habitants des territoires français occupés par les armées allemandes. L'empereur Napoléon ayant attaqué par terre et par mer la nation allemande, qui désirait et désire encore vivre en paix avec le peuple français, j'ai pris le commandement des armées allemandes pour repousser l'agression et j'ai été amené par les évènements militaires à passer les frontières de la France. Je fais la guerre aux soldats et non aux citoyens français. Çeux-ci continueront par consequent à jouir d'une sécurité pour leurs personnes et leurs biens, aussi longtemps, qu'ils ne me priveront pas eux-mêmes par des entreprises hostiles contre les troupes allemandes du droit de leur accorder ma protection. Les généraux commandants des différents corps détermineront par des dispositions spéciales, qui seront portées à la connaissance du public, les mesures à prendre envers les communes ou les personnes qui se mettraient en contradiction avec les usages de la guerre, ils régleront de la même manière tout ce qui se rapporte aux requisitions, qui seront jugées nécessaires pour les besoins des troupes, et ils fixeront la différence du cours entre les valeurs allemands et français, afin de faciliter les transactions individuelles entre les troupes et les habitants.

Guillaume.

12. Proclamationen der Commandanten von Pont-à-Mousson und Saargemünd.

(Das Original ist französisch.)

I.

In einer Frist von zwei Stunden müssen die Waffen jeder Art, welche in der Stadt vorhanden sind, auf das Stadthaus gebracht werden.

Nach Verlauf dieser Frist werden Patrouillen abgeschickt werden, um alle Häuser zu visitiren, und die Einwohner, welche etwa im Besitze von Waffen irgend welcher Art befunden werden sollten, werden verhaftet und mit aller Strenge der Kriegsgesetze behandelt werden.

Jeder wird seinen Namen auf die von ihm abgelieferte Waffe schreiben, die er später auf der Mairie zurückerhalten wird.

Alle Ansammlungen sind untersagt.

Tag und Nacht müssen die Thüren und die Jalousien an den Fenstern geöffnet bleiben.

Die Stadt muß in der Nacht erleuchtet sein und jedes Haus wenigstens ein Licht haben.

Die Einwohner sind gehalten, den durch die Stadt marschirenden Truppen Wasser zu geben.

Von neun Uhr Abends an müssen alle Einwohner Hotels, Café's und öffentliche Locale verlassen haben.

Jeder Einwohner, der sich, durch welches Mittel es sei, dem Durchzuge der Truppen widersetzt, wird unmittelbar ergriffen und erschossen werden.

Der Commandant.

II.

Auf Veranlassung der Königlichen Commandantur der Stadt Saargemünd wird Folgendes zur Beachtung bekannt gemacht:

1) Die Einwohner der Stadt haben sofort alle in Händen habenden Waffen auf der Hauptwache, in der Mairie, gegen Quittung der Mairie, abzuliefern.

2) Die Einwohner sind verpflichtet, den durchmarschirenden Truppen Wasser zum Trinken zu reichen.

3) Die Fenster, Hausthüren und sämmtliche Kaufläden und Handwerksstätten sind sofort zu öffnen und die Thüren die Nacht über offen zu halten.

4) Von neun Uhr Abends ist den Einwohnern der Stadt der Aufenthalt in den Wirthshäusern nicht gestattet.

5) Die Zusammenrottungen der Einwohner auf den Straßen sind untersagt.

6) Den Militärpatrouillen ist sofort Folge zu leisten.

7) Die in der Stadt quartierenden Truppen sind mit Verpflegung einquartiert. Der Mann hat zu erhalten täglich ein Pfund Fleisch mit Zuthat, Bier oder Wein; des Morgens Kaffee.

Dieses wird den Einwohnern bei Androhung von Strafe anempfohlen.

---

13. Circulardepesche Jules Favre's vom 6. September.

Das von dem Vicepräsidenten der Regierung der Nationalvertheidigung, Minister des Auswärtigen, an die diplomatischen Agenten Frankreichs unterm 6. September erlassene Circular lautet nach dem „Journal officiel":

Mein Herr! Die jüngsten Begebenheiten zu Paris erklären sich so vollständig durch die unerbittliche Logik der Thatsachen, daß es unnütz ist, lange bei deren Sinn und Tragweite zu verweilen.

Wenn die Bevölkerung von Paris einer lange verhaltenen, unwiderstehlichen Aufwallung nachgegeben hat, so hat sie damit einer höheren Nothwendigkeit, der seiner eigenen Rettung gehorcht. Frankreich wollte nicht mit der verbrecherischen Gewaltherrschaft, welche Frankreich seinem Untergange entgegenführte, ebenfalls untergehen Frankreich hat die Absetzung Napoleon's III. und seiner Dynastie nicht proclamirt, nein, Frankreich hat im Namen des Rechts, der Gerechtigkeit und des öffentlichen Wohls Act davon genommen. Und dieses Urtheil erhielt von vornherein in der allgemeinen Ueberzeugung einen solchen Beifall, daß keiner von den glühendsten Vertheidigern der gefallenen Herrschaft sich für deren Behauptung erhoben hat. Sie ist von selbst unter der Wucht ihrer Fehler, unter den Zurufen einer unzähligen Volksmenge zusammengestürzt, ohne daß ein Blutstropfen vergossen, eine Person ihrer Freiheit beraubt wurde. Nicht einen Augenblick hat man die Bürger, eine in der Geschichte unerhörte Thatsache, die Bürger, welchen der laute Ruf des Volkes das gefährliche Mandat zu kämpfen und zu siegen verlieh, an die Gegner denken sehen, welche sie Tags zuvor mit militärischen Hinrichtungen bedrohten.

Indem ihnen die Ehre jeder Repressalie verweigert wurde, haben sie ihre Verblendung und ihre Ohnmacht constatirt. Die Ordnung ist keinen Augenblick gestört, unser Vertrauen in die Klugheit und den Patriotismus der Nationalgarde und der gesammten Bevölkerung gestattet uns die Versicherung, daß dieser Fall nicht eintreten wird. Befreit von der Schande und der Gefährlichkeit einer Regierung, welche alle ihre Verpflichtungen verrieth, begreift Jeder, daß der erste Act dieser endlich wiedereroberten Volkssouveränetät darin besteht, sich selbst zu bezwingen und seine Kraft in der Achtung des Rechts zu suchen. Außerdem drängt die Zeit: der Feind ist vor unseren Thoren; wir haben nur den einen Gedanken, ihn aus unserm Gebiet zu verjagen. Wir sind es nicht, welche diese Pflicht, deren wir uns entschlossen unterziehen, Frankreich auferlegt haben, sie würde demselben nicht obliegen, wenn unsere Stimme gehört worden wäre. Wir haben energisch, selbst um den Preis unserer Popularität, die Politik des Friedens von uns gewiesen. Wir fahren darin mit einer mehr und mehr wachsenden Ueberzeugung fort. Unser Herz bricht beim Anblick dieser Menschenmetzeleien, in welchen die Blüthe zweier Nationen dahinschwindet, die man mit ein wenig gutem Willen und mehr Freisinn vor diesen schreckenhaften Katastrophen bewahrt haben würde.

Wir haben keine Ausdrücke, welche unsere Bewunderung unserer heroischen Armee schildern könnten, die, durch die Unerfahrenheit ihres Höchstcommandirenden geopfert, dennoch größer nach ihren Niederlagen, als nach den glänzendsten Sie-

gen dasteht. Denn ungeachtet des Bewußtseins von den Fehlern, welche sie in Gefahr setzen, hat sie sich im Angesicht eines gewissen Todes in ihrer Erhabenheit aufgeopfert und die Ehre Frankreichs von Flecken seiner Regierung gereinigt!

Ehre für sie! Die Nation öffnet ihr ihre Arme! Die kaiserliche Herrschaft hat diese trennen wollen! Unglücksfälle und Pflicht verschmelzen sie in eine heilige Eintracht! Dieses Bündniß, von Patriotismus und Freiheit besiegelt, macht uns unüberwindlich. Zu Allem bereit, schauen wir mit Ruhe der Lage in's Gesicht, welche uns bereitet ist. Diese Lage in wenige Worte gefaßt, unterwerfe ich der Beurtheilung meines Landes und Europas. Wir haben laut den Krieg verdammt, und unter Betheuerung unserer Achtung des Völkerrechts haben wir gefordert, daß man Deutschland seiner Selbstbestimmung überließe.

Wir wollten, daß die Freiheit zugleich unser gemeinsames Band und unser gemeinsamer Schild wäre! Wir waren der Ueberzeugung, daß diese moralischen Mächte auf immer die Aufrechterhaltung des Friedens sicherten. Aber als Zeichen der Weihe forderten wir eine Waffe für jeden Bürger, eine Organisirung der Bürgerwehr, Wahl der Befehlshaber; dann würden wir auf unserm Boden unbezwinglich bleiben. — Die kaiserliche Regierung, welche längst ihre Interessen von denen des Landes getrennt hat, hat diese Politik verworfen. Wir nehmen sie mit der Hoffnung wieder auf, daß Frankreich, durch Erfahrung klug gemacht, die Weisheit haben wird, sie anzuwenden. Der König von Preußen hat seinerseits erklärt, daß er nicht mit Frankreich, sondern mit der kaiserlichen Dynastie Krieg führe. Die Dynastie ist danieder, das freie Frankreich erhebt sich. Will der König von Preußen einen gottlosen Kampf fortsetzen, welcher für ihn wenigstens eben so verhängnißvoll sein wird, als für uns? Will er der Welt des 19. Jahrhunderts das grausige Schauspiel zweier Nationen bieten, welche sich gegenseitig vernichten und die, uneingedenk der Menschlichkeit, der Vernunft und der Wissenschaft, Trümmer auf Trümmer, Leichen auf Leichen häufen?

Frei in seinem Willen, übernehme er die Verantwortlichkeit hierfür vor der Welt und vor der Geschichte!

Wenn wir hierin uns täuschen, so übernehmen wir sie. Wir treten keinen Zoll breit ab von unserm Lande, noch einen Stein von unseren Festungen. Ein schimpflicher Friede würde ein Vertilgungskrieg nach kurzer Rast werden. Wir werden nur zum Zweck eines dauerhaften Friedens verhandeln. Hier ist unser Interesse das von ganz Europa, und wir geben der Hoffnung Raum, daß diese Frage, aller dynastischen Vorurtheile entblößt, sich ebenso in den Kanzleien stellen wird. Wären wir aber auch allein, würden wir nicht ermatten. Wir haben eine entschlossene Armee, gut versehene Forts, eine gut bestellte Wallmauer, aber besonders die Leiber von dreimalhunderttausend Kämpfern, welche entschlossen sind, bis zum Letzten auszuhalten.

Wenn sie soeben zu den Füßen der Statue Straßburgs Kronen frommerweise niederlegen, gehorchen sie nicht allein einem Gefühle enthusiastischer Bewunderung, sie finden darin die Devise ihres Heldenmuths, sie schwören, ihrer Brüder im Elsaß würdig zu sein und zu sterben wie sie. Nach den Forts die Wälle; nach den Wällen die Barrikaden. Paris kann drei Monate aushalten

und siegen; wenn es unterläge, würde Frankreich sich auf seinen Ruf erheben und es rächen; es würde den Kampf fortsetzen und der angreifende Theil würde darin umkommen.

Mein Herr! Europa muß wissen, wir haben das Ruder zu keinem andern Zweck ergriffen, wir würden es keine Minute behalten, wenn wir nicht die Pariser Bevölkerung und ganz Frankreich entschlossen fänden, unsere Entschließungen zu theilen.

Vor Gott, der uns hört, vor der Nachwelt, die uns richtet, wiederhole ich diese mit einem Wort: Wir wollen nur den Frieden. Aber wenn man gegen uns einen so Trauer erregenden Krieg fortsetzt, welchen wir verdammt haben, werden wir bis zum Letzten unsere Pflicht thun, und ich habe das feste Vertrauen, daß unsere Sache, welche die des Rechts und der Gerechtigkeit ist, triumphiren wird.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Lage dem Herrn Minister des Hofes, bei welchem Sie beglaubigt sind, auseinanderzusetzen und in dessen Händen Abschrift dieses Documents zu lassen.

Genehmigen Sie, mein Herr, den Ausdruck meiner Hochachtung.

Paris, den 6. September 1870.

Der Minister des Auswärtigen.
Jules Favre.

Dichtungen.

Die Wacht am Rhein.

Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

Durch Hunderttausend zuckt es schnell,
Und Aller Augen blitzen hell:
Der deutsche Jüngling, fromm und stark,
Beschirmt die heil'ge Landesmark.
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

Und ob sein Herz im Tode bricht,
Wirst du noch drum ein Wälscher nicht,
Reich, wie an Wasser deine Fluth,
Ist Deutschland ja an Heldenblut.
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

Auf blickt er in des Himmels Blau'n,
Wo todte Helden niederschaun,
Und schwört mit stolzer Kampfeslust:
Du Rhein bleibst deutsch, wie meine Brust!
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

So lang ein Tropfen Blut noch glüht,
Noch eine Faust den Degen zieht,
Und noch ein Arm die Büchse spannt,
Betritt kein Feind hier deinen Strand.
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

Der Schwur erschallt, die Woge rinnt,
Die Fahnen flattern hoch im Wind:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!
Wir Alle wollen Hüter sein.
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein.

M. Schneckenburger.

Zeitklänge.

(Im Sommer 1870.)

I.

Hoch auf dem Eisendraht am Schienengleise
Ein Vöglein sitzt. Wohin den Blick es wende,
Krönt Gottessegen reich den Fleiß der Hände
Und heller, freud'ger, trillert's seine Weise.

Da wogt die Saat in grünem Wälderkreise,
Dort trägt der Rhein zum Meer die edle Spende,
Hier fließt das duft'ge Gold vom Rebgelände;
Wohl klingt sein Lied solch sonn'gen Gau'n zum Preise.

Das Vöglein ahnt nicht, daß zu seinen Füßen
Im Draht, unhörbar, Unheilsworte rauschen,
Die bald empor als Sturmgewölk hier steigen;

Nicht wäre sonst sein Lied solch jubelnd Grüßen!
Denn, könnt' es jenen Sturmesboten lauschen,
Sein Haupt in Trauer müßt' es schweigend neigen.

II.

Du hörst nicht, wie's im Wort schon vorgewittert,
O Sänger auf dem Telegraphendrahte,
Wie mit der Unthat prunkt der Diplomate,
Das Vätererb' um neuen Raub versplittert;

Wie schnöde Ländergier die Beute wittert,
Sich sonnt im Treubruch, mästet im Verrathe:
Wie Schelmenrath mitstimmt im Fürstenrathe,
Vor Unrecht nicht, vor größerm Schelm nur zittert.

Wie Jener ruft: „Du lügst, bei meinem Eide!"
Und Dieser drauf: „Du Lügner selbst!" entgegnet,
Doch jetzt zuerst die Wahrheit sprechen Beide.

O Sänger, wie ich fast dein Lied dir neide,
Das fromm sich wiegt im Aether gottgesegnet,
Nichts ahnend von so ungeheurem Leide.

III.

Doch nein! — Wie arg das Leid auch immer wäre,
Ob um die Wipfel Nebeldünste jagen,
Die Sumpfluft auf den Höh'n soll nicht verklagen
Das Thal und seines Stromes Wellenkläre.

Im Thal bei schlichtem Volke will ich fragen
Nach Rettern, nach den Rächern deutscher Ehre,
Ha, wie ein Wetterstrahl flammt alle Wehre,
Und Eines Sinns die Herzen alle schlagen!

Wo solcher Zorn auf Männerstirnen lodert,
Solch edler Trutz das Recht, sein Recht nur fordert,
Verzage hüben, drüben der Bedränger!

Wer dieses Volkes Ringen und Vollbringen
Einst jubelnd darf den freien Enkeln singen,
Sei mir gegrüßt als glücklichster der Sänger.

Anastasius Grün in der „Nat.-Z."

Hurrah, Germania!

Hurrah, du stolzes schönes Weib,
Hurrah, Germania!
Wie kühn mit vorgebeugtem Leib,
Am Rheine stehst du da!
Im vollen Brand der Juligluth,
Wie ziehst du frisch dein Schwert!
Wie trittst du zornig frohgemuth
Zum Schatz vor deinen Herd!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Du dachtest nicht an Kampf und Streit:
In Fried' und Freud' und Ruh'
Auf deinen Feldern, weit und breit,
Die Ernte schnittest du.
Bei Sichelklang im Aehrenkranz
Die Garben fuhrst du ein:
Da plötzlich, horch, ein andrer Tanz!
Das Kriegshorn über'm Rhein!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Da warfst die Sichel du in's Korn:
Den Aehrenkranz dazu;
Da fuhrst du auf in hellem Zorn,
Tief athmend auf im Nu;
Schlugst jauchzend in die Hände dann:
Willst du's, so mag es sein!
Auf, meine Kinder, alle Mann!
Zum Rhein! zum Rhein! zum Rhein!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Da rauscht das Haff, da rauscht der Belt,
Da rauscht das deutsche Meer;
Da rückt die Oder dreist in's Feld,
Die Elbe greift zur Wehr.
Neckar und Weser stürmen an,
Sogar die Fluth des Mains!
Vergessen ist der alte Span:
Das deutsche Volk ist Eins!
Hurrah! hurrah! hurrah!
Hurrah, Germania!

Schwaben und Preußen Hand in Hand,
Der Nord, der Süd, Ein Heer!
Was ist des Deutschen Vaterland, —
Wir fragen's heut' nicht mehr!
Ein Geist, Ein Arm, Ein einz'ger Leib,
Ein Wille sind wir heut'!
Hurrah, Germania, stolzes Weib!
Hurrah du große Zeit!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Mag kommen nun, was kommen mag,
Fest steht Germania!
Dies ist All-Deutschlands Ehrentag:
Nun weh' dir, Gallia!
Weh', daß ein Räuber dir das Schwert
Frech in die Hand gedrückt!
Fluch ihm! Und nun für Heim und Herd
Das deutsche Schwert gezückt!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Für Heim und Herd, für Weib und Kind,
Für jedes theure Gut,
Dem wir bestellt zu Hütern sind
Vor fremdem Frevelmuth!
Für deutsches Recht, für deutsches Wort,
Für deutsche Sitt' und Art —
Für jeden heil'gen deutschen Hort,
Hurrah! zur Kriegesfahrt!
Hurrah, hurrah, hurrah!
Hurrah, Germania!

Auf, Deutschland, auf, und Gott mit dir!
In's Feld! der Würfel klirrt!
Wohl schnürt's die Brust uns, denken wir
Des Bluts, das fließen wird!
Dennoch das Auge kühn empor!
Denn siegen wirst du ja:
Groß, herrlich, frei, wie nie zuvor!
Hurrah, Germania!
Hurrah, Victoria!
Hurrah, Germania!

(Ferdinand Freiligrath in der „Volks-Ztg.")

Kriegslied.

Empor, mein Volk! Das Schwert zur Hand,
Und brich hervor in Haufen!
Vom heil'gen Zorn um's Vaterland
Mit Feuer laß dich taufen;
Der Erbfeind beut dir Schmach und Spott,
Das Maß ist voll, zur Schlacht mit Gott!
Vorwärts!

Dein Haus in Frieden auszubaun,
Stand all' dein Sinn und Wollen,
Da bricht den Hader er vom Zaun,
Von Gift und Neid geschwollen.
Komm über ihn und seine Brut
Das frevelhaft vergoss'ne Blut!
Vorwärts!

Wir träumen nicht von raschem Sieg,
Von leichten Ruhmeszügen;
Ein Weltgericht ist dieser Krieg
Und stark der Geist der Lügen.
Doch der einst unsrer Väter Burg,
Getrost, er führt auch uns hindurch.
Vorwärts!

Schon läßt er klar bei Tag und Nacht
Uns seine Zeichen schauen;
Die Flammen hat er angefacht
In allen deutschen Gauen;
Von Stamm zu Stamme lodert's fort,
Kein Mainstrom mehr, kein Süd und Nord!
Vorwärts!

Voran denn, kühner Preußenaar,
Voran durch Schlacht und Grausen!
Wie Sturmwind schwellt dein Flügelpaar
Vom Himmel her ein Brausen;
Das ist des alten Blücher's Geist,
Der dir die rechte Straße weist.
Vorwärts!

Flieg, Adler, flieg! Wir stürmen nach,
Ein einig Volk in Waffen,
Wir stürmen nach, ob tausendfach
Des Todes Pforten klaffen.
Und fallen wir: flieg, Adler, flieg!
Aus unsrem Blute wächst der Sieg.
Vorwärts!

Emanuel Geibel.

So wird es geschehen!

Wie der Wolf, der Assyrer, in klirrender Pracht
Einbrach in die Hürden Judäas bei Nacht;
Wie der Perser, der Ketten anlegte dem Meer,
Ueber Hellas ergoß sein barbarisches Heer;

Wie der Hunne, ein Pfeil, den die Steppe verschoß,
Auf die Abendwelt niederfuhr, zahllos zu Roß;
Wie die Flotte, die unüberwindlich er hieß,
Wider England der Spanier brüsten sich ließ;

Wie der Corse, der Ohm, in unendlichen Reih'n
Seine Tausende führte nach Rußland hinein;
Wie auf Leichen er aufschlug sein blutig Gezelt
Und vermessen sich wähnte den Herrscher der Welt: —

So bekriegt jetzt der Corse, der Neffe des Ohms,
So bekriegt er die Ufer des deutschesten Stroms;
Es schüttern die Kolben, es rasselt der Stahl —
Seinem Troß gern credenzt' er des Rheinlands Pocal!

Dem Turko! dem Spahi! Der stützt ihm das Reich:
Wie er selber, Hyäne und Schakal zugleich!
Der bellt auf Geheiß, o verworfenes Spiel!
Deinen heiligen Hymnus, o Rouget de Lisle!

Von der Saar und der Mosel zum Odenwald schallt's:
Da erbleicht, da erzittert die Jungfrau der Pfalz;
Am Busen der Mutter verbirgt sein Gesicht
Der Säugling — ihr Lieben, o fürchtet euch nicht!

Euch zu schützen rückt Deutschland, das ganze, heran;
Seine tausendmal Tausend stehn da wie ein Mann;
Stürmen an, drängen vorwärts, ein wuchtiger Keil,
Zum Verderben dem Zwingherrn, den Völkern zum Heil!

So, nun wird es geschehen! Den Assyrer zerbrach,
Den Perser, den Hunnen ein einziger Tag;
Ihre Macht, ihre Pracht, sie verging wie ein Rauch —
Die Armada zerblies des Allmächtigen Hauch!

Und Ihn, der sich wähnte den Herrscher der Welt,
Hat das Feuer im Bund mit der Kälte gefällt!
Nur Geduld! Noch ein Tag — und ein rächender Blitz
Flammt den Frevler, den Zuaven im Purpur, vom Sitz!

3. August 1870. Ferdinand Freiligrath.

Deutsche Siege.

Habt ihr in hohen Lüften
Den Donnerton gehört
Von Forbach aus den Klüften,
Von Weißenburg und Wörth?
Wie Gottes Engel jagen
Die Boten her vom Krieg:
Drei Schlachten sind geschlagen,
Und jede Schlacht war Sieg.

Preis euch, ihr treuen Bayern,
Stahlhart und wetterbraun,
Die ihr den Wüstengeiern
Zuerst zerspellt die Klau'n!
Mit Preußens Aar zusammen,
Wie trotztet ihr dem Tod,
Hoch über euch in Flammen
Des Reiches Morgenroth!

Und ihr vom Gau der Katten,
Und ihr vom Neckarstrand,
Und die aus Waldesschatten
Thüringens Höh'n gesandt,
Ihr bracht, zum Keil gegliedert,
Der Prachtgeschwader Stoß!
Traun, was sich so verbrüdert,
Das läßt sich nimmer los.

Und die ihr todtverwogen,
Von Leichen rings umthürmt,
Dreimal im Eisenregen
Den rothen Fels erstürmt,
Wo blieb vor euch das Pochen
Auf Frankreichs Waffenruhm?
Sein Zauber ist gebrochen,
Nach bricht das Kaiserthum.

So sitzt denn auf, ihr Reiter,
Den Rossen gebt den Sporn
Und tragt die Losung weiter:
„Hie Gott und deutscher Zorn!"
Schon ließ der Wolf im Garne
Das beste Stück vom Vließ,
Die Maas hindurch, die Marne,
Auf, hetzt ihn bis Paris!

Und ob die wunden Glieder
Mit der Verzweiflung Kraft
Er jäh' noch einmal wieder
Empor zum Sprunge rafft:
Dich schreckt sein Dräu'n und Rasen
Nicht mehr, o Heldenfürst!
Laß die Posaunen blasen
Und Babels Veste birst.

Der feigen Welt zum Neide
Dann sei dein Werk vollführt,
Und du, nur du entscheide
Den Preis, der uns gebührt!
Es stritt mit uns im Gliede
Kein Freund, als Gott allein;
So soll denn auch der Friede
Ein deutscher Friede sein.

Lübeck, 15. August 1870. Emanuel Geibel.

An Victor Hugo.

Aufgescheucht aus deines Patmos stillen Träumen, sendest du
Einen Brudergruß an Völker jetzt dem deutschen Volke zu,
Eine Taube mit dem Oelzweig aus der Sündfluth Wogendrang —
Willst mit priesterlichen Worten hemmen uns'rer Waffen Gang.

Frieden, heilig Wort des Lebens, alle Herzen schlagen dir!
Schöner als des Lorbeers Kronen winkt uns deiner Palmen Zier;
Doch der jetzt mit Blut und Thränen sich dem Schooß des Kriegs entringt,
Ist der ew'ge Frieden nimmer, den das Lied der Dichter singt.

Wenn auf Raub die Geier flogen, kommt der Taube Flug zu spät.
Frankreich erntet jetzt mit Schaudern, was nur Frankreich ausgesät.
Eines blut'gen Krieges Würfel warft ihr hin im Knabenspiel,
Und ihr weigert jetzt den Einsatz, weil für uns der Würfel fiel!

Nicht den Marsch der Legionen hemmte kühner Freiheit That,
Damals, als die freche Drohung jedes Völkerrecht zertrat.
Nimmer hat sie da ihr Banner uns zum freud'gen Gruß geschwenkt
Und im Dom der Invaliden der Cäsaren Ruhm versenkt!

Und des Sängers Feuerruthen, seiner Züchtigungen Hohn
Sind ein Brandmal für den Todten, dem Lebend'gen eitles Drohn.
Dein Napoleon der Kleine blieb noch immer groß genug,
Bis die Macht der deutschen Heere seinen Herrscherthron zerschlug.

Habt ihr nicht den müden Cäsar in den letzten Kampf gehetzt,
Ihn, der vor der Matadore rothem Tuche sich entsetzt?
Wär' er als ein Landerob'rer heimgekehrt mit Glanz und Ruhm —
Ach wo blieb der Freiheit Banner und des Friedens Priesterthum?

Und du selbst, ein wandelbarer Sänger wechselvoller Zeit,
Priesest in den Jugendliedern eines Cäsar's Herrlichkeit.
Gleichwie vor der Bundeslade David tanzend Hymnen sang —
Um die erz'ne Kaisersäule tanztest du mit Harfenklang.

Selbst der Nächte bleicher Sänger stimmt in solchen Jubel ein,
Und von seines Lieds Champagner flog der Propfen nach dem Rhein
Selbst das Bürgerreich des Juli brütet solche Leidenschaft —
Ja, der Rhein ist Frankreichs Wahnsinn und der Rhein ist Deutschlands Kraft.

Einmal schon den Brief des Friedens schrieb ein Dichter gleich wie du,
Allen Völkern warf die junge Republik die Rosen zu,
Bald gebrochen lag die Lyra vor den Stufen eines Throns
Und der Adler des Johannes weicht dem Aar Napoleon's.

Täglich hast du andre Launen, Friedensgruß und Kriegeszorn,
Trägst ein Veilchen heut' im Klappen, morgen schon den Rittersporn,
Frankreich, wandelbarer Proteus! Wechsle Farben und Gestalt —
Doch wir haben dich und halten dich mit eiserner Gewalt.

Hunderttausend Helden fallen nicht für einen Obolus,
Den der Tod dem bleichen Fährmann für die Fahrt bezahlen muß.
Frankreich kämpfte mit dem Cäsar, Frankreich theilte sein Geschick!
Gieb heraus den Raub der Könige, friedenssel'ge Republik.

Gieb heraus die deutschen Lande, unsres Reiches Erb' und Gut,
Unser werde jetzt die Erde, wo der Helden Asche ruht!
Die verlornen Kinder lege wieder an der Mutter Herz —
Sühne für das Blut der Edeln, der Verlass'nen Noth und Schmerz.

Haſt zugleich du mit der neuen deine alte Schuld bezahlt,
Dann zum Völkerfriedenstempel, der im Glanz des Geiſtes ſtrahlt.
Jede Rache ſei begraben, nie entweiht der Brudergruß!
Zwei vereinte Völker ſegnet dann der Menſchheit Genius.

Sonſt — zum letzten Kampf! Wir nahen unverzaget, ſiegsgewiß —
Und ſo werde Saragoſſa, übermüth'ges Sybaris!
Völkermutter, welche grauſam jetzt die Unſrigen verſtieß,
Höhnend deines Sängers Preislied, weltvergiftendes Paris!

Du Vulkan, der plötzlich wieder ſeine Feuerſäulen hob,
Der ſo lang' nur graue Aſche über alle Völker ſtob,
Das Verbrechen der Zerſtörung und der Fluch kommt über dich,
Denn dein iſt das Wort des Friedens — der Beſiegte beuge ſich!

Sonſt in deinen üpp'gen Flitter ſchlägt die deutſche Eiſenfauſt.
Hör', wie ſchon das Schlachtgewitter um die Siegesbogen brauſt.
Dichter, häng die Harfe jammernd an den Weiden Babels auf;
Denn die Weltſtadt eng' umklammernd nimmt Verderben ſeinen Lauf.

Rudolf Gottſchall.

Prolog,

geſprochen im Stettiner Stadttheater den 27. Auguſt 1870 bei Gelegenheit des von den beiden dortigen Liedertafeln veranſtalteten Wohlthätigkeits-Concertes.

Von Robert Prutz.

Aus Nacht und Dunkel hebt, im Purpurkleide,
Die Sonne ſich, des Lichtes holder Quell,
Und ſcheucht die bleichen Schatten vor ſich her.
So aus dem grauſen Dunkel dieſer Zeiten
Erhob, ein Meteor, ſiegprangend, ſich
Die Einigkeit und Größe unſers Volks.
Auch ſie im Purpurkleid; kein König trägt
Es köſtlicher, es iſt gefärbt mit Blut,
Mit Blut der Männer, Väter, Söhne, Brüder,
Die jauchzend ſich dem Opfertode weihn
Für Deutſchlands Ehre und ſein gutes Recht!

Man hat es ſchlimm mit uns im Sinn gehabt;
Dem Tiger gleich, der nächtlich im Gebüſch
Zum mörderiſchen Sprung ſich niederduckt:
Die Augen funkeln und die Zunge leckt
In ekler Lüſternheit das Blut voraus,
Das bald von ſcharfen Klauen triefen ſoll;

So an die Seite stahl sich Frankreich uns,
Das Schwert verhüllend, das es längst geschärft,
In unsre offnen Busen es zu senken;
Frankreich, der Erbfeind unsres Namens seit
Jahrhunderten, berauscht von Eitelkeit
Und Herrschbegier, der Fluch der Nationen,
Und jetzt durch zwanzigjähr'ge Greuelherrschaft
So aller Zucht und alles Guten bar,
So krank und faul in seinem tiefsten Mark,
Die Adern alle so mit Pest gefüllt,
Daß es die Welt damit vergiften kann!

Sie dachten wohl, es wäre noch dasselbe
Deutschland, wie sie es ehedem gefunden:
Ohnmächtig durch sich selbst, vom Neid der Fürsten
Und von der Stämme Eifersucht gelähmt,
Die Natter Zwietracht an der starken Brust,
Die uns das stolze Männerherz zerfraß
Und schwach und klein uns vor Europa machte.
Wohl ziemet schwerem Irrthum schwere Buße,
Nur langsam reift der Wahrheit gold'ne Frucht.
Und alles Große wird mit Blut erkauft.
So aus dem Irrthum einer kranken Zeit,
Aus feiler Staatskunst trügerischem Netz,
Ja aus dem Jammer selbst des Bruderkrieges,
Langsam und zögernd, unaufhaltsam dennoch,
Erwuchs und breitete die Adlerschwingen,
Wie Sturmeswehn, der Drang der Einheit, welcher
Zu Herzen Herzen reißt in Brudertreue,
Der Lebensathem jedes großen Volkes —
Und unsre Banner schwellet er mit Sieg!
Schon unter unserm eh'rnen Tritte dröhnt
Der Boden Frankreichs, seine Festen brechen,
Der Lüge Bau zerbröckelt in sich selbst,
Und bald, ja bald — 's ist mehr als Seherwort —
Wird uns in dem eroberten Paris
Des Sieges ganzer, voller Preis zu Theil!

Doch ach, ein Schatten streift das schöne Bild,
Nicht ungemischt ist unsrer Freude Wein
Und Thränen fallen auf das Lorbeerreis,
Das unsrer Kämpfer Schläfe krönt! Denn hinter
Dem Siegeswagen schleicht ein jammernd Weib,
Gespensterhaft die dürren Arme breitend —
Es ist die Noth, die an die Pforte pocht

Der Heimgebliebenen, es ist der Mangel,
Der frostige, der an den Herd sich setzt,
Auf dem kein Feuer brennt, es ist der Hunger,
Der Rosen von der Kinder Wangen pflückt,
Die Seuche ist es, die entsetzliche,
Die schweigend ihre bleichen Opfer zeichnet
Und mitleidslos zu Leichen Leichen häuft! —
Wohl ist er schön, der waffenfreudige,
Der Kampf der Männer, der, wie Wage Gottes,
Der Völker Recht und Unrecht wägt, und schön
Ist auch ein munterer Soldatentod,
Auf offnem Plan, wo Gras und Blumen schimmern
Von ros'gem Thau, die Trommeln wirbeln Sieg
Und auf des Sieges Fittig, stolz und frei,
Schwingt sich des Helden Seele himmelwärts!
Doch furchtbar, dreimal furchtbar, wenn zur Seite
Dem Kämpfenden die bange Sorge steht
Um das verlass'ne Weib, um zarte Kinder,
Um Haus und Hof, die er dahinten ließ,
Der Pflicht gehorsam und der eignen Ehre,
Ja wenn — entsetzlich auszudenken! — selbst
In's Ohr des Sterbenden ein letzter Ruf,
Ein Hülferuf noch aus der Heimath tönt
Und wenn sein Auge, halb bereits gebrochen,
Im Elend noch die fernen Lieben sieht!

Des Krieges-Jammer können wir nicht wehren,
Geschäftig mäht mit hunderttausend Armen
Der Riese Tod. Wir haben nur Gebete
Und Segenswünsche, die wie Engelflügel
Sich schirmend breiten um der Theuren Haupt.
Eins aber können wir, zu Einem reicht
Die schwache Kraft; wir können off'ne Hände
Und off'ne Herzen bieten den Verlass'nen,
Wir können mit des Mitleids heil'gem Thau
Die Wunden kühlen, die unzähligen,
Die dieses Krieges unbarmherz'ge Faust
Auch ihnen in der sichern Heimath schlägt,
Und können unsrer Kämpfer Heldenherzen
Entlasten von der Schmerzen bitterstem! —
Die Sonne scheint nicht blos, sie wärmt zugleich,
Das goldne Licht, das Alles überfluthet,
Ist auch des Lebens allgemeiner Born,
Der alle Wesen mütterlich ernährt.
Es ist die klein're, die bescheid'ne Pflicht,

Die wir erwählt, doch heilig ist auch sie:
Die Pflicht der Menschlichkeit und Bruderliebe,
Die in der Sieger stolzen Ehrenkranz
Des Mitleids unscheinbare Blume flicht!

So brause denn, Musik, und tönt, ihr Lieder,
Und macht der Hörer Herzen warm und weit!
Als Grüße sollt ihr euch hinüberschwingen
In's ferne Frankreich, auf den fremden Boden,
Wo unsre Väter, unsre Söhne jetzt
In blut'ger Saat die Frucht der Zukunft streun!
Wie Heimathluft weht ihre Stirnen an,
Die kampfesheißen, grüßt sie leis und traut,
Gleichwie der Vogel Abends grüßt vom Nest,
Daß Jedem sei, als hört' die Stimme er,
Die ihm die liebste ist im Heimathland!
So sind wir Eins in dieser Feierstunde
Und bleiben es in gut' und böser Zeit:
Ein einig Volk, in Treue stark und fest —
Und das auch die Verlass'nen nicht verläßt!

Füsilier Kutschke's Einsprache.

Da siehst du's nun, Napolium,
Mit deiner Sache ging es krumm.
Erst schreist du an die ganze Welt,
Nun hab'n sie dir schon kalt gestellt.

Was hast du Krieg auch anzufangen?
Wir hatten danach kein Verlangen;
Was hatt'st du übern Rhein zu fallen?
Da bist du schöne reingefallen.

Krauchst zwar nicht mehr im Busch herum,
Doch warst du wieder gar nicht dumm —
Erst schmeißt du deine Flinte weg
Und meinst, du hättest man blos Pech.

Brennst dir 'nen neuen Zigarrn an,
Und denkst, was ich davor nu kann?
Kommst dann ganz fein auf's Rangdewu
Und thust als wie: was sagst du nu?

Das geht mir sehr im Kopf herum —
Auf Wilhelmshöh Napolium? —
Was hast du da auf's Schloß zu thun
Als Prisongeh? — Das frag' ich nun.

Mit Eklipaschen und Lakai'n
Ziehst du nun doch in Deutschland ein?
Das glaub' ich, das gefällt dir so?
Das hat man von dem Schassepo.

August Kutschke im Bivouak vor Metz.

Ein Soldatenlied.

Mel.: Prinz Eugen, der edle Ritter ꝛc.

König Wilhelm saß ganz heiter
Jüngst zu Ems, dacht' gar nicht weiter
An die Händel dieser Welt.
Friedlich, wie er war gesunnen,
Trank er seinen Krähnchenbrunnen
Als ein König und ein Held.

Da trat in sein Cabinette
Eines Morgens Benedette,
Den gesandt Napoleon.
Der fing zornig an zu kollern,
Weil ein Prinz von Hohenzollern
Sollt' auf Spaniens Königsthron.

Wilhelm sagte: „Benedettig!
Sie ereifern sich unnöthig,
Brauchen Sie man nur Verstand!
Vor mir mögen die Spaniolen
Sich nach Lust 'nen König holen
Mein'thalb aus dem Pfefferland!"

Der Gesandte, so beschieden,
War noch lange nicht zufrieden,
Weil er's nicht begreifen kann;
Und er schwänzelt und er tänzelt
Um den König und scharwänzelt,
Möcht' es gerne schriftlich ha'n.

Da sieht unser Wilhelm Rexe
Sich das klägliche Gewächse
Mit den Königsaugen an;
Sagte gar nichts weiter, sundern
Wandte sich, so daß bewundern
Jener seinen Rücken kann.

Als Napoleon das vernommen,
Ließ er gleich die „Stiebeln" kommen,
Die vordem sein Onkel trug.
Diese zog der Bonaparte
Grausam an, und auch der zarte
Lulu nach den seinen frug.

So in grauser Kriegesrüstung
Rufen sie in stolzer Brüstung:
„Auf Franzosen! Uebern Rhein!"
Und die Kaiserin Eugenie
Ist besonders noch diejen'ge,
Die in's Feuer bläst hinein.

Viele Tausend rothe Hosen
Stark nun, treten die Franzosen
Eiligst untern Chassepot,
Blasen in die Kriegstrompete
Und dem Heere à la tête
Brüllt der tapfere Turiko.

Der Zephire, der Zuave,
Der Spahi und jeder Brave
Von der grrande nation,
An zweihundert Mitrailleusen
Sind mit der Armee gewesen,
Ohne sonstiges Kanon.

Deutschland lauschet mit Erstaunen
Auf die wälschen Kriegsposaunen,
Ballt die Faust, doch nicht im Sack,
Nein, mit Fäusten, mit Millionen,
Prügelt es auf die Kujonen,
Auf das ganze Lumpenpack.

Wilhelm spricht mit Moltk' und Roone
Und spricht dann zu seinem Sohne:
„Fritz, geh hin und haue ihm!"
Fritze, ohne lang' zu feiern,
Nimmt sich Preußen, Schwaben, Bayern,
Geht nach Wörth und — hauet ihm.

Haut ihm, daß die Lappen fliegen,
Daß sie All' die Kränke kriegen
In das klappernde Gebein,
Daß sie, ohne zu verschnaufen,
Bis Paris und weiter laufen,
Und wir ziehen hinterdrein.

Unser Kronprinz, der heißt Fritze,
Und er fährt gleich einem Blitze
Unter die Franzosenbrut.
Und ob wir sie gut geschlagen,
Weißenburg und Wörth kann's sagen,
Denn wir schrieben dort mit Blut.

Ein Füsilier von Dreiundachtzig
Hat dies neue Lied erdacht sich
Nach der alten Melodei.
Drum, ihr frischen, blauen Jungen,
Lustig darauf losgesungen!
Denn wir waren auch dabei.

Ende des ersten Bandes.

Druck von G. Pätz in Naumburg a/S.

Im Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erschien:

Aufzeichnungen eines Honved. 2 Bde. 1 Thlr.
Aus den Familienpapieren derer von H... 2 Bde. 1 Thlr.
Benedix, Rod., Bilder aus dem Schauspielerleben. 2 Bde. 1 Thlr.
Beta, H., Deutsche Früchte aus England. 2 Bde. 2 Thlr. — Aus dem Herzen der Welt. 2 Bde. 2 Thlr.
Boas, Ed., In Skandinavien. 15 Ngr.
Bölte, A., Erzählungen einer Deutschen in London. 15 Ngr.
Braun, T. S., Aus der Ehewelt. 3 Bde. 4½ Thlr. — Ein häßliches Mädchen. 3 Bde. 4 Thlr. — Eine gelungene Cur. 1⅓ Thlr. — Das Erbe Toska's. 2 Bde. 2⅔ Thlr.
Busch, Moritz, Eine Wallfahrt nach Jerusalem. Bilder ohne Heiligenscheine. 2 Bde. 2½ Thlr.
Child Chaplin, M. D., G. C., Benedicite oder der Gesang der drei Männer im feurigen Ofen. 1 Thlr.
Cosmar, A., Erziehung und Ehe. 3 Bde. 3 Thlr.
Diehl, Ludwig, Ballenheim. Culturhistorische Erzählung aus dem 18. Jahrhundert. 2 Bde. 2 Thlr.
Emilius, H., Lucia. 2 Bde. 2⅔ Thlr.
Ernesti, Louise, Waldemar Bookhouse. 2 Bde. 2 Thlr. — Bilder und Skizzen. 2 Bde. 2 Thlr. — Die Tochter des Spielers. 3 Bde. 3 Thlr. — Unverhofft kommt oft. 1 Thlr.
Fall, A. v., Ein Bojar. 2 Bde. 3 Thlr.
Gayette, Jeane Marie von, Jacobäa von Holland. 2 Bde. 2⅔ Thlr.
Genast, Wilh., Das hohe Haus. 4 Bde. 4 Thlr. — Der Köhlergraf. 4 Bde. 4 Thlr.
Grabowski, Stanislaus Graf, Ein leidenschaftliches Herz. 2 Bde. 1⅔ Thlr. — Aus Welt und Haus. 2 Bde. 2⅔ Thlr. — Des Königs und der Königin Soldat. 3 Bde. 4 Thlr.
Großmann, A., Wahn und Wahrheit. 2 Bde. 2 Thlr.
Gundling, Julius, Henriette Sontag. 2 Bde. 2 Thlr. — Satan Gold. 1 Thlr. — Advocat Schnobeles. 2 Bde. 1½ Thlr. — Fes und Tschako. 1 Thlr. — Ein moderner Don Juan. 2 Bde. 1½ Thlr. — Pêle-mêle. 3 Bde. 3 Thlr.
Hallervorden, J., Das Haus Bernhard. 2 Bde. 2⅔ Thlr.
Hauser, M., Aus dem Wanderbuche eines österreichischen Virtuosen. 2 Bde. 1½ Thlr.
Helene, Marie, Bilder aus dem Leben. 1⅓ Thlr.
Herbert, Lucian, Louis Napoleon. 2. Volksauflage. 5 Bde. 4⅔ Thlr. — Napoleon III. 8 Bde. à 1⅓ Thlr. — Carlo Alberto und Louis Napoleon. 4 Bde. à 1⅓ Thlr. — Victor Emanuel. 4 Bde. à 1⅓ Thlr. — Napoleon III. und sein Hof. 1⅓ Thlr. — Neue Anekdoten aus dem Leben Napoleon's III. 1⅓ Thlr. — 1830. Juli-Revolution. 2 Bde. 2 Thlr. — 1831. Polens letzte Tage. 2 Bde. 2 Thlr. — Aus Frankreich. 1⅔ Thlr. — Zwischen Leben und Sterben. 1⅓ Thlr. — Die todte Hand. 4 Bde. 4 Thlr. — Nikolaus und Metternich. 3 Abtheilungen à 2 Bde. 8 Thlr. — König Leopold I. 1⅓ Thlr. — Badegeschichten 1⅓ Thlr. — Das Testament Peter's des Großen. 5 Bde. 6⅔ Thlr.
Hemsen, Theodor, Die Czarentochter. 4 Bde. 4 Thlr.
Heusinger, Otto, Amerikanische Kriegsbilder. 1⅓ Thlr.
Horn, U., Böhmische Dörfer. 2 Bde. 1 Thlr.

Horn, Moritz, Schatten und Licht. 2 Bde. $2^1/_2$ Thlr. — Der zerrissene Dreiklang. 2 Bde. 2 Thlr.

Kapper, S., Herzel und seine Freunde. 2 Bde. 1 Thlr. — Südslavische Wanderungen. 2 Bde. 1 Thlr.

Katsch, Ad., Vitibuck. 3 Bde. 3 Thlr. — Unter dem Storchnest. 3 Bde. 3 Thlr.

Kessel, C. v., Schleswig-Holstein meerumschlungen. $22^1/_2$ Ngr. — Eine heimliche Ehe. 2 Bde. 3 Thlr. — Der Diogenesclub. Humoristisch-satyrischer Roman. 2 Bde. $2^2/_3$ Thlr. — Königstreu. 2 Bde. $2^2/_3$ Thlr.

Klencke, Herm., Aschenlisel oder des Weibes Beruf. 3 Bde. 4 Thlr.

Maltitz, H. v., Die Politik des Herzens oder die Annectirten. 4 Bde. $5^1/_2$ Thlr.

Margot, P., Die Gefangenen der Apachen. 2 Bde. 3 Thlr.

Meißner, Alfred, Neuer Adel. 3 Bde. $3^1/_2$ Thlr. — Zur Ehre Gottes. $1^1/_5$ Thlr. — Die Sansara. T.-A. 4 Bde. $2^1/_2$ Thlr. Desgl. Octav-Ausgabe. 4 Bde. $3^2/_3$ Thlr. — Zwischen Fürst und Volk. 3 Bde. 3 Thlr. — Durch Sardinien. 15 Ngr. — Charaktermasken. 3 Bde. 4 Thlr. — Novellen. 2 Bde. 2 Thlr. — Am Stein. 15 Ngr.

Mels, A., Herzenskämpfe. 3 Bde. 4 Thlr. — Gebilde und Gestalten. 3 Bde. 4 Thlr.

Mende, Fritz, Politische Sünden. $1^1/_2$ Thlr.

Mergentheim, J. v., Ein Freiheitskrieg in Böhmen (1681). $1^1/_3$ Thlr.

Merx, E., Ministerfieber und Schwiegersöhne. 2 Bde. 3 Thlr. — Asyl Lea-Hof. $1^1/_3$ Thlr.

Mühlbach, Louise, Erzherzog Johann und seine Zeit. 2. illustr. Aufl. 4 Abthlgn. à 3 Bde. 6 Thlr.

Mund, E. D., Erlebnisse eines Arztes. 2 Abtheilungen. 4 Bde. 4 Thlr. — Die geraubte Schatulle. 2. Bde. $2^1/_2$ Thlr. — Aus Dr. Fichtner's Tagebuch. 2 Bde. $2^2/_3$ Thlr.

Niendorf, E., Lenau in Schwaben. 1 Thlr.

Nordmann, J., Aurelie. 2 Bde. 1 Thlr.

Pulszky, Th., Aufzeichnungen aus dem Tagebuche einer ungar. Dame. 2 Bde. 1 Thlr.

Pichler, Louise, Bei Lampen- und Sternenschein. 2 Bde. $1^2/_3$ Thlr. — Die Kaiserbraut. 2 Bde. 2 Thlr. — Unter dem Lindenbaum. 1 Thlr. — Friedrich von Hohenstaufen, der Einäugige. 3 Bde. 1 Thlr. 18 Ngr. — Der letzte Hohenstaufe. 3 Bde. 3 Thlr. 6 Ngr. — Heinrich's IV. Vermählung mit Bertha von Susa. 2 Bde. 24 Ngr. — Aus böser Zeit. 3 Bde. 1 Thlr. 18 Ngr. — Vergangene und vergessene Tage. 24 Ngr.

Rank, Jos., Die Freunde. 2 Bde. 1 Thlr. — Florian. 2 Bde. 1 Thlr. — Schön-Minnele. 2 Bde. 1 Thlr.

Traun, Jul. v. der, Südfrüchte. Novellen. 2 Bde. 1 Thlr. — Oberösterreich. Ein Skizzenbuch. 1 Thlr.

Wartenburg, Karl, Neue Propheten. 2 Bde. 2 Thlr. — Die Väter der Stadt. 3 Bde. 2 Thlr. — An trüben Tagen. 2 Bde. 2 Thlr. — Französisches Leben. 2 Bde. $1^1/_2$ Thlr. — Deutsche Opfer. $1^1/_3$ Thlr.

Druck von G. Pätz in Naumburg a/S.

Schmeidler, W. F. Carl,

Europa und der deutsch-französische Krieg 1870 und 1871 Von W. F. Carl Schmeidler

Bd.: 1

Leipzig 1871